



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Wien Energie - Unternehmensgeschichte“

verfasst von / submitted by

Simon Budischowsky

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 333

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

UF Geschichte, Sozialkunde, Polit.Bildg.
UF Deutsch

Betreut von / Supervisor:

a.o. Univ. Prof. Dr. Peter Eigner

Danksagungen

Ich möchte mich bei a.o. Univ. Prof. Dr. Peter Eigner für die exzellente Betreuung bei der Erstellung dieser Diplomarbeit sowie für das Ermöglichen an der Teilnahme des Forschungsauftrages bedanken.

Mein Dank gilt auch Mag. Christian Ammer und Sandra Macho, MA von *Wien Energie*, welche ebenfalls an der Ermöglichung der Teilnahme an dem Forschungsauftrag mitwirkten. Außerdem möchte ich die hervorragende Unterstützung seitens *Wien Energie* betonen.

Unterstützt wurde ich außerdem von Herrn Josef Grötzl von den *Wiener Netzen*. Durch seine Bereitschaft, mich die Betriebsbibliothek der Elektrizitätswerke nach Quellen durchforsten zu lassen, wurde ein wertvoller Beitrag für die Diplomarbeit geleistet.

Danken möchte ich außerdem meiner Freundin Jennifer Müllner, BA, die sich immer wieder die Zeit genommen hat, meine Diplomarbeit zu korrigieren und mich immer wieder neu motivieren und inspirieren konnte.

Zuletzt möchte ich meinen Eltern, Dipl.-Ing. Andreas Budischowsky und Michaela Budischowsky, für ihre finanzielle Unterstützung während meines gesamten Studiums und während des Schreibens der Diplomarbeit danken.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Vorläuferunternehmen	7
2.1	<i>Die privaten Elektrizitäts-Kraftwerke</i>	7
2.1.1	<i>Die Allgemeine Österreichische Elektrizitäts-Gesellschaft</i>	8
2.1.2	<i>Die Wiener Elektrizitätsgesellschaft</i>	9
2.1.3	<i>Die Internationale Elektrizitätsgesellschaft</i>	10
2.2	<i>Die privaten Gas-Kraftwerke</i>	11
2.2.1	<i>Die Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas</i>	11
2.2.2	<i>Die Gesellschaft zur Beleuchtung mit k.k. ausschließlich privat verbessertem Gas</i>	13
2.2.3	<i>Die Imperial Continental Gas Association</i>	13
2.2.4	<i>Die Österreichische Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft</i>	15
2.2.5	<i>Die Wiener Gasindustriegesellschaft</i>	15
2.3	<i>Die Verhandlungen der ICGA mit der Stadt Wien</i>	16
3	Die Kommunalisierung der Elektrizitäts- und Gaswerke	20
3.1	<i>Die Gründung der Städtischen Elektrizitätswerke</i>	21
3.2	<i>Ein städtisches Monopol entsteht</i>	29
3.3	<i>Die Gründung der Städtischen Gaswerke</i>	32
4	Der Erste Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit	39
4.1	<i>Die Städtischen Elektrizitätswerke im Ersten Weltkrieg</i>	39
4.2	<i>Die Städtischen Gaswerke im Ersten Weltkrieg</i>	43
5	Die Erste Republik	46
5.1	<i>Städtische Elektrizitätswerke</i>	49
5.2	<i>Städtische Gaswerke</i>	55
6	Ständestaat, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg	59
6.1	<i>Die städtischen Elektrizitätswerke im Zweiten Weltkrieg</i>	62
6.2	<i>Die städtischen Gaswerke im Zweiten Weltkrieg</i>	68
7	Wiederaufbau und Wirtschaftswunder	73
7.1	<i>Wiener städtische Elektrizitätswerke</i>	76
7.2	<i>Wiener städtische Gaswerke</i>	81
7.3	<i>Die Gründung der Wiener Stadtwerke</i>	85
8	Die Heizbetriebe Wien	94
8.1	<i>Fernheizkraftwerk & Müllverbrennungsanlage Spittelau</i>	102
8.2	<i>Müllverbrennungsanlage Flötzersteig</i>	106
9	Die Erdgasumstellung	113
9.1	<i>Vorbereitungen auf die Umstellung</i>	115
9.2	<i>Die Durchführung der Erdgasumstellung</i>	118
10	Von den 1980ern bis in die Gegenwart	123
10.1	<i>Wienstrom</i>	125
10.1.1	<i>Telekommunikation</i>	127
10.2	<i>Wiengas</i>	127
10.3	<i>Veränderungen in der Unternehmensstruktur</i>	129

11	Unternehmensprofil und -tätigkeit der Gegenwart.....	139
12	<i>Wien Energie</i> als Arbeitgeber und die Gewerkschaft.....	146
13	Die Ökonomie der <i>Wien Energie GmbH</i>	151
13.1	<i>Preisentwicklungen</i>	152
14	Wahrnehmung der <i>Wien Energie</i> im Stadtbild und im Alltag.....	154
15	Conclusio.....	159
16	Diagramme.....	163
	Literaturverzeichnis.....	164
	Zeitschriften.....	168
	Zeitungen.....	170
	Kastenquellen.....	171
	Bildquellen.....	171
	Webseiten.....	175
	Anhang.....	178
	<i>Lebenslauf</i>	Fehler! Textmarke nicht definiert.
	<i>Abstract</i>	179

1 Einleitung

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Unternehmensgeschichte der *Wien Energie GmbH*. Gezeigt werden soll, wie sich das Unternehmen vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart entwickelt hat. Mit „entwickelt“ ist gemeint, welche Veränderungen im Unternehmen durchgeführt wurden. Diese Veränderungen sind je nach der momentanen Lage unterschiedlich. Manche wurden durch Kriege und höhere Gewalt bestimmt: Gerade die Weltkriege haben den Kraftwerken durch Kohlennot erhebliche Probleme bereitet, auch nicht zu unterschätzen war der immer größer werdende Mangel an Arbeitskräften. Im Zweiten Weltkrieg waren die Propaganda und die Nazi-Ideologie in den Kraftwerken omnipräsent. Man wollte eine verlässliche Energieversorgung gewährleisten können. Gezeigt hat sich dies vor allem in Führungspositionen, die vom NS-Regime neu besetzt wurden, und durch werkseigene Zeitschriften, die die Angestellten und Arbeiter auf die neue Ideologie einschwören sollten. Der Schaden an den Kraftwerken durch die Bombardements nach dem Zweiten Weltkrieg und auch die Besatzungszeit taten ihr Übriges.

Die politische Situation des Landes ist ebenfalls ein Faktor, der in vielen Zeitabschnitten für Veränderung sorgte: Ein Beispiel ist die Kommunalisierung unter Bürgermeister Lueger, mit der das Unternehmen gegründet worden ist. Das Ziel war damals allerdings, mehr Einnahmen für die Stadt zu generieren und sich von externen Anbietern unabhängiger zu machen. Das später unter den Sozialdemokraten ein Aufschwung des Unternehmens zu ungeahnter Größe erfolgte, konnte damals noch niemand wissen. Im Roten Wien konnte man als Sozialdemokratisches Unternehmen neue Arbeitsweisen einführen, man denke nur an den Achtstundentag oder an die Gründung von Gewerkschaften.

Ein dritter Faktor ist der der sozialen Bewegungen. Beispielhaft sind hier die Bürgerproteste gegen die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig in den 1980er Jahren angeführt. Man wollte sich gegen die Luftverschmutzung wehren, tat dies sogar unter Gefährdung des eigenen Lebens, indem man den Schornstein der Anlage erklimmte und ein Plakat, welches sich gegen den Flötzersteig aussprach, an eben jenem befestigte.

Gerade für ein Unternehmen sehr wichtig ist auch die wirtschaftliche Lage des Landes. Krisen, wie etwa die Weltwirtschaftskrise 1929 oder die Erdölschocks haben ebenfalls ihre Spuren hinterlassen.

Auf diese und weitere Begebenheiten musste das Unternehmen in entsprechender Form reagieren, um seinen Marktwert, seinen Kundenstock zu halten. In manchen Zeiten mag dies einfacher gewesen sein, in manchen schwerer. Gerade in der Gegenwart ist der Energiemarkt durch die Liberalisierung der letzten Jahrzehnte heiß umkämpft, die Konkurrenz lockt mit günstigen

Angeboten. Erneut muss man Innovationen bringen, um diesem immer größer werdenden Druck standzuhalten. Um dies bewerkstelligen zu können, hat man schon in den 1980er Jahren neben der „klassischen“ Strom- und Gasversorgung alternative Energieträger ins Programm aufgenommen. Dies geschah aus zweierlei Gründen: Erstens kann man durch umweltschonende alternative Energieträger, wie etwa Solar- oder Windkraft, eine neue Zielgruppe ansprechen und zweitens fällt es somit auch leichter, sich gegen die Konkurrenz durchzusetzen. Mit der Taktik, die Kunden selbst in das Geschehen einzubinden, indem sie in Solar- und Windkraftwerke investieren können, ist der *Wien Energie GmbH* in den letzten Jahren ein „Geniestreich“ gelungen, immerhin war das Interesse so groß, dass bei jedem neuen Angebot für Investitionen dieses auch am Tag der Publizierung bereits wieder binnen Stunden ausverkauft war. Um hier etwas fairer vorzugehen, werden die neuesten Investitionsmöglichkeiten über ein Gewinnspiel verlost. Allein diese Tatsache zeigt, wie groß das Interesse der Bevölkerung an alternativen Energieträgern ist. Doch nicht nur bei Energieträgern, auch bei der Kommunikation abseits der eben beschriebenen Dienstleistungen suchte man in den letzten Jahrzehnten den Kontakt zum Kunden. Man will als Unternehmen in jedem Haushalt Präsenz zeigen, um eine möglichst familiäre Situation zu schaffen. Geschafft wurde dies durch verschiedene Aktivitäten, wie etwa Sponsorings in Kultur- und Sportvereinen. Sieht man den Spielern des *SK Rapid Wien* bei einem Fußballmatch zu, so erkennt man sofort das orangene Logo der *Wien Energie GmbH*, welches auf der Vorderseite eines jeden Trikots prangt. Ebenso verhält es sich mit dem Vienna City Marathon. Der Startbereich ist gesäumt im *Wien Energie*-Orange. Im Kulturbereich wird beispielsweise die Sendung *erLesen* auf ORF III gesponsert, auch die jährliche Büchervergabe *Eine Stadt. Ein Buch* wird unterstützt. Mit dieser Omnipräsenz wird die Marke *Wien Energie* geschickt in den Alltag der Menschen gebracht und somit ist auch die Chance auf neue Kunden erhöht. Auch eine App existiert. *Extrawüstel* nennt sie sich und soll eben jene Vergünstigungen für Konzerte oder Sportereignisse dem *Wien Energie*-Kunden nahebringen.

Zwei Kapitel der Arbeit stehen für sich alleine: Die *Heizbetriebe Wien* und die Erdgasumstellung. Waren die Heizbetriebe ursprünglich eine eigenständige GmbH, so wurden sie später unter dem Namen *Fernwärme Wien* in den *Wien Energie* Konzern eingegliedert. In diesem Kapitel wird auf den Aufbau des Fernwärmenetzes und dessen Problematik mit Anrainern eingegangen. Die oben erwähnten Bürgerproteste finden sich vor allem in diesem Kapitel wieder. Bei der Erdgasumstellung ist ein interessantes Phänomen aufgetreten: Obwohl diese Umstellung verpflichtend für alle war, die weiterhin eine Gasheizung in ihrer Wohnung haben wollten und die Umstellung bei den meisten Kunden mit Kosten verbunden war, so wurden trotzdem

kaum Hinweise auf Proteste gefunden. Eventuell liegt dies daran, dass die Informationskampagne der Gaswerke sehr intensiv war, man wollte dem Kunden zeigen, dass es vielerlei Vorteile durch das neue Erdgas im Vergleich zum bisher verwendeten Stadtgas gab.

Ein anderer Aspekt, der behandelt werden soll, ist der politische (und damit verbunden der ökonomische): Ursprünglich waren sowohl Gas- als auch Elektrizitätswerke Eigentum der Stadt Wien. Dies sind sie bis heute, allerdings hat sich im Laufe eines Jahrhunderts auch dieser Aspekt grundlegend verändert. Sah man zu Beginn die Versorger noch als eigenständige Firmen, die nur dem Gemeinderat unterstanden, so sind sie heute Tochterunternehmen eines Konzerns namens *Wien Energie*, der wiederum der *Wiener Stadtwerke Holding AG* angehört, welche eigenständig agiert. Gestalt und Struktur der heutigen *Wiener Stadtwerke* unterlagen ebenfalls einem steten Wandel, der nach dem Zweiten Weltkrieg, genau gesagt 1946, begonnen und sich bis heute fortgesetzt hat. Die Struktur der Unternehmen wurde dabei grundlegend geändert: Ein Organisationswechsel von der *unitary form* zur *multidivision form* wurde notwendig. Um den Konzern weiterhin zu optimieren, kam es immer wieder zu Fusionen, aber in letzter Zeit auch zu Aufspaltungen, wenn man das Jahr 2013 mit der Gründung der *Wiener Netze GmbH* betrachtet.

Relevant ist diese Arbeit insbesondere für die Entwicklung der Stadt Wien, man kann anhand des Werdens dieser eng mit der Stadt verbundenen Firma auch die soziale, politische und ökonomische Lage Wiens erkennen. Grob gesagt, hat sich das Unternehmen mit der Stadt mitentwickelt. Betraf ein Ereignis Wien, so war dies meist auch für den Energieversorger von Relevanz, was an dem engen Zusammenhalt zwischen den beiden liegt. Dieser Zusammenhalt war nicht immer gleich. Als das Unternehmen noch in den Kinderschuhen steckte, war man enger an den Gemeinderat gebunden, als man es in der Gegenwart ist. Selbstverständlich ist die Arbeit auch für jeden an der Energieversorgung Wiens Interessierten relevant.

Die genannten Aspekte (Ökonomie, Soziales, Politik) sind diejenigen, welche in dieser Arbeit vorrangig behandelt werden sollen. Gewählt wurden sie, weil sie die Eckpunkte sind, an welchen man ein Unternehmen wie die *Wien Energie GmbH* abstecken kann. Ein Unternehmen, welches durch Wettbewerb einen Kundenstock aufbauen muss, um Profit zu machen, muss sich die Kunden durch Attraktivität verdienen. Diese Attraktivität spiegelt sich durch ein gutes Angebot an Tarifen, eine familienfreundliche Umgebung und guten Kundenservice wieder.

Der Umfang der Arbeit ist ein sehr breiter. Auf etwa 170 Seiten wird mehr als ein Jahrhundert Geschichte eines Unternehmens zusammengefasst. Versucht wird auch, dies in Kontext mit der allgemeinen Entwicklung der Stadt – aber auch mit Ereignissen, die ganz Österreich oder gar die ganze Welt betreffen (man denke etwa an die Erdölkrise in den 1970er Jahren) – zu setzen.

Die Stadt Wien musste dieselben Ereignisse, wie auch die *Wien Energie GmbH*, verarbeiten – es ist also ein Konnex gegeben, der berücksichtigt werden muss. Immerhin gab die Stadt selbst durch die Kommunalisierung einen Anstoß für die weitere Entwicklung. Auch in späteren Jahren sind viele Ereignisse innerhalb der GmbH nur in Kraft getreten, weil externe Faktoren eine Reaktion der *Wien Energie* gefordert haben. Die Stadt hat sich permanent verändert, die Gegebenheiten in der Politik oder in den Haushalten durch den Fortschritt der Technik haben eine Veränderung durchgemacht. Daraus ergeben sich die Forschungsfragen, die in dieser Arbeit behandelt werden sollen: Wie handelte das Unternehmen zu bestimmten Zeitpunkten, um mit dem technischen Fortschritt mithalten zu können? Hatten die Weltkriege Einfluss auf die Energieversorgung? Wie geht die *Wien Energie GmbH* heute mit dem geöffneten Markt um, um Kunden an sich zu binden? Auch die Frage nach der Beziehung bzw. der Abhängigkeit gegenüber der Stadt Wien soll beleuchtet werden: Wie wandelte sich das Verhältnis gegenüber dem Gemeinderat? Warum änderte man dies überhaupt? Auch die erwähnte soziale Komponente wird hinterfragt: Können Bürger, die an sich nicht in die Unternehmungen der GmbH involviert sind, durch Protest eine Änderung herbeiführen? Wie geht man mit Protesten um? Natürlich soll nicht nur hinterfragt werden, wie man mit negativen Erscheinungen umgeht, sondern auch wie man (potentielle) Kunden gewinnen und halten kann. Gibt es Maßnahmen, die die *Wien Energie GmbH* von Konkurrenten abhebt? Ziel ist es also zu beschreiben, wann und wie sich welche (Welt-)Ereignisse auf die Tätigkeit des Unternehmens ausgewirkt haben und wie das Unternehmen darauf reagiert hat. Dies soll von der Gründung des Unternehmens bis in die Gegenwart durchgeführt werden.

Die Vorgangsweise der Arbeit ist deskriptiv, angewandt wurde Quellen- und Archivrecherche, um an vertrauenswürdige Informationen zu kommen. Da die beschriebene GmbH lange Zeit direkt der Stadt Wien unterstand, ist es nur logisch, in den Beständen jener Stadt nach Informationen zu suchen. Viele Quellen stammen daher aus dem *Wiener Stadt- und Landesarchiv* sowie aus der *Wien Bibliothek im Rathaus*. Besucht wurde ebenfalls die interne Betriebsbibliothek der Elektrizitätswerke in der ehemaligen Direktion in der Mariannengasse 4, 1090 Wien. Die Ergebnisse der Arbeit wurden durch Vergleiche verschiedener Quellen ermittelt. Ein Beispiel dafür wäre etwa, ob die Inhalte von Zeitungsartikeln mit den Informationen eines Verwaltungsberichtes korrelieren. Auf diese Art entsteht ein Netz von Informationen, welches zusammengefasst die Geschichte der *Wien Energie GmbH* ergibt.

Der momentane Forschungsstand ist schwer zu beschreiben. Zu manchen Zeitabschnitten gibt es detaillierte Berichte, zu manchen wiederum sehr wenig. Es bestehen bereits veröffentlichte geschichtliche Zusammenfassungen einzelner Unternehmen, wie etwa von der Gründung der

Elektrizitätswerke bis zum Beginn der 1990er Jahre, oder auch ein ähnliches Werk, das sich mit Gas für die Stadt Wien beschäftigt und bis ins Jahr 2009 reicht: *90 Jahre Wiener Elektrizitätswerke* und *Gas. Energie für Wien im Wandel der Zeit*. Diese beiden Publikationen (und auch andere) beschäftigen sich jeweils mit Themen, die für diese Arbeit relevant sind. Es muss allerdings angemerkt werden, dass zum Zeitpunkt der Publikation dieser Werke die *Wien Energie GmbH* in der Form, wie sie heute besteht, noch nicht existierte. Ein Werk, das sich dezidiert mit dem Unternehmen *Wien Energie* beschäftigt, ist bisher nicht verfasst worden.

An Quellenmaterial wurde vielerlei verwendet: Ausgehend von den beiden bereits erwähnten Werken als „Basis“ für die Arbeit, wurden die Ausgaben der Zeitschrift *FORUM Gas Wasser Wärme* verwendet, die im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder einen neuen Namen bekommen hat (Beispiele wären *Der Gastechner. Organ des Vereines der Gasindustriellen in Österreich-Ungarn*, *Gas/Wasser/Wärme. Zeitschrift des österreichischen Vereines von Gas- und Wasserfachmännern* oder *gww. gas wasser wärme*). Neben dieser und weiterer Sekundärliteratur wurde darauf Wert gelegt, viele Quellen zu verwenden, die direkt aus der Zeit der Geschehnisse stammen. Dazu zählen diverse Verwaltungsberichte sowie statistische Jahrbücher der Stadt Wien und zeitgenössische Zeitungsartikel verschiedener Tageszeitungen. Aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges bzw. der Nachkriegszeit wurde ein Bericht gefunden, der Kampfhandlungen in einem Elektrizitätswerk beschreibt. In den letzten Kapiteln, die hauptsächlich die Gegenwart behandeln, wurden fast ausschließlich durch Materialien aus dem Internet (den Löwenanteil hat die *Wien Energie* eigene Homepage www.wienenergie.at inne) verwendet, da in gedruckter Form noch sehr wenig bis gar nichts vorliegt. Eine Ausnahme bilden die Geschäftsberichte der *Wien Energie* und der *Wiener Stadtwerke*. Verwendet wurden diese Quellen, um verschiedene Standpunkte der *Wien Energie GmbH*, zu Themen wie etwa Kundenservice, Firmenkonstellation etc. zu beschreiben. Die genauen Angaben zu diesen und allen weiteren Quellen finden sich am Ende der Arbeit im Literaturverzeichnis.

Die Gliederung der Arbeit folgt chronologisch dem Ablauf der Geschehnisse. Begonnen wird kurz vor 1900 mit den Vorläuferunternehmungen. Diese privat geführten Unternehmen waren letztlich Ursache für die Gründung der städtischen Kraftwerke. Es wird gezeigt, wie die ersten Versuche, ein Kraftwerk und die Energieversorgung aufzubauen abgelaufen sind, wie die Stadt Wien dazu stand und warum die Stadt sich schlussendlich entschied, die privaten Unternehmer aus dem Geschäft zu drängen und sich selbst stattdessen mittels eines neu errichteten Monopolunternehmens auf den Markt zu bringen. Der eigentliche Start der städtischen Kraftwerke beginnt im zweiten Kapitel mit der Lueger'schen Kommunalisierung. Da die Gas- und Elektrizität-

tätswerke zu dieser Zeit, und auch noch lange danach, getrennt geführt wurden, haben sie jeweils einzelne Unterkapitel. Diese Trennung wurde bis zur Gründung der *Wiener Stadtwerke*, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, fortgeführt. Mit der Gründung werden die Unterkapitel immer kürzer geführt, da von diesem Punkt an der Konzern als Ganzes im Mittelpunkt steht. Nach der Kommunalisierung folgt ein Kapitel über den Ersten Weltkrieg und die Probleme, die dieser mit sich brachte, ein weiteres über die Zwischenkriegszeit, in der versucht wurde, die Nachwirkungen des Krieges zu bewältigen und nochmals eines über den Zweiten Weltkrieg. Mit dem Wiederaufbau beginnt das sechste Kapitel, mit dem auch die Trennung von Elektrizitäts- und Gaswerken endet und die *Wiener Stadtwerke* gegründet werden. Die beiden erwähnten Kapitel zu den *Heizbetrieben Wien* und zur Erdgasumstellung finden sich nach dem Wiederaufbau. Das letzte chronologische Kapitel verfolgt die Entwicklung der *Wien Energie* bis in die Gegenwart, ihre Strategien im Wettbewerb um Kunden und die Umorganisation in den letzten Jahren. Im letzten Teil der Arbeit wird der Fokus auf verschiedene Aspekte innerhalb der *Wien Energie* gelegt, um das Unternehmen in seiner gegenwärtigen Struktur zu beschreiben. Diese Aspekte sind ein Unternehmensprofil inklusive Statuten und Regeln für MitarbeiterInnen sowie ein *Code of Conduct*. Danach folgt die Unternehmenstätigkeit, in welcher auf den Kraftwerksbau, insbesondere auf die BürgerInnenkraftwerke, eingegangen wird. *Wien Energie* als Arbeitgeber und die Gewerkschaft *younion* werden im nächsten Kapitel vorgestellt. Es wird gezeigt, welche und wie viele MitarbeiterInnen im Unternehmen tätig sind, auch welche Vorteile man als MitarbeiterIn des Unternehmens hat. Die Geschäftsergebnisse der *Wien Energie GmbH* werden anschließend analysiert. Investitionen, Gewinne und Verluste werden dabei kurz erörtert. Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit der Wahrnehmung des Unternehmens im Stadtbild und im Alltag. Hier wird auf das bereits erwähnte Sponsoring eingegangen, sowie die Gasometer in ihrer heutigen Verwendung vorgestellt, lange Zeit und bis heute ein Wahrzeichen Wiens, das auf eine lange Geschichte städtischer Energieversorgung verweist.

2 Vorläuferunternehmen



2.1 Die privaten Elektrizitäts-Kraftwerke

Elektrizität war im späten 19. Jahrhundert eine noch nicht weit verbreitete Neuheit und elektrisches Licht daher ein Luxusgut, das erst popularisiert und standardisiert werden musste. Einen ersten Schritt dazu machte das elektrische Kraftrad, erfunden von dem südtiroler Büchsenmacher Johann Kravogel im Jahr 1867. Dieses Kraftrad war weltweit der erste Elektromotor. Mit ihm wurden erste elektrotechnische Versuche gewagt und dementsprechend wurde bereits ein Jahr nach der Entwicklung dieses Motors der erste Dynamo entwickelt.¹ Einige Jahre später, 1880, eröffnete der Elektrotechniker Johann Kremenetzky in Wien eine Fabrik für Dynamomaschinen, im selben Jahr beleuchtete er den Volksgarten mit Bogenlichtlampen (sogenannte „Jablokoffsche Kerzen“).² Die in Wien stattfindende *Internationale Elektrische Ausstellung* brachte 1883 die neuesten Erkenntnisse rasch unter das Volk. Die vielfältigen Möglichkeiten der Elektrizität wurden in dieser Ausstellung demonstriert: Lampen, Elektromotoren und deren Bedeutung für die Industrie zeigten, was die Zukunft bringen würde.³ Allerdings war auch eine gewisse Skepsis vorhanden, denn dieses Phänomen, genannt Elektrizität, war unsichtbar und doch

Johann Kremenetzky, am 15. Februar 1850 in Odessa geboren, war nach entsprechendem Studium im Schwachstromwesen tätig, zog 1879 nach Wien und arbeitete für die Firma *Siemens & Halske*. Kremenetzky war Pionier in der Herstellung von elektrischen Glühlampen in Österreich, ebenso war er 1886 der erste Unternehmer, der eine Konzession für eine elektrische Zentrale in Wien erhielt. Kremenetzky starb am 25.10.1934 in Wien.

Kasten 1: Kurzbiografie Johann Kremenetzky

¹ Vgl. Czeike 2004. S. 164.

² Vgl. ebenda. S. 607.

³ Vgl. Hochenegg 1905. S. 259.

spürbar, ja sogar ab einer gewissen Stärke tödlich. Deswegen erließ das Handelsministerium bereits am 25. März 1883 Bestimmungen, um einen sicheren Umgang mit Elektrizität zu gewährleisten.⁴

Wie sollte nun die Elektrizität in die Wiener Haushalte und Firmengebäude geliefert werden? Eine ganze Stadt mit der neuen Energieform zu versorgen, war eine große Herausforderung. Vordergründig Fabriken, aber auch erste öffentliche Verkehrsmittel, wie die Straßenbahn, würden viel effizienter arbeiten, wenn es zu einer Elektrifizierung käme. Es gab hierzu noch keine städtischen Elektrizitätskraftwerke, wie man sie in der heutigen Zeit kennt. Es bedurfte überhaupt erst findiger Pioniere, die einen ersten Zugang zur Elektrizität finden mussten. Der erste Unternehmer dieser Art war der Ingenieur Franz Fischer. Fischer bewarb sich um eine nach den oben erwähnten, vom Handelsministerium erlassenen Regelungen notwendig gewordene Konzession für eine Zentralstation und erhielt diese auch am 24. Oktober 1885. Kurz darauf wurde in seinem Auftrag die erste elektrische *Zentralstation Neubadgasse*, wie sie damals hieß, in einer günstig gekauften Realität errichtet. Als problematisch erwiesen sich für Fischer aber die Kosten der Leitungslegung, daher wurde schon 1886 die Konzession von Fischer weitergegeben. Der Elektrizitätspionier war der Ansicht, dass es einer „hervorragenden Weltfirma“⁵, wie *Siemens & Halske*, leichter gelingen würde, einen Vertrag mit der Gemeinde Wien abzuschließen, um Leitungen durch Straßen, Gassen und Plätze zu legen. Kurz nach der Übergabe an besagte Firma wurde auch schon mit der Gemeinde Wien verhandelt und der gewünschte Vertrag am 14. Oktober 1887 abgeschlossen. Zwei Jahre später, im September 1889, wurde die erste elektrische Zentralanlage in Wien in Betrieb genommen.⁶ Doch dies war erst der Anfang einer Reihe von Privatunternehmen, die in das Geschäft mit der Elektrizität einstiegen. In den folgenden Unterkapiteln werden nun die wichtigsten privaten Unternehmen vorgestellt.

2.1.1 Die Allgemeine Österreichische Elektrizitäts-Gesellschaft

Nach nur eineinhalb Jahren, 1891, wurde die Leitung der eben vorgestellten Station Neubadgasse an die *Allgemeine Österreichische Elektrizitäts-Gesellschaft* (AÖEG) übertragen. Diese Gesellschaft baute ein Jahr später (10. Dezember 1892) eine zweite Station an der Oberen Donaustraße, genannt *Zentrale Leopoldstadt*. Versorgt wurden nun bereits die Wiener Bezirke 1 bis 5 sowie 7 bis 9 und 16 bis 19.⁷ Es kam zu neuen Verhandlungen zwischen der AÖEG und der Gemeinde Wien. Die Konzession blieb aufrecht, so wie sie im Jahr 1887 bereits verhandelt

⁴ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S.10.

⁵ Hochenegg 1905. S. 259.

⁶ Vgl. Hochenegg 1905. S. 259.

⁷ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 11.

worden war, auch durften weiterhin Stromleitungen verlegt werden, jedoch wurde zusätzlich darauf geachtet, dass jegliche Monopolansprüche verhindert wurden. So konnte sich die Gemeinde Wien für sich selbst, aber auch für andere Unternehmen vorbehalten, jederzeit selbst Elektrizitätskraftwerke zu errichten und in Konkurrenz zur AÖEG zu treten.⁸ 1903 betrieb die AÖEG nun die erste Zentrale *Neubad* (ab 14. September 1889), die zweite *Zentrale Leopoldstadt* (ab 10. Dezember 1892) und die beiden Unterstationen in der Helbinggasse 7, 17. Bezirk, sowie in der Billrothstraße 7, 19. Bezirk. Damit umfasste das Stromnetzwerk 772.083 Meter⁹ und versorgte damit bereits 2.890 von 34.488¹⁰ (also 8,38%) Wiener Häusern. Bemerkenswert war insbesondere die Leistungssteigerung zwischen der Station Neubadgasse und der Schwesternstation Leopoldstadt: Während die erste Station zu Zeiten Fischers nur 400 PS stark war, schaffte die neuere Zentrale bereits mehr als die dreifache Leistung, nämlich 1.500 PS.¹¹

2.1.2 Die Wiener Elektrizitätsgesellschaft

Genau genommen war die bereits antizipierte Konkurrenz vor dem Vertragsabschluss zwischen AÖEG und Gemeinde Wien schon vertreten: In den Bezirken 5, 6 und 7 wurde der Ruf nach elektrischer Beleuchtung immer stärker (der 5. Bezirk wurde teilweise zwar schon mit Strom versorgt, hatte dennoch weiteres Potenzial für Konkurrenzgesellschaften), so dass sich der Ingenieur Richard Engländer mit den Fabrikanten Karl Leistler und dem bereits erwähnten Johann Kremenetzky zusammentat und eine Planung für eine Zentralstation für die elektrische Versorgung der genannten Bezirke ausarbeitete. Die dort lebenden Bürger waren begeistert und so kam es in den 1880er Jahren zur Gründung der *Wiener Elektrizitätsgesellschaft* (WEG). Als Standort für das neue Kraftwerk wählte man die Kaunitzgasse 4, ein Gebäude einer ehemaligen Parkettfabrik. Installiert wurde ein Gleichstrom-Dreileitersystem. Der steigende Bedarf machte es nötig, dass bald die Nachbargrundstücke angekauft werden mussten, um weitere Dampfkessel für die Stromerzeugung zu errichten. Zuständig für die Leitungsverlegung und auch für den Betrieb des Kraftwerkes war, wie auch bei der AÖEG, die Firma *Siemens & Halske*.¹² Am 27. März 1887 wurde die Konzession erlassen, 1890 wurde das neue Kraftwerk schließlich in Betrieb genommen.¹³ Das komplette Netzwerk der WEG bediente nun den 6. und 7. Bezirk sowie Teile des 1., 4. und 5. Wiener Gemeindebezirks, die Gesamtlänge entsprach 236,3 Kilometer

⁸ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 11

⁹ Vgl. Hochenegg 1905. S. 264.

¹⁰ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1903. S. 14.

¹¹ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 10f.

¹² Vgl. Hochenegg 1905. S. 265.

¹³ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 12.

und versorgte 1.243 Haushalte.¹⁴ Bei einer Gesamtzahl von 29.322 Häusern in Wien im Jahre 1890 entspricht dies 4,24 %.¹⁵

Die Leistung der Dampfmaschine betrug 60 PS, was neben einer peinlich genauen Absprache der zu bedienenden Bezirke mit ein Grund war, warum die AÖEG die WEG nicht als Konkurrenz empfand.¹⁶

2.1.3 Die Internationale Elektrizitätsgesellschaft

Es sollte jedoch nicht bei diesen beiden Unternehmen bleiben: 1889 wurde eine dritte Gesellschaft, die *Internationale Elektrizitätsgesellschaft* (IEG), von der Budapester Firma *Ganz-Elektrizität AG*¹⁷ gegründet. Mit ihr sollte eine flächendeckende Stromversorgung ermöglicht werden. Durch ein innovatives Wechselstrom-Verteilungssystem mit parallel geschalteten Transformatoren konnte auch diese Gesellschaft rasch einen großen Kundenstock aufbauen, versorgt wurden von ihr Kunden in den Bezirken 1 bis 10, 13, 17 und 19.¹⁸ Obwohl manche dieser Bezirke schon von anderen Firmen bedient wurden, konnte sich auch die IEG in diesen Gebieten etablieren, da kein Bezirk zu dieser Zeit flächendeckend versorgt wurde. Ursprünglich war laut Konzessionsvertrag nur das ehemalige Wiener Gemeindegebiet, also die Bezirke 1 bis 10, vereinbart, allerdings wurden durch eine Sondergenehmigung der Stadt Wien auch Kabelleitungen in die eben angeführten Außenbezirke Wiens verlegt.¹⁹

Bei drei Gesellschaften wurde natürlich der Konkurrenzkampf härter, doch stellte sich noch ein anderes Problem ein: Jede der drei Gesellschaften nutzte unterschiedliche Techniken, das Stromnetz in Wien war also nicht einheitlich. So konnte beispielsweise eine Straßenseite 440/220V Gleichstrom erhalten, während auf der anderen Seite 110V Wechselstrom vorherrschte. Eine Standardisierung war noch nicht vorhanden, diese wurde erst ab 1947 in Angriff genommen.²⁰

Die beschriebenen Umstände, also der Konkurrenzkampf und die uneinheitlichen Standards der verschiedenen Gesellschaften, hielten den Siegeszug der Elektrizität aber nicht auf, man konnte zwischen 1896 und 1901 den Stromverbrauch von 8.978 auf 45.245 MWh erhöhen. Dies entsprach einer Steigerung um das Fünffache. Auch bemerkte die Gemeinde Wien das Potential

¹⁴ Vgl. Hochenegg 1905. S. 266.

¹⁵ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1980. S. 14.

¹⁶ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 12.

¹⁷ Die *Ganz-Elektrizität AG* wurde 1844 in Ungarn gegründet, wo sie auch heute noch ansässig ist. Die Firma beschäftigte sich mit Elektrotechnik und Maschinenbau, unter anderem auch für die Eisenbahn.

<http://www.ganz-holding.hu/index.php/en/the-past/198-historical-review>, 4.10.2016. 10:59 Uhr.

¹⁸ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 13.

¹⁹ Vgl. Hochenegg 1905. S. 271.

²⁰ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 13.

der Elektrizitätswerke, da sie von den Bruttoeinnahmen der AÖEG, der WEG und der IEG drei Prozent erhielt. Da es insgesamt noch ein niedriges Konsumniveau im Bereich Strom gab, waren große Entwicklungsmöglichkeiten und Gewinnchancen für Stromproduzenten abzusehen. Schon bald wurde im Gemeinderat überlegt, wie man auf kommunaler Ebene mehr Gewinn aus der Elektrizität schlagen könne.²¹

2.2 Die privaten Gas-Kraftwerke

In der Zeit vor der Kommunalisierung gab es viele Unternehmer, die ihr Glück in der Bereitstellung von Gas suchten. Gebaut wurden in dieser Zeit jede Menge Gaskraftwerke (im Volksmund auch Gasometer genannt). Die mit dem Bau gegründeten Gasgesellschaften versuchten aus gegenseitigem Konkurrenzdruck immer wieder die anderen durch Netzausbau oder geringere Preise zu unterbieten.

2.2.1 Die Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas

Der erste Unternehmer in Wien, der mit Gas handeln wollte, war Georg Pfendler. Pfendler kooperierte zunächst mit dem Gasprivilegieninhaber Anton Rainer Ofenheim, der mangels Kapital selbst nicht unternehmerisch tätig werden konnte. Pfendler kaufte ihm seine Immobilien ab und plante eine „Apothekerhalle“, denn beruflich war er Apotheker, zu bauen. Tatsächlich wurde aber ein von Pfendler sogenanntes *Ölgas-Erzeugungsetablisement* erbaut, also ein Gaswerk. Durch seine vorige Studienreise in England hatte er Wissen um

Georg Pfendler der Jüngere wurde am 13. Juni 1799 in Wien geboren. Er übernahm nach seinem Chemiestudium die Apotheke seines Vaters Georg Pfendler der Ältere am 15. Oktober 1824. 1830 verkaufte er sie aber an seinen Schwager, um sich seinen Interessen an den Gaswerken zu widmen. Pfendler wurde mit seinem Gaswerk Roßau zu einem Pionier der Gasbeleuchtung in Wien. Pfendler Sterbedatum ist unbekannt, liegt aber nach 1840.

Kasten 2: Kurzbiografie Georg Pfendler der Jüngere

und Kontakte für sämtliche benötigten Maschinen. Sobald das Werk im November 1825 fertiggestellt war, stieg er in die Gasproduktion ein und gründete am 14. Juli 1828 das erste Unternehmen, das versuchte, in Wien Gas zu vertreiben. Der Name der Gesellschaft lautete *Österreichische Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas*.²² In folgender Anzeige im *Allgemeinen Intelligenzblatt zur Oesterreichisch-Kaiserlichen privil. Wiener Zeitung* wird eine Einladung zur vermutlich ersten Generalversammlung an alle Teilhaber der Gesellschaft ausgeschrieben:

²¹ Vgl. Seliger, Ucakar 1986. S. 896.

²² Vgl. Private Gaswerke – Wien Geschichte Wiki. https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Private_Gaswerke, 19.1.2016, 11:54 Uhr.

Ankündigung.

Die Oesterreichische Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas, bringt hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die erste General-Versammlung ihrer Actionäre am 14. Julius d. J. in dem Geschäfts-Locale, Rothenthurmstraße Nr. 641, Stiege links, ersten Stock, präcis um 10 Uhr Vormittags, Statt finden wird; nachdem die in den Statuten dd. 1. April d. J. hierzu bestimmte Anzahl von Actien, bey der so schnell fortschreitenden Subscription (welche für eine geringe Anzahl derselben in dem Comptoir der Herren Henikstein und Compagnie noch auf kurze Zeit eröffnet bleibt) schon weit überschritten, und dadurch die Gesellschaft bereits constituirt ist. Bey dieser General-Versammlung haben die Besitzer von fünf Actien Eine Stimme, von zehn Actien zwey, und von 15 und mehreren Actien, drey Stimmen, und dieselben werden mit dem Beyfalle hierzu höflichst eingeladen, daß der Zweck dieser Sitzung sich hauptsächlich darauf beschränken wird.

Erstens: Den P. T. Actionären eine Uebersicht der bisherigen Leistungen in diesem Geschäfte, so wie des, bey der vorhabenden Vergrößerung desselben zu beobachtenden Ganges und dabey zu erwartenden Nutzens etc., vorzulegen, und

Zweitens: Die Wahl der in den Statuten bestimmten Herren Directoren vorzunehmen.
Wien den 1. Julius 1828.

Abbildung 1: Die Ankündigung der Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas

Pfendler lieferte das Gas durch tragbare Behälter an seine Kunden, die hauptsächlich Kanzleien und Geschäfte waren, außerdem an die Akademie der bildenden Künste und die Brandschadenversicherung.²³ Schnell bemerkte der Pfendler allerdings, dass die von ihm benutzten Gasbehälter für den Transport eher ungeeignet waren, er verlor durch die erhöhte Lieferzeit an Einkommen. Um sein Problem mit dem Gastransport zu lösen, suchte der Apotheker bei der Gemeinde Wien an, Gas in Rohren transportieren zu dürfen. Vor allem sollten Leitungen in Form von gusseisernen Rohren in die Innere Stadt gelegt werden, da dort zahlungskräftigere Kunden wohnten. In dem Schreiben an die Gemeinde Wien wurde stark betont, dass die *Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas* mit dem Ausbau der Leitungen kein Interesse daran hatte, öffentliche Beleuchtungen zu installieren, stattdessen wolle sie ausschließlich private Haushalte, also Wohnungen, Gewölbe, Stiegen, Vorhallen oder auch Wohnhäuser, beleuchten. Obwohl bereits im Antrag ersichtlich wurde, dass Pfendler jegliches Gegenargument der Stadt im Keim ersticken wollte, dauerte es zwei Jahre, bis das Land Niederösterreich 1832 seine Bewilligung zu dem Leitungsausbau gab. 1835 waren schließlich die ersten 1.200 Meter der Gasleitung fertiggestellt, die vom Pfendlerschen Gaswerk Roßau durch das Schottentor bis hin zu Herrengasse verlegt wurde. Kunde war unter anderem die Nationalbank.²⁴ Nach der Durchführung des Projektes wollte Pfendler einen Schritt weiter gehen und suchte um ein Gasprivileg an, zuerst für 50 Jahre, was allerdings abgelehnt wurde. Danach versuchte er es mit einer geringeren Laufzeit und folgender Begründung:²⁵

²³ Vgl. Sprinzl 1931. S. 105.

²⁴ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 105f.

²⁵ Vgl. Sprinzl 1935. S. 8.

10 Jahre arbeitet bereits das Unternehmen und hat nach und nach ein Kapital von 150.000,- Fl. C. M. investiert, ohne bisher einen Gewinn auswerfen zu können. Aus dem Grunde erbittet sie ein 10 jähriges Privilegium, damit nicht ein anderer kommt und die Früchte erntet, die sie gesät.²⁶

Doch die Bitte verhallte ungehört. Selbst als sie später, um fünf Jahre reduziert, noch einmal wiederholt und sogar von der Polizei-Oberdirektion befürwortet wurde, wurde die Forderung nach dem Gasprivileg 1838 abgelehnt. Immerhin wurde aber dem Antrag, eine zweite Gasleitung zu erbauen, stattgegeben, die *Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas* durfte ihr Rohrnetzwerk nun vom Kohlmarkt bis zum Stephansplatz ausweiten. Außerdem wurde auf dem Michaelerplatz die erste öffentliche Gaslaterne Wiens in Betrieb genommen, ein Jahr später, 1839, folgten zwei weitere.²⁷

2.2.2 Die Gesellschaft zur Beleuchtung mit k.k. ausschließlich privat verbessertem Gas

Konkurrenz bekam Pfendler 1840 ausgerechnet von seinem eigenen Sekretär, Theodor Friedrich Hene, indem dieser die *Gesellschaft zur Beleuchtung mit k.k. ausschließlich privat verbessertem Gas* gründete. Eines der größten Projekte dieses Unternehmens war die Beleuchtung der Schönbrunner Hofstraße bis zum Unternehmenssitz in Fünfhaus, wo auch das Gaswerk in der Gasgasse 2 eingerichtet wurde.²⁸ Die Länge des Gasnetzes Fünfhaus betrug in etwa 6 Kilometer.²⁹ Das Gaswerk gehörte dem Unternehmen aber nur kurz, denn 1842 wurde es an die Konkurrenz, die *Imperial Continental Gas Association* (ICGA), verkauft. Mit 31. Dezember 1843 hörte die Gesellschaft von Hene bereits wieder auf zu existieren und ging am 1. Jänner 1844 ebenfalls an die ICGA. Das Gaswerk in Fünfhaus wurde noch bis in das Jahr 1911 benutzt, danach stillgelegt und abgerissen.³⁰

2.2.3 Die Imperial Continental Gas Association

Mit der *Imperial Continental Gas Association*, in Leben gerufen von Sir William Congreve, kam ein großer Konkurrent aus dem Ausland ins Spiel. Die britische Gas-Gesellschaft hatte bereits in mehreren Städten Europas, vor allem aber in Deutschland, ihre Lager aufgeschlagen und nun Wien als nächstes Ziel. Gegründet wurde sie im Jahr 1825 als Aktiengesellschaft. Geleitet wurde sie von vier Präsidenten und 14, später zehn Direktoren. Bereits 1832 hatte man Gasspeicher in Berlin, Rotterdam, Gent, Hannover und Lille errichtet, später auch in Toulouse,

²⁶ Sprinzi 1935. S. 8.

²⁷ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 107.

²⁸ Vgl. Czeike 2004. S. 475.

²⁹ Vgl. Ruck, Fell 2008. S.

³⁰ Vgl. Czeike 2004. S, 475.

Marseille, Paris, Prag und nicht zu vergessen: Wien.³¹ Hauptaugenmerk lag darauf, ein Monopol zu schaffen, indem die Konkurrenz durch Dumpingpreise ausgeschaltet wurde.³² Ein Vergleich der Preise zeigt dies deutlich: Die Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas verlangte für eine Gasflamme bis Tagesanbruch 148 Gulden während die ICGA für dieselbe Leistung nur 80 Gulden berechnete.³³ Durch dieses rigorose Vorgehen der Briten konnte schnell ein Konkurrent nach dem anderen aufgekauft werden.

Im Grunde passierte nun genau das, was Pfendler mit seinem Ansuchen an die Stadt verhindern wollte: Eine andere Gesellschaft kam in die Stadt und nahm die Früchte der *Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas* an sich. Die erste Übernahme war Henes bereits oben erwähnte *Gesellschaft zur Beleuchtung mit k.k. ausschließlich privat verbesserten Gas*. Der nächste Streich der ICGA war der Erwerb der Beleuchtungsrechte von Pfendler. Dieser versuchte sich aber noch zur Wehr zu setzen, indem er beantragte, weitere Rohrleitungen bauen zu dürfen. Zu seinem Leidwesen wurde nicht nur ihm, sondern auch dem englischen Konkurrenten dieser Antrag gewährt. Während die ICGA nun das bereits gekaufte Gaswerk Fünfhaus umbaute (es wurde nun Steinkohle verwendet) und neue Gaswerke plante (Erdberger Lände, angesucht zum Bau wurde am 14. September 1842) hatte die *Gesellschaft zur Beleuchtung mit Gas* nichts mehr in der Hand, um gegen den Konkurrenten zu bestehen und musste sich somit im Oktober 1843, da sie nicht mit den Preisen der ICGA mithalten konnte, geschlagen geben. Nutznießer dieses Pleitenganges waren natürlich wieder die Briten, die um 320.000 Gulden sämtliche Anlagen von Pfendlers Lebenswerk aufkauften. Das Gaswerk Roßau blieb weiterhin in Betrieb und wurde erst 1852 außer Dienst gestellt. Damit nicht genug, erhielt die nun in Wien als Monopolist vertretene ICGA 1844 die Genehmigung zur Erbauung des Gaswerkes Erdberg und zusätzlich auch noch den Auftrag, Gasleitungen nach Erdberg, Landstraße und in die Leopoldstadt zu legen.³⁴ Die Stadt Wien sah sich nun gezwungen, mit dem Monopolisten zu verhandeln, man brauchte schließlich weiterhin eine stabile Gasversorgung. Die Idee der Kommunalisierung kam zwar schon damals auf, doch wurde sie nicht durchgesetzt. Im Mai 1845 wurde der Vertrag zwischen der Gasgesellschaft und der Stadt Wien unterzeichnet und sollte für sieben Jahre, vom 1. Juli 1845 bis zum 31. Jänner 1852, gültig sein. Der zweite Beleuchtungsvertrag sah vor, dass die ICGA nach 1852 noch 25 weitere Jahre für die Beleuchtung der Stadt zuständig war. Außerdem

³¹ Vgl. Kurzer 2003. S. 175.

³² Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 110.

³³ Vgl. Sprinzi 1918. S. 155.

³⁴ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 111.

konnten erneut weitere Gaswerke gebaut werden. Die Standorte lauteten Oberdöbling, Währing, Belvedere, Zwischenbrücken/Am Tabor und Floridsdorf.³⁵ Die Anlagen wurde noch ca. 50-60 Jahre verwendet, „die Werke Erdberg, Belvedere und Zwischenbrücken-Tabor stellten 1899, die Werke Fünfhaus, Baumgarten-Hütteldorf, Oberdöbling und Floridsdorf 1911 den Betrieb ein.“³⁶

2.2.4 Die Österreichische Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft

Für ein kurzes Zwischenspiel sorgte die am 4. März 1855 gegründete *Österreichische Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft* (ÖGAG). Die spärlich vorhandenen Informationen, es ist nicht einmal bekannt, wer die Aktiengesellschaft gegründet hat, deuten darauf hin, dass die Gründung dieser AG nur stattfand, um ein Konkurrenzunternehmen zu jenem der ICGA zu schaffen.³⁷ Der Standort des Werkes lag in der Dunklergasse im 12. Bezirk, die zur Zeit des Gaswerkes noch Jakobstraße hieß. Mit dem 18. August 1855 wurde das Gaswerk offiziell in Betrieb genommen und beleuchtete Meidling, Hetzendorf, Altmannsdorf, Neulerchenfeld, Fünfhaus, Sechshaus und Rudolfsheim. Das Nebenprodukt Koks wurde ebenfalls verwendet – als Heizprodukt für die umliegenden Bewohner.³⁸

2.2.5 Die Wiener Gasindustriengesellschaft

Die *Wiener Gasindustriengesellschaft* wurde 1872 gegründet und startete mit einem Gaswerk am Wienerberg. Wahrscheinlich um gegen die ICGA anzukommen, schloss sich die Gesellschaft mit der ÖGAG zusammen. Zwar blieben beide eigene Rechtspersönlichkeiten, die Wiener Gasindustriengesellschaft hielt aber von 6.400 Aktien 5.827 der ÖGAG (dies entspricht 7/8 der Aktien). Nachdem 1883 ein weiteres Gaswerk in der Wienerbergstraße errichtet wurde, konnte der Süden Wiens ebenfalls mit Gas versorgt werden. Die Vereinigung der beiden Gesellschaften schafft es schließlich auch in anderen Städten tätig zu werden: In Graz, Fiume und Temesvar wurden Gas- und Elektrizitätswerke errichtet.³⁹ Der Absatz stieg weiter an, man kam bei beiden Sparten in die Gewinnzone. Die Wiener Gasindustriengesellschaft erwirtschaftete einen Gewinn von 345.000 Gulden, die Gasbeleuchtungsaktiengesellschaft 226.000 Gulden.⁴⁰

³⁵ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 112.

³⁶ Private Gaswerke – Wien Geschichte Wiki. https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Private_Gaswerke, 21.1.2016, 12:58 Uhr.

³⁷ Ebenda, 21.1.2016, 13:09 Uhr.

³⁸ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 116.

³⁹ Vgl. ebenda. S. 118.

⁴⁰ Der Gastechner 16. (1898/99), Bd. XXXII, H. 12, S. 266.

2.3 Die Verhandlungen der ICGA mit der Stadt Wien

Der Gemeinderat der Stadt Wien begann sich zunehmend mit der Idee anzufreunden, Wien auf kommunaler Basis mit Gas zu versorgen. Durch ein mögliches Monopol in der Gasversorgung wäre der Stadt ein lukratives Einkommen gesichert. Schon 1872 sollte ein Gasexperte namens Rudolph Kühnell ein Projekt zu dieser Idee ausarbeiten. Eigentlich wollte man so schnell wie möglich den Vertrag mit dem englischen Unternehmen beenden, doch war dies aufgrund der noch fehlenden städtischen Gaswerke nicht möglich. Der Gemeinderat war sich uneins, wie die Kommunalisierung vonstatten gehen sollte. Die Opposition, die aus der liberalen Partei bestand, führte als Grund bei den privaten Anbietern, vor allem bei der ICGA, zu bleiben, an, dass es zu aufwändigen Umstellungen kommen würde, zudem wäre eine städtische Gasversorgung unweigerlich mit einer Steuererhöhung verbunden. Damit würden Gasbezieher auf Kosten der Steuerzahler Vorteile genießen.⁴¹ Laut Gemeinderat Borschke, dem Vorsitzenden der oppositionellen Fortschrittspartei, würden vor allem Großabnehmer

sich in's Fäustchen lachen, wenn der Gaspreis billiger ist, aber auf Kosten der Allgemeinheit, auf Kosten jener Steuerträger, die kein Gas konsumieren; es werden sich En-gros-Konsumenten bereichern, mit dem, was die anderen beisteuern.⁴²

Auch in der Medienlandschaft fanden sich damals Meldungen, die ebendiese Meinungen unterstützen, wie etwa folgender Ausschnitt aus der *Neuen Freien Presse*, in dem die Wiener darauf hingewiesen wurden, dass die finanziellen Experimente der Stadtregierung für die ganze Stadtbevölkerung von Bedeutung wären:

Wahrlich, es wird selbst dem aufmerksamsten Beobachter schwer, zu beurtheilen, ob Selbsttäuschung oder Unkenntniß der bestehenden Verhältnisse die Triebfeder einer solchen, für alle gemachten bitteren Erfahrungen blinden Geschäftsleitung bildet. Und bei all der Verwirrung und all der Zerfahrenheit im Schoße des Gemeinderathes erhebt sich nicht eine einzige Stimme, um die Sachlage zu kennzeichnen, wie sie ist, um auf die Gefahren hin zuweisen, in welche die Commune systematisch getrieben wird, und endlich auch dem vielleicht uneingeweihten Theile der Körperschaft reinen Wein darüber einzuschänken, daß die Mittel der Commune erschöpft, die Säckel der Steuerträger geleert sind, daß die nächste Zukunft auch ohne neuerliche Projectenmacherei eine Vermehrung der Steuerlasten bringen wird, und daß unter solchen Verhältnissen jeder Versuch, die Commune in neue gewagte Unternehmungen zu verwickeln, schwer an dem Vertrauen sündigen hieße, welches die Wählerschaft Wiens ihren Vertretern entgegenbringt.⁴³

⁴¹ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 620.

⁴² Gemeinderaths-Sitzung vom 20. Oktober 1885. S. 1345.

⁴³ *Zwei kommunale Fragen*. In: *Neue Freie Presse*, 13.4.1975. S. 5.

Aus diesen Unstimmigkeiten heraus kam es zu Verhandlungen für einen neuen Beleuchtungsvertrag, der im Jahr 1875 geschlossen wurde. Neben den Engländern wurde auch noch ein französisches Konkurrentangebot eingeholt, um ein Angebot zum Vergleich zu haben.⁴⁴ Die *Wiener Zeitung* vom 26. Mai 1875 berichtet in der Sparte *Aus dem Gemeinderathe* Folgendes:

Bürgermeister Dr. Felder referirt über das Ergebnis der Verhandlungen mit der englischen Gasbeleuchtungs-Gesellschaft und legt den von ihm abgeschlossenen Vertrag mit derselben vor. In einem längeren Vortrage giebt er eine Darstellung der verschiedenen Phasen der Gasfrage und eine Auseinandersetzung der Offertbedingungen der „Societe financiere“ und der englischen Gasgesellschaft mit Bezug auf die von der Gascommission gemachten Gegenforderungen.

Er motivirt die Ursache seines persönlichen Eingreifens in dem letzten Stadium der Verhandlungen und spricht die Ueberzeugung aus, daß das unter den gegenwärtigen Verhältnissen Mögliche erreicht wurde; hebt ferner die Vortheile hervor, welche der Gemeinde und den Privatconsumenten aus diesem Vertrage erwachsen. Zum Schlusse erklärt er, die Annahme oder Ablehnung der Ratifikation des Vertrages als keine Vertrauenssache anzusehen; daß er sich jedoch verpflichtet fühle, aufmerksam zu machen, daß er die Verantwortung für die Nachtheile nicht übernehmen könne, welche durch eine Ablehnung der Ratifikation des Vertrages für die Interessen der Gemeinde erwachsen würden. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf referirt Dr. Lederer über die wichtigsten Punctationen des Vertrages und zieht sie im Vergleich mit dem Vertragsentwürfe der französischen Gesellschaft. Dann verliest er zwei Schreiben der englischen Gesellschaft, von denen sich das eine darauf bezieht, daß die englische Gesellschaft sich auf Andringen des Bürgermeisters bereit erklärte, auf eine Forderung von circa 300.000 fl. für die Praterbeleuchtung zur Zeit der Weltausstellung zu verzichten. Als Redner ergreift zunächst das Wort Hirsch und stellt den Antrag, die Ratifikation des Vertrages en bloc anzunehmen, mit der Motivirung, daß durch die von dem Bürgermeister erlangten Zugeständnisse im Wesentlichen die Wünsche und Forderungen der Gascommission erfüllt wurden.

[...]

Auf Antrag Frankls wird dem Bürgermeister und der Gascommission, ersterem für seine an den Tag gelegte Energie, Intelligenz und Wahrung der Autonomie und der Rechte der Gemeinde bei Abschluß des Vertrages und letzterer für ihre rastlosen Bemühungen, mit stürmischem Beifall und Händeklatschen der Dank des Gemeinderathes ausgesprochen.⁴⁵

Der in diesem Artikel angesprochene Vertrag war tatsächlich so, wie es Bürgermeister Felder vorgetragen hatte: Sowohl für die ICGA als auch für die Stadt Wien gab es Vorteile. Die Gasgesellschaft hatte noch einen Vertrag von einer Laufzeit bis zu 22 Jahren, nämlich vom 1. November 1877 bis zum 31. Oktober 1899, und die Stadt Wien hatte sich trotzdem alle Optionen offen gehalten, sogar die Möglichkeit, die Vertragsdauer zu kürzen. So hatte man genug Zeit, um, während die ICGA noch mit der Gaslieferung betraut war, eigene Werke zu bauen und sich für die kommunale Versorgung vorzubereiten. Eine andere Variante, die der Vertrag ebenfalls

⁴⁴ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 127.

⁴⁵ *Aus dem Gemeinderathe*. In: *Wiener Zeitung*, 26. Mai 1875. S. 4.

zuließ, war, die Gaswerke des englischen Unternehmens, bei rechtzeitiger Bekanntgabe von drei Jahren im Voraus, zu kaufen und weiter zu betreiben. Die dritte und letzte Option sah den vorzeitigen Ausstieg aus dem Vertrag vor. Ebenfalls musste hier drei Jahre zuvor eine Bekanntgabe stattfinden, zudem war es Wien dann nicht gestattet, die Gaswerke der Engländer zu übernehmen.⁴⁶

In dem 1901 erschienenen Werk *Die Erbauung des Wiener städtischen Gaswerkes*, welches vom Wiener Gemeinderat selbst verlegt wurde, spiegeln sich die Ansichten der Stadt zu diesem Thema sehr gut wider:

Die Erfahrung hat gelehrt, daß das Beleuchtungswesen, insbesondere die Beleuchtung großer Städte, eine Angelegenheit ist, welche in der Hand der Stadtverwaltung liegen soll [...].⁴⁷

Bei solchen Ansichten ist es kein Geheimnis, dass das Abkommen nicht mit freundschaftlichen Hintergrund geschlossen wurde. Die Beziehung zwischen den beiden Vertragspartnern war nicht sehr herzlich und so ist

es daher [...] nicht zu verwundern, dass sich zwischen der Wiener Gemeindevertretung und der Imperial Continental Gas Association ein nicht sehr freundliches Verhältnis herausgebildet hat. Hieraus erklärt sich die Thatsache, dass schon einige Jahre nach dem Inslebentreten des im Jahre 1875 geschlossenen Wiener Beleuchtungsvertrages, nämlich am 24. September 1880, mit Rücksicht auf die vielfachen, seitens der Gemeinde sowie anderer öffentlicher Behörden und auch seitens privater Gasconsumenten gegen die Imperial Continental Gas Association vorgebrachten Beschwerden vom Gemeinderathe der Beschluss gefasst wurde, den Gasvertrag schon mit 31. Oktober 1889 aufzulösen.⁴⁸

Es wurde also die dritte Option des Beleuchtungsvertrages mit der ICGA diskutiert. Mit diesem Beschluss galt es die nächste Frage zu klären: Was geschieht mit den Gasrohren der ICGA? Dazu wurde im Gemeinderat die Einbringung einer Präjudizialklage beschlossen. Diese wurde aber erst 1890 abgeschlossen und ging zu Gunsten der Gemeinde Wien aus.

Es wurden nun wieder die oben erwähnten Pläne von Rudolph Kühnell herangezogen, um schließlich festzustellen, dass diese in ihrem momentanen Zustand veraltet wären. Um neue Pläne auszuarbeiten, brauchte es erneut Zeit. Daher wurde am 31. Oktober 1889, also dem Datum, an dem der Vertrag vorzeitig gekündigt hätte werden können, beschlossen, diese Kündigung nicht anzutreten und den Vertrag weiter bestehen zu lassen.⁴⁹

⁴⁶ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 128.

⁴⁷ Kapaun 1901. S. 2.

⁴⁸ Ebenda. S. 2.

⁴⁹ Vgl. Kapaun 1901. S. 3.

Die *Imperial Continental Gas Association* reagierte auf diese Beschlüsse des Wiener Gemeinderates: Um die Wogen zu glätten, wurden die Gaspreise gesenkt. Außerdem wurde die Miete für den Gasmesser reduziert.⁵⁰

Eine andere Gegebenheit im Zusammenhang mit der Gasversorgung war ebenfalls im Wiener Gemeinderat präsent: Die Vororte Wiens wurden in die Stadt Wien eingemeindet, diese Vororte hatten jedoch separate Verträge mit der ICGA. Um dies zu ändern, versuchte das Unternehmen, die Stadt dazu zu bewegen, sämtliche Verträge aufzulösen und einen neuen Vertrag aufzusetzen. Natürlich war es Absicht des Unternehmens, dass in dem neuen Abkommen eine Verlängerung des Beleuchtungsvertrages eingebaut würde. Der Gemeinderat beantwortete das Angebot am 29. April 1892 mit einer Absage und der Begründung, dass die Stadt Wien nicht in Verhandlungen eintreten könne, die auf eine Verlängerung des Beleuchtungsvertrages vom 22. Mai 1875 abzielten. Gleichzeitig wurde beauftragt, eine Schätzung des Wertes des Gasnetzes des privaten Unternehmens vorzunehmen. Das Ergebnis dieser Schätzung kam auf 16,159.200 fl.⁵¹

Durch die bereits erwähnte Präjudizialklage wurde entschieden, dass die Beleuchtungsverträge der in die Stadt Wien einverleibten Vororte als erloschen galten. Nun war nur noch die Frage nach den Gasmessern der Vororte von Relevanz. Schließlich waren sie Eigentum der englischen Gesellschaft. Diese wurden der Gemeinde Wien, nach Ablauf eines neuen, für die Vororte gültigen einheitlichen Vertrages für die Belieferung von Gas durch die ICGA, letztendlich 1911 überlassen. Die Gasmesser der Bezirke 1 bis 11 wurden ebenfalls zum Verkauf an die Gemeinde Wien freigegeben. Nun mussten nur noch die bestehenden Verträge der privaten Unternehmen (in den Bezirken 12 bis 19 durch die ICGA und die *Österreichische Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft*) auslaufen, um ganz Wien durch das erst zu erbauende und am 31. Oktober 1899 in Betrieb genommene städtische Gaswerk zu versorgen.⁵²

⁵⁰ Vgl. Kapaun 1901. S. 3.

⁵¹ Vgl. *Der Gastechniker* 12 (1894/95), Bd. XXIII, H. 5, S. 97.

⁵² Vgl. Kapaun 1901. S. 9.

3 Die Kommunalisierung der Elektrizitäts- und Gaswerke

Um die Kommunalisierung der Elektrizitäts- und Gaswerke verstehen zu können, ist es notwendig, die politische Entwicklung der Stadt Wien zu betrachten. Hauptverantwortlich für die Kommunalisierung war die um die Jahrhundertwende vom 19. auf das 20. Jahrhundert an die Macht gekommene Christlichsoziale Partei. Sie folgte der Liberalen Partei als stimmenstärkste Gruppierung nach und setzte die begonnene Verwaltungsexpansion fort.⁵⁴ Der Unterschied in Sachen Kommunalisierung zwischen den beiden Parteien lag darin, dass die Liberalen versuchten, diese nur an den notwendigsten Stellen zu etablieren, während die Christlichsozialen die Kommunalisierung in möglichst vielen Bereichen einrichten wollten.⁵⁵ Es stellt sich jedoch die Frage, wieso die Kommunalisierung überhaupt durchgeführt wurde. Die Industrieunternehmen entwickelten sich dahin, dass sie langsam, aber bestimmt, die Gebiete innerhalb des Gürtels verließen und in Randgebieten der Stadt nach Produktionsstätten suchten. Die Christlichsoziale Partei unter der Führung von Dr. Karl Lueger hatte dies unterstützt, sie sah sich als Interessenswahrerin des Kleingewerbes und der Beamtenschaft. Um nun auf die oben gestellte Frage zurückzukommen: Warum Kom-

munalisierung? Mit den kommunalisierten Betrieben war es möglich, der Stammwählerschaft der Kleinbetriebe und der Beamtenschaft kostengünstige Tarife anzubieten. Der Hauptgrund war aber, dass man dadurch neue Einnahmen für die Stadt generieren konnte. Nach der Kommunalisierung betrieb die Stadt Wien die beiden Werke so, wie es auch die privaten Anbieter vorher getan hatten. Der Unterschied lag darin, dass der Reingewinn nun, wie von der Stadt gewünscht, das städtische Budget stärkte.

Jahr	Gaswerke	Elektrizitätswerke	Verkehrsbetriebe
1900	297	-	
1901	1.065	-	
1902	1.762	-	
1903	2.154	1.078	1.095
1904	2.790	1.897	1.659
1905	2.432	2.506	1.650
1906	3.289	2.907	1.950
1907	3.337	4.466	2.200
1908	2.799	5.747	2.500
1909	3.659	6.271	2.700
1910	4.254	6.733	2.200
1911	4.354	8.403	3.700
1912	5.690	9.065	3.000
1913	5.821	9.932	2.750

*Einnahmen E- und Gaswerke sowie die Verkehrsbetriebe 1900-1913 in 1.000 K. Deutlich zu erkennen ist, dass die Verkehrsbetriebe geringere Einnahmen verzeichneten.*⁵³

⁵³ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 817.

⁵⁴ Vgl. ebenda. S. 783.

⁵⁵ Vgl. ebenda. S. 887.

Dadurch wurde verhindert, dass, um weitere kommunale Ausgaben finanzieren zu können, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt in Form von Steuererhöhungen zur Kasse geboten wurden.⁵⁶ Das Elektrizitätswerk warf, was kommunale Einnahmequellen der Stadt angeht, am meisten Gewinn ab, gleich darauf folgte das Gaswerk. Abgeschlagen auf dem dritten Platz lag die Straßenbahn.⁵⁷

Es folgen nun zwei Unterkapitel, die beschreiben, wie die Kommunalisierung im Detail bei den Elektrizitäts- als auch bei den Gaswerken erreicht werden konnte.

3.1 Die Gründung der Städtischen Elektrizitätswerke

Die Initialzündung für die Errichtung eines kommunalen Elektrizitätswerks findet sich in der Gemeinderatssitzung vom 5. Mai 1899. Unter der Geschäftszahl 3.670 wird vorgeschlagen, ein Darlehen von 30 Millionen Kronen beim Land Niederösterreich aufzunehmen, um damit den Bau eines städtischen Elektrizitätskraftwerkes zu finanzieren. Das vom Gemeinderat in Planung befindliche Kraftwerk war ursprünglich dafür vorgesehen, die Wiener Tramway mit eigenem Strom zu elektrifizieren und um nicht von privaten Anbietern abhängig zu sein. Allerdings war dies nur der erste Gedanke für den Nutzen eines solchen Kraftwerks, natürlich wollte man ebenso in weiteren Schritten für elektrische Beleuchtung – sowohl im privaten, als auch im öffentlichen Sektor – sorgen und die privaten Anbieter zurückdrängen, wenn nicht komplett loswerden. Die privaten Stromgesellschaften nämlich brachten Probleme mit sich: In jedem Bezirk galten andere Tarife und auch die uneinheitliche Stromspannung war der Gemeinde Wien ein Dorn im Auge.⁵⁸

⁵⁶ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 908.

⁵⁷ Vgl. ebenda. S. 816.

⁵⁸ Vgl. Czeike 2004. S. 164.

Der Gemeinderat nahm den Antrag zur Anleihe für den Bau des städtischen Elektrizitätswerkes einstimmig an. Somit wurde folgender Gesetzesentwurf am 5. Mai 1899 verlesen und damit auch legitimiert:

1. Zum Zwecke des Baues und des Betriebes städtischer Elektrizitätswerke beschließt der Gemeinderath die Aufnahme eines Anlehens von 30 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1882, R.-G.-Bl. Nr. 126, festgestellten Währung und richtet an den hohen niederösterreichischen Landtag die Bitte um Ertheilung der Bewilligung im Wege eines Landesgesetzes nach Maßgabe des nachstehenden Gesetzesentwurf:

Gesetz vom ...

wirksam für das Erzherzogthum Österreich unter der Enns, womit der Stadt Wien die Annahme eines Anlehens von 30 Millionen Kronen bewilligt wird. Über Antrag des Landtages Meines Erzherzogthums Österreich unter der Enns verordne Ich, wie folgt:

§ 1.

Die Stadt Wien wird ermächtigt, ausschließlich zur Bestreitung der Kosten für den Bau und Betrieb städtischer Elektrizitätswerke ein Anlehen aufzunehmen, welches die Höhe von 30 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1882, R.-G.-Bl. Nr. 126, festgestellten Währung nicht überschreiten darf.

§2.

Dieses Anlehen ist mit höchstens vier von Hundert verzinslich aufzunehmen und innerhalb neunzig Jahren zum Nennwert zurückzuzahlen.

Zum Zwecke der Rückzahlung wird die nach dem Tilgungsplane zur Einlösung gelangende Anzahl von Obligationen durch Verlosung bestimmt, der Stadt Wien wird jedoch das Recht vorbehalten, auch eine größere Anzahl von Obligationen als verlost zu erklären und einzuziehen.

§3.

Mein Minister des Inneren wird mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

2. Durch den unter 1 gefaßten Beschluß wird der zukünftigen Beschlußfassung des Gemeinderathes über die Erbauung eines städtischen Elektrizitätswerkes nicht präjudicirt und wird in Ansehung der Verwendung des bewilligten Credits und bezüglich des Planes und Projectes erst die neuerliche Beschlußfassung und Genehmigung des Gemeinderathes einzuholen sein.
3. Der Gemeinderath bewilligt für die Vorarbeiten in Angelegenheit der städtischen Kraftwerke einen Credit von 20.000 fl., welcher mangels Deckung auf den Reservefonds zu verweisen und als Vorschuß auf Rechnung der bezüglichen seinerzeitigen Finanzoperation in Evidenz zu halten ist.⁵⁹

Dieser Beschluss wurde unverändert vom niederösterreichischen Landtag angenommen. Geplant war, mit den Einnahmen des Werkes die Schulden wieder tilgen zu können. Oder anders

⁵⁹ Gemeinderaths-Sitzung vom 5. Mai 1899. S. 1212f. In: Amtsblatt k.k. der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

gesagt: Die Kunden des Elektrizitätswerkes waren es, die über die Stromtarife indirekt für die nun gemachten Schulden der Stadt aufkamen.⁶⁰ Schon am 31. August 1899 gab es Angebote von verschiedenen Baufirmen, die Elektrizitätswerke zu bauen.

Auf die vom löblichen Gemeinderathe vom 25. Mai 1899 genehmigte Offert-ausschreibung sind fünf Offerte eingelangt, und zwar:

1. Union-Baugesellschaft in Wien;
2. Allgemeine österreichische Elektrizitäts-Gesellschaft in Wien;
3. Österreichische Schuckertwerke in Wien;
4. Österreichische Union-Elektrizitäts-Gesellschaft in Wien;
5. Elektrizitäts-Actiengesellschaft vormals Kolben & Comp. in Prag.⁶¹

Von diesen fünf Angeboten wurden schließlich die Schuckertwerke als beauftragte Firma gewählt. Das Elektrizitätswerk erhielt den Namen *Gemeinde Wien – städtisches Elektrizitätswerk* und wurde am 11. Mai 1900 vom Gemeinderat abgesegnet:

Der Gemeinderath beschließt die Erbauung eines Kraftwerkes zur Abgabe von Strom für den Betrieb der städtischen Straßenbahnen [...] auf dem zuvor [...] erworbenen Grundstücke an der Simmeringer Lände.

Der Gemeinderath überträgt den Bau und Probetrieb des Kraftwerkes [...] der k.k. priv. österr. Länderbank und der Actiengesellschaft Österreichische Schuckertwerke[...].

Der Gemeinderath beschließt die Erbauung eines Kraftwerkes zur Abgabe von Licht und Kraft für anderweitige Zwecke[...]. Der Bau und Betrieb dieses Werkes wird unter der Firma „Gemeinde Wien – städtisches Elektrizitätswerk“ geführt.⁶²

Als der Bau vollendet war, erzeugte das Kraftwerk eine Leistung von 16.000 kW.⁶³

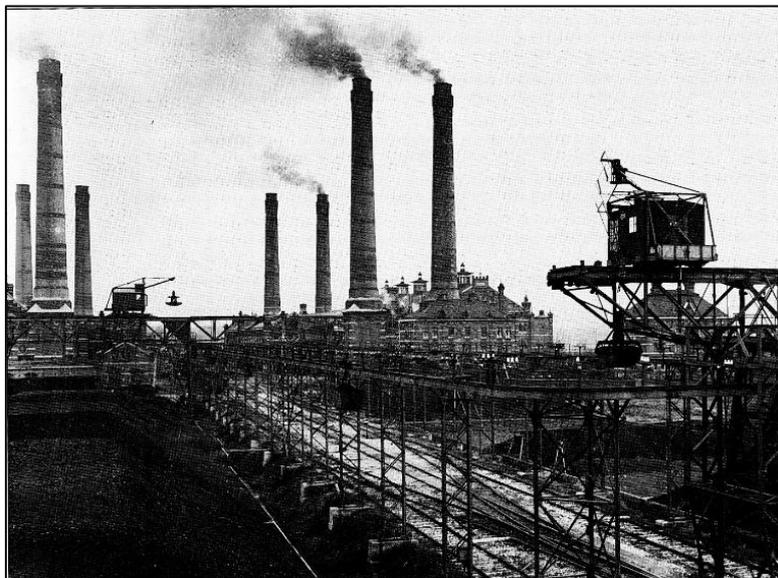


Abbildung 3: Kraftwerk Simmering mit Förderanlage 1915

⁶⁰ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 814.

⁶¹ Gemeinderath. Stenographischer Bericht. 11. Mai 1900. S. 988. f

⁶² ebenda S. 996.

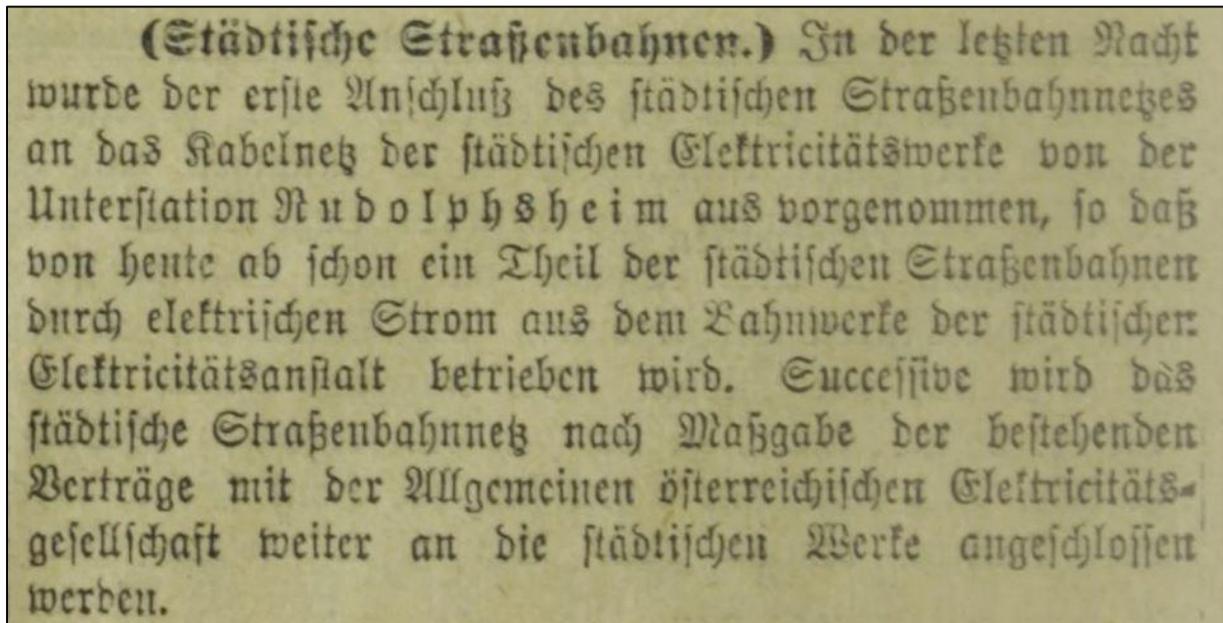
⁶³ Nathschläger 1952. S. 5.

Ein Bericht in der Zeitung *Neues Wiener Journal* zeigt, dass der christlich-soziale Bürgermeister Dr. Karl Lueger für sein Prestigeprojekt viel Aufwand betrieben hatte und voll des Lobes für seine Techniker, die er zur Feier des österreichischen Ingenieurs- und Architektentages eingeladen hatte, war:

Hier ist innerhalb weniger Monate ein kolossales Bauwerk erstanden, bald wird sich der Dachstuhl darüber wölben und in verhältnißmäßig kurzer Zeit werden die Schlote rauchen und es ist hier eine Stätte zur Erzeugung von Kraft und Licht geschaffen. All das ist nur möglich durch die Hilfe der Ingenieure und Architekten; die müssen Alle zusammenwirken. Eines ist noch nothwendig, das ist das Geld, aber davon will ich heute lieber gar nicht reden, das ist eines der unangenehmsten Capitel für Ingenieure und Architekten, überhaupt für jeden Menschen, der keines hat. Aber wenn das Geld da ist und für diesen Zweck ist es beschafft worden, dann kann noch etwas geleistet werden, was nicht bloß die Anerkennung der Gegenwart, sondern auch den Dank der Zukunft ernten wird. Unsere Nachfolger werden sagen: Wenn auch sehr viel über den Dr. Lueger geschimpft worden ist, das Eine ist wahr, das Gaswerk ist entstanden und das elektrische Werk. Das war mir nur möglich durch meine ausgezeichneten Ingenieure und Architekten, und wenn ich auch manchmal meinem Unmuth über gewisse Dinge so ein bißchen freien Lauf gelassen habe, ich versichere, so viel wie über die Juristen, habe ich über die Ingenieure noch nicht geschimpft.⁶⁴

⁶⁴ *Österreichischer Ingenieur- und Architektentag*. S. 2.

Am 8. April 1902 wurde in der Tages-Ausgabe der Zeitung *Neues Wiener Tagblatt* schließlich Folgendes verlautbart:



(Städtische Straßenbahnen.) In der letzten Nacht wurde der erste Anschluß des städtischen Straßenbahnnetzes an das Kabelnetz der städtischen Elektrizitätswerke von der Unterstation *Rudolphsheim* aus vorgenommen, so daß von heute ab schon ein Theil der städtischen Straßenbahnen durch elektrischen Strom aus dem Bahnwerke der städtischen Elektrizitätsanstalt betrieben wird. Successive wird das städtische Straßenbahnnetz nach Maßgabe der bestehenden Verträge mit der Allgemeinen österreichischen Elektrizitätsgesellschaft weiter an die städtischen Werke angeschlossen werden.

Abbildung 5: Ausschnitt aus dem Neuen Wiener Tagblatt

Der erste Schritt zu einer städtischen Elektrizitätsversorgung wurde mit der Stromversorgung der Straßenbahn getan und somit die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Simmering bekanntgegeben.

Neben dem neuen Kraftwerk Simmering wurde in der oben erwähnten Gemeinderatssitzung auch die Errichtung von fünf Unterstationen beschlossen. Die Aufgabe dieser Stationen war es, den Drehstrom in eine Gleichstrom-Gebrauchsspannung umzuwandeln. Im Sommer 1900 wurden die Namen dieser Unterwerke (UW) bekanntgegeben, sie richteten sich nach ihren Standorten:

Das UW Leopoldstadt (Obere Augartenstraße 16) war für die Lieferung von Strom in Teile des 1. und 2. sowie den 9. und 20. Bezirk verantwortlich. Das UW Landstraße (Grasbergerstraße 5) hatte nur die Aufgabe, die Straßenbahn zum Zentralfriedhof mit Strom zu versorgen, das UW Mariahilf (Theobaldgasse 6) die restlichen Teile des 1. Bezirkes und die südwestliche Stadt. Das UW Rudolphsheim (Nobilegasse 31-33) war für die Bezirke 12 bis 15 zuständig und das UW Währing (Klostergasse 29) für die Bezirke 16 bis 19. Das größte Unterwerk war jenes in Mariahilf mit zehn Maschinensätzen, zwei Pufferbatterien und einer Lichtbatterie.⁶⁵

Neben den privaten Verbrauchern sprach das neue Kraftwerk auch Unternehmer an, die ihre Fabriken bisher mit eigenen Stromgeneratoren versorgt haben. Diese Generatoren waren größtenteils veraltet und wirtschaftlich nicht rentabel. Mit dem 5-kV-Drehstromnetz des städtischen

⁶⁵ Vgl. Kluger 1952, S.15.

Kraftwerks wurde der Kraftstrombedarf einer Fabrik jedoch mühelos gedeckt. Die ersten Firmen, die auf das Angebot der Stadt, einen Vertrag mit ihr abzuschließen, eingingen, waren in Wien die Ankerbrotfabrik, eine Glühlampenfabrik in Atzgersdorf und die Kabelfabrik *Felten & Guillaume*.

Anders als bei den Gaskraftwerken gab es zu dieser Zeit noch keine Verträge mit den privaten Anbietern. Diese reagierten prompt auf die städtische Konkurrenz und suchten rasch um Bewilligungen zur Erweiterung ihrer Kabelnetze an, um ihren Kundenstock vergrößern zu können. Der Stadtrat ließ sich mit dieser Bewilligung aber Zeit und so gingen die drei privaten Unternehmer vor Gericht, um eine Bewilligung erzwingen zu lassen. Die Stadt gab sich nun kompromissbereit: Man bewilligte die Kabellegungen, dafür würden die privaten Gesellschaften ihre Gerichtsverfahren bis auf weiteres ruhen lassen.⁶⁶ Doch damit war der Konkurrenzkampf bei weitem noch nicht beendet: Die drei privaten Gesellschaften begannen die Qualität der städtischen Elektrizitätswerke öffentlich in Frage zu stellen, behaupteten, dass durch die höhere Spannung des Gleichstroms, den das städtische Kraftwerk produziere, höhere Stromkosten anfallen würden. Auch Drohungen, etwa, dass die Steigleitung, welche an Häusern zum Empfang von Strom notwendig sei, nur vom jeweiligen Lieferanten benutzt werden dürfe (obwohl diese auf Kosten des Hauseigentümers angebracht wurde!) und bei einem Wechsel zu einem anderen Anbieter ebenfalls eine neue Steigleitung eingebaut werden müsse, wurden ausgesprochen. Die Antwort des städtischen Elektrizitätswerkes folgte auf dem Fuß: Flugblätter wurden unter das Wiener Volk gebracht, in denen die Behauptungen der Konkurrenz widerlegt wurden.⁶⁷ Durch die kommunale Elektrizitätswirtschaft konnte die Stadt günstigere Preise als die Konkurrenz anbieten und so noch mehr Kunden an sich binden. Die Stadt konnte sich die niedrigen Tarife leisten, da eine neue Rabattskala eingeführt wurde, die vorsah, dass besonders Klein- und Mittelbetriebe einen vergünstigten Energiebezug wahrnehmen konnten. Der Tarif für Strom wurde am 1. Jänner 1913 von 4 auf 3 Heller pro Hektowattstunde reduziert.⁶⁸ Noch dazu hatte der städtische Stromlieferant am 17. Juni 1903 ein Abkommen mit dem k.k. Finanzministerium geschlossen, welches allen staatlichen Abnehmeranlagen den städtischen Strom zukommen ließ, sobald bestehende Verträge mit anderen Unternehmen abgelaufen waren:⁶⁹

Das k. u. k. Ärar überträgt uns und wir übernehmen für das gegenwärtige Wiener Gemeindegebiet die Lieferung elektrischen Stromes zu Licht- und Kraftzwecken in sämtlichen ärarischen oder staatlicher Verwaltung stehenden Gebäuden, ferner in allen für Ämter und Dienststellen der Staatsverwaltung gemieteten Räumlichkeiten,

⁶⁶ Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1902. S. 265.

⁶⁷ Ebenda. S. 479.

⁶⁸ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 820.

⁶⁹ Vgl. Kluger 1952. S. 17.

insoweit und insolange die Staatsverwaltung in diesen Gebäuden und Räumlichkeiten elektrische Energie für Zwecke der Beleuchtung oder Kraftübertragung anzuwenden findet.

[...]

Die Verpflichtung des k. u. k. Ärars zum Strombezug aus dem städtischen Elektrizitätswerke beginnt hinsichtlich jener Gebäude und Räumlichkeiten, für welche bereits Verträge über Lieferung elektrischen Stromes bestehen, erst mit jenem Zeitpunkte, in welchen die Auflösung dieser Verträge [...] erfolgt ist.⁷⁰

Der Konkurrenzkampf zwischen den privaten Unternehmern untereinander und auch gegen das städtische Werk zwang die privaten Gesellschaften dazu, dass

sie [...] sich über die von der Gemeinde auf Grund der bestehenden Verträge verfügten Maßnahmen hinweg [setzten] und glaubten auch die vom Magistrat in Handhabung der Lokalpolizei erlassenen straßenpolizeilichen Vorschriften nicht befolgen zu müssen.⁷¹

Durch ein weiteres gerichtliches Verfahren wurde den privaten Gesellschaften untersagt, neue Kabellegungen vorzunehmen, wie in einem Übereinkommen am 3. Juli 1903 festgelegt wurde:

Für alle drei Gesellschaften haben bis 31. Dezember 1905 folgende Bestimmungen zu gelten:

- a) Die Gesellschaften dürfen keine neuen Hausanschlüsse an ihr gegenwärtig bestehendes Kabelnetz ausführen.

[...]

- b) Es bleibt den Gesellschaften unbenommen, in jenen Häusern, welche schon derzeit an ihr Kabelnetz angeschlossen sind, neue Konsumenten zu erwerben. [...] ⁷²

1905 wurden die Konzessionen der Privaten endgültig an die Stadt Wien übergeben.⁷³

3.2 Ein städtisches Monopol entsteht

Das erste Jahrzehnt seines Bestehens war für das städtische Kraftwerk eines des Wachstums und der Entfaltung. Die Gemeinde förderte den Aufbau des Werkes, ebenso unterstützte sie die Werksleitung unter dem Betriebsleiter Ob. Ing. Hubert Sauer⁷⁴, wo es nur möglich war.

Dass Elektrizität und die den damit einhergehenden Innovationen ein hoher Wert beigemessen wurde kann man auch am Gehalt des Direktors Sauer erkennen. Vergleicht man sein Salär mit dem von anderen hochrangigen Angestellten der Gemeinde, so stellt sich folgender Unterschied heraus: Während Sauer jährlich 12.000 Kronen plus je 2.000 Kronen Wagenpauschale und

⁷⁰ Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1903. S. 487.

⁷¹ Ebenda. S. 240.

⁷² Ebenda. S. 483.

⁷³ Vgl. Kluger 1952. S. 17.

⁷⁴ Vgl. Niederösterreichischer Amtskalender 1903. S. 297.

Quartiergeld bezog⁷⁵ (insgesamt 105.910,88 €), verdiente etwa ein Marktamtsdirektor 8.800 Kronen (58.250,98 €) jährlich, ein Veterinäramtsdirektor 7.000 Kronen (46.336,01 €).⁷⁶

Immer mehr Konsumenten wurden in den Kundenstock aufgenommen, tatsächlich stieg die Zahl der Kunden zwischen 1902 und 1914 ohne Unterbrechung immer weiter an. Entsprechend stiegen auch die notwendigen Komponenten des Kraftwerkes, um mit dem Wachstum der Stromabnehmer mithalten zu können. Allein zwischen den Jahren 1902 und 1903 gab es eine Steigerung der Stromerzeugung um das 3½-fache des Vorjahres, was einer Leistung von fast 35 Millionen kWh entspricht. Die Zahl der Konsumentensteigerung erhöhte sich zwischen den beiden Jahren um 65%. Zwischen 1904 und 1906 wurde jährlich eine Zunahme von 10 Millionen kWh verzeichnet. Ein wichtiges Datum war der 1. Mai 1907, denn zu diesem Zeitpunkt wurden die Anlagen der Wiener Elektrizitätsgesellschaft (WEG) jenen des Städtischen Kraftwerkes hinzugefügt. Hiermit kamen 4.500 neue Arbeitnehmer zu dem städtischen Unternehmen. Genau ein Jahr später, am 1. Mai 1908, folgte die Internationale Elektrizitätsgesellschaft (IEG) und brachte 21.300 Arbeitnehmer mit. Einen kurzen Dämpfer gab es im letzten Viertel des Jahres: Einerseits wegen der politischen Lage auf dem Balkan (sie bewirkte einen Konjunkturückgang), andererseits auch wegen der Einführung einer neuen, stromsparenden Metallfadenlampe. Diese kurze Depression konnte allerdings durch Werbemaßnahmen wieder ausgeglichen werden.⁷⁷

Doch wurden nicht nur fremde Anlagen eingegliedert, auch neue Unterwerke wurden gebaut und verbessert, um die Stromversorgung der wachsenden Stadt zu garantieren. Zuerst wurden in den bereits bestehenden Unterwerken Mariahilf, Währing und Rudolphsheim zusätzliche Umformer und Akkumulatorenbatterien installiert. Dies reichte aber im Jahr 1906 nicht mehr aus, und so wurde ein neues Unterwerk, nämlich das UW Alsergrund, gebaut, das 1907 seinen Betrieb aufnahm. Durch einen weiteren Umbau wurde die frühere Kraftwerkszentrale der WEG in der Kaunitzgasse in den Jahren 1907/1908 in ein weiteres Unterwerk umgewandelt.

⁷⁵ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 19.

⁷⁶ Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1903. S. 138. Die Eurobeträge wurden mit dem Inflationscockpit der Österreichischen Nationalbank berechnet. <https://www.oenb.at/docroot/inflationscockpit/waehrungsrechner.html>

⁷⁷ Vgl. Kluger 1952. S. 17.



Abbildung 6: Der Umbau der ehemaligen Zentrale zum Unterwerk Kaunitzgasse 1907

In den Jahren 1908/1909 wurde der 21. Bezirk in das Straßenbahnnetz miteinbezogen, im Zuge dessen wurde das UW Floridsdorf errichtet. Bis 1914 wurden die bestehenden Unterwerke je nach Bedarf immer wieder aufgerüstet, um den wachsenden Bedürfnissen der Stadt nachzukommen.⁷⁸

Die bisherige Quelle zur Gewinnung war Kohle, mit der in Dampfkraftwerken Strom erzeugt wurde. Der stetig steigende Energieverbrauch machte es aber notwendig, sich nach neuen Energieträgern umzusehen und so begann man, nachdem 1910 die II. Wiener Hochquellwasserleitung fertiggestellt worden war, kleine Wasserkraftwerke in den Gefällestufen der Verbindung zwischen der I. und II. Hochquellwasserleitung zu errichten. Insgesamt wurden in den Jahren 1912 bis 1914 sechs dieser Wasserkraftwerke eingerichtet, sie befanden sich bei den Wasserleitungsbehältern Gallitzinstraße, Hungerberg, Baumgarten, Wienerberg, Rosenhügel und Mauer. Die Gesamtleistung dieser Kraftwerke betrug 1.079 kW, die jährliche Leistung ergab rund 9 Millionen kWh. Eine weitere Möglichkeit, mehr Strom für die Stadt produzieren zu können, ergab sich durch den Kauf einer Braunkohlegrube nahe Zillingdorf. Der Bau eines neuen Dampfkraftwerks wurde 1912 in Ebenfurth begonnen und sollte über eine Fernleitung den erzeugten Strom weiter nach Wien leiten.⁷⁹

⁷⁸ Vgl. Kluger 1952. S. 20f.

⁷⁹ Vgl. ebenda. S. 25.

Mit dem 1. Juli 1914 ging der langjährige Wunsch des Gemeinderates in Erfüllung: die AÖEG wurde komplett vom Städtischen Kraftwerk übernommen und das Monopol in Wien durchgesetzt. Nun mussten die Anlagen des letzten privaten Unternehmens nur noch in das städtische Netz eingliedert werden. Dazu wurde die erste Stromzentrale der Stadt, die Zentrale Neubad, in ein Unterwerk umgebaut und die Technik aufgerüstet. Die zweite Zentrale der AÖEG in der Oberen Donaustraße wurde durch die Nähe des Unterwerks Leopoldstadt als Zentrale belassen und die beiden Werke verrichteten gemeinsam ihren Dienst. Durch die Übernahme der Anlagen gelangten etwa 13.000 Neukunden mit einem Verbrauch von etwa 10 Millionen kWh in den Kundenstock der Städtischen Kraftwerke.

3.3 Die Gründung der Städtischen Gaswerke

Der Hauptgrund für die Kommunalisierung der Gaswerke war nach wie vor, dass die Stadt Geld brauchte. Bürgermeister Lueger machte dies in einer Gemeinderatssitzung vom 7. Oktober 1898 noch einmal klar. Gebaut wurden die Gaswerke nicht,

damit man das Gas herschenkt, sondern [...] damit nicht der Gewinn in die Taschen anderer fließt, sondern in die Taschen der Gemeinde Wien und der Haushalt der Gemeinde erleichtert wird.⁸⁰

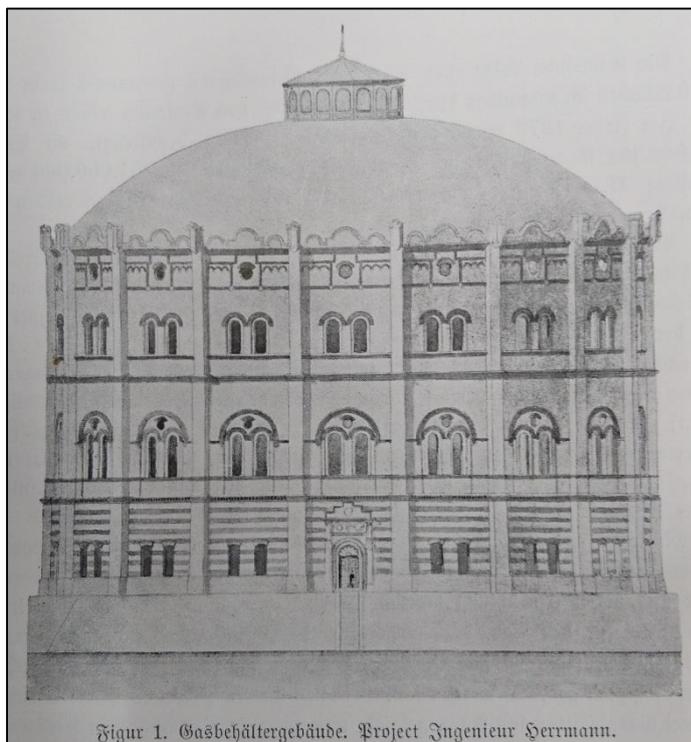


Abbildung 7: Eine Skizze der Gasbehälter

Das Gaskraftwerk Simmering musste nun, da die Frage der Nachfolge der Imperial Continental Gas Association geklärt worden war, erst geplant und gebaut werden. Verantwortlich dafür als „Technischer Consulent in Gasangelegenheiten“⁸¹ war Theodor Herrmann. Er hatte vor, innerhalb von drei Jahren Europas größtes kommunales Gaskraftwerk zu erbauen. Dafür brauchte es Platz. Diesen Platz fand man schließlich in Simmering, alle anderen Standorte, an denen bereits Gas-

⁸⁰ Gemeinderaths-Sitzung vom 7. Oktober 1898. S. 2574. In: *Amtsblatt k.k. der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien*.

⁸¹ Kapaun 1901. S. 11.

werke der ICGA standen, kamen für einen Ausbau nicht in Frage.⁸² Das *Projekt Herrmann*, wie es genannt wurde, sah vor, eine tägliche Leistung von 430.000 Kubikmeter Gas zu erbringen. Die liberale Opposition im Gemeinderat war sehr skeptisch, was die Durchführung dieses Bauwerkes anging, immerhin gab es ein Kraftwerk dieser Größe noch nirgendwo anders. Beratend zur Seite stand Herrmann der vom Stadtbauamt bestellte Franz Kapaun. Dieser arbeitete die Details zu

Franz Kapaun wurde in Hollenburg, Niederösterreich am 22. Februar 1851 geboren. Nach dem Studium am Polytechnischen Institut arbeitete er ab 1873 im Wiener Stadtbauamt, wo er praktische Erfahrung im Bauwesen sammelte. 1896 wird zum Ober-Ingenieur ernannt und beauftragt, das städtische Gaswerk zu bauen. Durch den Bau erlangte er internationale Anerkennung. 1904 wurde er zum Oberbaurat ernannt. Kapaun starb am 5. April 1929 in Wien.

Kasten 3: Franz Kapaun Kurzbiografie

den von Herrmann vorgelegten Plänen aus. Es stellte sich heraus, dass Kapaun die Erbauung des Kraftwerkes Simmering zu seinem Lebenswerk machen sollte, unermüdlich arbeitete er an den Plänen, scheute keine Mühen, um eine exakte Planung zu gewährleisten. Dies war für den Bau des Kraftwerkes von positiver Wirkung, immerhin gab es einen hohen Zeitdruck, welchen nicht nur der Bauleiter, sondern alle Beteiligten des Projektes zu spüren bekamen. Mittlerweile wurde auch ein Firmenname am Handelsgericht eingetragen: *Gemeinde Wien – Städtische Gaswerke*.⁸³

Ein Problem ergab sich bei dem für den Bau gewählten Grundstück: Teile davon waren noch an Gärtner verpachtet. Die Pachtverträge mussten erst gekündigt werden. Um dies zu erreichen, bewilligte die *Commission zur Durchführung des Baues städtischer Gaswerke und der Einrichtung der Wiener öffentlichen und privaten Beleuchtung in eigener Regie der Gemeinde* 12.400 fl. an Unterstützungsbeträgen, da die Kündigung der Pachtverträge sofort gültig war und die Pächter „durch diese Massregel hart getroffen“⁸⁴ waren.

Am 28. Dezember 1896 wurde schließlich mit dem Bau der vier auch heute noch erhaltenen, aber nicht mehr als Speicher genutzten Gasbehälter begonnen, pro Gasometer sollte ein Speichervolumen von 90.000 Kubikmeter vorhanden sein, insgesamt also ein Volumen von 360.000 Kubikmetern, was wiederum 83,3% der täglich erzeugten Menge an Gas entsprach.⁸⁵

⁸² Vgl. Kapaun 1901. S. 11.

⁸³ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 179f.

⁸⁴ *Rundschau*. In: *Der Gastechniker* 14 (1896/97). Bd. XXVII, H. 10, S. 230.

⁸⁵ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 181f.

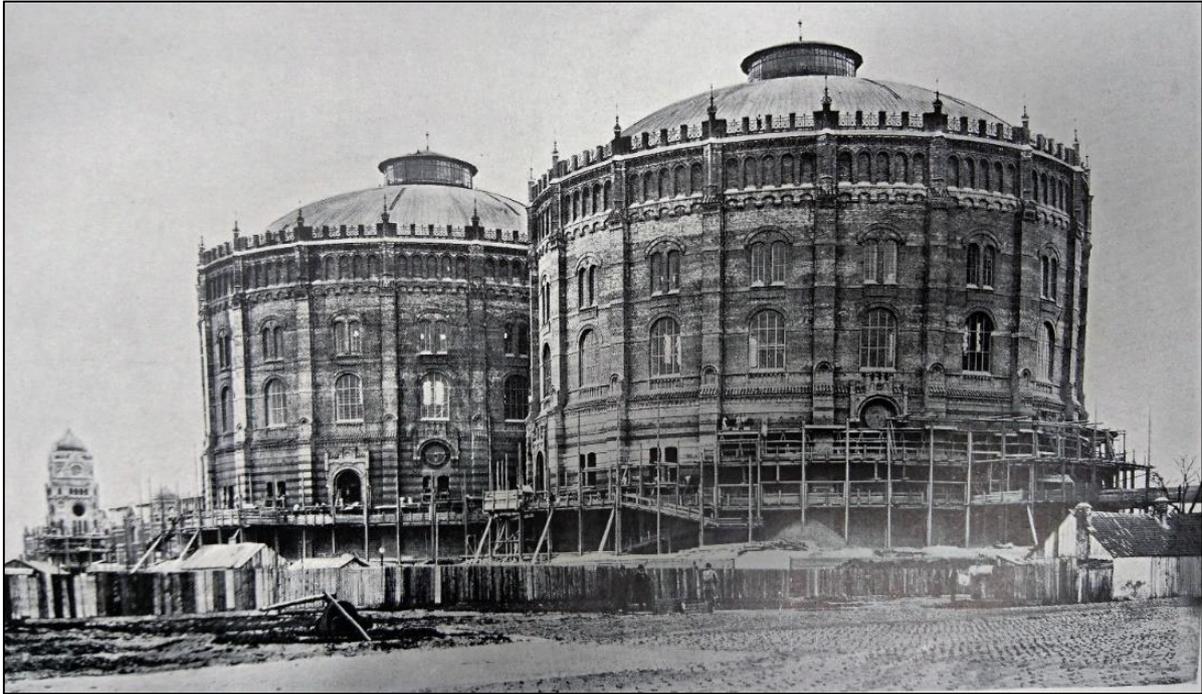


Abbildung 8: Die Gasometer befinden sich im Bau

Franz Kapaun kritisierte in seinem eigenen Bericht *Die Erbauung des Wiener städtischen Gaskraftwerks* die Qualität der Arbeitskräfte der Baustelle:

Das Bemühen, das Personale der Bauleitung durch geschulte auswärtige Kräfte zu ergänzen, war leider nicht immer von Erfolg gekrönt; es dürfte wohl kaum jemals ein so großer und so forciertes Bau mit so wenigen und für derartige Verhältnisse geschulten Kräften ausgeführt worden sein.⁸⁶

Dies ist ein eindeutiger Beweis dafür, wie schnell die Gemeinde Wien das Gaskraftwerk in Betrieb nehmen wollte, um selbst in der Gasversorgung aktiv werden zu können.

Neben dem Kraftwerk musste aber auch das Rohrnetz verlegt werden, da man sich gegen den Kauf des Netzes der ICGA entschieden hatte. Dies lag darin begründet, dass das bereits vorhandene Netz mehrere Gasanschlüsse von den verschiedenen Gaskraftwerken hatte. Das städtische Kraftwerk nahm nun diese Position alleine ein, daher brauchte man nur einen Anschluss, der direkt beim Kraftwerk im Osten der Stadt lag. Bei der Verlegung, so beschreibt es Kapaun, sollten außerdem bereits Gebiete, die erst später besiedelt wurden, ein Gasnetz erhalten. Unklar war jedoch, wie hoch der Gasbedarf in den einzelnen Bezirken war, und daraus ergab sich das erste Problem bei der Verlegung des Gasnetzes: die Dimensionierung der Rohre. Da die ICGA und die Stadt Wien nicht die beste Beziehung zueinander hatten, fragte man gar nicht erst bei den Engländern nach, sondern entschied sich dafür, die Daten von jedem einzelnen Konsumenten der Stadt zu erheben. Diese Erhebung fand zwischen Jänner und August 1897 statt. Das

⁸⁶ Kapaun 1901. S. 14.

Ergebnis: für jede Gasmesserflamme wurden 100 Liter, für jede Straßenlaterne 140 Liter angenommen. Mit diesen Daten konnten schließlich die Rohrstränge ermittelt werden.⁸⁷

Mit einem weiteren Problem sah man sich konfrontiert, als man bemerkte, dass nicht alle Gaskonsumenten auf derselben Höhe wie das Kraftwerk selbst lagen. Vorsicht war also beim Druck der Rohre angebracht. Das Wiener Terrain war nördlich der Donau zwar flach und ebenerdig, im Süden der Donau befand sich der Großteil der Stadt jedoch auf einem höheren Plateau. Jenes Plateau wurde von den Tälern des Wienflusses durchzogen. Die Rohre sollten zudem so verlegt werden, dass jedes Gebiet von zwei Seiten versorgt werden konnte, für den Fall, dass eine Seite ausfiel. In der Norm waren die einzelnen Bezirke aber voneinander abgeschnitten.⁸⁸

Die ersten Rohre wurden im 11. Bezirk verlegt. Auch dies geschah nicht ohne Grund. Dadurch, dass die Baustelle in der Nähe des Gaswerkes war, konnte die Bauleitung die noch nicht vollständig ausgebildeten Arbeiter leichter beaufsichtigen und ausbilden.⁸⁹ Die *Neue Freie Presse* beschrieb die Baustellen der Inneren Stadt auf sehr abenteuerliche Weise:

Eine Reihe von Gassen und Straßen in den vornehmsten Vierteln der City wird durch monotone, parallel dem Trottoir laufende Gräben durchschnitten, welche von mannshohen Erddämmen garnirt werden. Aus der anderen Seite der Straße liegen in Haufen die neuen Gasröhren. Wer in der Nacht eine solche Straße zu passiren hat, muß schon etwas von der Annäherung im Festungskriege verstehen. Fürs Erste hat er den Graben zu übersetzen, in den er, wenn er nicht just einen der kleinen Bretterstege trifft, auch hineinstürzen kann; sodann hat er den Wall zu erklimmen, was immer noch leichter sein mag, als der Abstieg von dem Gerölle in einer finsternen Nacht; und wenn er sich dann endlich am Ziele glaubt, lauern im Düstern darunter erst noch die Rohre wie die Fußangeln, um Verderben zu bringen. Aber auch bei Tag bilden diese häßlichen Gräben und Wälle ein ernstliches Verkehrshinderniß; manche Gassen sind für Wagen seit Tagen unpassirbar, an anderen Stellen sieht man nicht ohne Bangen schwere Lastwagen die Gräben auf gebrechlichen schmalen Bretterstegen übersetzen. Während die Erdaufschüttungen weiters während der letzten heißen Tage Herde einer geradezu bedrohlichen Staubentwicklung bildeten, erwiesen sie sich bei den starken Regengüssen, die heute wiederholt niedergingen, als ergiebige Kothquellen, welche die Gassen gar bald überflutheten. Alle diese Segnungen der Gasrohrlegung werden Einem aber erst dadurch recht eindringlich zu Gemüthe geführt, daß mit den Rohrlegungsarbeiten in dem unverantwortlich langsamsten Tempo vorgegangen wird. In einigen Gassen sind die Gräben bereits seit mehr als einer Woche fertig, die Rohre liegen neben dem offenen Canal und weiter will die Arbeit nicht gehen.⁹⁰

⁸⁷ Vgl. Kapaun 1901. S. 87f.

⁸⁸ Vgl. ebenda. S. 88f.

⁸⁹ Vgl. ebenda. S. 90.

⁹⁰ *Die Legung der Gasrohre in der Inneren Stadt.* In: *Neue Freie Presse*, 20. Juni 1897.

Tatsächlich brauchte man für die komplette Verlegung der Rohre 525 Arbeitstage. Hinderlich war vor allem in der Altstadt, dass diese zum Zeitpunkt ihrer Erbauung nicht für eine Adaptierung von Gasrohren vorgesehen war. Dadurch, dass die Stadt sich immer wieder verändert hatte, gab es kein System, nach welchem man die Rohre verlegen konnte. Problematisch waren nicht nur die kleinen, engeren Gassen, sondern auch breite Hauptstraßen. Diese wurden im Laufe der Zeit meist nur auf dem Straßenniveau verbreitert, nicht aber im Untergrund. So stieß man oft auf Kellerräume, über denen sich zu früheren Zeiten noch die Hauswand, zum Zeitpunkt der Rohrlegung aber der Bürgersteig befunden hatte. Die Länge des Rohrnetzes betrug mit der Beendigung der Bauarbeiten am Ende des Jahres 1898 579.100 Meter und konnte einen Rauminhalt von 56.633 Kubikmetern aufnehmen.⁹¹

Am 14. August 1899 waren die Arbeiten schließlich abgeschlossen, man konnte das Gaswerk Simmering unter der Leitung des Verwaltungs-Direktors Heinrich Roßner und des nunmehr als Betriebs-Direktors eingestellten Dipl. Ing. Franz Kapaun⁹² in Betrieb nehmen und somit die erste Ofenbatterie, bestehend aus fünf Öfen, anheizen. Das erste selbsterstellte Leuchtgas wurde am 14. September 1899 produziert, kurz darauf war man bereits fähig, das Kraftwerk mit eigenem Gas zu beleuchten. Der 28. September war schließlich der Tag, an dem erstmalig Leuchtgas durch die Rohre in die Stadt geschickt wurde. Erstes Ziel waren die Bezirke 10 und 11, der offizielle Beginn der Gasversorgung durch das Unternehmen *Gemeinde Wien – Städtische Gaswerke* war der 1. November 1899. Beliefert wurden die Bezirke 1 bis 11 und 20. Diese hatten von diesem Tag an 5.234 Flammen zur Beleuchtung zur Verfügung.⁹³ Mit dieser Leistung reihte sich die Stadt Wien hinter Feldkirch, Leoben, Stockerau und Bregenz ein, welche neben der Landeshauptstadt ebenfalls schon über eine städtische Gasversorgung verfügten.⁹⁴

Mit Abschluss der Bauarbeiten wurden auch Tarife festgelegt: Für Beleuchtungszwecke wurde ein Tarif von 19 Heller pro m³ festgelegt, Kraft- und Heizgas kostete 14 Heller. Neu war davon aber nur der 14 h-Tarif, der 19 h-Tarif wurde von den privaten Anbietern übernommen. Dadurch, dass der Selbstkostenpreis bei 13 h lag, wurde von der Opposition kritisiert, dass die Kommunalisierung damit keine Verbilligung des Gases herbeiführe. Ab 1. August 1907 wurde der 17-h-Einheitstarif eingeführt, welcher von den meisten Gaskonsumenten verwendet wurde, obwohl es für die Kraftgasnutzer zu einer Teuerung kam. Da diese aber nur ca. 10% der Kunden stellten, konnte man einen Rabatt gewähren: Bei industrieller Gasnutzung konnte man bei mehr

⁹¹ Vgl. Kapaun 1901. S. 90, 92.

⁹² Vgl. Niederösterreichischer Amtskalender 1900. S. 260.

⁹³ Vgl. Ruck, Fell 2008. S. 186.

⁹⁴ Vgl. Dollinger 1949. S. 133.

als 10.000 m³ eine Vergütung von 5-15% gewährt bekommen. Ein interessantes Detail am Rande ist, dass Großabnehmer aus dem Hotel- oder Gastgewerbe, die zur Kernwählerschaft der Christlichsozialen Partei gehören, mit ihren Interessen bei der Tarifgestaltung berücksichtigt worden sind und dadurch individuelle Sondertarife erhielten.⁹⁵

Neben Lob von Bürgermeister Lueger, „er erklärte, dass das [...] Fest [, welches er zur Feier der Eröffnung veranstalten ließ,] ein schwacher Ausdruck des Dankes gegenüber denen sei, welche die Gaswerke geschaffen haben,“⁹⁶ gab es auch Kritik eines unbekanntes Autors in einer zum Zeitpunkt der Eröffnung des Gaswerkes herausgegebenen Broschüre namens *Begrabene Millionen – 20 Kapitel zur Geschichte der Wiener Gasfrage*:

Mögen diejenigen, welche an den verhängnisvollen Beschlüssen vom October 1896 und Mai 1897 theilgenommen haben, noch so laut versichern, daß sie die Absicht hatten, unserer Stadt zu nützen, so ist doch gerade das Gegentheil dieser Absicht eingetreten, sie haben der Stadt unwiederbringlichen enormen Schaden zugefügt. Sie waren ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Erfüllt von fanatischem Parteihaß, getrieben durch den Wunsch, ein Schlagwort einzulösen, mit welchen sie die localpatriotische Begeisterung der Wähler entzündet hatten, kamen sie mit fertigen und unabänderlichen Entschlüssen, unzugänglich jeder sachlichen Erwägung, in den Sitzungssaal und entschieden die Gasfrage nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach parteipolitischen Motiven. Die Verantwortung zu tragen, haben sie leichten Muthes erklärt, aber den Schaden erleidet die Stadt Wien, und ihre Verantwortung verringert wahrlich das communale Unglück nicht, das sie angerichtet haben und das uns Alle trifft. Ungezählte Millionen von Steuergeldern liegen in den Straßen Wiens begraben, und Diejenigen, die das verschuldet haben, trifft das Wort des Dichters: „Sie haben nicht bedacht, was sie vollbringen!“⁹⁷

Hier will der Kritiker wohl darauf hinaus, dass die christlich-soziale Partei mit dem Bau der Kraftwerke hauptsächlich das eigene Prestige fördern wollte, anstatt wirklich eine sinnvolle Investition für die Stadt Wien und ihre Bewohner zu tätigen.

Ebenso kritisch gab sich die linksliberale *Wiener Sonn- und Montagszeitung*:

Wir hoffen indeß im Interesse des hartgeprüften Wien, daß es Lueger und seiner Sippe nicht beschieden sein wird, bei der Elektrizität so viele oder überhaupt welche Millionen hinauszuerwerfen wie beim Gas. Diese Sippe hat ihre vollständigste Unfähigkeit, eine Millionenstadt zu verwalten, auf das Klarste bewiesen. Die Unfähigkeit dieser Leute wird nur durch die unglaubliche Frechheit übertroffen, die ihnen eigen ist. Es genügt zur Kennzeichnung derselben, daß [...] eine abermalige Abschätzung der englischen Gaswerke, die er „Umschätzung“ nennt, vier Millionen Gulden gekostet hätte, während Jedermann, der seine fünf gesunden Sinne beisammen hat, weiß, daß eine solche Schätzung keineswegs die Höhe von 100.000 Gulden erreicht haben würde. Aber das ist eben das Charakteristische. Sie verstehen, sie wissen nichts, ihre ganze Kunst besteht in der unerhörten Dreistigkeit, mit der

⁹⁵ Seliger, Ucakar 1985. S. 820.

⁹⁶ Bankett. In: *Wiener Zeitung*, 1. November 1899.

⁹⁷ Dollinger 1949. S. 133.

sich die Gegner terrorisieren, ihre Anhänger verblüffen. Aber auf die Dauer geht es mit dieser Dreistigkeit denn doch nicht und der Bankerott ist unausweichlich. Wir sind der felsenfesten Ueberzeugung, daß das antisemitische Regime, welches eine Kette von Brutalität, Inhumanität, Rechtswidrigkeit und Unfähigkeit ist, gerade mit dem Gasfiasco dem Zusammenbruche entgegenieht.⁹⁸

Allein der abwertende Ausdruck „Sippe“ deutet darauf hin, dass auch die Presse den neuen Bauten und deren Verantwortlichen nicht immer positiv gegenüberstand.

Allen Kritiken und auch den Befürchtungen der verspäteten Fertigstellung durch mangelhafte Arbeitskräfte zum Trotz konnte das Gaswerk Simmering rechtzeitig in Betrieb genommen werden.

⁹⁸ Veritas. In: Wiener Sonn- und Montagszeitung. 6.11.1899

4 Der Erste Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit

Sparmaßnahmen im
Ersten Weltkrieg
(1914-1918)



Erste Republik:
Sozialgesetzgebung
bringt Änderungen für
Arbeiter, Einführung
des Achsturentages,
sozialdemokratisches
Unternehmen entsteht



Weltwirtschaftskrise
1929 trifft auch
Österreich,
Massenarbeitslosigkeit



Finanzkrise,
Ständestaat und
Zweiter Weltkrieg
verursachen weitere
Sparmaßnahmen

An Meine Völker!

Es war Mein sehnlichster Wunsch die Jahre, die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren.

Im Rate der Vorsehung wird es anders beschlossen.

Die Umtriebe eines haßgefüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schütze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung zur Sicherung ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.

[...]

Franz Joseph m.p.⁹⁹

Nachdem Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärt und damit den Ersten Weltkrieg eingeleitet hatte, brachten die Schrecken des Krieges eine Entschleunigung beim weiteren Aufbau der Versorgungsnetze, der, wie um der Armut und der Zerstörung eines Krieges zu trotzen, weiter vorangetrieben wurde.

Direkt nach dem Krieg übernahm die Sozialdemokratie in Wien die Macht, die die Aufgabe hatte, Kriegsschäden und auch Ressourcenknappheit zu bewältigen, ohne die Bevölkerung allzu sehr darunter leiden zu lassen. Hier tat sich ein Spagat auf, der nicht leicht zu bewältigen war.

4.1 Die Städtischen Elektrizitätswerke im Ersten Weltkrieg

Im Jahre 1915 verstarb der Direktor der Elektrizitätswerke, Hubert Sauer. Sein Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter, Ing. Eugen Karel. Durch den Verlust von 45% des Personals an den Kriegsdienst war es schwer, den normalen Betrieb aufrecht zu erhalten, obwohl als Kompensation auch weibliche Ersatzkräfte zugeteilt wurden. Die Konsequenz daraus war, dass Schichten verlängert werden mussten, um dauerhaft Strom produzieren zu können. Russische und italienische Kriegsgefangene mussten ab 1916 Dienst im Kraftwerk verrichten, da sich die Verluste un-

⁹⁹ An meine Völker! In: Wiener Zeitung, 29. Juli 1914.

ter dem Personal über die Kriegsjahre hinweg immer weiter mehrten. Um die verbliebenen Angestellten mit Nahrung zu versorgen, wurden Kriegsküchen eingesetzt, die in den Kraftwerken Simmering und Ebenfurth sowie in der Direktion Mariannengasse tätig waren. Doch nicht nur die Kraftwerksarbeiter, auch die Verbraucher mussten kriegsbedingt mehr Opfer als gewöhnlich leisten: Die Strompreise stiegen um 60% an, um die Kosten, die das Kraftwerk verursachte, decken zu können.¹⁰⁰

Erschwerend kam hinzu, dass die Heeresleitung von ihrem Recht, notwendige Materialien für den Krieg zu beanspruchen, auch bei den E-Werken Gebrauch machte und Kupfer, Blei und andere Metalle forderte. Weiters wurden Akkumulatorenbatterien requiriert, allerdings mit dem Versprechen, diese dem Kraftwerk innerhalb eines Jahres nach Friedensschluss mit neuen Batterien zu ersetzen. Der Kohlenmangel war, wie auch bei den Gaswerken zu lesen sein wird, erheblich. Besagte Gaswerke mussten mit ihren Vorräten den Elektrizitätswerken aushelfen (solange die Vorräte es erlaubten). Um Strom zu sparen, wurden erste Beschränkungen erlassen: Straßenbahnen fuhren seltener durch die Stadt, die Beleuchtung wurde auf ein Mindestmaß beschränkt. Auch für die Bevölkerung kam es zu Einschränkungen: Neben der allgemeinen Hungernot, die durch den Hungerwinter 1916/17 noch so weit verschlimmert wurde, dass beispielsweise Arbeiter der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Union Floridsdorf ihre Arbeit niederlegten und ihren Frauen halfen, Nahrung zu beschaffen¹⁰¹, kam es auch zu Sparmaßnahmen im Bereich der Elektrizität:

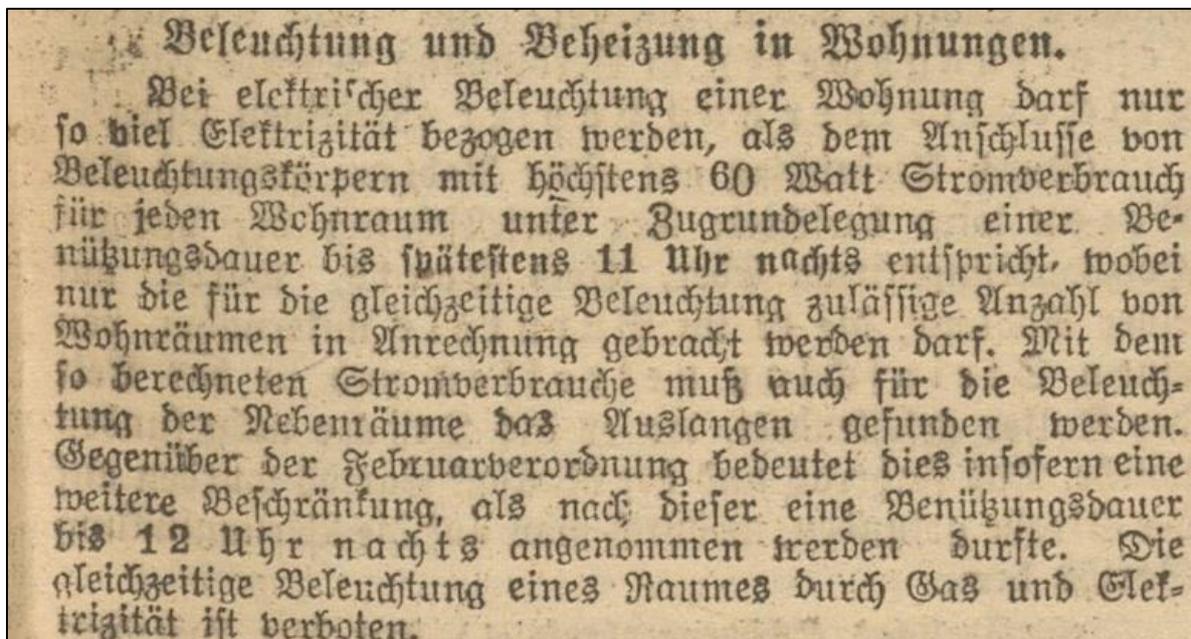


Abbildung 9: Bekanntmachung der Stromsparmaßnahmen während des Ersten Weltkrieges

¹⁰⁰ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1914-1919. S. 598-601.

¹⁰¹ Vgl. Helfert 2014. S. 67.

Streikbewegungen gab es zu dieser Zeit viele, im Jahr 1917 waren es 66, die Zahl der Streikenden belief sich auf 163.215 Menschen.¹⁰² Man forderte eine Verbesserung der Ernährungslage, mehr Lohn, später forderte man zusätzlich Friedensbemühungen ein.

Die Elektrizitätswerke hatten mit dem Ausbruch des Krieges eine schwere Aufgabe: Industrie und Wirtschaft hatten sich bereits an den neuen Standard der Elektrifizierung gewöhnt und ihre Produktionsstätten entsprechend ausgerüstet. Nun musste auch während des Krieges die Deckung eines immer höheren Strombedarfs garantiert werden. Neben den zivilen Industrieanlagen kamen erschwerend aber noch die Anforderungen der Kriegswirtschaft hinzu, außerdem galt es, die bestehenden Kraftwerke weiter auszubauen und zu verbessern. Dadurch, dass viele Arbeiter, die auf den Baustellen der Gemeinde Wien arbeiteten, in den Kriegsdienst gestellt wurden, wurde dieses Vorhaben gebremst. Kriegsbedingt wurden auch die Materialien für den Bau knapp, der Krieg verschlang so gut wie alles, was auch für eine neue Stromleitung brauchbar und notwendig war. Das in Kapitel 2 bereits erwähnte Überlandkraftwerk Ebenfurth wurde mit einiger Verspätung am 24. Februar 1915 in dauerhaften Betrieb genommen, jetzt fehlte nur noch eine stabile Überlandleitung nach Wien, um den erzeugten Strom auch nutzen zu können.¹⁰³

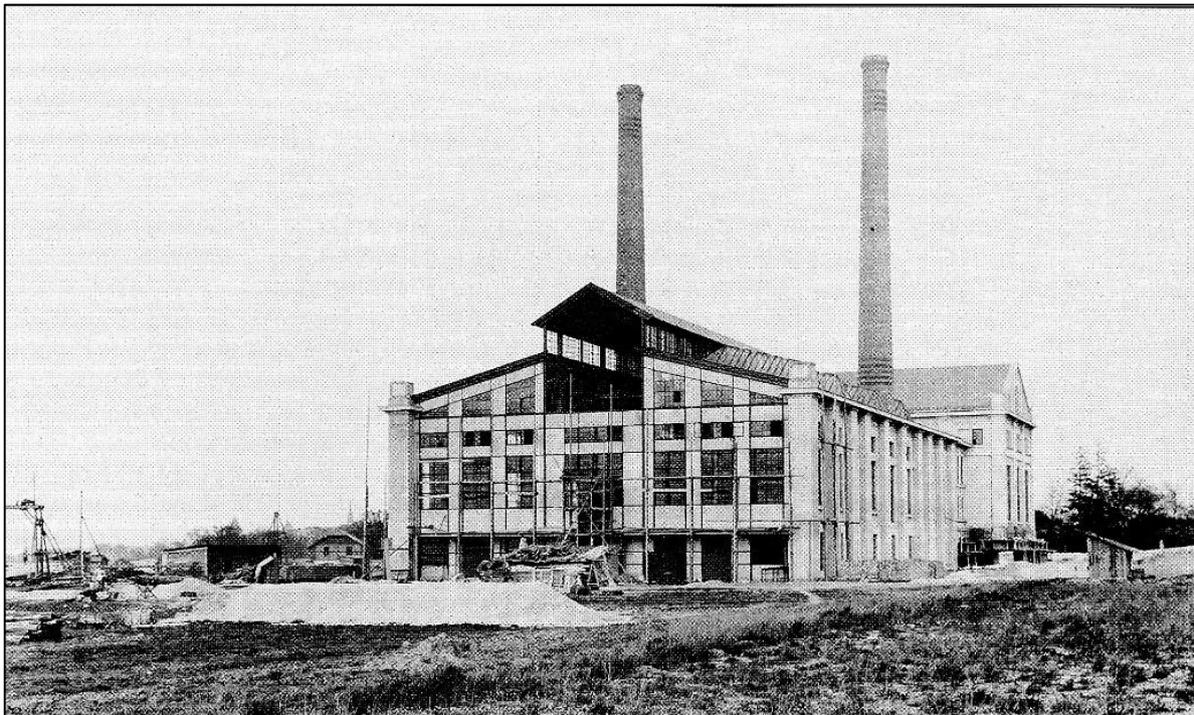


Abbildung 10: Überlandkraftwerk Ebenfurth 1913

Dazu war die Errichtung zweier Hochspannungsleitungen geplant, von denen vorerst nur eine, die Ostleitung, realisiert wurde. Der Baubeginn war April 1915, ursprünglich war ein früherer

¹⁰² Vgl. Unfried 1990. S. 59.

¹⁰³ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 31.

Termin angesetzt, allerdings hatte der Krieg diese Planung zunichte gemacht. Der bereits angesprochene Materialmangel machte sich bemerkbar: Es wurde Leitungskupfer benötigt. Dieses konnte man glücklicherweise aus dem alten, übernommenen Netz der AÖEG entnehmen. Außerdem wies das Kriegsministerium diesem Bau eine gewisse Priorität und damit auch weiteres Kupfer zu. Im Gegenzug verpflichtete sich das Städtische Elektrizitätswerk dazu, das Arsenal, eine Waffenschmiede der Monarchie, mit Starkstrom zu versorgen. Durch den Krieg musste das Kraftwerk also mehr Materialien und Arbeiter entbehren. Gleichzeitig wurde mehr Strom gebraucht, da es nun auch galt, ein Heer zu versorgen. Dies steigerte die Kosten für die Stromherstellung, da der Kohlenverbrauch erhöht wurde. Weitergegeben wurde dieser Kostenanstieg an die Zivilbevölkerung, die ebenfalls weiterhin mit Strom versorgt werden musste.

Anfang Dezember 1916 waren die Bauarbeiten abgeschlossen. Eine Spannung von 70.000 Volt wurde mit dieser Leitung ermöglicht, die Länge betrug 377 km. In Betrieb genommen wurde die Leitung am 13. Dezember 1916 mit 38.000 Volt Spannung. Um die vollständige Leistung zu erreichen, bedurfte es erst ergänzender Verbesserungen der Schaltstation Pottendorferstraße.¹⁰⁴

Nach Beendigung des Krieges wurde angeordnet, dass, je nach Datum, nur für eine festgelegte Stundenzahl in privaten Haushalten das elektrische Licht eingeschaltet sein durfte:

- 5 Stunden für die Zeit vom 5. bis 15. Dezember 1918,
- 5 ½ Stunden für die Zeit vom 15. Dezember 1918 bis zum 15. Jänner 1919,
- 5 Stunden für die Zeit vom 15. Jänner 1919 bis 15. Februar 1919 und
- 4 ½ Stunden für die Zeit vom 15. Februar 1919 bis 14. März 1919.¹⁰⁵

Auch in den Tageszeitungen waren die Sparmaßnahmen Grund zur Aufregung, aber auch zur Sorge:

Aus den vorgestrigen Reden der Staatssekretäre Dr. Bauer und Zerdik ging mit aller Deutlichkeit hervor, in welcher furchtbarer Lage wir uns befinden. Die Verhandlungen, die bisher geführt wurden haben ein vollkommen negatives Resultat erzielt: Immer näher rückt der Augenblick, wo wir trotz aller Sparmaßnahmen, und mögen sie noch so drakonisch sein, die letzte Schaufel Kohle verfeuert haben werden. Riesengroß steht die Gefahr der gänzlichen Einstellung der Bahnen vor uns, und in Wien kann es in kurzer Zeit dazu kommen, daß auch das Elektrizitätswerk seinen Betrieb einstellen muß, was natürlich die Lahmlegung des Straßenbahnverkehrs und die Ausschaltung des Stromes für Betriebe und auch für Haushaltungen bedeuten würde. Wohin wir augenblicklich auch immer sehen, ist die Lage trostlos. Deutschösterreich besitzt kein Kohlengebiet, um sich selbst helfen zu können. Das Elektrizitätswerk in Zillingsdorf könnte 200.000 Kilowatt täglich liefern, in Wirk-

¹⁰⁴ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1914-1919. S. 632f.

¹⁰⁵ Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1914-1919. S. 605.

lichkeit liefert es aber nur 40.000 Kilowatt. Man muß schon sagen, daß diese Tatsache nicht gerade erfreulich ist. Denn, wenn auch gesagt wird, man arbeite mit ungeschulten Kräften und eine Steigerung der Leistungsfähigkeit sei nicht möglich, so sind wir doch der Ansicht, daß in dieser Zeit der schwersten Notwendigkeit der Versuch gemacht werden sollte, die Produktion in Zillingsdorf zu erhöhen.¹⁰⁶

4.2 Die Städtischen Gaswerke im Ersten Weltkrieg

Das Gaswerk Simmering wurde in den Jahren 1914 und 1915 aufgerüstet, 1915 bis 1919 das Gaswerk Leopoldau.¹⁰⁷ Die Gaserzeugung stieg in den Kriegsjahren immer weiter an: Wurden im 2. Halbjahr 1914 und im 1. Halbjahr 1915 noch 198.552.670 m³ erzeugt, so waren es 1917/18 bereits 239,941.840 m³. Erst im Jahr darauf fiel die Produktion wieder auf 178,256.240 m³. Parallel dazu verhielten sich auch die Bilanzierungsergebnisse: Die Jahre 1914/15 kamen auf 2,919.661,95 Kronen, 1917/18 5,990.760,23 Kronen Gebarungüberschuss. 1918/19 änderte sich dies: 20,408.910,36 Kronen Gebarungabgang wurden verzeichnet. Grund für diesen Rückgang war der Mangel an Rohstoffen, vor allem wurde die Kohle knapp, mit der die Gasöfen befeuert werden mussten. Ebenso war der Mangel an Personal dafür verantwortlich. Insgesamt wurden 1.150 Angestellte der städtischen Gaswerke an die Front gerufen, 58 davon fanden dort den Tod. Um diese Personalverluste zu kompensieren, versuchte die Direktion Hilfsarbeiter einzustellen: Russische und italienische Kriegsgefangene wurden, wie auch im Elektrizitätswerk, eingesetzt, ebenso zugewiesene Militärarbeiter. Im Jahr 1915 begann man damit, auch weibliches Personal einzustellen. Die Frauen sollten Beamte ersetzen und deren Arbeit verrichten. Eine Beamtin wurde zur Geldeinheberin ernannt. Da die Kenntnisse all dieser Ersatzarbeitskräfte über das Gaswerk aber mangelhaft waren, konnte man die durchschnittliche Leistung des Werkes nicht immer aufrechterhalten.¹⁰⁸

Auch der Gasbedarf veränderte sich zusehends während des Krieges: Die durch den Krieg eingeführte frühe Sperrstunde verminderte den Verbrauch von Gastwirtschaften, Kaffeehäusern und Vergnügungsorten aller Art erheblich. Was hier für Verringerung sorgte, bewirkte eine Steigerung in den privaten Haushalten. Diese hatten großteils noch Petroleumlampen im Einsatz, die aber bald durch sogenannte „Automatgaseinrichtungen“ verdrängt wurden. Für diejenigen mit privatem Gasanschluss ergab sich im Krieg schnell der Vorteil, dass Brennstoffe nicht extra angeschafft werden mussten, da das Gas direkt über die Leitung geliefert wurde. Ebenfalls wurde ein gesteigerter Gasverbrauch bei Lazaretten und anderen Pflegeanstalten verzeichnet, da verwundete Soldaten rund um die Uhr eintrafen und versorgt werden mussten.

¹⁰⁶ *Die drohende Katastrophe*. In: *Wiener allgemeine Zeitung*. 6. Dezember 1918. S. 1.

¹⁰⁷ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1914-1919. S. 590-593.

¹⁰⁸ Vgl. ebenda. S. 593f.

Die Heeresleitung stellte ebenfalls Anforderungen an das städtische Gaswerk. Das Heer benötigte Benzol und Toluol, welches aus dem Vorprodukt Leichtöl gewonnen wurde. Dieses Leichtöl wurde mit einer neuerrichteten Anlage im Gaswerk Leopoldau, später auch noch im Gaswerk Simmering, ab dem Jahr 1916 erzeugt, die Herstellung dieses Leichtöls wurde bis 1918 aufrechterhalten. Erst mit der Kohlennot begann auch für das Gaswerk die Produktion schwieriger zu werden. Um diesem Problem entgegenzuwirken, wurde als erste Maßnahme die Sommerzeit eingeführt, um in den Abendstunden länger Sonnenlicht zu haben.¹⁰⁹

Die Sommerzeit allein war aber nicht genug, um dem Problem Herr zu werden. Strenge Sparmaßnahmen wurden erlassen, um die noch zur Verfügung stehende Kohle möglichst lange verwenden zu können:

Weder der Eintritt der Sommerszeit, noch das Ansteigen der Temperatur — das allerdings in den letzten Tagen unterbrochen wurde — haben, wie uns von kompetenter Seite mitgeteilt wird, einen Einfluß auf die wegen der Kohlennot verfügbaren Sparmaßnahmen. Es soll und muß auch den ganzen Sommer hindurch mit der Beleuchtung und der Beheizung so viel als nur möglich gespart werden, da die Vorräte an Kohle für den normalen Bedarf keineswegs ausreichen.

Verbesserungen in der Beleuchtung wurden nur durchgeführt, weil von der Polizei eine Zunahme von Unglücksfällen und Verbrechen konstatiert wurde, deren Ursachen mit der mangelhaften Straßenbeleuchtung in Verbindung gebracht wurden.

[...]

Es ist daher besonders mit Rücksicht auf den kommenden Winter, größte Sparsamkeit geboten und aus diesem Grunde stehen am Ende des Sommers weitere sehr einschneidende Einschränkungen bevor. Diese werden sich nicht nur auf die Beleuchtung, sondern auch auf die Beheizung erstrecken, in letztere ist auch eine Verminderung des Gasverbrauches für Heizzwecke einbezogen.¹¹⁰

Die erwähnten Sparmaßnahmen fanden sich im R. G. Bl. Nr. 370 aus dem Jahr 1917:

Jede wie immer geartete Beheizung von Wohn-, Geschäfts-, Kanzlei-, Arbeits-, Unterrichts- und sonstigen Räumen ist bis einschließlich 15. Oktober 1917 verboten.

[...]

In Privathaushalten dürfen gleichzeitig höchstens drei Wohnräume und die Küche beleuchtet werden. Auch die Beleuchtung der Nebenräume (Vorzimmer, Bade- und Dienstbotenzimmer, Boden- und Kellerräume u. dgl.) ist auf das äußerste Mindestmaß zu beschränken.

[...]

In Privathaushalten dürfen höchstens drei Wohnräume und die Küche beheizt werden. In diese Zahl sind Dienstbotenzimmer, insoweit sie vom Gesinde tatsächlich benützt werden, nicht einzurechnen.¹¹¹

¹⁰⁹ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1914-1919. S. 594f.

¹¹⁰ *Andauernde große Kohlennot*. In: *Neues 8 Uhr Blatt*. 18. April 1917. S. 3.

¹¹¹ RGBl. Nr. 370, 1917. S. 988f.

Anhand der Strafen für die Nichteinhaltung dieser Bestimmungen zeigte sich, wie ernst die Lage war: Bis zu sechs Monate Haft oder eine Geldstrafe bis zu 20.000 Kronen wurde festgelegt. In besonderen Härtefällen konnten beide Strafen auch parallel verhängt werden. Bei Firmen drohte auch die Entziehung der Gewerbeberechtigung.¹¹² Bewohner waren aufgerufen, ihren Gasverbrauch bei der Polizei zu melden, damit dieser kontrolliert werden konnte.

Der Polizeipräsident hat an die ihm unterstehenden Organe einen Erlaß gerichtet, in welchem diese über den Inhalt der die Sparmaßnahmen beim Verbräuche von Gas, Elektrizität und Brennstoffen betreffenden Verordnungen umgehend belehrt und zur strengsten Ueberwachung der Einhaltung der Vorschriften angewiesen werden.

Nach der Statthaltereiverordnung sind die Gasabnehmer verpflichtet, einen wahrheitsgetreu ausgefüllten Fragebogen an die Direktion des Gas liefernden Werkes zu übersenden. Diesbezüglich hat die Polizei-Direktion eine Kundmachung nachstehenden Inhaltes erlassen:

Nach § 7 der Verordnung des k. k. Statthalters vom 11. September l. J., betreffend Sparmaßnahmen beim Verbräuche von Gas, Elektrizität und Brennstoffen haben alle Gasabnehmer den amtlich aufgelegten Fragebogen auszufüllen. Die Gasabnehmer haben die Fragebogen an den unten bezeichneten Tagen in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormitags [sic!] und von 2 bis 5 Uhr nachmittags in den Amtsgebäuden der für den Benützungsort zuständigen Brot- und Mehlkommission beim Schuldienner zu begeben. Die Fragebogen müssen vom Gasabnehmer bis zum 1. Oktober 1917 wahrheitsgetreu ausgefüllt der zuständigen Brot- und Mehlkommission zugesendet werden.¹¹³

Das Ergebnis dieser Sparmaßnahmen war, dass das städtische Gaskraftwerk weiterhin genug Kohle zur Verfügung hatte, um die Bevölkerung mit dem angeordneten Mindestmaß an Gas versorgen zu können. Die Not der Angestellten des Gaskraftwerkes war allerdings hoch, weil die Einkommen niedrig waren. So wurden von der Direktion Lebensmittelabgabestellen in Simmering und der Leopoldau errichtet, um zusätzliche Nahrungsmittel – größtenteils aus Ungarn – für die Angestellten des Werkes zu bekommen. Insgesamt wurden so zusätzliche Waren im Wert von 11,256.284,93 Kronen angekauft. Des Weiteren betrieben die Angestellten Gemüseanbau, im Gaswerk Leopoldau eine Schweinezucht und in der Direktion wurde eine Werkstatt für Schuhreparaturen eingerichtet.¹¹⁴

¹¹² Vgl. RGBl. Nr. 370, 1917. S. 991.

¹¹³ *Die neuen Beheizungs- und Beleuchtungsvorschriften. Ein Erlass des Polizeipräsidenten.* In: *Reichspost.* 17. September 1917. S. 7.

¹¹⁴ Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1914-1919. S. 597f.

5 Die Erste Republik

Die innere Krise des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Systems brachte die Donaumonarchie schließlich kombiniert mit dem erfolglos geführten Krieg zu Fall. In Industriegebieten und auch in Wien wurden Massenproteste abgehalten, die den Kaiser schließlich zur Abdankung zwangen. Dadurch konnte die Erste Republik am 12. November 1918 ausgerufen werden.¹¹⁵ Regiert wurde diese von Sozialdemokraten in Koalition mit den Christlichsozialen und Großdeutschen, sie waren als einzige Partei in der Lage mit heimkehrenden Soldaten, Arbeitslosen und radikalen Massen umzugehen. Vertreter der Sozialdemokraten in der neuen Regierung waren etwa Staatskanzler Karl Renner, Viktor Adler als Staatssekretär des Äußeren und Ferdinand Hanusch als Staatssekretär für Soziale Fürsorge.¹¹⁶ Österreichweit wurde die Arbeiterschaft mit Sozialgesetzen durch Hanusch gefördert. Es kam mit dem 17. Dezember 1918 zur Einführung des Achtstundentages, ein Ziel, das die Sozialdemokraten schon seit langer Zeit verfolgten. Gerade nach dem Krieg machte dies Sinn, da viele Arbeiter geschwächt waren und auch bei längerer Arbeitszeit höchstwahrscheinlich nicht mehr leisten hätten können.¹¹⁷ Das Achtstundentagsgesetz galt für alle gewerblichen Betriebe und hatte drei Bestimmungen der Höchstarbeitszeit: Den Achtstundentag, der durch einen Kollektivvertrag durch eine 48-Stundenwoche ersetzt werden kann bzw. die dritte Bestimmung, die 44-Stundenwoche, die mit Samstag 12 Uhr beendet wurde.¹¹⁸ Die Parole 8-8-8 wurde skandiert, sie stand für acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit und acht Stunden Schlaf pro Tag.¹¹⁹

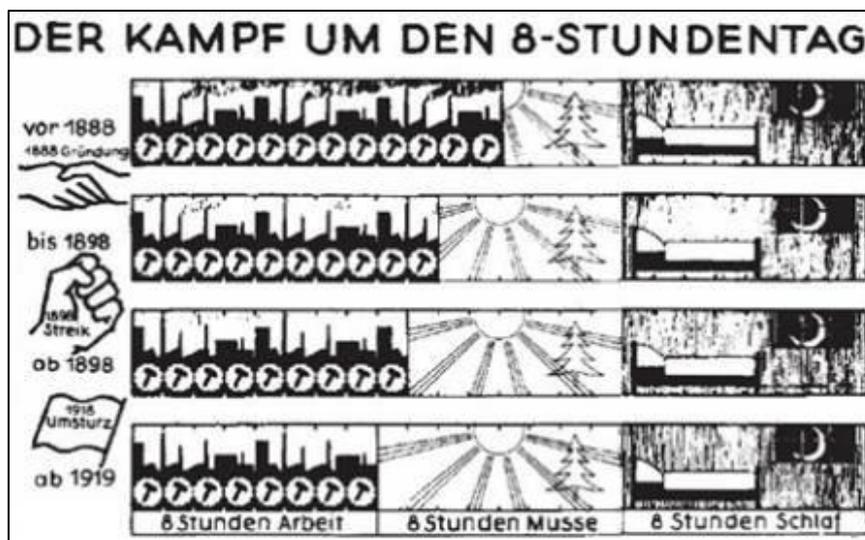


Abbildung 11: Die Sozialdemokraten plakatieren ihr Errungenschaften

¹¹⁵ Vgl. Frei 1984. S. 21.

¹¹⁶ Vgl. Rabinbach 1989. S. 23.

¹¹⁷ Vgl. Butschek 2011. S. 193.

¹¹⁸ Vgl. Schmitz 1924. S. 162.

¹¹⁹ <http://www.dasrotewien.at/achtstundentag.html>, 7.10.2016. 10:40 Uhr.

Neu war auch das Arbeiterurlaubsgesetz, welches einen einwöchigen Urlaub von der Arbeit gewährte. Arbeitete man mindestens fünf Jahre im selben Unternehmen, so wurde dieser Urlaub auf zwei Wochen ausgedehnt.¹²⁰ Am 26. Februar 1920 wurde von Hanusch die Gründung von Arbeiterkammern beantragt, welche die konstituierende Nationalversammlung beschloss. Mit ihnen sollte Arbeitnehmern ermöglicht werden, mehr Einfluss auf die Volkswirtschaft zu haben.¹²¹

Politische Spannungen waren in dieser Zeit allgegenwärtig. Bewaffnete Wehrverbände politischer Parteien organisierten sich: Der Heimatschutz bzw. die Heimwehr(en) sowie der republikanische Schutzbund. Von den verbalen und schriftlichen Kämpfen weg ging es immer mehr hin zu körperlichen Auseinandersetzungen auf der Straße. Der Gipfel dieser Gewaltakte wurde in Schattendorf erreicht, als in einer Auseinandersetzung der genannten Wehrverbände ein Kind und ein Invalider erschossen wurden. Die anschließende Gerichtsverhandlung am 12. Juli 1927 endete mit dem Freispruch der Täter und dem Brand des Justizpalastes und einem Großeinsatz der Polizei, bei dem viele Tote durch den Einsatz von Schusswaffen zu beklagen waren.¹²²

Die vor dem Krieg begonnene Kommunalpolitik erlebte einen Umschwung. Besonders wichtig war hierbei die ab dem 1. Jänner 1922 neue Stellung der Stadt als eigenes Bundesland, losgelöst von Niederösterreich. So wurde der Wiener Gemeinderat zugleich auch Landtag des Bundeslandes Wien, der Bürgermeister zugleich auch Landeshauptmann.¹²³ Der neue Status als Bundesland ermöglichte weitreichende Reformen. Es war der Beginn des sogenannten „Roten Wiens“, welches von den Sozialdemokraten, die nach Beendigung des Ersten Weltkrieges die Regierung Wiens innehatten, gelenkt wurde. Wien war damit die erste Millionenstadt, die von Sozialdemokraten verwaltet wurde. Die Autonomie Wiens war für die Sozialdemokraten deswegen von Bedeutung, weil für sie Wien der Mittelpunkt jeglicher Entwicklung war. Was in Wien geschah, sollte auch Antrieb für andere sozialdemokratische Gemeinden sein. Man zog sich also nach Wien zurück, um die Sozialdemokratie hier zu bündeln und erstarren zu lassen.¹²⁴ Wie stark die Sozialdemokratie in Wien war, sah man auch an den Wahlergebnissen der Wahlen 1919 und 1927. Man konnte sich von 54% Stimmanteil auf 60% steigern. 1932 kam man immer noch auf 59%. Zurückzuführen sind diese Mehrheiten auf die Kommunalpolitik, die bei den Einwohnern der Stadt sehr gut ankam.¹²⁵ Neben der Sozialfürsorge war es vor allem der Wohnungsbau, der im Zentrum der sozialdemokratischen Politik stand.

¹²⁰ Vgl. Butschek 2011. S. 193.

¹²¹ Vgl. ebenda. S. 195.

¹²² Vgl. ebenda. S. 205.

¹²³ Vgl. Danneberg 1928. S. 10.

¹²⁴ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 1001, 1007.

¹²⁵ Vgl. Frei 1084. S. 58f.

Die Sozialdemokraten ließen die selbstständigen städtischen Unternehmen weiterbestehen, legten aber durch eigene Statuten die Beziehung zum Gemeinderat und damit auch die Kompetenzgrenzen fest. Der Gemeinderat bestimmte die Tarife sowie die Dienst- und Besoldungsverhältnisse, außerdem wurden jährlich Wirtschaftspläne vorgelegt, die Erträge und Lasten, Investitionen und Inventaranschaffungen sowie auch Überschreitungen des Finanzplanes offenlegten. Zu diesen Unternehmungen gehörten neben der Straßenbahn, dem Brauhaus, der Leichenbestattung und der Ankündigungsunternehmung *GEWISTA* auch die Gas- und die Elektrizitätswerke.¹²⁶ Dies merkte man auch rasch, wenn man in der Stadt wohnte: Die günstige Tarifpolitik der Gemeinde hinsichtlich Gas und Strom bewirkte, dass Wiederaufbaumaßnahmen und Förderungen der österreichischen Wirtschaft, aber insbesondere jener Wiens, begünstigt wurden. Ebenso wurde die Arbeitslosigkeit gesenkt, indem man neue Arbeitsplätze in den Kraftwerken schuf. Weniger Arbeitslose bedeutete mehr politischen Spielraum für die Sozialdemokraten.¹²⁷ Auch bei den Einnahmen der Gemeinde spielten die Gas- und Elektrizitätswerke eine Rolle: Sie deckten (zusammen mit der Straßenbahn und den Einnahmen vom Trinkwasser) ein Fünftel der Einnahmen der Gemeinde. Geführt wurden die Unternehmen in der Form, dass sie ihre Selbstkosten decken konnten.¹²⁸ Neu war für Gas- und Elektrizitätswerke auch die Reform der Arbeitszeit im Jahre 1927. Erstmals in Österreich war eine 52- bzw. 58-stündige Schicht durch eine 48-Stunden-Schicht ersetzt worden. Der Vorteil bestand darin, dass alle Arbeitergruppen beider Werke nun in den Genuss des Achtsturentages kamen und außerdem mehr Menschen Arbeit bei den Werken fanden.¹²⁹ Weitere Vorteile für die Angestellten und Arbeiter der Kraftwerke waren ein um 60% vergünstigter Brennstoffbezug oder 2 Schilling Ersparnis bei Annahme eines Bezuges von 40 Kilogramm wöchentlich.¹³⁰

	<i>Professionisten im Elektrizitäts- und Gaswerk</i>	<i>Hilfsarbeiter im Elektrizitäts- und Gaswerk</i>
<i>Beim Eintritt</i>	67,60	57,20
<i>Nach 15 Jahren</i>	79,56-86,76	68,64-74,88
<i>Höchstbezug</i>	89,44-98,08	76,44-84,12

Wochenlöhne je nach Verwendung und Verwendbarkeit im Jänner 1928¹³¹

Für die Elektrizitäts- aber auch für die Gaswerke war diese Zeit, abgesehen von den eben beschriebenen politischen Umwälzungen, außerdem vom weiteren Aufbau, aber auch von einer

¹²⁶ Vgl. Danneberg 1928. S. 7.

¹²⁷ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 1122.

¹²⁸ Vgl. Danneberg 1928. S. 10f.

¹²⁹ Vgl. ebenda. S. 29.

¹³⁰ Vgl. Danneberg 1930. S. 37.

¹³¹ Danneberg 1928. S. 33.

offensiven Strategie des Kundenanwerbens geprägt. Beide Werke versuchten durch breite Informationskampagnen, neue Kunden für die jeweiligen Produkte zu gewinnen. Gleichzeitig wollte man aber auch Bestandskunden dazu erziehen, sparsam mit den Ressourcen umzugehen, da diese durch den Weltkrieg und vor allem durch dessen Ausgang knapp waren. In der späteren Zwischenkriegszeit, ab etwa 1925, waren der Gas- und Stromkonsum bereits so weit verbreitet, dass man nicht mehr von einem Privileg für Reiche sprechen konnte.¹³²

Im Jahr 1929 setzte die Weltwirtschaftskrise am Black Friday, also dem Schwarzen Freitag, an der New Yorker Börse ein. Für Österreich bedeutete dies vorerst nicht viel, das Wirtschaftswachstum schrumpfte auf 1,4%. Erst als 1931 die Credit-Anstalt zusammenbrach, war auch Österreich mit voller Wucht betroffen. Man hatte bekannt gegeben, dass man für das Jahr 1930 einen Verlust von 130 Millionen Schilling zu verzeichnen hatte und die Bank damit insolvent sei. Die Regierung versuchte mit Maßnahmen die Bank wieder solvent zu machen, ohne die Bevölkerung beruhigen zu können, ebenso schwand das Vertrauen in die Stabilität des Schillings. Man tauschte also in ausländische Währungen um, was eine Senkung des Devisenstandes der Notenbank von 715 Millionen Schilling (1929) auf 13 Millionen Schilling (1933) mit sich brachte. Nun war nicht nur die Bank in der Krise, sondern auch der Schilling.¹³³

5.1 Städtische Elektrizitätswerke

<i>Jahr</i>	<i>Insgesamt</i>	<i>Private</i>	<i>Straßenbahn und Stadtbahn</i>	<i>Übrige Bahnen</i>	<i>Öffentliche Beleuchtung</i>
1923	199,159.021	117,974.236	78,253.246	-	2,930.539
1926	447,165.973	315,371.368	116,251.203	6,684.208	8,859.194
1929	574,422.568	410,001.103	137,314.465	7,271.000	19,836.000

Stromverbrauch 1913-1912, in Kilowattstunden¹³⁴

Der Stromverbrauch in der Zwischenkriegszeit stieg rasant an, was daran lag, dass der weitere Aufbau der Stromnetze zügig voranschritt, eine Elektrisierung der Stadt sollte nicht mehr Luxus sein, sondern Standard werden.

Um dieser Steigerung des Stromverbrauchs auch nachzukommen, mussten Wasserkraftwerke in Gaming und Opponitz erbaut werden, welche von der Gemeinde Wien versteuert werden konnten: Die Wasserkraftabgabe wurde eingeführt.

¹³² Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 1119.

¹³³ Vgl. Butschek 2011. S. 220f.

¹³⁴ Seliger, Ucakar 1985. S. 1118.



Abbildung 12: Wasserkraftwerk Opponitz

Der Stromtarif wurde verbilligt, man konnte außerdem wieder Rabatte an Großabnehmer und bestimmte Wirtschaftszweige gewähren. Erst ab dem 1. Jänner 1930 wurden die Tarife wieder angehoben und zusätzlich eine Zählergebühr eingeführt worden. Trotzdem blieben die Preise

	1913	1924	1930
<i>Lichtstrom</i>	10,1	5,2	5,7
<i>Kraftstrom</i>	4,3	2,5	2,7

*Strompreis in Groschen pro Hektowattstunde*¹³⁵

weit unter jenen der Vorkriegszeit.¹³⁶

Doch bis es dazu kam, war es ein weiter Weg: Der Erste Weltkrieg endete mit der Niederlage der Habsburgermonarchie und dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 und wurde mit dem Friedensvertrag am 10. September 1919 von Saint Germain endgültig besiegelt. Für die Wiener Elektrizitätswerke änderte sich an ihrer Notlage nichts: Nach wie vor fehlte es an Kohle, um genügend Strom für die Stadt produzieren zu können. Die Folge dessen waren erneute Sparmaßnahmen und Anordnungen für die Bewohner Wiens, wie sie mit Strom umzugehen hatten. Die Verfügung der niederösterreichischen Landesregierung vom 6. April, mit einer temporären Verschärfung vom 21. September 1919 bis zum 26. September 1919, sah vor, dass die Bahn nur noch für Lastentransporte verwendet werden dürfe, der Personentransport wurde gänzlich eingestellt. Ebenso verhielt es

¹³⁵ Seliger, Ucakar 1985. S. 1118

¹³⁶ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 1119.

sich, bis auf Krankenanstalten, mit Personenaufzügen in Gebäuden. Jegliche Wirtshäuser sowie Theater oder Varietés aller Art mussten ab 8 Uhr abends geschlossen werden. Nach dem Ende der Verschärfung traten allerdings erneut Veränderungen der Verordnung ein: Ein Verbot von elektrischer Raumheizung wurde ausgesprochen, außerdem wurde es untersagt, neue Hausanschlüsse vorzunehmen. Die Straßenbahn und auch Geschäfte, Magazine und ähnliches wurden mit stromeinschränkenden Maßnahmen belegt, damit der Verbrauch gedrosselt werden konnte. All diese Einschränkungen wurden vom städtischen Elektrizitätswerk durch neu eingestellte Kontrollorgane überprüft, die 5.400 Anzeigen einbrachten, die wegen Übertretung der Anweisungen erfolgten. 400 davon betrafen Kaffeehäuser und Bars, die die 8-Uhr-Sperre, welche untersagte, weiterhin elektrisches Licht zu benutzen, nicht beachtetten. Für die Wienerinnen und Wiener war diese Begrenzung nicht leicht einzuhalten, zu sehr war man bereits an die Elektrizität gewöhnt. Dies zeigt sich auch an der großen Zahl von Ansuchen beim Kriegswucheramt (welches noch bis in die 1920er Jahre existierte), die Verbrauchsmenge an Strom heraufzusetzen. Um die 29.000 Anträge wurden gezählt, letzten Endes war das Amt mit dieser Zahl überfordert, weshalb das Elektrizitätswerk selbst die Ansuchen durchsehen und die Stromverbrauchsmenge angemessen erhöhen durfte.¹³⁷

Die Kohlennot erreichte ihren Höhepunkt allerdings erst im Jahr 1920, nur noch 200 Waggons Kohle standen dem Elektrizitätswerk zu Verfügung. Diese Situation führte zur vollständigen Einstellung der Lokalbahn Wien-Baden sowie zur Niederlegung von Industrieanlagen:

Die Kohleneinläufe haben sich auch weiterhin verringert. Was in den letzten Tagen befürchtet wurde, ist eingetroffen: die Elektrizitäts-Werke erhielten so wenig Kohle, daß sie vor dem gänzlichen Stillstand stehen. Wien droht wieder eine verkehrslose Zeit, deren Schrecken aber bei dem ungünstigen Wetter die letzte Verkehrseinstellung weit übertreffen wird. Damit die arbeitende Bevölkerung am Montag nicht von der rauhen Tatsache überrascht wird, keine Straßenbahn zu haben, wird der Verkehr vorläufig Sonntag eingestellt. Dadurch wird soviel Kohle erspart, daß Montag wenigstens die Straßenbahn wieder verkehren kann. Erhöhen sich die Einkäufe inzwischen nicht, ist natürlich damit zu rechnen, daß der Verkehr auch an den anderen Tagen eingestellt oder mindestens stark gedrosselt werden muß. Die Abschaltung der industriellen Großbetriebe wurde ja schon gestern begonnen und muß heute fortgesetzt werden.¹³⁸

Zwischen dem 15. und 25. Jänner 1920 setzten noch einmal verschärfte Sparmaßnahmen ein, bevor endgültig eine Besserung der Kohlelage eintrat. Mittlerweile konnte Kohle aus eigenen Gruben in Neufeld nach Ebenfurth in das Überlandkraftwerk geschafft werden und so die

¹³⁷ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1919-1922. S. 764f.

¹³⁸ *Die Kohlenkatastrophe*. In: *Arbeiter Zeitung*, 3. Jänner 1920. S. 6.

Stromproduktion langsam wiederaufgenommen werden. Gleichzeitig wurden die Sparmaßnahmen in ebenso kleinen Schritten wieder rückgängig gemacht. Als schließlich am 30. April 1921 der Bürgermeister von Wien, der Sozialdemokrat Jakob Reumann, auch Landeshauptmann des nun von Niederösterreich unabhängigen neuen Bundeslandes Wien wurde, wurden auch sämtliche Sparmaßnahmen des Landes Niederösterreich aufgehoben.¹³⁹

Die Braunkohlemine in Zillingdorf konnte wieder Kohle zur Befuerung der Kessel liefern, zwei neue Tagbaue wurden nahe des ersten, sich bereits erschöpfenden eingerichtet: Zillingtal und Stinkenbrunn. Mit der erneuten Lieferung von Kohle wurde auch der Ausbau der Elektrizitätskraftwerke in Auftrag gegeben: Die Überlandzentrale Ebenfurt bekam 1922 einen zweiten 1.200 PS Turbosatz und insgesamt vier Hochleistungskessel. Bis 1924 wurde die Maschinenkapazität auf 52.000 PS erhöht. Das Simmeringer Werk erfuhr ebenfalls eine Aufrüstung: der seit 1917 in Planung befindliche 12.000 PS Turbosatz kam im Februar 1921 zum Einsatz.

Durch zusätzliche Stromlieferungen aus den Wasserkraftwerken Gaming und Opponitz in Niederösterreich war es in Wien notwendig geworden, das bisher alleinige Umspannwerk Süd (es befand sich in Meidling) aufzurüsten und ein zweites, das Umspannwerk Nord, 1924 in Floridsdorf zu errichten. Ein Jahr darauf folgten die Umspannwerke Schmelz und Michelbeuern. Das Umspannwerk Süd erhielt eine Aufrüstung durch die von 1923 bis 1929 kontinuierliche Erneuerung der Transformatoren. Zuständig war es für die Verarbeitung des Stromes aus dem Überlandkraftwerk Ebenfurth. Das Umspannwerk Nord war für die Transformierung des Stromes von 110 KV auf 28 KV verantwortlich, es verarbeitete den Strom aus den oberösterreichischen Wasserkraftwerken. Die Umspannwerke Schmelz und Michelbeuern mussten errichtet werden, um das sich nun ausbreitende 28- KV-Netz ausreichend zu unterstützen.

Neben neuen Umspannwerken wurden auch Unterwerke (UW) aufgerüstet. Zwischen 1923 und 1929 erfuhren folgende Werke einen intensiven Leistungsausbau: UW Mariahilf, UW Rudolfsheim, UW Leopoldstadt, UW Währing, UW Kaunitzgasse, UW Floridsdorf, UW Rodaun, UW Alsergrund, UW Neubad, UW Landstraße, UW Döbling, UW Sechshaus, UW Ottakring und UW Perchtoldsdorf.¹⁴⁰

Mit den Verbesserungen der Kraftwerke stieg auch in den Folgejahren die Stromerzeugung an: Erzeugte man 1923 noch 312,892.881 KWH, so steigerte man sich über 447,165.973 KWH

¹³⁹ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1919-1922. S. 765f.

¹⁴⁰ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1923-1928. S. 1955-1960.

1926 auf 538,003.524 KWH, die 1928 erreicht wurden.¹⁴¹ Auch finanziell schlug sich der Aufschwung des Strombedarfes nieder, die Erträge allerdings auch die Kosten stiegen pro Jahr immer weiter an:

<i>Jahr</i>	1923	1924	1925	1926	1927	1928
<i>Erträgnis</i>	45,433.741	62,848.059	71,172.095	73,286.591	77,719.559	87,658.745
<i>Lasten</i>	45,246.818	62,761.736	71,073.939	73,229.843	83,417.010	93,406.984

Erträgnis und Lasten in Schilling¹⁴²

Um den erneut steigenden Strombedarf der Stadt decken zu können, musste auch in der Verwaltung der städtischen Elektrizitätswerke erneuert und optimiert werden: Ab 1919 wurden Erhebungen durch das E-Werk durchgeführt, welche die Verbrauchsverh ltnisse der Stromkonsumenten, aber auch die Wünsche an den Stromlieferanten untersuchten. Basierend auf den Ergebnissen dieser Untersuchungen wurde es Wienerinnen und Wienern mit Kleinwohnungen erleichtert, einen neuen Anschluss zu beantragen.

Eine weitere Neuerung war die Erhöhung der Werkstätten, in denen Stromzähler kontrolliert und bei Bedarf auch repariert wurden. Eine Stückzahl von 60.000 Zählern wurde pro Jahr in den Werkstätten bearbeitet.

Doch nicht nur für die Stromkonsumenten, auch für die Angestellten des Elektrizitätswerkes gab es Änderungen. In den Jahren 1925 bis 1927 wurden Regulierungen der Gehälter vorgenommen. Neben Erhöhungen und Zuwendungen wurde auch eine Gleichstellung mit anderen Gemeindeunternehmungen zugebilligt. Eben jene Belegschaft hatte sich zudem vergr oert, die Direktion bekam 1926 einen Zubau in der H ferstra e.¹⁴³



Abbildung 13: STEWE Werbeplakat 1927

Der nächste Schritt war eine starke Werbefensive des städtischen E-Werkes. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wien sollten die Vorteile der Elektrizität im Haushalt kennenlernen. Es wurde mit Inseraten in Zeitschriften, aber auch mit Werbeeinschaltungen in Kinos geworben, wie praktisch elektrische Beleuchtung oder der damals neuartige Kochautomat den Haushalt ergänzen konnten. Man nutzte einen Teil des neuen Zubaus

¹⁴¹ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1923-1928. S. 1944.

¹⁴² Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1923-1928. S. 1966.

¹⁴³ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 42.

der Direktion, um die Dauerausstellung *STEWE* (steht für STädtisches Elektrizitäts-Werk) und Sonderausstellungen, wie etwa *Der neue Haushalt*, *Die Frau von heute* oder *Wien und die Wiener* zu zeigen. Besondere Aufmerksamkeit kam dem neuesten Produkt der städtischen Elektrizitätswerke zu, dem elektrischen Kochautomaten:

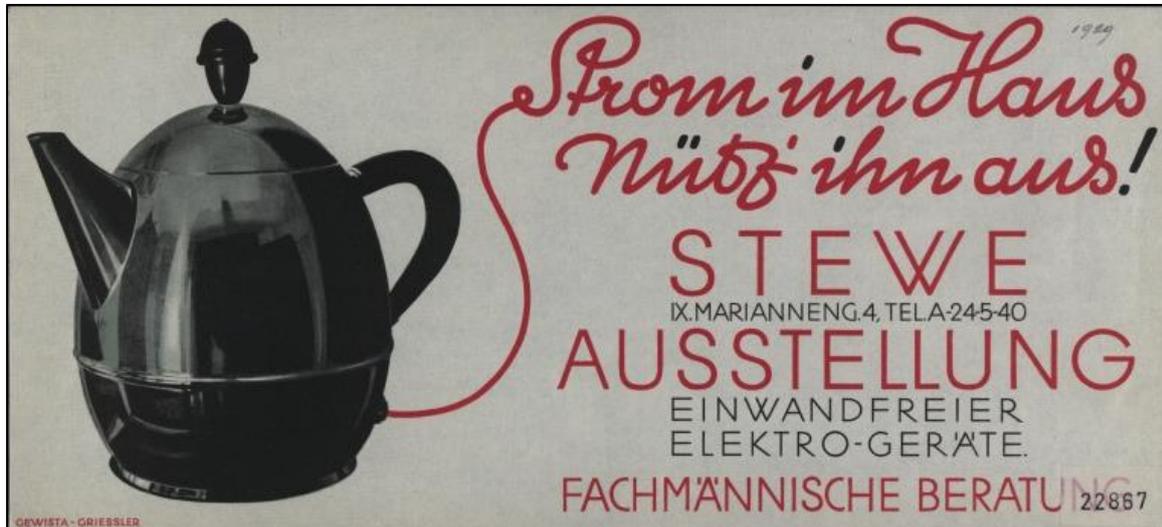


Abbildung 14: STEWE Werbeplakat 1929

Um jeder Hausfrau die Möglichkeit zu geben, sich von der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der Elektrizität zu überzeugen, die heute nicht nur Licht spendet, sondern auch die Wäsche bügelt, den Fußboden reinigt und glänzt, Kleider, Bücher und Schränke sowie den Boden vom Staub befreit, elektrische Oefen und Wasserspeicher wärmt, der Hausfrau sogar beim Kochen hilft und schließlich ihre Küche von Rauch und Ruß, Dampf und Dunst befreit, haben die Wiener städtischen Elektrizitätswerke eine eigene Ausstellung in ihrem Direktionsgebäude, 9., Mariannengasse Nr. 4, geschaffen.

[...]

Lebhaftes Interesse findet auch der Elektrokochautomat, der nahezu selbsttätig vollkommen kocht, backt, bratet und dünstet.

Dieses Meisterwerk der Elektrohaushalttechnik wird überdies jeden Dienstag und Freitag von 15 bis 17 Uhr in der Ausstellung im Betrieb vorgeführt. Es wird im Anschluß an einen Vortrag ein Probekochen veranstaltet, bei dem die in dem Kochautomat bereiteten Speisen als Kostproben jedermann unentgeltlich verabreicht werden. Der Vortrag erklärt, unterstützt mit vielen Lichtbildern und Filmen, in kurzer anschaulicher Weise die Arbeit und Vorteile des Kochautomaten sowie aller andern Elektrogeräte und -apparate, die im praktischen Haushalt zweckmäßig verwendet werden können.¹⁴⁴

Der ebenfalls im Direktionsgebäude eingerichtete Vortragssaal konnte für Filmvorführungen genutzt werden, was die Werbetätigkeit des E-Werkes zusätzlich unterstützte. Außerdem wurde mit Leuchtreklamen auf eine neue Beratungsstelle aufmerksam gemacht. Die Werbung erzielte

¹⁴⁴ *Besuchet die Ausstellung der Wiener städtischen Elektrizitätswerke.* In: *Arbeiter-Zeitung*. 2. Oktober 1927. S. 14.

den gewünschten Effekt, die Faszination von Elektrizität griff auf die Bewohner der Stadt über und rasch wurde der Begriff *Wiener Elektrizitätswerk* unter das Volk gebracht.



Abbildung 15: Werbeanzeige der Wiener städtischen Elektrizitätswerke für einen Elektro-Kochautomaten

Auch Handelsfirmen wurden in den Werbeapparat der Elektrizitätswerke eingebunden: Sie sollten durch die elektrische Beleuchtung ihrer Schaufenster zeigen, wie praktisch dieses Licht in den Abendstunden sei. Der Vorteil für die Firmen hingegen war, dass durch die Be-

leuchtung die Schaufenster attraktiver gestaltet werden konnten. Ab 1929 schließlich konnten die Städtischen Elektrizitätswerke sich auf intensive Werbe- und Beratungstätigkeiten beschränken.

5.2 Städtische Gaswerke

Die städtischen Gaswerke hatten durch den Friedensvertrag Einbußen zu verzeichnen. Der Kohlenmangel war weiterhin eklatant, man musste 1919 wegen Sparmaßnahmen einen verringerten Gasverbrauch um 14,47% verzeichnen. Die wirtschaftliche Lage war 1919 und in den Folgejahren so schlecht, dass dem Unternehmen *Gemeinde Wien – Städtische Gaswerke* der wirtschaftliche Zusammenbruch drohte. Dieser resultierte aus dem immer teurer werdenden Einkauf der so dringend benötigten Kohlen. Um einen Ausgleich zu schaffen, musste man die erhöhten Ausgaben an die Kunden weitergeben und den Gaspreis anheben. Der Gemeinderat war sichtlich bemüht, die Kunden des Gaswerkes zu beruhigen:

Gasabgabe	
1920	153,077.510
1921	244,006.518
1922	183,635.770
1923	183,626.960
1924	223,980.180
1925	253,400.892
1926	268,724.480
1927	293,468.810
1928	313,613.380

Angabe in Kubikmetern¹⁴⁵

Wir sind daher leider gezwungen, bei den Gas- und Elektrizitätswerken die Tarife neuerlich zu erhöhen. Das Ausmaß ist noch nicht bestimmt, weil die Berechnungen noch nicht abgeschlossen sind. Es müssen eben damit die Unternehmungen überhaupt aufrecht erhalten werden können, die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang gebracht werden. Die Erhöhungen werden nur in dem unumgänglichen Maße vorgenommen werden. [...] Wir haben uns bemüht, den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.¹⁴⁶

¹⁴⁵ Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1919-1922/1923-1828.

¹⁴⁶ *Die Budgetberatung im Gemeinderat*. In: *Arbeiter-Zeitung*. 27. Juni 1921. S. 3.

Der Tarif wurde vom Jahr 1919 von 78 Heller immer wieder bis zum Jahr 1920 auf 500 Heller pro Kubikmeter erhöht, wobei sich hier bereits die immer stärker werdende Inflation bemerkbar machte.

Der Gasabsatz stieg zwar wieder an, doch nur langsam. Gründe gab es mehrere dafür: Die Kriegsjahre hatten die Wienerinnen und Wiener dazu erzogen, sparsamer mit der Beheizung umzugehen, auch waren die gesetzlich vorgeschriebenen Sparbrenner immer noch im Einsatz. Nochmals ist die wirtschaftliche Lage bzw. Not zu erwähnen, die die Menschen in Gemeinschaftsküchen und billige Ausspeisungen trieb, anstatt zu Hause zu kochen. Die private Beleuchtung wurde immer mehr von der Elektrizität übernommen, um die erlaubte Menge an Gas anderweitig verwenden zu können.¹⁴⁷ Die öffentliche Beleuchtung wurde gar komplett auf Elektrizität umgestellt. Ebenso verhielt es sich mit den für die Wirtschaft und Industrie abgegebenen Gasmengen. Der Strom hielt auch in dieser Kundensparte immer mehr Einzug, das Gas wurde zusehends verdrängt.¹⁴⁸

Trotz der Schwierigkeiten, die das städtische Gaswerk nach dem Krieg hatte, konnte der Gasabsatz im Laufe der Jahre wieder steigen. In privaten Haushalten konnte man Ende 1929 406.628 Gasmesser zählen, dies machte am Ende der sozialdemokratischen Regierung Wiens einen Anteil von 75% aller Haushalte aus. Auch die Nebenprodukte des Gaswerkes, Koks, Teer, Ammoniak und Benzolkohlwasserstoffe, fanden immer mehr Absatz.¹⁴⁹ Im Jahr 1929 wurden dadurch nur noch 69% der Einnahmen durch Gasauslieferungen erreicht. Die Stadt Wien förderte den Verbrauch wieder, indem der neue Gaseinheitstarif auf 19 Groschen gesenkt und auf die sogenannte Gasmesserrente bis zum 1. Jänner 1930 komplett verzichtet wurde.¹⁵⁰

Die städtischen Gaswerke bedienten sich nun derselben Strategie wie die Elektrizitätswerke: Die erhöhten Werbemaßnahmen sollten mehr Kunden anziehen und um diese zu erreichen, wurden zahlreiche neue Werbestrategien entworfen. Man wollte den Kunden nun direkt an sich binden und ging aktiv auf ihn zu. So wurde ein Wettbewerb für Hausfrauen ins Leben gerufen, Kunden wurden gefragt, wie man Gas im Haushalt am zweckmäßigsten einsetzen kann. Teilnehmer wurden aufgefordert, schriftliche Berichte einzusenden. Die beste Arbeit wurde von den städtischen Gaswerken mit einem Gasherd belohnt.¹⁵¹ Die Einsendung von Frau N. Br. zeigt, dass diesem Aufruf mit voller Inbrunst Folge geleistet wurde:

¹⁴⁷ Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1919-1922. S. 756f.

¹⁴⁸ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 1117.

¹⁴⁹ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1923-1928. S. 1979.

¹⁵⁰ Vgl. Seliger, Ucakar 1985. S. 1117.

¹⁵¹ *Werbetätigkeit. Wettbewerb für Hausfrauen.* In: *Zeitschrift des Vereines von Gas- und Wasserfachmännern.* 1924. S. 8.

Meine ganze Wirtschaft ist auf die Gasbenützung aufgebaut. Ich koche, brate, backe, bügle mit Gas und bin überzeugt, daß dieser Retter mir die Hausgehilfin erspart, die ich, seit ich Gas verwende, mit Leichtigkeit entbehre. Wir sind immer vier (oft mehr) Personen zu Tisch und mein Gasverbrauch schwankt zwischen 3000 bis 4000 K (das sind 1,5 bis 2 m³) täglich. Kohle würde ich mindestens 10 bis 15 kg im Herde verbrauchen, das sind 10.000 bis 15.000 K täglich. – Angekocht wird mit voller Flamme, auf den Rippen des umgekehrten Kocherringes, jedoch zum Weiterkochen wird die Flamme möglichst klein gestellt, wobei sehr (bis 40%) erspart wird. Zum Garkochen der bereits fertig gestellten oder halbfertigen Speisen benütze ich meinen zweiten Freund die Kochkiste, der das übrige besorgt und benütze die Flamme des Rechauds zur Fertigstellung der bereits vorgewärmten Speisen. Zum Braten und Backen benütze ich nur das Bratrohr, mit dessen Hilfe ich Mehlspeisen, die die strengste Aufmerksamkeit verlangen, ohne jede Herzbeklemmung in wenigen Minuten fertigstelle. – Durch das Reinhalten meines Freundes ist es mir möglich gewesen, ihn, der nun anfängt altersschwach zu werden, durch bald 20 Jahre zu erhalten. Unser halbes Leben ist der Küche geweiht. Dort erzielte Zeit- und Geldersparnisse kommen dem übrigen Haushalte zugute und so rate ich allen Hausfrauen zur Emanzipation von der Kohle. Ohne Gas keine Wirtschaft!¹⁵²

Eine andere Werbemaßnahme war die Herstellung einer

aus starken Karton verfertigte[n] Tafel, die die Aufschrift trägt „Gas spart Zeit und Geld“. [Sie] zeigt in knapper aber übersichtlicher Darstellung die Brennstoffkosten und den Zeitaufwand für die Herstellung eines Mittagmahles für 4 Personen bei Verwendung von Gas und Kohle, die Kosten einer Lichtstunde für Gas, elektrisches Licht und Petroleum, die Kosten einer Bügelstunde für Gas- und elektrische Bügel-eisen und die den ermittelten Verbrauchskosten zugrunde gelegten Preise für die Bezugs-einheit von Gas, Kohle, elektrischen Strom und Petroleum.¹⁵³

Da die Preise in der Zwischenkriegszeit ständigen Schwankungen unterlagen, waren diese auf der Tafel austauschbar und wurden in Installateurfachgeschäften in den Auslagen ausgestellt. Die Städtischen Gaswerke übermittelten diesen Geschäften immer die aktuellen Preise.

Auch auf den Briefkuverts des Städtischen Gaswerkes fand sich nun Werbung: Die sogenannte Werbemarke wurde nun immer mitverschickt, um Kunden des Gaswerkes neben der Werbung auch die Wichtigkeit des Gassparens zu übermitteln.¹⁵⁴



Abbildung 16: Werbemarke mit der Aufschrift "Gas verwenden heisst Zeit u Geld sparen"

¹⁵² *Werbetätigkeit. Wettbewerb für Hausfrauen.* In: *Zeitschrift des Vereines von Gas- und Wasserfachmännern.* 1924. S. 27.

¹⁵³ *Werbetätigkeit. Werbeplakate und Werbebehelfe.* In: *Zeitschrift des Vereines von Gas- und Wasserfachmännern.* 1924. S. 8.

¹⁵⁴ Vgl. *Praktische Werbearbeit. Werbemarke* In: *Zeitschrift des Vereines von Gas- und Wasserfachmännern.* 1924. S. 52.

Eine eigene Ausstellung, die *Fachausstellung für Unfallverhütung*, wurde eingerichtet.¹⁵⁵ *Der Brandschutz* berichtete ausführlich über die Exponate dieser Veranstaltung:

An der Ausstellung für industriellen Feuerschutz, Unfallverhütung und Rettungswesen in Wien vom 17. bis 26. Oktober 1930 beteiligten sich auch die Wiener städtischen Gaswerke. Sie zeigten Beispiele von zweckmäßig und sicherheitlich einwandfrei ausgestalteten und angeschlossenen Gasgeräten, besonders aber Einrichtungen, wie sie nicht sein sollen.

Von den neuzeitlichen Geräten waren ein Gaskocher und ein Gasbackrohr Muster „Wiener Gaswerke“ zu sehen. Diese beiden Geräte sind wohl die gebräuchlichsten, denn sie stehen zu vielen zehntausenden Stücken in den Haushalten in Verwendung.

[...]

Auch diese Ausstellung zeigte, daß die Wiener städtischen Gaswerke keine Mühe scheuen, ihre Abnehmer über die richtige Verwendung der Gasgeräte aufzuklären. Wenn die Gerätebenützer die für jede technische Einrichtung notwendige Umsicht auch bei der Benützung und Instandhaltung ihrer Gasgeräte aufbringen, so sind Unfälle praktisch ausgeschlossen.¹⁵⁶

¹⁵⁵ Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1928-1931. S. 1095.

¹⁵⁶ Brunner: *Die Wiener städt. Gaswerke auf der Fachausstellung für Unfallverhütung*. In: *Der Brandschutz*. 1930. S. 172.

6 Ständestaat, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Am Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, den Jahren mit den höchsten Arbeitslosenzahlen, geriet die junge österreichische Demokratie in eine Krise, die letztlich in den autoritären Ständestaat mündete. Zusammenhang gibt es keinen direkten, allerdings ist es möglich, dass die wirtschaftliche Lage auch die soziale und politische Anspannung verschärfte. Unter der Regierung von Bundeskanzler Karl Buresch (er gehörte der christlichsozialen Partei an) kam es zu einer kurzzeitigen Entspannung im politischen Umfeld, da dieser, als er noch niederösterreichischer Landeshauptmann war, mit den Sozialdemokraten kooperiert hatte. Als Engelbert Dollfuß 1932 das Amt des Bundeskanzlers übernahm endete diese Entspannungsphase wieder. Als erbitterter Feind der Sozialdemokratie wollte er diese ausschalten. Im Parlament besaß die Regierung eine Mehrheit von einer Stimme, somit war es ihr ermöglicht, an diesem vorbei zu regieren. Um diese Mehrheit zu übertrumpfen, trat schließlich Karl Renner auf Anraten Otto Bauers von seinem Amt als Nationalratspräsident zurück, um eine weitere Stimme für die Opposition zu gewinnen. Da seine beiden Stellvertreter dies ebenfalls taten, kam es 1933 zur „Selbstausschaltung“ des Parlamentes. Durch das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz konnte Dollfuß nun allein regieren und verbot gegnerische Parteien, Wahlen und eine erneute Zusammenkunft des Nationalrates. Die Demokratie war an ihr Ende gelangt, Dollfuß etablierte den Ständestaat. Mit dieser Etablierung kam es zu einem Personalaustausch in Führungspositionen in öffentlichen Ämtern, aber auch in der Industrie, um sich der Treue gegenüber Dollfuß zu versichern. Die Sozialdemokraten verhielten sich dazu zuerst passiv, der oberösterreichische Schutzbundführer Richard Bernaschek aber war bereit, im Falle einer polizeilichen Durchsuchung der Niederlassung des Schutzbundes mit Gewalt zu reagieren. Am 12. Februar 1934 brach der Bürgerkrieg in Linz aus und verbreitete sich durch das ganze Land. Das Ergebnis war die Niederschlagung des Republikanischen Schutzbundes durch Polizei, Heer und Heimwehr und das Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP). Dollfuß allerdings wurde noch im Juli 1934 von Nationalsozialisten bei einem Putschversuch ermordet, sein Nachfolger wurde Kurt Schuschnigg.¹⁵⁷ Im März 1938 kam es schließlich zum Einmarsch deutscher Truppen und durch eine Volksabstimmung (bei der nicht sicher ist, wer das „Ja“ freiwillig ankreuzte und wer nicht) am 10. April 1938 zum Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich. Obwohl Österreich in der Moskauer Deklaration von 1943 als erstes Opfer des Nationalsozialismus betrachtet wird, ist zu betonen, dass, als die deutschen Truppen einmarschierten, es kaum bis keinen Widerstand seitens der Bevölkerung gab. Im Gegenteil: Mit Jubelgeschrei,

¹⁵⁷ Vgl. Butschek 2011. S. 232.

Fahnen und „Heil“-Zurufen wurden Adolf Hitler und die deutschen Soldaten empfangen. Politischen Widerstand gab es durch Kommunisten und die Revolutionären Sozialisten, teils aus der Kirche. Gegen Juden und politische Gegner griffen die Nationalsozialisten noch hart durch. Es kam massenweise zu Verhaftungen und Hinrichtungen.¹⁵⁸

Wirtschaftlich gab es ab 1934 einen kleinen Aufschwung in Österreich. Die Beschäftigung stieg bis 1937 um 5,1%. Dies änderte aber nicht viel an der wirtschaftlichen Krisensituation, die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufen wurde, die Arbeitslosenquote betrug immer noch 21,7%. Schon 1932 versuchte man durch den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ Jugendliche dazu zu bewegen, einer Arbeit nachzugehen. Man wollte verhindern, dass die Jugend komplett der Arbeit entfremdet wurde.¹⁵⁹ Problematisch für die Wirtschaft war bis 1936 die 1.000-Mark-Sperre, die Adolf Hitler in seiner Funktion als deutscher Reichskanzler für Reisende nach Österreich verhängt hatte. Erst durch die Zusammenkunft Schuschnigg mit Hitler konnte diese Wirtschaftssanktion beendet werden, was aber auch zur Folge hatte, dass die Nationalsozialistische Partei in Österreich wieder legalisiert wurde.¹⁶⁰

Mit dem Anschluss einher gingen Personalrochaden in den Ämtern, Ministerien, Banken und Industrieunternehmen. Wien erhielt eine neue politische Führung. Seit 1934 war der christlichsoziale Bürgermeister Richard Schmitz in Wien tätig. Dieser wurde am 12. März 1938 von SA-Männern in „Schutzhaft“ genommen, auch diverse Verwaltungspositionen in den Magistratsabteilungen wurden von neuen Beamten übernommen oder von Nationalsozialisten aus dem Hintergrund gelenkt. Einen Tag später, am 13. März 1938, wurde der neue Bürgermeister, der Nationalsozialist Dr.-Ing. Hermann Neubacher, von Bundeskanzler Seyß-Inquart ernannt. Auch die Vizebürgermeister, Bezirksvorsteher und Bezirksräte wurden ihrer Ämter enthoben. Die Nachfolger wurden vom Reichsführer Adolf Hitler sogleich vereidigt. Bei Eidbruch drohte die sofortige Amtsenthebung. Die Namen der Eidbrüchigen – oder auch derer, die den Eid von Anfang an verweigerten – waren sofort der jeweiligen Magistratsdirektion zu melden. Diese Anordnung galt ebenfalls für die Unternehmen der Stadt Wien, also auch für das Elektrizitäts- und das Gaswerk.¹⁶¹ Der Eid wurde mündlich abgelegt und danach schriftlich bestätigt:

Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.¹⁶²

¹⁵⁸ Vgl. Vocolka 2002. S. 297f.

¹⁵⁹ Vgl. Butschek 2011. S. 238.

¹⁶⁰ Vgl. ebenda. S. 233.

¹⁶¹ Vgl. Csendes 1978. S. 71f.

¹⁶² Csendes 1978. S. 72.

Nachdem der Großteil der Beamten vereidigt war, war die Gleichschaltung abgeschlossen und der Beamtenapparat unter der Kontrolle der Nationalsozialisten. Nun begannen „Säuberungen“: Man teilte Fragebogen innerhalb der Magistratsabteilungen aus, forderte Angaben zu Abstammung und politischer Vergangenheit. Zudem musste eine Erklärung abgegeben werden, dass man über die Bestimmungen über Hochverrat und Landesverrat im Lande Österreich aufgeklärt worden sei.

Damit keine „Probleme“ mit der Abstammung der Beamten in Erscheinung treten konnten, wurde vom nunmehr Reichsstatthalter Seyß-Inquart die *Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums* (oder auch Berufsbeamtenverordnung, BBV) am 31. Mai 1938 erlassen. In dieser fand sich unter anderem Folgendes:

§3. Jüdische Beamte, Beamte, die jüdische Mischlinge sind, und Beamte, die mit einer Jüdin (einem Juden) oder mit einem Mischling ersten Grades verheiratet sind, sind in den Ruhestand zu versetzen. Sie erhalten Ruhegehalt (Abfertigung) nach den für die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit geltenden Vorschriften [...].

§4. Beamte, die nach ihrem bisherigen politischen Verhalten nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten, können in den Ruhestand versetzt werden; dies gilt vor allem für Beamte, die gegen die nationalsozialistische Bewegung und ihre Anhänger gehässig aufgetreten sind oder ihre dienstliche Stellung dazu mißbraucht haben, um völkisch gesinnte Volksgenossen zu verfolgen, zurückzusetzen oder sonst zu schädigen.¹⁶³

In der städtischen Verwaltung fanden sich die Gas- und Elektrizitätswerke nun in der Hauptgruppe II: Städtische Unternehmungen und wirtschaftliche Angelegenheiten (Abteilungen II/1-7). Auch in diesen Hauptgruppen schlug sich die Ideologie der NS-Diktatur nieder: In jedem Verwaltungsbereich entstanden eigene Abteilungen für Rassen- oder Erbpflege, die dafür sorgten, dass nur „arische“ Mitbürger die Ämter belegten.¹⁶⁴

Die Nationalsozialisten sahen außerdem vor, die Stadt Wien flächenmäßig zu erweitern. Man wollte sich hierbei an den Plänen von Groß-Hamburg orientieren und die Stadtentwicklung der nächsten 30 Jahre damit sicherstellen. Die Fläche des Bundeslandes erhöhte sich von 278,4 km² auf 1.215,4 km², die Zahl der Bezirke von 21 auf 26. Damit war Wien die flächengrößte Stadt des Deutschen Reiches.¹⁶⁵

Das Gebiet von Groß-Wien wird zufolge Verfügung des Bürgermeisters Dr.-Ing. Neubacher in 26 Bezirke eingeteilt. Dabei sind auch in Anlehnung an die Kreiseinteilung des Gaus Änderungen in den Bezirken von Alt Wien durchgeführt.¹⁶⁶

¹⁶³ Gesetzblatt Land Österreich 1938. Ausgegeben am 4. Juni 1938. 56. Stück.

¹⁶⁴ Csendes 1978. S. 74ff.

¹⁶⁵ Vgl. Mayer 1978. S. 79, 83.

¹⁶⁶ *Die Schaffung von Groß-Wien*. In: *Neues Wiener Tagblatt*. 13. Oktober 1938. S. 3.

6.1 Die städtischen Elektrizitätswerke im Zweiten Weltkrieg

Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich machte sich ein Konjunkturaufschwung bemerkbar. Für die Rüstungsproduktion wurde Strom benötigt. Dies bedeutete mehr Abnehmer, was die Städtischen Elektrizitätswerke wiederum dazu veranlasste, die Strompreise zu senken:

Der Strompreis einer Kilowattstunde [beträgt] vom 1. Mai an [...]:
Lichtstrom 44 Rpf.¹⁶⁷ (Ermäßigung 6 v. H.)
Kraftstrom 17,5 Rpf. (Ermäßigung 4 v. H.)
Kochstrom 7 Rpf. (Ermäßigung 6 v. H.)
Elektroheißwasserspeicher 4 Rpf. (Ermäßigung 14 v. H.)¹⁶⁸

	<i>kWh</i>
1939	627,924.049
1940	662,545.540
1941	809,148.870
1942	896,097.449
1943	973,182.079
1944	1.047,409.748
1945	589,544.097

*Strombedarf 1939-1945*¹⁶⁹

In der Mitteilung des Amtsblattes stand außerdem noch geschrieben, dass mit dieser Vergünstigung eine wesentlich größere Menge an Strom verwendet werden konnte. Dies entsprach allerdings nicht den Tatsachen. Ein mittlerer Angestellter verdiente im Monat etwa 400 bis 450 Reichsmark (RM). Der Tarif von 44 Rpf pro Kilowattstunde kostete bei einem Verbrauch von rund 1.000 kWh im Monat ca. 440 RM. Mit diesem Tarif war fast das ganze Monatsgehalt wieder aufgebraucht. Es war also ratsam, weiterhin sparsam mit dem Strom umzugehen. Diesem Umstand zum Trotz stieg die Energieabgabe allerdings im Durchschnitt jährlich um 11,7 Prozent an, was hauptsächlich der Rüstungsindustrie zuzuschreiben war.

Natürlich darf man hierbei aber auch nicht die Wiener Gebietsvergrößerung vergessen, durch die viele neue Stromabnehmer zu den Stadtwerken hinzugekommen waren.¹⁷⁰ Die Wiener Elektrizitätswerke hatten seit dem Anschluss eine neue Aufgabe bekommen: Gebiete im Reichsgau Niederdonau¹⁷¹, die sich seit 1936 im sogenannten Überlandgebiet C5 befanden, mussten ebenfalls mit Strom versorgt werden. In diesem Gebiet wurden vier Betriebsstellen eingerichtet, die für sämtlichen Kundenbelange des Umfeldes zuständig waren: Mödling, Purkersdorf, Bad Vöslau und Schranawand.¹⁷² Am 6. Juni 1941 wurde ein Demarkationsvertrag zwischen den Gauwerken Niederdonau A.G. und der Gemeinde Wien – Städtische Elektrizitätswerke abgeschlossen, welcher vorsah, welche Gesellschaft welches Gebiet mit Strom „für

¹⁶⁷ 1 Reichsmark (RM, 100 Reichspfennig (Rpf)= 1 RM) = 5,35€, <https://www.oenb.at/docroot/inflationscockpit/waehrungsrechner.html>, 9.5.2016, 11:46 Uhr.

¹⁶⁸ Amtsblatt der Stadt Wien. 46. Jahrgang. Nr. 19. 6. Mai 1938. S. 2.

¹⁶⁹ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien. 1943-1945. S. 141.

¹⁷⁰ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 53.

¹⁷¹ Ober- und Niederösterreich wurden im Dritten Reich in Ober- und Niederdonau umbenannt.

¹⁷² Vgl. Kluger: D. S. 24.

immerwährende Zeit“¹⁷³ versorgte. Nach dem Anschluss 1938 und bis 1941 kamen noch weitere Stellen in Schwechat, Klosterneuburg, Stammersdorf, Liesing, Groß-Enzersdorf und Baden hinzu. Insgesamt wurden 15 Gemeinden neben Wien unmittelbar und 26 weitere mittelbar mitversorgt.¹⁷⁴

Durch den Stromverbrauchsanstieg sah man sich gezwungen, das Unternehmen, und vor allem die Kraftwerke, auszubauen. Dieses Unterfangen wurde mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 zu einer Gratwanderung zwischen den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft und den durch den Krieg eingeschränkten Möglichkeiten, diese zu verwirklichen. Material- und Personalmangel kannte man bereits aus dem Ersten Weltkrieg, daher rechnete man bereits damit und wollte die Verbesserungen des Kraftwerkes schnell beenden, bevor die ersten Arbeiter an die Front gerufen wurden. Problematisch wurde erst der strenge Winter 1941/42. Die Kohlekraftwerke Simmering und Engerthstraße litten unter Kohlemangel, auch das Personal wurde wieder durch Häftlinge und Zivilisten aus besetzten Gebieten ersetzt.

Der in der Einleitung dieses Kapitels beschriebene Personalaustausch machte auch vor den städtischen Elektrizitätswerken nicht Halt. Bereits vor dem Anschluss an das Deutsche Reich wurde mit Hilfe von Dossiers, die mit *Dienstorganisation der Gemeinde Wien – städtische Elektrizitätswerke* betitelt waren, eine Namensliste erstellt, die potentielle Widerstandskämpfer beinhaltete. So wurde etwa Vizedirektor Dipl.-Ing. Viktor Frisch wegen Angehörigkeit zum Cartellverband (CV) entlassen. Damit nicht genug, wurde er auch als „ganz untragbar“ eingestuft, da er Freundschaften zu Engelbert Dollfuß und Richard Schmitz pflegte. Der Werksleiter des Kraftwerkes Simmering, Dipl.-Ing. Sulke, und sein Stellvertreter, Dipl.-Ing. Sobotnik, wurden, kaum war das NS-Regime an der Macht, in ihren Positionen eingeschränkt, sie bekamen, weil sie laut dem Dossier „politisch neutral“ waren, „politisch verlässliche Menschenführer“¹⁷⁵ zur Seite gestellt. Insgesamt wurden durch die oben darstellte BBV neun Werksangehörige verhaftet. Bei 59 Beamten stellte man „jüdische Versippung“ fest, zehn Beamte wurden nach §4 BBV verurteilt. 44 Beamtinnen und Beamte, außerdem zwei Arbeiter wurden nach §3 „außer Stand“ gebracht. 16 Beamte und neun Arbeiter wurden wiedereingestellt, sie waren in den Jahren 1933/34 wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassen worden.¹⁷⁶ Insgesamt betrug die Belegschaft der Elektrizitätswerke im Jahr 1938 3.406 Angestellte und Arbeiter, im Vorjahr hatte diese noch 2.945 betragen. Um die restliche Belegschaft von den Verhaftungen und dem

¹⁷³ Kluger: D. S. 28.

¹⁷⁴ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1939. S. 90.

¹⁷⁵ Wiener Stadtwerke 1992. S. 52.

¹⁷⁶ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 52.

antisemitischen Vorgehen abzulenken, wurde von der Direktion des E-Werkes angeordnet, am Lunzer See ein Heim mit 23 Betten einzurichten. Ein eigener Bus für das Werk kutscherte „minderbemittelte Gefolgschaftsmitglieder“¹⁷⁷ samt deren Familie zu diesem Heim, wo sie kostenlos für 14 Tage einen Erholungsurlaub antreten konnten. Verdiente NSDAP-Parteigenossen des Kraftwerkes durften auch an Bord des Kraft-durch-Freude(KdF)-Schiffes Oceana auf eine Hochseefahrt gehen. Auch diese Reise erfolgte kostenlos und sollte dazu dienen, dass die Arbeiter gut gelaunt und erholt ins Werk zurückkehrten. Außerdem wurde ein werkseigener Tennisplatz mit neuen Duschanlagen errichtet. Wem nicht nach Sport war, der konnte eines der ebenfalls kostenlosen Theaterabonnements erhalten. In der neu eingerichteten Betriebsbücherei wurden neben Belletristik auch wirtschaftliche und parteipolitische Zeitschriften angeboten.¹⁷⁸ Es ist offensichtlich, dass die NSDAP für ihre Mitglieder gesorgt hatte. Man wollte durch diese Angebote sicherstellen, dass die Mitglieder der Partei hinter der Führung standen und dazu benutzte man jedes Mittel.



Abbildung 17: Die Werkszeitschrift "Unser E-Werk" wurde während der Zeit des Nationalsozialismus gedruckt

1939 wurde eine weitere Methode zur Verbreitung von Propaganda ins Leben gerufen: Die neue Werkszeitschrift *Unser E-Werk* wurde veröffentlicht. Die Zeitschrift wurde vom Jahr 1939 bis ins Jahr 1944 hindurch gedruckt. Gegen Ende des Krieges wurde die Zeitschrift allerdings immer mehr dazu genutzt, Durchhalteparolen zu propagieren und die Namen und das Sterbedatum gefallener Mitarbeiter zu veröffentlichen. Beispiele für die Durchhalteparolen und Propaganda finden sich zahlreiche, es seien hier zwei angeführt: Der Direktor des Elektrizitätswerkes, Dr. Ing. Rudolf Gabler, bekam „auf Vorschlag des Generalinspektors für Wasser und Energie [...] am 27. September 1943 das

¹⁷⁷ Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1938. S. 61.

¹⁷⁸ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1938. S. 61.

Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse vom Führer verliehen“¹⁷⁹, welches er mit Dank an jeden „einzelnen für seine Einsatzbereitschaft“¹⁸⁰ angenommen hatte. Mit dieser Meldung bezweckte man eine Steigerung der Moral der Angestellten und Arbeiter, um sie weiterhin treu an das Vaterland zu binden.

Ein zweites Beispiel findet sich in der gleichen Ausgabe sechs Seiten weiter: Hier wird auf die Verluste an der Front eingegangen und wie dieser Verlust im Elektrizitätswerk ausgeglichen werden soll: Die Überschrift des Artikels lautet „Kriegsmäßiges Pfuschen / Reparaturen elektrischer Leitungsanlagen in Kriegszeiten“. Der Inhalt beschäftigt sich mit der Bekanntgabe von

einigen Kursen [...], in welchen alle, die es gerne lernen wollen, eine kurze Anleitung zum kriegsmäßigen „Pfuschen“ bekommen.¹⁸¹

Der Bericht fährt damit fort, dass die Teilnehmer der Kurse das Handwerk rasch erlernen und auch froh darüber sind, von ausgebildeten Technikern, den Angestellten des Elektrizitätswerkes, zu lernen.

Als der oben erwähnte Direktor Gabler am 27. September 1943 seine Rede, die voll mit Durchhalteparolen war und den baldigen Sieg des Deutschen Reiches prophezeite, hielt, war ihm nicht klar, dass genau an jenem Tag bereits die alliierten Streitkräfte in Süditalien den Luftstützpunkt Foggia eingenommen hatten. Damit war die damalige Ostmark, und auch Wien, in Reichweite amerikanischer Bomber gelangt. Im Oktober wurden bereits erste Trupps ausgesandt, die südlich der Stadt Bombenschäden beheben mussten. Die oben erwähnten „Pfuscher“ wurden nun immer öfter eingesetzt, da sich die Ausfälle unter den Arbeitern immer weiter steigerten, wie die Personalstatistik der Elektrizitätswerke zeigt:

¹⁷⁹ *Mitteilungen der Betriebsführung*. In: *Unser E-Werk*. 6. Jahrgang. 1.-3. Folge. Jänner-März. 1944. S. 6.

¹⁸⁰ Ebenda. S. 6.

¹⁸¹ *Kriegsmäßiges Pfuschen / Reparaturen an elektrischen Leitungsanlagen in der Kriegszeit*. In: *Unser E-Werk*. 6. Jahrgang. 1.-3. Folge. Jänner-März. 1944. S. 12.

	31.12.1940	31.12.1941	31.12.1942	31.12.1943	31.12.1944	31.3.1945
<i>Techniker (männl./weibl.)</i>	371/1	434/2	442/2	441/2	441/2	438/2
<i>Kaufleute (männl./weibl.)</i>	599/296	711/388	711/381	715/378	715/379	690/355
<i>Arbeiter (männl./weibl.)</i>	2.547/200	2.311/243	2.287/259	2.244/227	2.220/219	2.189/208
<i>Neuaufnahmen</i>	503	246	165	139	-	84
<i>Abgänge</i>	202	171	172	214	31	178
<i>Eingerückte</i>	-	736	749	833	806	938
<i>Dienstverpflichtete</i>	5	70	69	67	80	115
<i>Fremdarbeiter/Kriegsgefangene</i>	-	141	281	265	242	327
<i>Opfer des NS-Regimes</i>	-	1	1	2	3	-
<i>Gefallene</i>	1	6	15	22	33	-
<i>Bei Luftangriffen getötete</i>	-	-	-	-	4	-

Personalstatistik 1940-1945¹⁸²

¹⁸² Vgl. Kluger B. PA, S. 5.

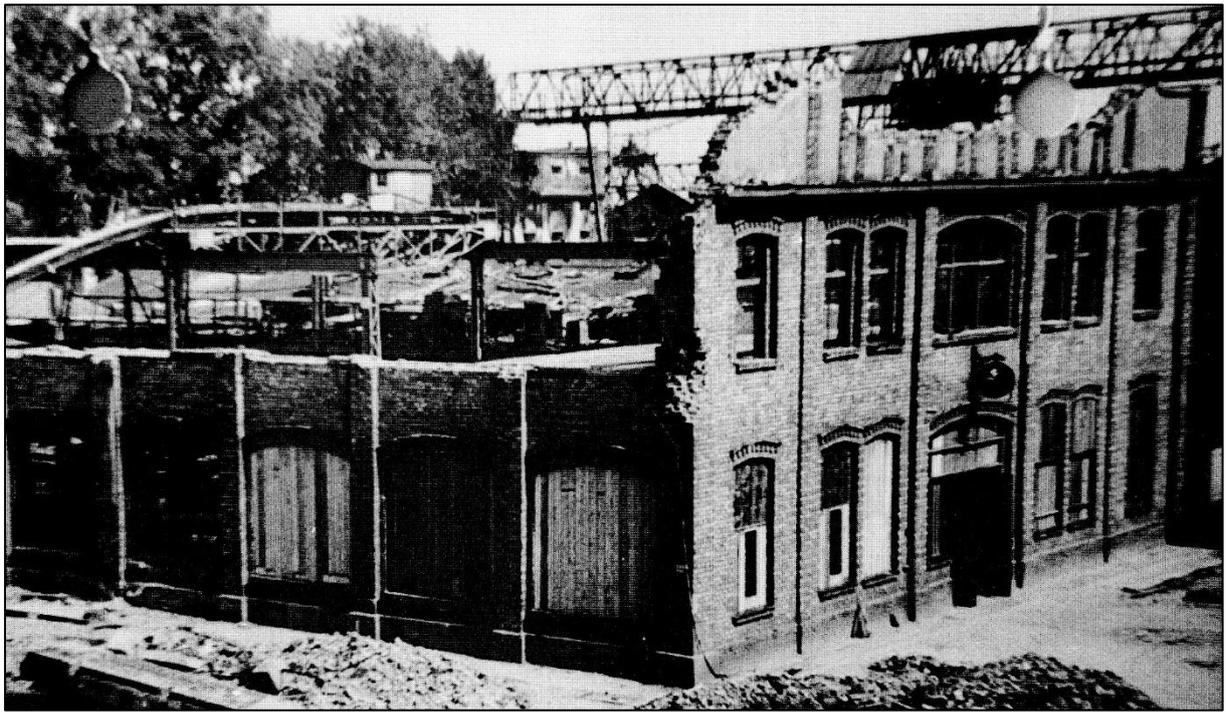


Abbildung 18: Bombenschäden im Kraftwerk Engerthstraße im Jahr 1944

Trotz der Bombenangriffe konnte die Stromversorgung bis zum Einsetzen der Bodenkämpfe, wenn auch manchmal nur provisorisch und notdürftig, aufrechterhalten werden. Als alliierte Bodentruppen Wien erreichten, war es um die Stromversorgung geschehen, sämtliche Umspannwerke, aber auch die Kraftwerke Simmering und Engerthstraße waren ein Trümmerfeld. In einem Bericht eines unbekanntem Autors sind die Tage der Eroberung des Kraftwerks Engerthstraße durch die rote Armee beschrieben worden. Der Befehl des NS-Regimes lautete, das Kraftwerk zu zerstören. Direktor Gabler hatte diesen Befehl bereits empfangen, konnte aber durch das mutige Vorgehen zweier Mitarbeiter, Ing. Franz Stremayr, Leiter der Abteilung für Bau und Betrieb der Transformatorstationen und der Kabelwerkstätten, und Maximilian Strohmeier, Leiter des Kraftwagenbetriebes, wieder davon abgebracht werden. Gabler übertrug die Leitung des Werkes Stremayr und zog sich selbst aus der Direktion zurück. Die beiden Mitarbeiter riskierten mit dieser Aktion ihr Leben, denn zu diesem Zeitpunkt, 7. April 1945, war die Standgerichtsbarkeit in Wien vom Reichsverteidigungskommissar Baldur von Schirach bereits eingesetzt worden, die Straßen waren voll mit Angehörigen der Waffen-SS.¹⁸³ Die neue Leitung des Werkes verlagerte den Betrieb in die Luftschutzräume und harrte aus, bis die sowjetischen Truppen am 11. April 1945 das Kraftwerk übernahmen.¹⁸⁴

¹⁸³ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 65f.

¹⁸⁴ Vgl. Bericht über die Kampfhandlungen und den Wiederaufbau im Kraftwerk Engerthstraße. S. 1.

6.2 Die städtischen Gaswerke im Zweiten Weltkrieg

Das vierjährige Dasein des Ständestaates Österreich hatte auf die Gasversorgung keine großen Auswirkungen, wenn man nach dem Vortrag vom 22. Oktober 1937 von Ing. Hans Günter, welcher der damalige Direktor der Gaswerke war, geht:

Und schließlich ist die Tatsache, daß die Gasversorgung Wiens seit dem Bestande der städtischen Werke, das ist während fast 40 Jahren niemals, auch nicht während des Krieges und der Geschehnisse des Jahres 1934, eine auch nur kurz währende Unterbrechung erfuhr, aber auch ein schlagender Beweis für ihre Zuverlässigkeit. Die Frage, ob die Wiener städtischen Gaswerke ihren Verpflichtungen als öffentlicher Versorgungsbetrieb auch nachkommen, ist daher zu bejahen.¹⁸⁵

In einer Rathaus Korrespondenz vom 21. Jänner 1937 wird nochmal auf etwaige Vorgänge des Bürgerkrieges von 1934 eingegangen, jedoch ist auch dieser Bericht nicht sehr aussagekräftig:

Während des nunmehr 25jährigen Bestands des Leopoldauer Werkes erfüllte es seine Aufgabe auch unter besonders kritischen Umständen, wie etwa in der Zeit unmittelbar nach Kriegsschluss und namentlich während der Vorgänge im Februar 1934. Damals gelang es trotz der schweren Bedrohung, der das Werk ausgesetzt war, die ungestörte Gasversorgung Wiens aufrecht zu erhalten.¹⁸⁶

Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, fand auch bei den Gaswerken ein Personal-austausch in der Direktion statt, um einiges später als im Elektrizitätswerk, am 31. Jänner 1940. Ruck/Fell zitieren die Dienstanweisung D.Z.1116/40, in welcher Folgendes bekannt gegeben wird:

An alle Gefolgschaftsmitglieder!
Als mein Nachfolger in der Leitung der Wiener städtischen Gaswerke ist Herr Dipl. Ing. Schobert bestimmt worden. Ich bin beauftragt, ihm in die Direktionsgeschäfte einzuführen. [...]
Ich weise alle Gefolgschaftsmitglieder an, Herrn Direktor Ing. Schobert alle von ihm geforderten Auskünfte zu erteilen und ihm jeden Einblick in alle Einzelheiten des Betriebes und der Gebarung zu ermöglichen [...].
Heil Hitler!
Günther e.h.¹⁸⁷

Warum der Austausch erst so spät vollzogen wurde, ist nicht bekannt. Man kann nur spekulieren, dass es sich um einen regulären Nachfolger handelte, anstatt eines Austauschs, weil der Vorgänger ein Gegner des Regimes war. Interessant ist jedenfalls die Aufforderung an die Gefolgschaftsmitglieder, den neuen Direktor miteinzuführen. Offenbar war dies nicht so selbstverständlich, wie man es sich heute vorstellt. Man könnte die Formulierung auch als versteckte

¹⁸⁵ Günter 1937. S. 9.

¹⁸⁶ 25 Jahre Gaswerk Leopoldau. Rathaus Korrespondenz 21.1.1937.

¹⁸⁷ Ruck, Fell 2009. S. 407.

Warnung an die Mitarbeiter auffassen. Wie auch in der städtischen Verwaltung wurden auch in den Gaswerken politische Feinde und Juden verhaftet bzw. hingerichtet.

Die Mitarbeiter des Gaswerkes waren ebenfalls berechtigt, an den KdF-Veranstaltungen teilzunehmen. In der Werkszeitschrift der Wiener Gaswerke, *Werk und Wehr*, wurde so etwa zu dem wöchentlichen KdF-Schwimmen aufgerufen.

Es wäre wünschenswert, wenn sich an diesem Schwimmen mehr Kameraden und Kameradinnen beteiligen möchten; denn den eigenen Körper widerstandsfähiger und abgehärteter zu machen, tut gerade in diesen schweren Zeiten not.¹⁸⁸

In dem KdF-Aufruf ist die Rede von Kameradinnen. Dies lässt darauf schließen, dass auch Frauen im Gaswerk tätig waren. Wie im Ersten Weltkrieg waren sie die Reserve für die Männer, die an die Front gerufen worden waren. Und es wurden mit jedem Jahr des Dritten Reiches mehr: Waren es 1939 nur 53 Arbeiterinnen, so gab es 1943 bereits 200, eine Vervierfachung dieser Zahl. Die meisten Frauen, 40%, wurden als „Gelderheber“ (also Gaskassiere) eingesetzt, 30% als „Gasmesserwärter“ (womit die Wartung von Gasmessern gemeint ist). Ab 1940 gab es auch Gasberaterinnen, die ihre Geschlechtsgenossinnen mit dem Gasgebrauch in der Küche beraten sollten.¹⁸⁹

Doch nicht nur der Körper, auch der Geist der Gaswerksarbeiter sollte trainiert werden: 1942 wurde eine Schachgruppe des Gaswerkes gegründet, die gleich in der ersten Saison in der Untergruppe Mitte Nord Meister wurde.¹⁹⁰ Die Propaganda des Dritten Reiches zeigte sich beim Gaswerk Simmering außerdem noch durch Musikvorführungen. Zu Gast war etwa das Polizeimusikkorps Recklinghausen. Zweck der Veranstaltung war es, Brücken zwischen dem „Altreich“ und der „Ostmark“ zu bauen:

Neben der gesamten dienstfreien Belegschaft wohnten auch zahlreiche Gäste der frohen Feier bei und spendeten den gut und sicher vorgetragenen Stücken reichlichen Beifall. Die Zuhörer konnten mit Freude feststellen, daß die Musikpflege im äußersten Westen des Reiches [...] fröhlich gedeiht. Mit dem Absingen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes und einem dreifachen Sieg Heil! auf den Führer fand das schöne Verbrüderungsfest seinen Abschluß.¹⁹¹

Keine neue Tatsache, aber wieder von großer Bedeutung waren die Gassperren, die vor allem mit Kriegsbeginn eingesetzt wurden. Die Bevölkerung wurde durch Tipps der Wiener Gaswerke aufgefordert, sparsam mit Gas umzugehen. Dazu gab es verschiedene Illustrationen, die in Tageszeitungen veröffentlicht wurden:

¹⁸⁸ *Werk und Wehr*, zitiert nach Ruck, Fell 2009. S. 410.

¹⁸⁹ Vgl. Ruck, Fell 2009. S. 409.

¹⁹⁰ Vgl. ebenda. S. 410.

¹⁹¹ *Musikvorführung im Gaswerk Simmering*. In: *Zeitschrift des österr. Vereines von Gas- und Wasserfachmännern* (1938). Bd. 78. H. 4. S. 57f.



Abbildung 19: Aufrufe in den Zeitungen, Gas zu sparen

Mit folgendem Reim wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Gas sparen auch für sich selbst Vorteile mitbringen würde:

Spare Gas! Mit großer Flamme koche an,
gar wird's mit kleiner Flamme dann.
Dir selbst es dann am meisten frommt,
du merkst es, wenn die Rechnung kommt.¹⁹²

Trotz des Sparkurses stieg, wie auch der Verbrauch der Elektrizität, die Gasabgabe kriegsbedingt weiter an. So wurden etwa aus Ermangelung von Benzin einige Linienbusse der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien auf Stadtgas umgestellt, auch die Lastkraftwagen der Wehrmacht wurden teilweise mit Gas betrieben. Erstmals wurde 1943 Erdgas verwendet, um es mit Stadtgas zu mischen und dieses damit zu strecken. Dies war laut dem Generalinspektor für Wasser und Energie auch

vordringlich kriegswichtig,

- um die freie Erdgasmenge in Zistersdorf nutzbringend zu verwerten und Kohlen einzusparen,
- um den flüssigen Treibstoffbedarf der Kraftfahrzeuge in Wien einzusparen und
- um unterirdischen Speicherraum für die Gaswerke Wien zu schaffen, für den Fall, daß ein Teil der Gasbehälter in Wien durch Fliegereinwirkung ausfallen sollte.¹⁹⁴

Jahr	Gasabgabe
1939	312,093.380
1940	354,176.710
1941	365,327.680
1942	406,857.231
1943	432,870.638
1944	433,167.330
1945	135,395.444

Gasabgabe in m³ 1939-1945¹⁹³

Durch den Kohlemangel wurde 1945 der Heizwert indirekt noch verbessert. Da das Kohलगas fehlte, vermischte man minderwertiges Generatorgas mit Erdgas. Dieses Mischgas hatte einen

¹⁹² Spare Gas! In: Neues Wiener Tagblatt. 2.9.1944. S. 4.

¹⁹³ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1943-1945. S. 141.

¹⁹⁴ Schnellbrief des Generalinspektors für Wasser und Energie an das Gauarbeitsamt Wien. In: Ruck, Fell 2009. S. 414.

Heizwert von 9.600 kcal/Nm^3 , während das Kohlengas nur bei 5.000 kcal/Nm^3 lag. Trotz des hohen Heizwertes war die Gasabgabe sehr gering im Vergleich zu den Vorjahren. Schuld daran war der einsetzende Krieg in der Stadt.¹⁹⁵

Die ohnehin schon kaum wahrnehmbare Konkurrenz der kommunalen Gaswerke wurde im Dritten Reich, genau gesagt am 1. Jänner 1940, endgültig beseitigt. Die Österreichische Gasbeleuchtungs-AG verkaufte ihre Werke Wienerberg, Wiener Neudorf, Traiskirchen/Möllersdorf und Mödling an die städtischen Gaswerke.

Im Jahre 1944 begann der amerikanische und englische Bombenabwurf über Wien. Getroffen wurde unter anderem das Gaswerk Leopoldau, dessen Gasbehälter I vollständig ausbrannte. Auch das Direktionsgebäude in der Josefstädter Straße wurde teilweise zerstört. Der schwerste Schaden war aber ein erneutes Bombardement der Leopoldau, bei dem drei Mitarbeiter den Tod fanden. Trotz des massiven Schadens konnte kurz darauf bereits wieder Gas in das Gasnetz eingespeist werden. Auch die 500-mm-Rohrleitung, die für das Erdgas errichtet wurde, konnte selbiges weiterhin in das Gaswerk Simmering zur Weiterverarbeitung liefern.¹⁹⁶

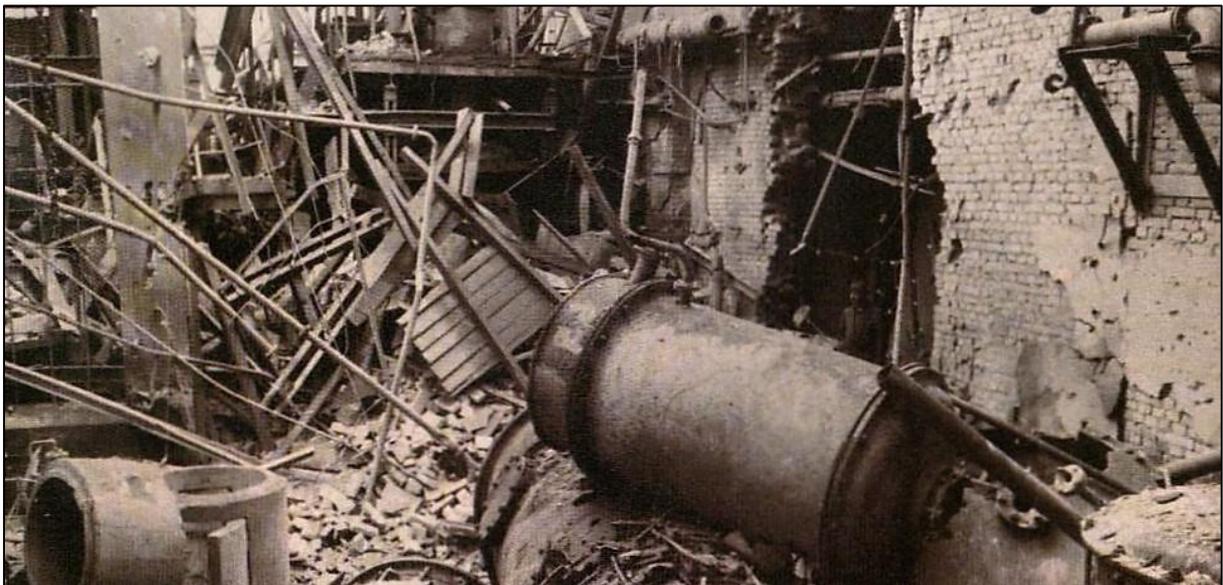


Abbildung 20: Zerstörung durch Bombenangriffe im Gaswerk Leopoldau

Am 1. April 1945, also drei Tage nach der Grenzüberschreitung der Roten Armee zu Österreich, wurde das Gaswerk Simmering besetzt, am 15. April folgte das Gaswerk Leopoldau. Die Tage zuvor waren die Mitarbeiter permanenter Lebensgefahr ausgesetzt gewesen, da die Werke immer noch favorisierte Ziele für Luftangriffe waren. Um diese Gefahr zumindest ein bisschen zu minimieren, wurde der Großteil der Produktion in die Schutzräume verlagert. So konnte man

¹⁹⁵ Vgl. Ruck, Fell 2009. S. 416.

¹⁹⁶ Vgl. ebenda. S. 417.

bei Bombentreffern nach notdürftigen Reparaturen weiterhin produzieren. Nachdem die nationalsozialistische Führung allerdings eingesehen hatte, dass der Krieg verloren war, wollte sie, wie auch das Elektrizitätswerk, das Gaswerk vernichten, bevor es den Feinden in die Hände fallen würde. Wehrmachtssoldaten besetzten das Simmeringer Werk, die Arbeiter durften dieses verlassen. Eine Gruppe von Arbeitern, angeführt von Otto Koblíček, verweigerte dies und stellte sich der SS entgegen, um zu verhindern, dass das Gaswerk zerstört wurde. Koblíček musste dafür mit dem Leben bezahlen: Er wurde verhaftet, im NSDAP-Parteilokal Strindberghof verprügelt und mit einem Bauchschuss schwer verletzt. Anschließend wurde Koblíček im Olympia-Kino durch einen Genickschuss ermordet. Andere Arbeiter wurden in den letzten Kriegstagen zwangsverpflichtet und mussten sich dem *Volkssturmtrupp Gaswerk Leopoldau* anschließen. Dies brachte vielen dieser Arbeiter eine langjährige sowjetische Kriegsgefangenschaft ein. Mit dem 9. April 1945 zog sich die Wehrmacht schließlich zurück, der provisorische Werksleiter Menzel übergab die Leitung des Werkes Simmering an die Russen. Für alle Opfer des Nationalsozialismus wurde an beiden Gaswerken je ein Mahnmal errichtet, welches weiterhin an die Gräueltaten jener Zeit erinnern soll.¹⁹⁷

Otto Koblíček war einer der 10 Gaswerkmitarbeiter, die von Nationalsozialisten ermordet wurden. Ihm zu Ehren wurde 1969 in Wien Simmering die Koblíčekgasse nach ihm benannt.

Kasten 4: Otto Koblíček



Abbildung 21: Gedenktafel Otto Koblíček

¹⁹⁷ Vgl. Ruck, Fell 2009. S. 422f.

7 Wiederaufbau und Wirtschaftswunder

1945: Besetzung verhindert raschen Wiederaufbau der Kraftwerke



23. Dezember 1948: Gründung *Wiener Stadtwerke* als Dachgesellschaft der städtischen Unternehmungen
Umbau in Organisationsstruktur:
Wechsel von U- zur M-Form



15. Dezember 1952:
Eingliederung der *Bestattung Wien* in die *Wiener Stadtwerke*



1977 Erstausgabe von *24 Stunden für Wien. Wiener Stadtwerke-Magazin*



Modernisierung der Wiener Haushalte
Verbreitung langlebiger Konsumgegenstände



Abbildung 22: Der durch einen Luftangriff am 12. April 1945 zerstörte Philippshof in Wien

Die unmittelbare Nachkriegszeit im Jahre 1945 in Wien zeigte ein Bild der Verwüstung: Man muss sich brennende oder eingestürzte Häuser, Fahrzeugwracks, Pferdekadaver und die Leichen von etwa 5.500 Zivilisten und Soldaten vorstellen, die in von Bomben und Granaten aufgerissenen Straßenzügen lagen. Der in der Stadt machthabende sowjetische General Alexej Blagodatow ordnete an, dass sämtliche Befehlsgewalt nun bei ihm lag. Seine Ortskommandanten vertraten das Gesetz in der Stadt. Die zivile Gewalt übernahm der von ihm ernannte Bürgermeister Theodor Körner. Die NSDAP und auch Nachfolgegruppierungen wurden verboten. Sämtliche Waffen, Munition, Kriegsmaterial, Sendean-

lagen und Empfangsapparate waren an der örtlichen Kommandantur abzugeben oder zu melden. Von 20 Uhr bis 7 Uhr früh wurde eine Ausgangssperre verordnet, auch die Verdunkelung der Stadt wurde bis 8. Mai 1945 (Kriegsende durch bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht) beibehalten.¹⁹⁸

Mit der Hungersnot, die unmittelbar nach dem Krieg einsetzte, kamen auch soziale Probleme in das Alltagsleben. Die Lebensmittelversorgung funktionierte nur sehr schlecht, es etablierte sich rasch ein Schwarzmarkt, bei dem Uhren, Schmuck und Kleidung zum Tausch gegen Nahrung herhalten mussten. Auch eine Währungsreform brachte nicht den gewünschten Erfolg, denn der Wechselkurs von einer Reichsmark auf einen Alliierten Militärschilling belief sich auf 1:1.¹⁹⁹

Ab 9. August 1945 wurde Österreich in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die Bundeshauptstadt Wien erfuhr dieses Schicksal ebenso: Der erste Bezirk erhielt eine interalliierte Kommandantur mit monatlichem Wechsel im Vorsitz. Die anderen Bezirke wurden untereinander aufgeteilt: 7-9 und 17-19 amerikanisch; 3, 5, 11-13 britisch; 6, 14-16 französisch und 2, 4, 10, 20 und 21 russisch.²⁰⁰

Die österreichische Parteienlandschaft entstand neu, auf den SPÖ-Kanzler Karl Renner folgte ein Kanzler der ÖVP, Leopold Figl, der der erste demokratisch gewählte Kanzler der Zweiten Republik war. Er wurde durch die Wahl am 25. November 1945 von 3,449.605 Wahlberechtigten gewählt.²⁰¹ Das Bürgermeisteramt in Wien besetzte, nach dem parteilosen Rudolf Prikryl, Theodor Körner, welcher damit eine bis in die Gegenwart (2016) ungebrochene Herrschaft der SPÖ einleitete.

Verwaltungstechnisch hoch komplex wurde es, wenn man sich die Stadtgrenzen Wiens in der Nachkriegszeit ansah: Je nach Kategorie galt eine andere Grenze. Es gab die Grenzen des Wahlgebietes, die des Besatzungsgebietes und die noch immer gültigen Gaugrenzen des Dritten Reichs (diese Grenzen waren für die Stadtverwaltung tragend). Dies hatte beispielsweise zur Folge, dass die Randgemeinden um Wien zwar dem niederösterreichischen Landtag angehörten, aber von Wien verwaltet wurden. Diese Gebiete waren daher von den niederösterreichischen Gemeindewahlen 1950 ausgeschlossen, weil sie auf Wiener Hoheitsgebiet lagen, die Wahl zu den Bezirksvertretungen in Wien war ihnen aber ebenso verwehrt, weil sie nicht zum Wiener Wahlgebiet gehörten. So gesehen waren die niederösterreichischen Randgebiete um

¹⁹⁸ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 66f.

¹⁹⁹ Vgl. ebenda. S. 71.

²⁰⁰ Vgl. Vocelka 1985. S. 21.

²⁰¹ Vgl. Steinthaler 2015. S.99.

Wien politisches Niemandsland. Der Ausgang dieser Causa war von langen Diskussionen geprägt, die teilweise auch intern in der SPÖ geführt wurden. Vor allem die SPÖ Liesing stellte sich vehement gegen eine Verkleinerung der Stadt. Immerhin würde die Stadtverkleinerung fünf Orte vom Gerichtsbezirk Liesing abtrennen, was einen Machtverlust bedeutet hätte. Letzten Endes musste die Bezirkspartei aber zum Wohle der ganzen Partei klein begeben, im Jahre 1954 wurde Wien wieder verkleinert, erhielt aber die Bezirke 22 und 23.²⁰²

Von großer Bedeutung war das Jahr 1955 für Österreich und die Zweite Republik: Nach den schon im Jahr 1945 begonnenen Verhandlungen für einen neutralen, freien Staat Österreich konnte man 1947 die Bezeichnung „Vertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“ festlegen. Ab Jänner 1954, nach dem Tod Stalins, konnte man erstmals Zustimmung seitens der Sowjetunion wahrnehmen, erstmals erwähnte der sowjetische Außenminister Molotow die Neutralität im Zusammenhang mit Österreich. Im Moskauer Memorandum schließlich wurde festgehalten, dass Österreich sich zur Neutralität verpflichte, die Besatzungsmächte dafür ihre Truppen abziehen würden. Die Vertragsunterzeichnung fand schließlich am 15. Mai 1955 im Belvedere in Wien statt.²⁰³

Neben dem Staatsvertrag war für die Wirtschaft im Lande auch ein anderer Faktor wichtig: Die Sozialpartnerschaft. Zwischen Regierung und Interessensvertretern wurde des Wirtschaftsdirektorium gegründet, welches bis 1954 bestand. Nachdem der Staatsvertrag unterzeichnet wurde, kam es höheren Löhnen und Preisen, die Wirtschaft begann sich zu erholen. Die Sozialpartnerschaft festigte sich durch die starke Verflechtung der Parteien mit den Interessensvertretungen (so etwa das enge Verhältnis der SPÖ zu den Gewerkschaften vor allem vertreten durch Franz Olah oder das der ÖVP zur Bundeswirtschafts- und Landwirtschaftskammer). Dadurch, dass nun die große Koalition, bestehend eben aus ÖVP und SPÖ, mit den Interessensvertretungen gleicher Meinung war, konnte die Wirtschaft rasch Fahrt aufnehmen. Mitte der 60er Jahre lag die Arbeitslosenquote bei 2,9%, das jährliche Wirtschaftswachstum belief sich auf 4,4%. Rückblickend sprach man von der „Goldenen Zeit“, schließlich gab es Vollbeschäftigung, eine Steigerung des Wirtschaftswachstums, eine Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt und niedrige Inflationsraten.²⁰⁴ Gründe für das Wirtschaftswachstum gibt es viele: Durch technischen Fortschritt konnte das Bruttoinlandsprodukt um 2% wachsen, ebenso hat die US-Wirtschaftshilfe Europa unterstützt und drittens konnte das vorteilhafte soziale Klima einen positiven Beitrag leisten. Zu dieser Zeit entstand, durch hohes gegenseitiges

²⁰² Vgl. Seliger 1995. S. 222ff.

²⁰³ Vgl. Vocelka 2002. S. 324f.

²⁰⁴ Vgl. ebenda. S. 323.

Vertrauen der Sozialpartner, das Sozialkapital, welches viele wirtschaftliche Probleme vereinfacht hat.²⁰⁵ 1970 brach die „Ära Kreisky“ an. Die SPÖ gewann bei der Nationalratswahl und bildete eine Minderheitenregierung. Es wurden Neuwahlen ausgeschrieben, die SPÖ erreichte nun die absolute Mehrheit und konnte diese bis 1983 halten. Unterstützt wurden diese 13 Jahre durch teilweise Hochkonjunktur, Optimismus und Reformwillen der Österreicher. Eine für die Arbeiter der Kraftwerke interessante Reform war die weitere Arbeitszeitverkürzung. 1970 galt die 43-Stundenwoche, 1975 wurde diese auf 40 Stunden verkürzt. Viele „Gastarbeiter“ wurden nach Österreich geholt, erstmals kamen auch Fragen der Integration auf.²⁰⁶

Das Wirtschaftswunder Österreichs endete mit der Erdölkrise 1973/74. Statt neue Kraftwerke zu bauen, bedeutete dies nun Energie einzusparen. Die „Energieferien“ wurden als Sparmaßnahme, um den Energieverbrauch zu senken, eingeführt. In öffentlichen Gebäuden wurde die Raumtemperatur während des Winters gesenkt, man führte den „autofreien Tag“ ein. Kreisky forderte dazu auf, nicht mehr elektrisch, sondern nass zu rasieren, offenbar nicht wissend, dass der Energieeinsatz durch die Messererstellung und das Warmwasser höher war als bei der elektrischen Rasur. Die Maßnahmen hielten sich nicht lange, sie wurden bald wieder rückgängig gemacht.²⁰⁷ Inflation und Arbeitslosigkeit waren wieder im Steigen, das Phänomen dieser beiden zusammentreffenden Faktoren wurde Stagflation genannt, Österreich blieb zunächst noch von Stagflation im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten verschont. Angestiegen ist die Inflation jedoch trotzdem deutlich: Lag sie Mitte der 60er Jahre noch bei 3½%, so erreichte sie 1974 9,5%.²⁰⁸ Bruno Kreisky wollte insbesondere die Arbeitslosenzahlen möglichst geringhalten, was durch *deficit spending* erreicht wurde. Einzig die Staatsschulden sind dadurch deutlich angewachsen. Dieses Erbe der Kreisky-Ära ist auch heute noch ein Problem für den Staat.²⁰⁹

7.1 Wiener städtische Elektrizitätswerke

Die letzten Kriegstage im April 1945 verlangten den Mitarbeitern der Wiener Elektrizitätswerke alles ab. Längst ging es nicht mehr darum, die Stadt mit Strom zu versorgen, sondern vielmehr die Werke selbst vor der Zerstörung zu retten.²¹⁰ Diese Rettung beschränkte sich manchmal nur auf das Ersetzen von zerstörten Fenstern durch Karton oder das Aufräumen von Schutt in den Werkshallen, für mehr fehlte es vorerst an Ressourcen. Am 14. April schließlich, als die russische Besatzungsmacht das Kommando übernommen hatte, begannen die ersten

²⁰⁵ Vgl. Butschek 2012. S. 299.

²⁰⁶ Vgl. Vocolka 2002. S. 345.

²⁰⁷ Vgl. Butschek 2011. S. 482.

²⁰⁸ Vgl. ebenda. S. 349f.

²⁰⁹ Vgl. Vocolka 2002. S. 345.

²¹⁰ Siehe vorangehendes Kapitel.

wirklichen Reparaturen im Kraftwerk Simmering. Zwei Tage später, am 16. April konnten der erste Hochdruckkessel und ein Turbogenerator wieder in Betrieb genommen werden. Wohin der Strom geliefert wurde, entschieden aber nicht die Elektrizitätswerke, sondern die Besatzungsmacht. Zu allererst mussten die neu eingerichteten Kommandostützpunkte beliefert werden, also Fabriken oder Hotels etc. Um dies so rasch wie möglich zu bewerkstelligen, wurden ab 16. April täglich sechs bis acht Lastwagen für Transportzwecke von Arbeitskräften sowie Material von den Kommandanturen bereitgestellt. Dies war natürlich lange nicht ausreichend, viele Arbeiter mussten die reparaturbedürftigen Leitungen zu Fuß aufsuchen, was Zeit und Kraft raubte, schließlich musste auch Werkzeug mitgenommen werden. Ein weiterer Faktor für das langsame Vorankommen der Reparaturen war die mangelnde Ernährung. Nahrung war zu dieser Zeit knapp und ein wertvolles Gut geworden. Um die Arbeitskräfte zu unterstützen, versuchte die Direktion trotzdem möglichst viele Nahrungsmittel für ihre Angestellten zu organisieren. Damit nicht genug, hatten die Kommandanturen wenig bis gar kein Interesse daran, das vollständige Wiener Netz wiederherzustellen. Um einen Fehler zu beheben, mussten sich oft zwei Gruppen von Arbeitern getrennt voneinander auf den Weg machen. Eine Gruppe gehorchte dem „Stromeinschaltungs-Befehl“, der meist nicht zur Wiederherstellung des Netzes diente, während der zweite Trupp – ohne das Wissen der Befehlshaber – den tatsächlichen Fehler im Netz behob. Die erste Schaltung schließlich diente dazu, das Hotel Bristol, in dem sich die russische Kommandantur aufhielt, wieder mit Strom zu versorgen. Dieser gelangte von der Batterie des UW Neubad zu besagtem Hotel. Einen Tag später wurden das Grand Hotel und das Hotel Imperial durch die Batterie des UW Mariahilf wieder versorgt.²¹¹ Mit Arbeitseifer, der die Grenzen der Belastbarkeit fast sprengte, konnten schließlich auch das Wilheminspital, das Wasserpumpwerk Steinhofstraße und das Rathaus am 19. April wieder an das Stromnetz angeschlossen werden.²¹²

Mit der Aufteilung in die vier Besatzungszonen Wiens hatten die Elektrizitätswerke keine große Freude: man musste sich nun mit vier verschiedenen Einflussstellen koordinieren. In jeder Zone befanden sich nun verschiedene Unter- und Umspannwerke: Der russischen Zone zugeteilt wurden alle Überlandbetriebsstellen in Niederösterreich, ebenso die Werke Ebenfurth, Enzesfeld, Favoriten, Floridsdorf, Guntramsdorf, Klosterneuburg, Leopoldstadt, Liesing, Nord, Perchtoldsdorf, Rodaun und Stadlau, außerdem die Dampfkraftwerke Simmering und Engerthstraße. Die französische Zone umfasste die Werke Kaunitzgasse, Mariahilf, Ottakring, Rudolfsheim, Schmelz und Sechshaus. Die Engländer kontrollierten die Unterwerke Landstraße, St.

²¹¹ Vgl. Kluger Teil A, S. 212-215.

²¹² Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 68.

Veit, Weißgerber und das Umspannwerk Süd. Die amerikanische Zone umfasste die Unterwerke Währing und Alsergrund, außerdem das Umspannwerk Michelbeuern.²¹³

Nicht nur die Befehle der sowjetischen Führung machten Probleme, auch die Plünderungen derselben hielten den Wiederaufbau vom Fortschreiten ab: Mittels einer Konzession der Westmächte an die Sowjetunion wurde dieser zugestanden, dass die sowjetischen Besatzer in allen von ihnen besetzten Gebieten das gesamte deutsche Eigentum als Teil der Reparationen für sich beanspruchen durften. Dies hatte auch auf die Wiener Elektrizitätswerke Auswirkungen: In fast allen Niederlassungen wurden Werkzeuge, Fuhrparks und auch die Hochleistungskessel VI und VII des Kraftwerkes Simmering von der sowjetischen Requirierungskommission als deutsches Eigentum angesehen, da diese Anlagen im Jahr 1940 in Betrieb genommen worden waren. Die Stadtverwaltung versuchte natürlich noch, die Sowjets umzustimmen, doch hatte sie keinen Erfolg. Es wurde allerdings stark bezweifelt, dass diese Reparationszahlungen jemals in der Sowjetunion angekommen waren, denn man fand Monate später Teile der demontierten Anlage verrostet am Budapester Donaukai. Diese Aktion hatte den technischen Stand des Kraftwerkes Simmering wieder auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurück geworfen. Erst im März 1947, als das 2. Verstaatlichungsgesetz verabschiedet wurde, konnte man diesem Problem Herr werden. Es sah vor, dass die Wiener Elektrizitätswerke in die Stellung einer Landes-Elektrizitätsgesellschaft erhoben wurden (und ebenso andere Elektrizitätswerke in den Bundesländern):

Aufgabe der Landesgesellschaft ist, die Allgemeinversorgung mit elektrischer Energie im Bereich der einzelnen Bundesländer (Landesversorgung) durchzuführen, die Verbundwirtschaft im Landesgebiet zu besorgen und Energie mit benachbarten Gesellschaften auszutauschen.

[...]

Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes gehen die Anteilsrechte an den Landesgesellschaften in das Eigentum der betreffenden Bundesländer über, soweit nicht der Landtag im energiewirtschaftlichen Interesse die Zulassung ausländischer Minderheitsbeteiligungen beschließt.²¹⁴

Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die Elektrizitätswirtschaft in Zukunft vor der sowjetischen Besatzung und deren Plünderungen sicher sein würde. Durch das Gesetz waren die Werke nicht mehr als deutsches Eigentum definiert und konnten daher auch nicht als Reparationsgut requiriert werden. Als Landes-Elektrizitätsgesellschaft für das Bundesland Wien musste man sich allerdings von der 110 kV Überlandleitung trennen, die nun zur *Niederösterreichischen Elektrizitätswirtschafts AG (NEWAG)* gehörte.²¹⁵

²¹³ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 71.

²¹⁴ VerstaatlichungsG BGBl 1947/81

²¹⁵ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 72.

Mit dem kommenden Winter 1945/46 sah man sich mit Stromengpässen konfrontiert, da auch die Gasversorgung noch nicht vollständig wiederhergestellt war. Man befürchtete, dass viele Strombezieher mit elektrischen Heizstrahlern ihre Wohnungen beheizen wollten. Es wurde zwar zum Sparen aufgerufen, doch hatte man keine Möglichkeit, dies zu kontrollieren. Erst durch Notabschaltungen konnte man den Stromverbrauch eindämmen und das Kraftwerk vor Überlastungsschäden schützen.²¹⁶

Am 1. Mai wurde ein neuer Direktor für die Wiener Elektrizitätswerke ernannt: Der bisherige Leiter der Werkstätten in der Oberen Donaustraße, Ing. Franz Stremayr.²¹⁷ Er behielt diese Position bis zum 1. Jänner 1948, dann trat er in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Dipl. Ing. Otto Ruiß. Er war zuvor technischer Vizedirektor und Leiter der Gruppe A, Kraft-, Umspann- und Unterwerke, außerdem noch Landeslastverteiler für Wien.²¹⁸ Auch für die Personalpolitik musste man sich neue Ansätze einfallen lassen: Die Lehrwerkstätte der Wiener Elektrizitätswerke hatte im November 1945 ihren Betrieb wiederaufgenommen. Die Lehrlinge hatten während ihrer Ausbildungszeit das Privileg der doppelten Portion zu Mittag, was angesichts der damaligen Nahrungsmittelknappheit von großer Bedeutung war. Aber was sie am Ende ihrer Ausbildung nicht oder nur sehr selten bekamen, war ein fixer Arbeitsplatz, denn die Elektrizitätswerke hatten keine freien Plätze zu vergeben. Nach Beendigung der Ausbildung und der dreimonatigen Behaltefrist stellte man die fertig ausgebildeten Facharbeiter vor die Wahl, entweder bei den Wiener Verkehrsbetrieben als ungelernte Arbeiter anzufangen oder das Arbeitsamt aufzusuchen. Die einzigen Gewinner dieser Regelung waren die Verkehrsbetriebe, alle anderen Beteiligten hatten nur Verluste zu vermelden. Einerseits musste man aber dem Jugendeinstellungsgesetz Folge leisten, andererseits brachte dies, wenn alle Stellen besetzt waren, nur Ressourcenverschwendung. Man änderte also im Jahre 1953 das Ausbildungsziel und bildete Lehrlinge nun zu Industriekaufleuten heran, die im kaufmännischen Bereich tätig sein konnten.²¹⁹

Im Jahr 1945 jedoch war noch ein anderer Punkt von Bedeutung: 493 Angestellte und Arbeiter waren noch in Kriegsgefangenschaft und sollten ihre alten Posten wiedererlangen, so sie wieder heimkehrten. Bis zum Jahr 1950 kamen bis auf 21 alle wieder zurück. Die im vorhergehenden Kapitel erwähnten Fremdarbeiter waren direkt nach Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Auch zur Entnazifizierung kam es in den Werken, diese leeren Stellen konnten rasch nachbesetzt werden. Manche Stellen verwaisten mit Kriegsende, da es so mancher Mitarbeiter

²¹⁶ Vgl. Kluger Teil A. S. 222.

²¹⁷ Vgl. ebenda. S. 222.

²¹⁸ Vgl. ebenda. S. 236.

²¹⁹ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 71.

auf Grund seiner politischen Vergangenheit bevorzugte, nicht wieder in die Öffentlichkeit zu treten. Die Arbeitszeiten waren zu dieser Zeit beträchtlich: Sieben Tage in der Woche, Sonn- und Feiertage inklusive. Als Gehalt bekam man 150 Reichsmark pro Monat, die ihren Wert fast verloren hatten. Selbst wenn man versuchte, Nahrung legal zu erhalten, so bekam man diese nur, wenn man weit vorne in den langen Warteschlangen vor den Geschäften stand.²²⁰ Ab den 1950er Jahren trat eine Arbeitszeitreform bei den Wiener Elektrizitätswerken in Kraft. Es wurde eine 45-Stunden Woche eingeführt, allerdings in zwei Etappen: Ab 1. Juli 1958 wurde jenes Personal neu eingestuft, bei dem durch die Umstellung keine Mehrkosten anfielen, im Mai 1959 erfolgte schließlich der Rest.²²¹

Als Wien wieder zu seiner ursprünglichen Größe rückgestuft wurde, hatte auch dies einen erheblichen Einfluss auf die Elektrizitätswerke. Es kam wegen der Umspan- und Verteilerwerke Klosterneuburg, Groß-Enzersdorf, Schwechat, Mödling und Purkersdorf zu einem Rechtsstreit mit der NEWAG (welche heute EVN heißt), da sich die Grenzen des Versorgungsgebietes nicht mit denen der Stadt Wien änderten. Der erwähnte Rechtsstreit zog sich bis zu den Höchstgerichten durch, änderte aber nichts an der Lage, dass die Wiener Elektrizitätswerke bis zum heutigen Zeitpunkt (als *Wien Energie* bzw. *Wiener Netze*, 2016) weiterhin als Zulieferer für die genannten Gebiete zuständig sind.²²²

Jahr	Gesamtenergiebedarf
1950	939.446.800
1952	512.309.000
1954	485.740.000
1956	474.952.000
1958	1.696.900.000
1960	1.973.900.000

Angaben in Kilowatt pro Stunde²²³

Wie aus der Tabelle ersichtlich, stieg ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre der Strombedarf sprunghaft an, im Durchschnitt um 8,7 Prozent pro Jahr. Vor allem ab 1955, als der Staatsvertrag unterschrieben und in Österreich keine Besatzungstruppen mehr stationiert waren, stieg der Anteil der Haushaltskunden immer weiter an. Mit der nun wieder erlangten Selbstständigkeit konnte auch die Wirtschaft Österreichs wieder beginnen, sich zu erholen und man begann wieder verstärkt Werbung einzusetzen. Man schloss Partnerschaften mit Elektrotechnikern und Elektrohändlern. Die Wiener Bevölkerung konnte sich zusehends wieder leisten, lebenserleichternde Elektrogeräte, wie etwa Waschmaschinen, Kühlschränke oder ähnliches zu kaufen.²²⁴

²²⁰ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 71.

²²¹ Vgl. ebenda. S. 82.

²²² Vgl. ebenda. S. 82.

²²³ Vgl. Statistische Jahrbücher der Stadt Wien der angegebenen Jahreszahlen.

²²⁴ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 81.

7.2 Wiener städtische Gaswerke

Unmittelbar nach der Übernahme Wiens durch die Sowjets war es Ing. Menzel, der eine tragende Rolle bei den Gaswerken übernahm: Durch sein Vorsprechen beim Ortskommandanten wurde die Instandsetzung des Gaswerks Simmering in Auftrag gegeben. Durch Absprache mit dem Elektrizitätswerk kamen die Gaswerke auch rasch zu dem für den Wiederaufbau benötigten Strom. Am 16. April 1945 begannen schließlich 300 Mitarbeiter des Gaswerkes mit den Reparaturen. Die Reparaturarbeiten mussten sich, bevor man sich mit der eigentlichen Technik des Gaswerkes auseinandersetzen konnte, erst auf die schrecklichen Hinterlassenschaften des Krieges konzentrieren:

Nachdem die gesamte Belegschaft für Reparatur- und Aufräumarbeiten zur Verfügung stand, wurden die während der Kampfhandlungen gefallenen Soldaten und Zivilisten beerdigt, Tierkadaver weggeräumt, umherliegende Munition eingesammelt und sichergestellt, Blindgänger entfernt; die Brunnenanlagen wurden in Betrieb genommen und hiemit die gesamte Wasserversorgung für den Gaswerksbetrieb gesichert.²²⁵

Einen Tag später erfolgte die erste Stromlieferung, damit wurde bereits Generatorgas erzeugt. Dies alles berichtete Ing. Menzel am 18. April seinem Vorgesetzten in der Direktion Josefstädter Straße, Dr.-Ing. Josef Dollinger. Dieser fasste in einem Bericht die Schäden an den Gaswerken zusammen:

Die beiden Gaswerke waren durch die Bombenangriffe, durch die Kampfhandlungen und durch Artilleriebeschuss schwer beschädigt. In das Werk Simmering fielen in 5 Angriffen während der Zeit von September 1944 bis März 1945 rund 1200 Brandbomben und 18 Sprengbomben; während der Kampfhandlungen im April 1945 traten 313 Artillerieschläge auf. Auf das Werk Leopoldau wurden in 4 Angriffen während der Zeit von Juni 1944 bis März 1945 mehr als 150 Sprengbomben und rund 40 Brandbomben abgeworfen; außerdem erhielt das Werk innerhalb der Kampfzeit im April 7 Volltreffer durch Flieger- und Artilleriegeschosse. Die geplanten Sprengungen der Betriebsanlagen konnten durch das kluge und tatkräftige Eingreifen jener Werksangestellten, die auf ihren Posten verblieben waren, verhindert werden.²²⁶

Das oben erwähnte Generatorgas war nicht ausreichend für die Erfordernisse einer Stadt wie Wien sie war, und an eine Vollenbetriebnahme war noch nicht zu denken: Es fehlte an Kohle, um den Ofenbetrieb wiederaufnehmen zu können. Die noch vorhandenen 16.000 Tonnen Kohle reichten nicht aus, um einen andauernden Betrieb zu gewährleisten, daher spendete man diese gleich an das Elektrizitätswerk, da dieses mit dieser Menge mehr anfangen konnte. Neue Kohle wurde erst im November 1945 geliefert.

²²⁵ Vgl. 50 Jahre städtisches Grosskraftwerk Wien – Simmering. S. 60.

²²⁶ Dollinger 1946. S. 4.

Zerstörung und Wiederaufbau der Wiener Gasversorgung

Von Dr.-Ing. Josef Dollinger, Direktor der Wiener Gaswerke

Am 17. April 1946, 12 Monate nach dem Ende der Kampfhandlungen in Wien, war die Wiederinstandsetzung der Gasverteilungsanlagen in unserer Stadt praktisch beendet und damit der letzte Teil des Versorgungsgebietes der Wiener Gaswerke an die Gaslieferung wieder angeschlossen worden. Es verlohnt sich, Rückschau zu halten über dieses erste Jahr nach dem schrecklichsten aller Kriege, über eine Zeitspanne, die jedem in unauslöschlicher Erinnerung bleiben wird, die erfüllt war von Kummer und beispielloser Not, aber auch von einem unbezweifelbaren Willen, die grauenhaften Kriegsfolgen so rasch und so gründlich als möglich zu beseitigen und einer schöneren, glücklicheren Zukunft entgegenzustreben.

In der Gasversorgung Wiens traten in den letzten Kriegsmonaten infolge der Bombenangriffe immer häufiger werdende Störungen ein; die Schäden in den Erzeugungs-, namentlich aber in den Verteilungsanlagen wurden immer umfangreicher, so daß die Gasversorgung in rasch steigendem Ausmaße beeinträchtigt wurde. Im März 1945 schwankte die Gasabgabe zwischen 991.000 und 323.000 m³/Tag. Durch die zahlreichen Luftangriffe und die Kampfhandlungen kam die Gasversorgung der Stadt in den ersten Apriltagen schließlich vollkommen zum Stillstand.

Um den Umfang der entstandenen Schäden und der Wiederaufbauleistung beurteilen zu können, ist eine kurze Darstellung der bestehenden Erzeugungs-, Speicherungs- und Verteilungsanlagen notwendig.

Zur Gaserzeugung stehen die beiden Werke Simmering und Leopoldau mit Höchstleistungen von 600.000 m³ bzw. 900.000 m³ Mischgas auf Kohlengasgrundlage zur Verfügung. Außerdem wird Wien seit 1945 auch mit Erdgas versorgt, das gegenwärtig (August 1946) aus einer Gassonde in Aderklaa und aus dem Erdölgebiet Neusiedl a/Zaya — Zistersdorf in einer Gesamtmenge von 120.000 bis 130.000 m³/Tag zugeleitet wird. Bis Mitte Jänner 1946 konnte Erdgas auch aus einer nunmehr versiegten Sonde in St. Marx im Ausmaße von 10.000 m³/Tag bezogen werden.

An Behälterraum (Bild 1) standen den Wiener Gaswerken zur Verfügung:

	Behälter	Gesamtfassungsraum
Simmering	5	510.000 m ³
Leopoldau	2	450.000 m ³
Brigittenau	1	250.000 m ³
Baumgarten	1	30.000 m ³
Wienerberg	2	17.500 m ³
Mödling	2	8.800 m ³
Zusammen	13	1.266.300 m ³

Die Gasverteilungsanlage besteht aus einem Niederdrucknetz von 1929 km Gesamtlänge und einem im wesentlichen als Ringleis-

tung ausgebildeten Mitteldrucknetz von 139 km Rohrlänge. Das Niederdruckrohrnetz geht zunächst vom Gaswerk Simmering aus und versorgt aus drei Systemen die inneren Bezirke. Der überwiegende Teil des Niederdruckrohrnetzes wird aus den Regleranlagen des Mitteldrucknetzes gespeist und besorgt die Gasverteilung in den äußeren Bezirken und im 2. Bezirk. Die Vermaschung des Rohrnetzes ist eine sehr enge. Bedeutungsvoll für die Gasabgabe ist die Zerlegung des Versorgungsgebietes in drei ungleiche Teile durch Donau und Donaukanal und der Umstand, daß die beiden Werke durch die Flußläufe voneinander getrennt sind. Die Aufrechterhaltung der Gasversorgung hängt also vom Zustand jener Brücken ab, über die Gaszubringer bzw. Verbindungsleitungen verlegt sind. Durch die Kampfhandlungen wurden nicht weniger als 50 Brücken zerstört, darunter folgende für die Gasversorgung Wiens besonders wichtige Brücken:

1. die Malinovsky (Floridsdorfer) Brücke über die Donau mit 2 Mitteldruckleitungen, durch die die Verbindung des Gaswerkes Leopoldau mit dem Behälter Brigittenau, dem südlich der Donau gelegenen Haupt-



Bild 1.



Abbildung 23: Die erste Seite des Berichtes Dollingers

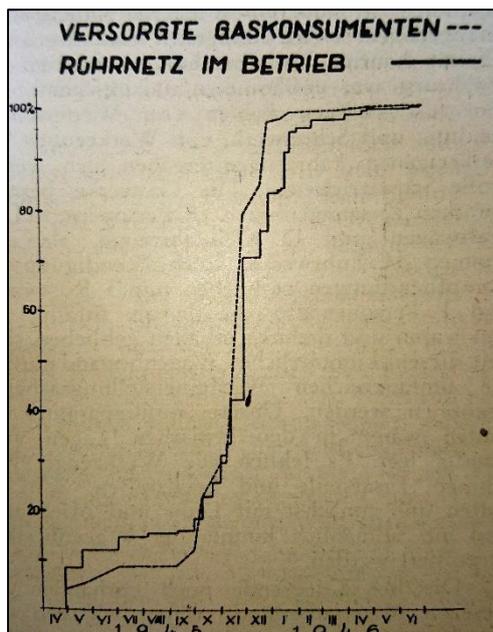


Abbildung 24: Die Sanierung des Gasnetzes im Laufe der Jahre 1945/46

Neben dem Kohlenmangel lag das Hauptproblem der Wiener Gaswerke aber an dem zerstörten Rohrleitungsnetz. Die Reparatur dauerte bis in den Juli 1946 an. Insgesamt wurden 21 km Rohre neu verlegt. Das nebenstehende Diagramm Dollingers zeigt, wie die fortschreitenden Instandsetzungsarbeiten es möglich machten, immer mehr Gaskonsumenten der Stadt Wien zu versorgen. Bis dahin war es allerdings ein steiniger Weg. Sieht man sich an, welche Umstände in der damaligen Zeit herrschten, so grenzt es an ein Wunder, dass in so kurzer Zeit die Gasversorgung wiederhergestellt werden konnte. Die Probleme deckten sich ziemlich mit denen der oben beschriebenen Elek-

trizitätswerke: Es gab keinen öffentlichen Verkehr, private PKWs erst recht nicht. Dies bedeutete längere Fußmärsche für das Personal. Dieses Personal wurde außerdem oft für andere Arbeiten abgezogen, was Unterbrechungen bedeutete. Die Lebensmittel waren knapp, die Arbeitskräfte zehrend. Besonders der Winter 1946/47 war sehr hart für die Belegschaft. Durch die knappe Nahrung war der Gesundheitszustand der Arbeiter äußerst schlecht, die Krankenstände beliefen sich an manchen Tagen auf 20% der Belegschaft. Britische Ärzte stellten fest, dass die Arbeiter 12-15 kg ihres Normalgewichtes verloren hatten, manche sogar bis zu 35 kg.²²⁷ Werkzeuge waren nicht vorhanden, Arbeitskleidung fehlte. Der Fuhrpark hatte sich von 16 PKW, 16 LKW und 13 Kleinfahrzeugen auf drei Rüstwagen und ein Personenauto reduziert. Mit dem Materiallager verhielt es sich ähnlich, die Reserverohre waren schnell aufgebraucht, es mussten neue Rohre aus Blech hergestellt werden. Diverse Fachfirmen konnten hier als Unterstützer mitwirken.²²⁸

Ende Oktober 1945 war es soweit: Die Kohlennot im Wiener Gaswerk fand mit der Ankündigung einer ersten Lieferung von Ruhrkohle durch die West-Alliierten ein Ende. Am 31. Oktober wurden die acht Kammern der Ofenanlage in Simmering in Betrieb genommen, das Gaswerk Leopoldau folgte am 12. November. Erzeugt wurde nun ein Mischgas, bestehend aus Kohlegasgrundsatz mit Erdgaszusatz. Genannt wurde es Stadtgas. Es entsprach noch nicht den Qualitätsstandards, die man gewohnt war, allerdings war es zum damaligen Stand der Dinge eine

²²⁷ Vgl. 50 Jahre städtisches Grosskraftwerk Wien – Simmering. S. 67.

²²⁸ Vgl. Dollinger 1946. S. 5f.

eindeutige Verbesserung. Ein weiterer Haken an der Sache war, dass die Produktion des Gases teuer war. Neben den teuren Kohlekosten waren auch die Fixkosten höher als normal,

weil der Kohlenverbrauch je 1000 m³ Stadtgas wegen der Erdgasbeimischung nur etwa halb so groß ist, wie unter normalen Verhältnissen und weil dementsprechend auch die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Gaserzeugungsanlagen kaum zur Hälfte ausgenützt ist.²²⁹

Ein gänzlich anderes Problem tat sich ebenfalls auf: Der Kundenstock hielt sich nicht an die Vorgaben der Gaswerke, die Gashähne zu den Sperrzeiten zu schließen, um Gas zu sparen. Dieser „Übelstand“, wie Dollinger es bezeichnet, bedarf genauerer Erklärung: Das Versorgungsgebiet hat Höhenunterschiede. Das Gas strebt naturgemäß immer nach oben. Dies können Gaskonsumenten, die an den höher gelegenen Stadtteilen wohnen, ausnutzen, da dann auch während der Sperrzeiten ein, wenn auch niedrigerer, Gasdruck herrscht. An den tiefer gelegenen Stadtteilen entsteht dadurch ein Unterdruck. Dollinger scheint über diese Tatsache sehr verärgert zu sein, schließlich schreibt er in seinem Bericht:

Die Verbraucher sind trotz aller Warnungen in Presse und Radio nicht dazu zu erziehen, die Gashähne an den Gasgeräten zu schließen. Wir haben Grund zur Annahme, dass dies absichtlich geschieht, weil das Zählwerk der Gasmesser bei Unterdruck zurückläuft. Infolge dieses Unterdrucks treten nun während der Sperrzeiten durch die offen gebliebenen Hähne, möglicherweise auch durch noch vorhandene Undichtheiten beträchtliche Mengen von Luft in das Rohrnetz ein, die nach Widerbeginn der Gaslieferzeit erst durch das nachkommende Gas verdrängt werden müssen, bevor dieses entzündet werden kann.²³⁰

Die Folge war, dass die aufgestaute Luft erst wieder entweichen musste, der Gaszähler hierbei aber wieder aufwärts zählt, obwohl noch gar kein Gas geliefert wird. Dieses Problem konnte erst mit dem Entfall der Gassperrzeiten im Laufe der Zeit gelöst werden.

<i>Jahr</i>	<i>Abgegebene Gasmenge</i>
1950	320.210.986
1952	318.192.406
1954/56	-
1958	472.822.100
1960	536.365.300

Gasmengen in Kubikmeter²³¹

In den 1950er Jahren war ein stetiger Anstieg des Gasverbrauchs zu verzeichnen. Um das Kapitel abzuschließen sei noch die Gasgemeinschaft Wien erwähnt, die sich 1949 formierte. Darunter zu verstehen ist eine Zusammenarbeit zwischen den Wiener Gaswerken, den in den Gebieten der Wiener Gaswerke zuständigen Gas- und Wasserleitungsinstallateuren und den Gasgeräteerzeugern. Zweck der Gasgemeinschaft war es, der Bevölkerung die Anschaffung von guten und

²²⁹ Dollinger 1946. S. 8.

²³⁰ Ebenda. S. 10.

²³¹ Vgl. Statistische Jahrbücher der Stadt Wien der angegebenen Jahre. Die fehlenden Daten der Jahre 1954 und 1956 sind in den jeweiligen Jahrbüchern nicht angegeben.

preiswerten Gasgeräten gegen Teilzahlungen zu ermöglichen. Die Gasgemeinschaft bestand übrigens auch schon vor dem Krieg und wurde nun wieder neugegründet.²³²

7.3 Die Gründung der Wiener Stadtwerke

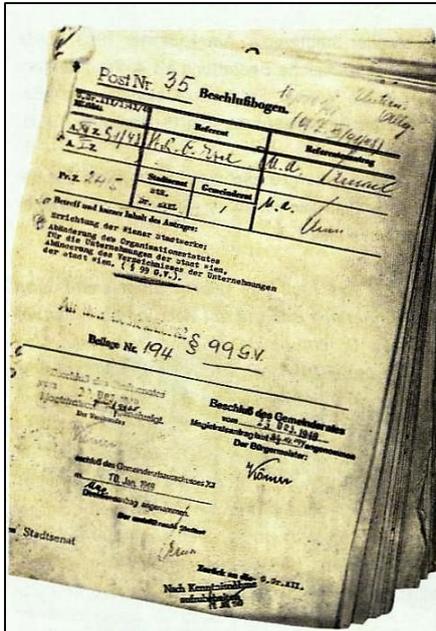


Abbildung 25: Die "Geburtsurkunde" der Wiener Stadtwerke

Neben den bisher beschriebenen Geschehnissen in den einzelnen Kraftwerken trat Jahre 1948 eine zentrale organisatorische Neuerung ein. Am 23. Dezember 1948 beschloss der Gemeinderat eine Zusammenfassung der Wiener Elektrizitätswerke, der Wiener Gaswerke und der Wiener Verkehrsbetriebe. Das neue Unternehmen wurde *Wiener Stadtwerke* (WStW) genannt:

1. Die Unternehmungen Wiener städtische Elektrizitätswerke, Wiener städtische Gaswerke und Wiener städtische Verkehrsbetriebe werden unter Beibehaltung ihres Zweckes und Umfanges mit 1. Jänner 1949 zu einer Unternehmung „Wiener Stadtwerke“ vereinigt, deren Gesamtleitung der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke obliegt.

Die Elektrizitätswerke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe sind Teilunternehmungen der Unternehmung

Wiener Stadtwerke.

2. Das Organisationsstatut für die Unternehmungen der Stadt Wien wird mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1949 gemäß der Vorlage abgeändert.
3. Das Verzeichnis der Unternehmungen der Stadt Wien [...] wird mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1949 wie folgt abgeändert:

Die Worte „Wiener städtische Elektrizitätswerke, Wiener städtische Gaswerke und Wiener städtische Verkehrsbetriebe sind durch die Worte „Wiener Stadtwerke“ zu ersetzen.²³³

Rund vier Jahre später, am 15. Dezember 1952, wurde auch die Bestattung Wien den *Wiener Stadtwerken* eingegliedert. Die Gründe für die Zusammenlegung waren finanzielle, organisatorische, aber auch personelle. Daraus ergaben sich jede Menge Veränderungen in der Verwaltung der vier Unternehmen. Einsparungen konnten vorgenommen werden, da viele Abteilungen aller Werke dieselbe Funktion hatten, aber jeweils einzeln agierten.

²³² Vgl. Gasgemeinschaft Wien 1949. S. 31.

²³³ Amtsblatt der Stadt Wien 19. 1. 1949.



Organigramm der Wiener Stadtwerke nach der Eingliederung der Bestattung Wien 1952

Nun konnte dies eine Abteilung für alle Werke übernehmen. Ebenso ergaben sich steuerliche Vorteile durch den Querverbund, die zuließen, dass man Gewinne und Verluste steuersparend ausgleichen konnte. Außerdem erwartete man sich auf Grund der Zusammenlegung diverser Abteilungen eine Senkung der Verwaltungskosten. Folgerichtig ergaben sich Rationalisierungen in der Personalwirtschaft. Ein weiterer Vorteil des Zusammenschlusses war das Wegfallen der gegenseitigen Konkurrenz und daraus resultierender Parallelinvestitionen zwischen Elektrizitäts- und Gaswerken. Der wichtigste Vorteil ergab sich (vor allem) für die Wiener Verkehrsbetriebe: Eine finanziell breitere Basis. So konnte der damals notleidende Nahverkehr etwas mehr Rückhalt bekommen.²³⁴

Was mit der Gründung der *Wiener Stadtwerke* vollzogen wurde, war ein Wechsel in der Firmenorganisation. Sämtliche Firmen, die bisher einzeln dem Gemeinderat unterstanden, waren in der U-Form, also der *unitary form* organisiert. Die U-Form bedeutet, dass bei der Unternehmensspitze sämtliche Kommunikationsformen zusammenliefen, es kam also zu einer Zentralisierung. Problematisch war nun aber, dass nun jedes städtische Unternehmen durch die eigene Direktion gesteuert wurde. Die Stadt verlor dadurch zunehmend an Übersicht. Jedes Unternehmen hatte eine eigene Abteilung für z.B. Werbung, Rechnungen etc. Zwischen den 1920er und

²³⁴ Vgl. Reisinger 1982. S. 351f.

1960er Jahren wechselten immer mehr Unternehmen zu einer neuen Organisation, nämlich der M-Form. Sie steht für *multidivision form*. Diese Organisation ist so aufgebaut, dass ein großes Unternehmen in verschiedene Sparten aufgeteilt wird. Wie etwa im konkreten Fall eine Sparte für die Gaswerke, eine für Elektrizitätswerke usw. Bei dieser Art der Organisation werden nach oben hin nur noch die wichtigsten Informationen weitergeleitet. Strategische Fragen einer einzelnen Sparte (also etwa die Gaswerke) entschied dann die jeweilige Führung der Sparte zusammen mit dem Gesamtvorstand. Es konnte so wieder an Überschaubarkeit gewonnen und die Führungsspitze entlastet werden. Die vorher einzelnen Abteilungen wurden zusammengelegt, man hatte nun beispielsweise nur mehr eine Werbeabteilung, die für alle Unternehmen zuständig war. Die einzelnen Subunternehmen waren für strategische Entscheidungen in ihren Sparten zuständig, während die Gesamtführung Ziele für alle Unternehmen zusammen plante. Man kann vereinfacht gesagt von einer Arbeitsteilung sprechen. Führungskräfte der einzelnen Sparten konnten sich nun stärker auf ihre jeweiligen Aufgaben konzentrieren. Als „Unternehmer im Unternehmen“ hatten sie außerdem eine größere Motivation.²³⁵

Was veränderte sich für die Kunden? Im Grunde nicht viel. Ab sofort kam nicht mehr jeweils der Gas- und Stromkassier zur Zählerablesung, sondern eine Person vereinte beide Jobs als Stadtwerksbediensteter in sich. Rationalisierungen dieser Art traten nun im großen Stil auf: Ca. 400 Dienstposten konnten allein durch die Schaffung der Zentralverwaltung eingespart werden. Die *Wiener Stadtwerke* steuerten mit der Generaldirektion die Gesamtleitung des Unternehmens. Wichtig waren hier wirtschaftliche, technische und organisatorische Belange. Die einzelnen Direktionen der Unternehmen sind nach wie vor für ihren zugewiesenen Geschäftsbereich zuständig.²³⁶

Die Rechtsgrundlage für eine Unternehmung dieser Art fand sich im Bundes-Verfassungsgesetz unter Artikel 116:

(2) Die Gemeinde ist selbständiger Wirtschaftskörper. Sie hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Bundes- und Landesgesetze Vermögen aller Art zu besitzen, zu erwerben und darüber zu verfügen, wirtschaftliche Unternehmungen zu betreiben sowie im Rahmen der Finanzverfassung ihren Haushalt selbständig zu führen und Abgaben auszuschreiben.²³⁷

In Bezug auf die *Wiener Stadtwerke* war für die unmittelbare rechtliche Grundlage der §71 der Wiener Stadtverfassung von Relevanz:

²³⁵ Vgl. Berghoff 2016. S. 65f, 67ff.

²³⁶ Vgl. ebenda. S. 352.

²³⁷ Art 116 Abs 2 B-VG

§71

(1) Unternehmungen im Sinne dieses Gesetzes sind jene wirtschaftlichen Einrichtungen, denen der Gemeinderat die Eigenschaft einer Unternehmung zuerkennt. Der Gemeinderat kann auch beschließen, dass sich eine Unternehmung in mehrere Teilunternehmungen gliedert.

(2) Die Unternehmungen besitzen keine Rechtspersönlichkeit. Ihr Vermögen wird vom übrigen Vermögen der Gemeinde gesondert verwaltet. Die Unternehmungen sind nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen. Soweit eine Eintragung der Unternehmungen in das Firmenbuch erfolgt, muss aus der Firmabezeichnung ersichtlich sein, dass es sich um eine Unternehmung der Stadt Wien handelt.²³⁸

Diesem Paragraphen nach sind die *Wiener Stadtwerke* ein eigenständiges Unternehmen, das zwar keine Rechtspersönlichkeit innehat, dessen Vermögen aber vom restlichen der Gemeinde abgegrenzt wird. Ebenso muss ein Firmenname im Handelsregister eingetragen sein.

In dem Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien wurde nochmals unter Bezug auf §73 der Wiener Stadtverfassung festgelegt, wer für die Geschäfts- und Betriebsführung verantwortlich ist:

§3

Zur Beaufsichtigung sowie zur Geschäfts- und Betriebsführung sind berufen:

1. der Gemeinderat,
2. der Stadtsenat,
3. der Bürgermeister,
4. der Gemeinderatsausschuß für die städtischen Unternehmungen,
5. der amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe für die städtischen Unternehmungen,
6. der Magistratsdirektor,
7. die Direktoren der Unternehmungen (für die Wiener Stadtwerke deren Generaldirektor mit den Direktoren der Teilunternehmungen)²³⁹

In diesem Statut finden sich auch die wirtschaftlichen Zielsetzungen:

§24

(1) Die Lenkung der Aufwendungen ist Aufgabe der Direktionen der Unternehmungen (der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke mit den Direktionen der Teilunternehmungen); zu diesem Zweck sind der Wirtschaftsablauf ständig zu beobachten und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen oder vorzuschlagen.

(2) Wirtschaftliches Ziel der Ertragslenkung sind eigene Erträge der Unternehmungen in einer Höhe, die es in der Regel ermöglicht, zumindest

- a) die Aufwendungen voll zu decken,
- b) die Erhaltung der Wirtschaftssubstanz im Bereich der Anlagen sicherzustellen,
- c) die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung der Unternehmungen zu gewährleisten.

²³⁸ §71 Abs 1 und 2 WStV

²³⁹ §3 Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien.

(3) die Planung und die Koordinierung der Ertragslenkung bei den Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke obliegt jedenfalls der Generaldirektion.²⁴⁰

An §24 orientierte sich der darauffolgende §25, in dem es um die Tarifgestaltung der Unternehmen ging:

§25

(1) Die Tarife der Versorgungsleistungen (Gas, Strom, Verkehrs- und Bestattungsleistungen) sind im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten so festzusetzen, daß in der Regel das im § 24 Abs. 2 angegebene Ziel erreicht werden kann. Die Tarife (einschließlich der Gas- und Strompreise) sind jedenfalls auch alljährlich im Zusammenhang mit der Genehmigung der Wirtschaftspläne darauf zu überprüfen, ob eine Änderung erforderlich ist.

(2) Soweit die Preisbildung für Lieferungen und Leistungen nicht dem Gemeinderat vorbehalten ist, sind die Preise von den Direktionen der Unternehmungen (Generaldirektion der Wiener Stadtwerke mit den Direktionen der Teilunternehmungen) unter Ausnützung der im Absatzmarkt liegenden Möglichkeiten festzusetzen.²⁴¹

Als letzter Paragraph des Statutes für Unternehmungen der Stadt Wien soll noch §28 zitiert werden, er legte die Regeln für die Wirtschaftspläne fest:

§28

(1) Als Unterlage für eine vorausschauende Führung nach wirtschaftlichen Grundsätzen sind von den Direktionen der Unternehmungen (Generaldirektion der Wiener Stadtwerke mit den Direktionen der Teilunternehmungen) jährlich Wirtschaftspläne zu erstellen. Als Wirtschaftsjahr gilt das Kalenderjahr. Jeder Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan mit Erläuterungen, dem Investitionsplan mit Erläuterungen, dem Anleiheplan und dem Finanzplan.

(2) Der Wirtschaftsplan darf nur enthalten

- a) alle in jedem Wirtschaftsjahr regelmäßig wiederkehrenden wirtschaftlichen Vorgänge,
- b) von den Geschäftsfällen und wirtschaftlichen Vorgängen nicht regelmäßiger Art nur jene, die zur Zeit der Erstellung des Wirtschaftsplanes bereits dispositiv festgelegt sind oder zur Zeit der Erstellung des Wirtschaftsplanes voraussehbar sind und durch den Wirtschaftsplan selbst dispositiv festgelegt werden.²⁴²

Es soll hier nun der Wirtschaftsplan aus dem Jahr 1971 als Beispiel vorgestellt werden. Gerichtet waren die Pläne immer an den Gemeinderat, der den Plan absegnen musste. Inhaltlich war der Wirtschaftsplan in vier Kapitel, den Erfolgsplan, den Investitionsplan, den Anleiheplan und den Finanzplan, unterteilt.

Der Erfolgsplan zeigt an, was im vergangenen Jahr erreicht wurde. So fand sich bei der Angabe zu den Elektrizitätswerken zu unserem Beispieljahr folgender (zusammenfassender) Eintrag:

²⁴⁰ §24 Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien.

²⁴¹ §25 Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien.

²⁴² §28 Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien.

Die Wiener Elektrizitätswerke haben im Jahr 1969 3.033,2 GWh an elektrischer Energie abgegeben. Der Stromverkauf im Jahre 1970 wird voraussichtlich 3.338 GWh betragen. Im Erfolgsplan 1971 wird der Stromverkauf auf 3.610 GWh geschätzt, das ist um 8,1 % mehr als das Jahr 1970 angenommen wurde.²⁴³

Auch die Gaswerke bekommen im Erfolgsplan ihre Einschätzung:

Die Stadtgasabgabe ab Werk betrug im Jahre 1969 877,4 Mio m³ und wird im Jahre 1970 voraussichtlich 934 Mio m³ erreichen. Die dem Budget für 1970 zugrunde gelegte Abbeziffer von 898 Mio m³ wird somit wegen der temperaturmäßig unter den fünfzigjährigen Durchschnitt liegenden ersten Jahreshälfte 1970 um 36 Mio m³ überschritten werden. Unter der Voraussetzung einer weiteren normalen Ausweitung der Abgabe von Heizgas und bei durchschnittlichen Temperaturen vor allem in den Übergangs- und Wintermonaten kann die Stadtgasabgabe ab Werk im Jahre 1971 mit der veranschlagten Größe von 990 Mio m³ angenommen werden. In dieser Menge ist eine Direktabgabe an Tarifabnehmer von 16,2 Mio Nm³ Erdgas enthalten, der rund 36 Mio m³ Stadtgas entsprechen.²⁴⁴

Der Investitionsplan schlüsselt auf, wo und wieviel die *Wiener Stadtwerke*, wie der Name des Planes schon sagt, investieren wollen. Es folgen die Angaben von Strom- und Gaswerken in tabellarischer Ansicht auf der nächsten Seite.

Der Anleiheplan sah vor, dass eine „Tilgung von Krediten in der Höhe von insgesamt rund 232,3 Mio S“²⁴⁵ erfolgen sollte.

Der Finanzplan rechnete noch einmal alle Investitionen zusammen und stellte dabei fest, dass ein Gelderfordernis von 1,941.659.00,- Schilling anstehen würde, aber nur eine Gelddeckung von 1,053.294.000,- Schilling vorhanden wäre. Die übrigen 888,401.000,- Schilling wurden beim Gemeinderat durch

eine Sperre von Posten des Investitionsplanes in der Höhe von S 138.401.000,-- [ermöglicht]. Der verbleibende Fehlbetrag von S 750.000.000,-- soll durch Anleihen bzw. Kreditaufnahmen in gleicher Höhe gedeckt werden.²⁴⁶

²⁴³ Wiener Stadtwerke Generaldirektion, Wirtschaftsplan 1971.

²⁴⁴ Ebenda.

²⁴⁵ Ebenda.

²⁴⁶ Ebenda.

<i>Ordentliche Investitionen</i>	<i>Gelderfordernis</i>
<i>Ausbau der Kraftwerke Simmering und der Wasserkraftwerke</i>	22,84
<i>Umspann- und Unterwerke</i>	55,95
<i>Leitungsnetze</i>	195,58
<i>Energieversorgung der Verkehrsbetriebe</i>	10,20
<i>Ortsnetze</i>	47,10
<i>Kundendienst</i>	36,49
<i>Sonstiges</i>	10,40
Summe der ordentlichen Investitionen	378,56
<i>Außerordentliche Investitionen</i>	
<i>Kraftwerk Simmering</i>	32,30
<i>Kraftwerk Donaustadt</i>	224,00
<i>Umspann- und Unterwerke</i>	109,99
<i>Leitungsnetze</i>	64,20
<i>Sonstiges</i>	0,20
Summe der außerordentlichen Investitionen	430,69
Gesamtsumme der Investitionen	809,25

Investitionen Elektrizitätswerke, Angaben in Mio Schilling²⁴⁷

<i>Ordentliche Investitionen</i>	<i>Gelderfordernis</i>
<i>Werk Simmering</i>	4,9
<i>Werk Leopoldau</i>	2,3
<i>Straßenrohrnetz</i>	9,5
<i>Gaszähler und Gaszählerverbindungen</i>	28,0
<i>Betriebsgeräte, Einrichtungsgegenstände</i>	1,4
Summe der ordentlichen Investitionen	46,1
<i>Außerordentliche Investitionen</i>	
<i>Werk Simmering</i>	1,1
<i>Werk Leopoldau</i>	13,9
<i>Straßenrohrnetz</i>	93,3
Summe der außerordentlichen Investitionen	108,3
Gesamtsumme der Investitionen	154,4

Investitionen Gaswerke, Angaben in Mio Schilling²⁴⁸

²⁴⁷ Vgl. Wiener Stadtwerke Generaldirektion, Wirtschaftsplan 1971.

²⁴⁸ Vgl. Ebenda.

Mit Ende der 1970er Jahre wurde ein Logo oder, wie es damals genannt wurde, Firmenzeichen für die *Wiener Stadtwerke* entworfen.

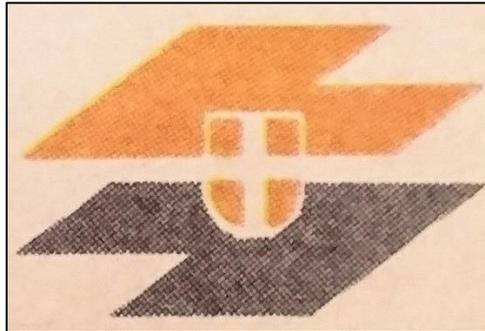


Abbildung 26: Das neue Logo der Wiener Stadtwerke

Das dynamische Logo sollte die verschiedenen Geschäftsbereiche der *Wiener Stadtwerke* darstellen. Der obere Teil symbolisierte einen Stromabnehmer der Verkehrsbetriebe, die orangene Farbe stand für Erdgas, die Form eines Blitzes des unteren Teiles stand für Elektrizität und die graue Farbe für die Bestattung Wien.²⁴⁹

Neben dem neuen Logo wurde 1977 ein neues Kundenmagazin kreiert. Es lautete *24 Stunden für Wien – Wiener Stadtwerke-Magazin* (heute: *24h Energie! – das Energiemagazin der Wiener Stadtwerke*). Darin wurden dem Kundenkreis aus allen Bereichen der *Wiener Stadtwerke* Neuigkeiten nahegebracht. Außerdem wurde das Magazin benutzt, um mit Kunden kommunizieren zu können. So konnte man etwa neue Tarife veröffentlichen, Veranstaltungen bekanntgeben, aber auch beispielsweise Hinweise auf korrektes Verhalten in öffentlichen Verkehrsmitteln weitergeben. Die Abbildung unten zeigt das Coverbild der Erstaussgabe.

²⁴⁹ Vgl. *Wussten Sie schon...* In: *24 Stunden für Wien*. Nr. 2, 1977. S. 11.



Abbildung 27: Die Erstaufgabe des neuen Kundenmagazins

8 Die Heizbetriebe Wien



Begonnen hatte alles im Jahr 1958 im Wiener Gemeinderat mit einem Grundsatzbeschluss: Alle zukünftig errichteten, kommunalen Wohnbauten sollten bereits standardmäßig mit Zentralheizungen ausgestattet sein.²⁵⁰ Im Laufe der Zeit, genauer gesagt, in den späten 60er Jahren, bemerkte man, dass der Wärmebedarf der Wienerinnen und Wiener vor allem in den kalten Wintermonaten enorm gestiegen war. Deswegen beantragte die Magistratsabteilung 5 am 18. September 1968 beim Gemeindevausschuss II, beim Stadtsenat und beim Gemeinderat die Gründung einer Wärmeversorgungsgesellschaft:

Wie sehr der Kapitalbedarf für die Wärmeversorgung seit einigen Jahren zugenommen hat, zeigt sich auch an der starken Aufwärtsentwicklung der Investitionskosten der Stadt Wien auf diesem Sektor. Während dieser Aufwand im Jahre 1964 noch 10,0 Mio S, 1965 12,0 Mio S und 1966 22,0 Mio S betrug, schnellte er im Jahre 1967 auf 142,0 Mio S und wird im heurigen Jahr mit ca. 251,0 Mio S eine einstweilige Rekordhöhe erreichen. Infolge der Notwendigkeit, in den nächsten Jahren, vor allem das Fernwärmewerk Spittelau zu vollenden, die Kapazität des Heizwerkes Kagran wegen der in dessen Versorgungsbereich geplanten Neubauten wesentlich auszuweiten sowie die Wärmeversorgung in den Neubaugebieten des Wiener Südraumes, wie im Bereich der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost sicherzustellen, wird in naher Zukunft ein noch höherer Investitionsbedarf gegeben sein, dessen volle Bedeckung aus Budgetmitteln, die auf anderen Teilgebieten des Budgets zu bedeckenden, kommunalen Aufgaben ansatzmäßig schmälern würde.²⁵¹

Schließlich kommt man auf Grund eben zitiertes Folgerungen zu der Ansicht, dass

zur Erreichung einer wirtschaftlichen und organisatorischen Verselbstständigung sich vor allem der Weg der Schaffung einer eigenen juristischen Person in Form einer Kapitalgesellschaft anbietet.²⁵²

²⁵⁰ Vgl. Horny 1987. S. 210.

²⁵¹ Jancik 1994. S. 10.

²⁵² Ebenda. S. 10.

Die Gemeinderatsitzung vom 26. Oktober 1968 erhob diesen Vorschlag zum Beschluss, der Notariatsakt zur Gründung der *Heizbetriebe Wien* (HBW) erfolgte am 22. Jänner 1969. Seit der Gründung waren die HBW eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, also eine Kapitalgesellschaft und eine juristische Person. Das Vermögen war getrennt von jenem des Gesellschafters (also der Stadt Wien, welche die einzige Gesellschafterin ist). Geplant wurde nun in der Spittelau ein Fernheizwerk, welches den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und die angrenzenden Bezirke mit Wärme versorgen sollte. Miteingeplant war auch das Konzept einer Müllverbrennungsanlage.



Abbildung 28: Bilder der Baustelle der neuen MVA Spittelau 1969

Allerdings ist das Spittelauer Werk, so bekannt es heute auch ist, nicht die erste Müllverbrennungsanlage Wiens, denn es gab bereits seit 1963 die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. Mit ihr wurden die Baumgartner Höhe, das Wilhelminenspital und die Zentralwäscherei beheizt.²⁵³ Mit dem 22. Jänner 1969 wurde auch die erste Gesellschafterversammlung einberufen, bei welcher der erste Geschäftsführer, Dipl.-Ing. Franz Swaty, ernannt wurde. Dieser hatte in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 32 (Haustechnik) schon viel an Vorarbeiten zu einer zukünftigen Fernwärmeversorgung in Wien geleistet.²⁵⁴ Ein Jahr später, am 15. Oktober 1969, wurde es notwendig, einen zweiten Geschäftsführer einzustellen. Diesen Posten bekam Dkfm. Dr. Ernst Kraus. Es wurden zwei Agenden geschaffen, die technische und die kaufmännische. Ernst Kraus war für den kaufmännischen Aspekt zuständig, Franz Swaty für den technischen.²⁵⁵ Die beiden Geschäftsführer blieben bis zum Sommer 1974 im Dienst. Dann kam zu einem Wechsel, da der kaufmännische Geschäftsführer in die neu gegründete *Wien Holding* wechselte, der technische Geschäftsführer kehrte in die MA 32 zurück. An ihrer Stelle trugen nun als technischer Geschäftsführer Dkfm. Ing. Gerhard Decombe und als kaufmännischer Geschäftsführer Dr. Bruno Jancik die Verantwortung.²⁵⁶

<i>Geschäftsführer der Heizbetriebe Wien bzw. Fernwärme Wien bis zur Umorganisation 2013²⁵⁷</i>			
<i>Kaufmännischer Geschäftsführer</i>		<i>Technischer Geschäftsführer</i>	
<i>Name</i>	<i>Jahre</i>	<i>Name</i>	<i>Jahre</i>
Direktor Dipl.-Ing. Franz Swaty	1969-1970	Direktor Dipl.-Ing. Michael Nebel	1970-1974
Generaldirektor Dkfm. Dr. Ernst Kraus	1970-1974	Direktor Ing. Dkfm. Gerhard Decombe	1974-1975
Direktor Dr. Bruno Jancik	1974-1990	Direktor Dipl. Ing. Anton Wischinka	1980-2004
Direktor Dr. Erich Haider	1990-2009	Direktor Ing. Franz Schindelar	2004-2008
Direktor Mag. Thomas Irschik	2009-2013	Direktor Dipl.-Ing. Gerhard Fida	2008-2013

²⁵³ Vgl. Horny 1987. S. 210f.

²⁵⁴ Vgl. Jancik 1994. S. 11.

²⁵⁵ Vgl. ebenda. S. 14.

²⁵⁶ Vgl. ebenda. S. 45.

²⁵⁷ Hoffelner 2009. S. 32.

Als ein Problem stellte sich die Höhe des Stammkapitals heraus: Es betrug laut Gesellschaftsvertrag nur S 100.000,-. So wurde vom Gemeinderat veranlasst, dass neben der Gründung der HBW auch eine Kapitalerhöhung um 120,0 Mio S erfolgte. Man konnte also mit einem Stammkapital von 120,1 Mio S starten. Am 14. Mai 1970 gab es eine weitere Aufstockung auf 250,0 Mio S.²⁵⁸ Unterstützt wurden die HBW in den Anfangsjahren außerdem von der MA 32, sie war die einzige Anlaufstelle für Wissen, wenn es um Fernwärme ging. Ansonsten hatte noch kein anderer Betrieb oder eine andere Gesellschaft Erfahrung auf diesem Gebiet sammeln können. Das erste HBW-eigene Blockheizwerk, das Werk Süd, wurde unter Mithilfe jener Magistratsabteilung errichtet. Es diente zur Wärmeversorgung der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost.²⁵⁹ Die Fertigstellung des Blockheizwerks wurde am 6. September 1969 erreicht, die Kapazität betrug 46,5 MW, die Fernwärmeleitung hatte eine Länge von 3,5 km und konnte die gesamte Siedlung-Ost versorgen.²⁶⁰ Der Netzausbau schritt mit den Jahren voran, man erreichte 1978 50.000 Wohnungen, 1989 bereits 93.000. Das Leitungsnetz hatte nun schon eine Länge von mehr als 300 km. Neben Wohnungen bediente man auch 1.600 Großobjekte, darunter 74 öffentliche Gebäude, wie etwa die Hofburg oder das Parlament, 250 Schulen und Kindergärten, 22 Theater und Museen, 38 Bäder, 36 Spitäler, 63 Hotels und Restaurants, 154 Banken und Sparkassen und 417 Industrie- und Gewerbebetriebe. Im Jahr 1991 kam man schließlich auf 107.000 Wohnungen und über 2.300 Großabnehmer.²⁶¹

Organisatorisch wurde festgelegt, dass das Wirtschaftsjahr gebrochen geführt wird, damit jede Heizperiode in ein einzelnes Wirtschaftsjahr fällt. Würde man nach dem Kalenderjahr gehen, so müsste man mit dem 31.12. jeden Jahres eine Ablesung durchführen und nach dem Ende der jeweiligen Heizperiode eine zweite Ablesung durchführen. Mit dem gebrochenen Wirtschaftsjahr fällt die Ablesung am 31.12. aus, die Rechnung für das Beheizen wird also zusammengefasst.²⁶²

Für eine funktionierende Energiewirtschaft war es vonnöten, ein Energiekonzept zu erstellen. Man betraute im Jahr 1976 also die *Wiener Stadtwerke* mit der Aufgabe „Grundlagen für ein Energiekonzept der Stadt Wien“ zu entwerfen. Optimiert werden sollen durch dieses Konzept die Koordinierung der leitungsgebundenen Energieträger Strom, Gas und Fernwärme, insbesondere bei der Festlegung von Umfang und Ausmaß der Versorgungsaufgaben, der Abgrenzung der Versorgungsbereiche zueinander, der optimalen Ausschöpfung der Versorgungsmöglichkeiten und der Ausbau der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen. Durch die Erdölkrise kam

²⁵⁸ Vgl. Jancik 1994. S. 16.

²⁵⁹ Vgl. ebenda. S. 11.

²⁶⁰ Vgl. ebenda. S. 14.

²⁶¹ Vgl. Czeike 1994. S. 130.

²⁶² Vgl. Jancik 1994. S. 12.

erschwerend hinzu, dass der nun teurere Import rationeller eingesetzt werden musste – sowohl beim Einsatz in Umwandlungsprozessen als auch beim Endverbraucher. Verantwortlich für das Energiekonzept war der *Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung* (AKE) Er bestand aus einzelnen Mitgliedern aller inkludierten Unternehmen (also den HBW sowie den WStW-EW und WStW-GW) und wurde von der Generaldirektion der *Wiener Stadtwerke* geleitet.²⁶³

Eine Zäsur brachte das Jahr 1983 für die HBW. Da in den Gemeindeunternehmungen durch Gaswerke und Verkehrsbetriebe Defizite entstanden (die bereits durch Gewinne der Elektrizitätswerke versucht wurden, aufzufangen), wollte man nun auch die HBW in die Wiener Stadtwerke eingliedern, um das Defizit auszugleichen:

Im Wiener Rathaus fliegen wieder einmal die „Hackeln“! Ziel ist zur Zeit das Kreuz des frischgebackenen Verkehr-Energie-Stadtrates Johann Hatzl. [...] Stein des Anstoßes sind die Heizbetriebe Wien. Wie berichtet, soll dieses gewinnbringende, mit niedrigstmöglichem Personalaufwand arbeitende Unternehmen aus der privatwirtschaftlich orientierten Gemeindeholding in die defizitären Stadtwerke (Ressortchef Hatzl) übersiedelt werden.
Das hat – SP-intern – viel böses Blut gemacht. Die Quintessenz der Befürchtungen: Jetzt drohe den Heizbetrieben das Schicksal der E-Werke, die mit ihren Gewinnen Tramway und Gaswerke subventionieren.²⁶⁴

So kritisch dieser Zeitungsbericht auch war, er änderte nichts an dem Vorhaben der Stadt Wien, die HBW wurden somit das fünfte Teilunternehmen der *Wiener Stadtwerke* und konnte so einen Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben der städtischen Unternehmungen unterstützen.



Organigramm der Wiener Stadtwerke 1983

²⁶³ Vgl. Eisnecker 1976. S. 215f.

²⁶⁴ *Gerüchte-Krieg um Wiener Energiezukunft*. In: Jancik 1994. S. 90.

Neben dem bereits erwähnten Blockheizwerk gab es schon seit längerem ein weiteres in Kagran. Dieses sollte nun eine Aufrüstung erfahren, da es bereits an der Grenze seiner Kapazität arbeitete. Neben dem neuen Kessel, der eine Leistung von 104,5 MW erreichte, wurde auch eine neue Fernwärmeleitung für die Wohnhausanlage Quadenstraße errichtet.²⁶⁵

Für das Dianabad stellte man extra ein provisorisches Kesselhaus auf, welches zwar architektonisch überhaupt nicht in das Stadtbild passte, dafür den HBW aber einen neuen Kunden verschaffte.²⁶⁶

Neben den oben erwähnten Eigenanlagen teilte die Magistratsabteilung 52 (die damalige städtische Wohnhäuserverwaltung), den HBW sämtliche bisher zur MA 52 zugehörige 14 Anlagen zu.²⁶⁷ Aus anderen Beständen des Magistrates kamen außerdem noch 27 km Fernwärmeleitungen, fünf Blockheizwerke und 17 kleinere Hauszentralen. Mit diesem Erzeugungspotential konnte man bereits etwa 13.000 Wohnungen und ein paar Großobjekte versorgen.²⁶⁸

Die Tarife für die Heizung wollte man von Anfang an durch die Preisbehörde festsetzen lassen, da sonst der Vorwurf zu hoher Tarife entstehen könnte. Diese Festsetzung erfolgte freiwillig, weil es noch gar kein Modell für die Fernwärme gab. Dieses erfolgte erst mit dem Bundesgesetzblatt 1976:

Für Sachgüter und Leistungen, die in der Anlage zu diesem Bundesgesetz bezeichnet sind, können nach Maßgabe des § 2 volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise und Entgelte bestimmt werden. Dies gilt auch für Sachgüter, für die Lenkungs- oder Bewirtschaftungsmaßnahmen gemäß den jeweils geltenden Vorschriften getroffen werden, für die Dauer dieser Lenkungs- oder Bewirtschaftungsmaßnahmen.²⁶⁹

Die erwähnte Anlage beinhaltet unter Punkt 7

Energieförderungen jeder Art und damit im Zusammenhang stehende Nebenleistungen.²⁷⁰

Der erste festgesetzte Preis durch dieses Gesetz betrug mit 1. September 1972 249,25 S/MWh.²⁷¹

Die Verlegung des Fernwärmenetzes bereitete unterdessen Schwierigkeiten. Man wollte sich primär auf die Herstellung eines Fernwärmeringes um die Wiener Innenstadt konzentrieren. Dies brachte Probleme mit sich, da es sich um dicht verbautes Gebiet handelte, welches nicht immer sofort zugänglich war. Auch der Individualverkehr erschwerte die Rohrlegungen. Es

²⁶⁵ Vgl. Jancik 1994. S. 14.

²⁶⁶ Vgl. ebenda. S. 14.

²⁶⁷ Vgl. ebenda. S. 15.

²⁶⁸ Vgl. Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. 1992. S. 479.

²⁶⁹ PreisG BGBl 1976/260

²⁷⁰ PreisG BGBl 1976/260

²⁷¹ Jancik 1994. S. 32.

kam zu Bauverlangsamungen. Begonnen wurde mit der Rohlegung im Geschäftsjahr 1972/73, die Fertigstellung des Fernwärmeringes erfolgte erst im Geschäftsjahr 1977/78.²⁷² An diesen Fernwärmering wurden im Laufe der Zeit elf Erzeugungsanlagen angeschlossen, Vorteil daran war, dass, wenn eine Anlage ausfallen sollte, eine andere dafür einspringen konnte. In der Regel wurde immer ressourcenoptimiert produziert. Jede Anlage hatte also für ihr Versorgungsgebiet ein gewisses Kontingent zu erfüllen.²⁷³

Im Geschäftsjahr 1974/75 wurden Beschwerden der Wärmebezieher an die HBW gerichtet. Eine bevorstehende Heizkostenerhöhung zur Kostendeckung wurde bereits zuerkannt, mit 11. Jänner 1974 trat sie in Kraft. Zu dieser Erhöhung muss angemerkt werden, dass Heizkosten bzw. Tarife der Unternehmungen der Stadt Wien möglichst günstig für den Kunden ausgelegt waren. Nun gab es durch die notwendige Erhöhung zwecks Kostendeckung einen sprunghaften Anstieg, der die Kunden dazu veranlasste, zu protestieren, da sie eine solche Erhöhung aus der Vergangenheit nicht gewohnt waren. Schlagzeilen, wie *Fernkostenexplosion: Gemeinde selbst trägt die volle Verantwortung* oder *Proteststurm gegen Heizkostenwucher* waren in den Zeitungen zu lesen. Da die HBW keine andere Möglichkeit sahen, als die Preiserhöhung durchzuführen, um die Selbstkosten decken zu können, blieben sie bei diesem Vorhaben und der Protest wurde zwar zur Kenntnis genommen, änderte aber nichts an der Sache.

Was bringt Fernwärme eigentlich mit sich? Laut einer Veröffentlichung der *Heizbetriebe Wien* aus dem Jahr 1980 nur Vorteile:

Umweltschutz: Durch die geregelte und ständig überwachte Verbrennung in größeren Anlagen liegt der Brennstoffeinsatz, selbst unter Berücksichtigung der Wärmeverluste des Verteilnetzes, unter dem von Einzelfeuerungen und kleinen, aber auch größeren Heizzentralen. Die bei jeder Verbrennung entstehenden Schadstoffe CO₂, SO₂, NO_x und andere, sind daher in Großanlagen geringer und werden noch dazu über hohe Schornsteine in Höhen größerer Luftbewegung emittiert, so daß eine starke Verdünnung dieser schädlichen Abgase erfolgt. Die Immissionen sind daher weit geringer als bei der Einzelofenheizung oder der Hauszentrale, welche die Rauchgase knapp über dem Dach ausstoßen. Bei der Heizung mit festen Brennstoffen sorgen Elektrofilter oder Zyklone in Großanlagen für einen über 99%igen Abscheidegrad der im Rauchgas enthaltenen festen Stoffe Ruß und Staub.²⁷⁴

Neben dem Umweltschutzaspekt wird außerdem erwähnt, dass Fernwärme der Bequemlichkeit dient. Fernwärme sei krisen- und versorgungssicher, da mehrere Energieträger eingesetzt würden. Sollte einer ausfallen, so seien die anderen immer noch vorhanden. Auch die Wirtschaft-

²⁷² Vgl. Jancik 1994. S. 33, 55.

²⁷³ Vgl. Hoffelner 2009. S. 86.

²⁷⁴ Wiener Heizbetriebe 1980. S. 2.

lichkeit wird als Vorteil angeführt: Durch die Kraft-Wärme-Kopplung könnten Kosten eingespart werden. Mit dieser Kopplung könne der Wirkungsgrad eines Kraftwerkes von 40% auf etwa 86% gesteigert werden, die Produktion von Wärme steige also bei gleichbleibendem Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig würde damit Strom und Wärme erzeugt.²⁷⁵ Der letzte Punkt der Aufzählung war die Verkehrsentlastung, die Fernwärme mit sich bringen würde: Weder müsse der Brennstoff an- noch die Asche und Schlacke abtransportiert werden, daher werde der innerstädtische Verkehr weniger belastet.²⁷⁶

Wie sich später im Text zeigen wird, ist nicht alles so abgelaufen, wie es diese Beschreibung erhoffen ließ. Insbesondere der Umweltschutzaspekt wurde von skeptischen Bürgern ganz und gar anders aufgenommen.

Eine Unterteilung der verschiedenen Werke wurde in der Publikation ebenfalls vorgenommen: Eine Heizzentrale, mit einer maximalen Leistung von 10 MW, versorgte entweder einzelne Gebäude oder Gebäudekomplexe. Die Blockheizwerke versorgten ganze Wohnsiedlungen, ihre Leistung betrug 10 bis 25 MW. Fernheizwerke brachten eine Leistung von 25 MW und waren für öffentliche, Gewerbe- oder Industriebauten zuständig.²⁷⁷

Mit 16. April 1994 wurde der Firmenname in *Fernwärme Wien GesmbH* umbenannt.²⁷⁸

²⁷⁵ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/channelId/-49066>, 10.6.2016, 11:07 Uhr.

²⁷⁶ Vgl. Wiener Heizbetriebe 1980. S. 2, 4.

²⁷⁷ Vgl. ebenda. S. 4.

²⁷⁸ Vgl. Jancik 1994. S. 170.

8.1 Fernheizkraftwerk & Müllverbrennungsanlage Spittelau

Fertiggestellt wurden der Bau des Spittelauer Fernheizwerkes und auch des Bürogebäudes im Jahr 1971. Es galt nun die Büros zu besiedeln und das Kraftwerk in Betrieb zu nehmen. Neben der „normalen“ Müllverbrennung (verbrannt wurde Hausmüll, Grob- und Sperrmüll, Spitalsmüll sowie Altöl und Abfallöle²⁷⁹⁾ wurde auch die Müllverbrennung unter Aufsicht angeboten. Diese nutzten vor allem Banken, die Post oder auch der Zoll, wenn es darum ging sensible Do-



Abbildung 29: Die MVA Spittelau zum Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme

kumente (oder etwa auch abnutzungsbedingt aus dem Verkehr gezogene Banknoten, Falschgeld bzw. Fehldrucke von Banknoten) zu vernichten. Das nicht alles in den Müllkessel gekippt werden konnte, zeigte sich, als man eine Ladung Kaugummi verbrennen sollte: Die Folge war, dass der Heizkessel verklebte und man einen ganzen Tag dafür verwenden musste, um ihn zu reinigen zu können.²⁸⁰ Einen ersten Meilenstein erreichte man am 14. April 1977. An diesem Datum wurde die millionste Tonne Müll verbrannt:

Im Fernheizwerk Spittelau der Heizbetriebe Wien wurde Montag die Millionste Tonne Müll seit Inbetriebnahme des Werkes im Sommer 1971 verbrannt. Mit dieser Menge könnte man eine Pyramide mit der Grundfläche von 200 mal 200 Meter - das ist wesentlich größer als das Areal des Praterstadions - und der doppelten Höhe des Stephansdoms aufschichten. Derzeit werden im Jahr in der Spittelau rund 200.000 Tonnen Müll verbrannt, der zum Großteil aus der kommunalen Müllabfuhr stammt, nur 5 Prozent des Mülls werden von Privaten angeliefert.²⁸¹

Zu einer kuriosen Episode einer völlig anderen Art kam es im Geschäftsjahr 1973/74: Ein früherer Dienstnehmer der HBW wurde bei der Polizei als abgängig gemeldet. Nun meldete sich eine Hellseherin, die behauptete, mit ihren übersinnlichen Kräften den Abgängigen im Müllbunker der Müllverbrennungsanlage gesehen zu haben. Da die Polizei jedem Hinweis nachgehen

²⁷⁹ Vgl. Information über das Fernwärmewerk Spittelau 1971. S. 3.

²⁸⁰ Vgl. Jancik 1994. S. 33.

²⁸¹ *Wärme, die aus Mistkübeln kam.* In: Jancik 1994. S. 56.

musste, begann sie den genannten Bunker nach Leichenteilen zu durchsuchen. Man wies darauf hin, dass bei der Betriebstemperatur von 1000°C nichts mehr von eventuellen Leichenteilen übrig sein könne. Dies stieß allerdings auf Unglauben. Die Polizei wollte zu Testzwecken ein 70 kg schweres Schwein verbrennen lassen, allerdings scheiterte dieses Vorhaben am Budget der Exekutive. Wie auch immer der Fall bei der Polizei weiter behandelt wurde, die HBW waren nicht weiter involviert.²⁸²

Im Geschäftsjahr 1980/81 kam es zu Beschwerden seitens der Anrainer rund um die Müllverbrennungsanlage, da man der Meinung war, dass eine massive Geruchsbelästigung von dem Fernheizwerk ausging:

WIEN. Seit Anfang der siebziger Jahre hat es – nach Darstellung der Heizbetriebe Wien – rund 200 Beschwerden über Geruchsbelästigung durch das Fernheizwerk Spittelau, vor allem aus dem Raum Döbling, gegeben. In einem Pressegespräch am Mittwoch bemühte sich die HBW-Direktion zu beweisen, daß alle die Beschwerdebriefe im Grund den falschen Adressaten hatten: „Man kann mit reinem Gewissen sagen, daß wir die von den Behörden auferlegten Emissionswerte nicht überschreiten.“²⁸³

Diese Gerüche wurden hartnäckig immer wieder der Spittelau zugeschrieben, allerdings war es in vielen Fällen fraglich, ob dies tatsächlich stimmte. Man wollte der Sache jedoch trotzdem auf den Grund gehen und startete die sogenannte Baldrianversuchsreihe: Es wurden im oberen Drittel des Hochkamins Düsen angebracht, die Valeriansäure in die Abgase des Heizwerkes beimischten.

Schon in den nächsten Tagen werden die Abgase des Fernheizwerkes Spittelau mit Baldrian „geimpft“, Der genaue Tag der Baldrian-Versuchsreihe, die nachweisen soll, daß das Fernheizwerk nicht schuld an den Umweltbelästigungen in den westlichen Bezirken Wiens ist, wird geheimgehalten. Grund dafür: Man will „objektive Reaktionen“ aus der Bevölkerung messen. Der Baldrian soll in den diversen Meßstellen auf feinsten Filtern den Anteil von den Spittelauer Abgasen festlegen. Alles, was übrig bleibt, stammt von anderen Verursachern. Das zumindest will man beweisen.²⁸⁴

Dieser Versuch wurde am 15. April 1981 gestartet, ohne die Bevölkerung darüber zu informieren. Erst im Nachhinein, am 16. und 17. April, wurde berichtet. Kaum war die Meldung veröffentlicht, kamen auch schon die ersten Berichte über Geruchswahrnehmungen. Diese stellten sich jedoch größtenteils als falsch heraus, da sie aus Teilen der Stadt kamen, die durch die Windrichtung des damaligen Tages die Emissionen der Müllverbrennungsanlage nicht abbekommen haben konnten. Mit einem zweiten Versuch wollte man weitere Daten erheben, diesmal wurde

²⁸² Vgl. Jancik 1994. S. 44f.

²⁸³ „Stinkendes Fernheizwerk“: *Beschwerden falsch adressiert?* In: Jancik 1994. S. 76.

²⁸⁴ *Baldrian für Fernheizung.* In: Jancik 1994. S. 78.

das Baldrian in der Brennkammer eingedüst. Das Ergebnis war ähnlich wie bei der ersten Versuchsreihe: Dadurch, dass man die Presse nicht informiert hatte, kamen auch keine Beschwerden über auffällige Gerüche. Man ging also davon aus, dass die Emissionen des Fernheizwerkes nicht im Zusammenhang mit der Geruchsbelästigung der Anrainer standen.²⁸⁵

Zu einer Katastrophe größeren Ausmaßes kam es am 15. Mai 1987: Ein Großbrand in der Müllverbrennungsanlage, hervorgerufen durch eine Explosion in der erst neu eingerichteten Rauchgaswaschanlage:

Zum Zeitpunkt des Brandausbruchs waren mehrere Arbeiter, die mit Verschraubungen an der Kesselanlage beschäftigt waren, wegen einer Arbeitspause nicht im Raum. Deshalb gibt es keine Angaben, wie das Feuer entstanden ist. „Brandstiftung ist auszuschließen“, erklärte Zilk. Der Schaden ist durch Versicherungen gedeckt. [...]

Die Müllverbrennungsanlage wird für längere Zeit außer Betrieb sein. Bürgermeister Zilk: „Vorsichtig optimistisch ausgedrückt, wird die Wiederherstellung der Baulichkeiten längstens in sechs Monaten beendet sein. Die „Rauchgaswäsche“ wird aber erste [sic!] etwa in zwei Jahren fertiggestellt sein.

Ob die Anlage bereits vorher wieder den Betrieb aufnimmt, könne derzeit noch nicht gesagt werden, erklärte Zilk. Der Schaden beträgt nach den ersten Schätzungen 500 Millionen S. Die Folgekosten würden aber, so Zilk, weitere beträchtliche Mittel verschlingen.²⁸⁶

Das Positive an diesem Brand war: Er fand am Ende der Heizperiode statt. Der erwähnte Wiederaufbau sollte alsbaldigst begonnen werden, schon am nächsten Tag wurden die Aufräumarbeiten gestartet. Die beiden Müllkessel der Anlage waren nur leicht beschädigt, sie hätten nach acht bis zehn Wo-



Abbildung 30: Die ausgebrannte MVA Spittelau

chen wieder in Betrieb genommen werden können, was aber wegen der fehlenden Rauchgaswaschanlage untersagt wurde.²⁸⁷ Man fand auch den Auslöser des Brandes:

Die Ursache des Millionenbrandes in der Müllverbrennungsanlage ist geklärt: Wie Oberrat Mag. Hans Peter Franz vom Wiener Sicherheitsbüro Mittwoch erklärte, wurde das Feuer durch einen 1000-Watt-Halogencheinwerfer ausgelöst, mit dem

²⁸⁵ Vgl. Jancik 1994. S. 78.

²⁸⁶ 500 Mill. S Schaden durch Großbrand. In: Jancik 1994. S. 121.

²⁸⁷ Vgl. Jancik 1994. S. 122.

zwei Mechaniker während ihrer Kontrollarbeiten an der Rauchgaswäsche hantiert hatten.²⁸⁸

Als Folge des Brandes entbrannte eine neue Diskussion über den Standort. Anrainer forderten eine neue Niederlassung, die weniger dicht bebaut war. Doch die Stadt Wien blieb bei ihrer Entscheidung, die Anlage an Ort und Stelle wiederaufzubauen:

Man ist sich des Wirkungsgrades der Rauchgaswäsche, mit der Wien Pionierarbeit geleistet hat, absolut sicher. Zwar mokiert sich sogar das Ausland über die Tatsache, daß jährlich 250.000 Tonnen Müll mitten im Stadtgebiet verbrannt werden, doch scheinen alle Messungen zu bestätigen: „Die Werte der Spittelau als Verursacher der Geruchsbelästigung in der Umgebung sind verschwindend klein“, sagt Wolfgang Krenn von der Magistratsabteilung Umweltschutz.

[...]

Aus wirtschaftlicher Sicht, aus der die Betreiber auch weitgehend argumentieren, würde ein Standortwechsel nur Nachteile bringen: „Längere Zufahrtswege für die Mülltransporte, Umstellung des Leitungsnetzes und eine Genehmigungszeit von mindestens acht Jahren“, sieht Bruno Jancik, Geschäftsführer der Heizbetriebe Wien, als betriebswirtschaftlich unvermeidbar an.²⁸⁹

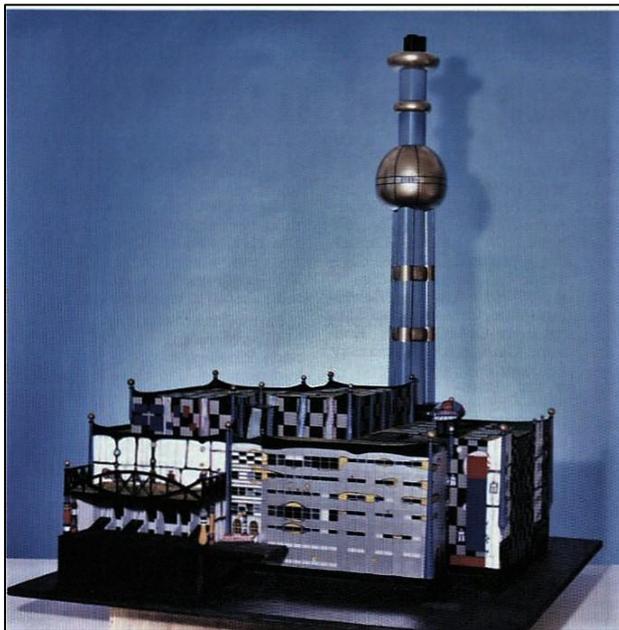


Abbildung 31: Modell der neu errichteten MVA Spittelau

wurde. Mit der Fassadengestaltung wollte der Künstler darstellen, wie ein Zweckbau auch im harmonischen Einklang mit Mensch, Natur (die Dachterrasse wurde begrünt) und wirtschaftlichen Zielen steht.²⁹⁰ Allerdings sorgte diese Fassade nicht bei allen für Begeisterung, selbst der Geschäftsführer war anfangs nicht restlos begeistert:

Was für die Spittelau im Zuge des Wiederaufbaues für eine wesentliche Steigerung ihres Bekanntheitsgrades über die Stadtgrenzen hinaus sorgte, war ihre neue Fassade. Sie wurde von Friedensreich Hundertwasser gestaltet und gab ihr das bis heute markante Aussehen, das sich nach dem Stil des Künstlers ausrichtet. Eine Bedingung hatte Hundertwasser allerdings: Er wollte, dass die MVA Spittelau eine Verbesserung bei den Schadstoffemissionen erfährt, dies war ein Mitgrund, warum die in diesem Kapitel viel zitierte Rauchgasanlage installiert

²⁸⁸ Scheinwerfer löste Feuer aus. In: Jancik 1994. S. 122.

²⁸⁹ Diskussion um den Standort unvermeidbar. In: Jancik 1994. S. 125.

²⁹⁰ Hoffelner 2009. S. 40.

Da das Kunstempfinden bekanntlich etwas subjektives [sic!] ist, gefiel mir das in der Folge erstellte Modell überhaupt nicht, aber ich muß zugeben, daß ich mich schon längst daran gewöhnt habe und ich mir die neu errichtete Spittelau gar nicht mehr anders vorstellen könnte.²⁹¹

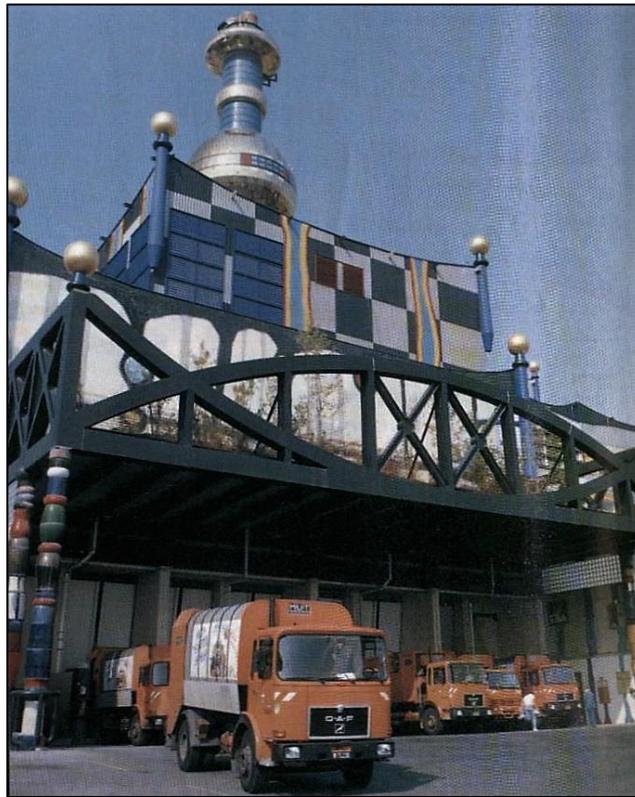


Abbildung 32: Die neue Einfahrt für Müllwägen

8.2 Müllverbrennungsanlage Flötzersteig

Neben der Spittelau soll in diesem Kapitel auch die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig ein kurzes Unterkapitel erhalten, da diese in der Geschichte der HBW ebenfalls eine größere Rolle spielte. Die Verbrennungseinheiten wurden im Jahre 1963 in Betrieb genommen. Seitdem stößt sich die Anrainerschaft immer wieder an der Anlage, da befürchtet wird, dass sich Gifte in die Emissionen der Anlage mischen könnten. Genauer gesagt handelt es sich um Dioxine²⁹², welche in diesem Zeitabschnitt auch in anderen Müllverbrennungsanlagen gefunden wurden.²⁹³ Man installierte daher 1985 eine Rauchgasreinigungsanlage, die die Gifte filtern sollte. Durch diese wurden die geforderten Grenzwerte allesamt eingehalten.²⁹⁴ Die Emissionen wurden zwischen den Jahren 1983 und 1986 enorm gesenkt: die PCDD Werte wurden um 99,3%, die PCDF Werte um 92,4% reduziert. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass ab diesem Zeitpunkt nur

²⁹¹ Jancik 1994. S. 140.

²⁹² Genau: Dibenzo-p-dioxine und Dibenzofurane (PCDD/PCDF)

²⁹³ Vgl. Löffler 1986. S. 1.

²⁹⁴ Vgl. ebenda. S. 3.

mehr 0,7% der Dioxine emittiert wurden.²⁹⁵ Diese 0,7% waren, wie auch in der zitierten Quelle beschrieben, zwar niedrig, aber dennoch weiter senkbar. Dies erwarteten sich die Anrainer auch weiterhin von den HBW und zeigten dies durch eindrucksvolle, aber ebenso riskante Demonstrationen:

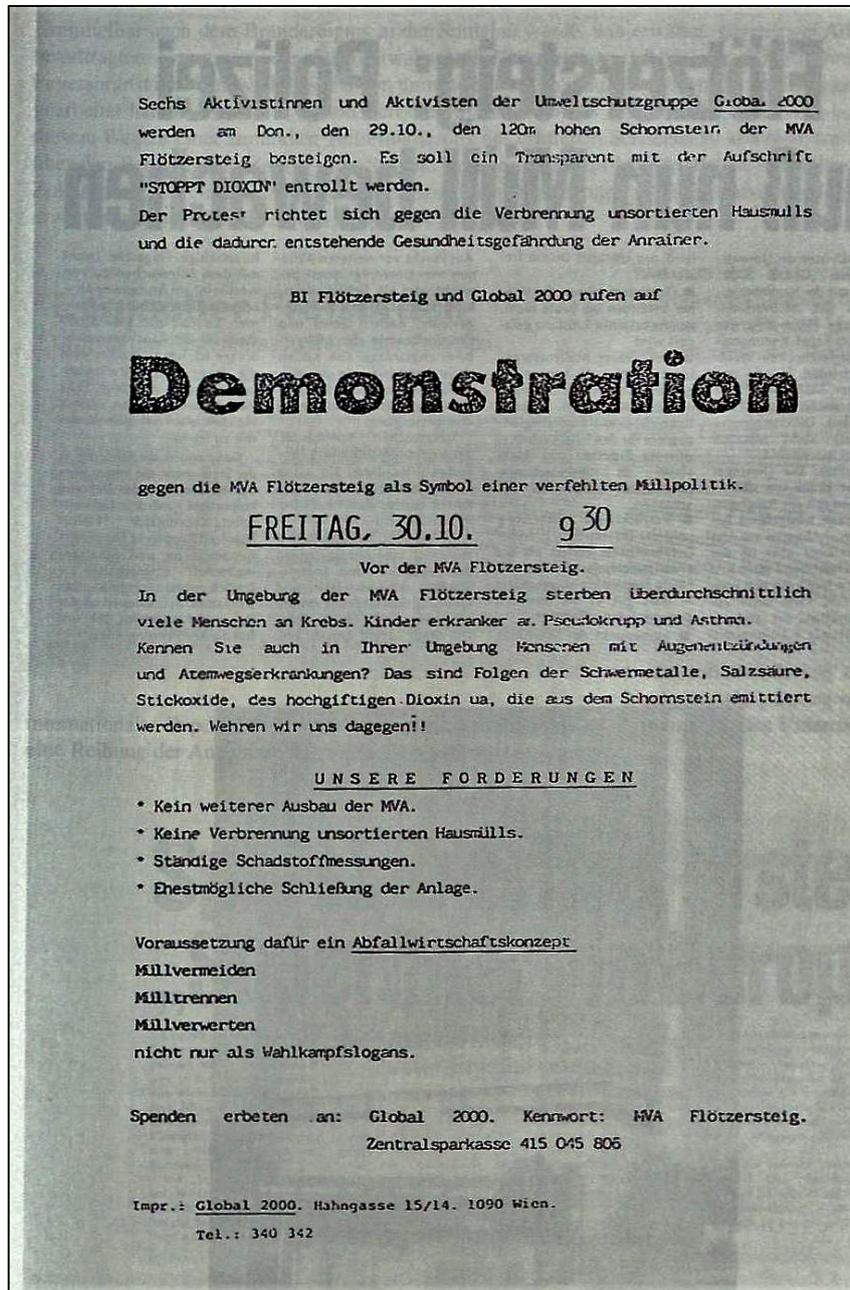


Abbildung 33: Aufruf zur Demonstration gegen die MVA Flötzersteig im Jahr 1987

Am Tag nach der Demonstration wurde über die Aktion auch in den Zeitungen berichtet, die Stadt Wien war bemüht, die Vorwürfe zu entkräften:

Wie ein Vertreter von „Global 2000“ mitteilte, hatten die fünf „Rauchfangkraxler“ die Bewachungsmannschaft der Anlage in den frühen Morgenstunden „überlistet“.

²⁹⁵ Vgl. Löffler 1986. S. 6.

Per Leiter ging es dann auf den 110 m hohen Schlot, um dort ein Transparent mit der Aufschrift „Stoppt Dioxin“ zu entrollen.

„Global 2000 protestiert damit gegen den trotz Rauchgaswaschanlage unverminderten Ausstoß der Ultragifte aus der Gruppe der Dioxine und Furane“, hieß es Donnerstag früh in einer Aussendung der Umweltschützer.

Der Sprecher präzisierte in einem Telefongespräch die Anliegen der Demonstranten. Die Müllpolitik der Gemeinde Wien sei verfehlt. Anstatt sich in der Abfallvermeidung zu engagieren, planten die Verantwortlichen große Summen in die Reparatur der Müllverbrennungsanlage in der Spittelau zu stecken. Außerdem fordere man Aufklärung darüber, wohin die Filterkuchen mit hochgiftigen Stoffen vom Flötzersteig gebracht werden.²⁹⁶

Im selben Zeitungsartikel erfolgte noch eine Antwort des Energiestadtrates:

„Bekanntlich funktioniere in der MVA Flötzersteig die Rauchgaswäsche optimal. Bezüglich der Dioxine kann auf Grund zuletzt durchgeführter Untersuchungen festgestellt werden, daß mit der Rauchgaswäsche die Emissionen um 99,3 Prozent gegenüber dem Jahr 1983 verringert wurden. Sollten auf Grund des technischen Fortschrittes weitere Verbesserungen möglich sein, so werden diese sofort durchgeführt“, so Hatzl.²⁹⁷

Die Folge war, dass eigenes Überwachungspersonal für die MVA Flötzersteig eingestellt werden musste, damit sich so ein Vorfall nicht wiederholen konnte. Tatsächlich konnte dieses Team bis dato weitere Vorfälle verhindern.

Der Grund für all die Aufregung um die MVA Flötzersteig lag in der intransparenten Handhabung der entstehenden Abfallprodukte. Außerhalb der Führungsriege der Stadt Wien wusste niemand, wohin der sogenannte Filterkuchen, der die Emissionen filterte und dadurch hochtoxisch wurde, abtransportiert wurde. Die Entsorgung wurde durch einen externen Dienstleister vorgenommen, die HBW hatten also die Verantwortung nur indirekt. Zu Schlagzeilen kam es, als die Organisation *Greenpeace* im Geschäftsjahr 1989/90 den Filterkuchen des Flötzersteiges in einer Halle in Simmering entdeckte:

Greenpeace hatte in der Simmeringer Haidestraße 1 in einer völlig ungesicherten Lagerhalle die giftigen Verbrennungsrückstände entdeckt. Die Umweltschutz-Organisation hatte Proben entnommen. Und jene untersucht. „Es handelt sich um extrem hohe Dioxinwerte“, teilte der Greenpeace-Chemiker Wolfgang Pekny Montag das Ergebnis mit. „In der Literatur wurde eine derart starke Kontamination mit Dioxinen und Furanen nicht gefunden.“

[...]

Inzwischen ist die Lagerhalle in Simmering allerdings wieder geräumt worden – wohin der Filterkuchen vom Flötzersteig nun gebracht wurde, ist unklar.²⁹⁸

²⁹⁶ *Demonstranten in 110 m Höhe*. In: Jancik 1994. S. 132.

²⁹⁷ Ebenda. S. 132.

²⁹⁸ *Filterkuchen aufgetaucht und wieder verschwunden*. In: Jancik 1994. S. 144.

Die HBW äußerten sich zu dieser Causa anders als *Greenpeace*: Soweit man vom Entsorger mitgeteilt bekommen hätte, würde die Lagerhalle als Umladestation für den Filterkuchen verwendet. Dieser wurde weiter nach England verschifft, wo er zur Auffüllung einer Schottergrube verwendet werden sollte, auf der war ein Golfplatz geplant war. Diese Tatsache sollte auch als Gegenargumentation für die Vorwürfe von Greenpeace stehen, denn nicht nur die Exportgenehmigung seitens Österreich, auch die Import- und örtliche Deponiegenehmigung von England war ohne weitere Probleme erlassen worden.²⁹⁹

Mit dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen wurden 1989 strenge Vorschriften für die HBW (und natürlich auch für andere Betreiber) erlassen:

Emissionen und Immissionen

§2. (1) Dampfkesselanlagen sind derart zu errichten, auszurüsten und zu betreiben, daß

- a) die nach dem Stand der Technik vermeidbaren Emissionen unterbleiben, und
- b) nicht vermeidbare Emissionen nach dem Stand der Technik rasch und wirksam so verteilt werden, daß die Immissionsbelastung der zu schützenden Güter [...] möglichst gering ist, und
- c) eine Gefährdung oder Belästigung [...] vermieden wird, und
- d) eine Belastung der Umwelt nach Maßgabe der hiezu erlassenen Durchführungsverordnungen vermieden wird. Belastungen der Umwelt sind solche nachteilige Einwirkungen, die geeignet sind, den Boden, den Pflanzenbestand oder den Tierbestand zu schädigen.

(2) Der Stand der Technik im Sinne dieses Bundesgesetzes ist der auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher technologischer Verfahren, Einrichtungen und Betriebsweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist. Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen.

(3) Die der Emissionsbegrenzung dienenden Einrichtungen, die Feuerungen und Brenner sowie deren Zubehör sind derart zu konstruieren, zu prüfen und einzubauen, daß ihre verlässliche Funktion gesichert ist.

(4) Die Höhe der Schornsteine ist unter Berücksichtigung des Standortes der Anlage, der meteorologischen und topographischen Bedingungen so festzulegen, daß einerseits nachteilige Einwirkungen auf die Nachbarn und andererseits eine Verschleppung der Emissionen in andere zu schützende Gebiete nach Möglichkeit vermieden werden.³⁰⁰

Die MVA Flötzersteig überschritt die vorgegebenen Grenzen (diese finden sich in der Anlage des zitierten Bundesgesetzblattes), daher musste man einen Umbau beantragen. Gegner der MVA sahen erneut eine Chance, die Anlage schließen zu lassen.

²⁹⁹ Vgl. Jancik 1994. S. 143.

³⁰⁰ LRG-K BGBl 1988/380

Im Geschäftsjahr 1991/92 kam es zum Umbau der MVA Flötzersteig, um dem gerade zitierten Luftreinhaltegesetz zu entsprechen. Bürgerinitiativen forderten allerdings Stilllegung statt Umbau. Mit einer 11.000 Unterschriften starken Sammlung wurde Stellung bezogen. Die HBW setzten daher auf Informationen, die den Protestierenden den Wind aus den Segeln nehmen sollten. Es wurde ein Informationsabend geplant, zu dem in den Zeitungen die interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen wurden. Das Ergebnis des Abends war ernüchternd:

Wer geglaubt hätte, daß in den westlichen Anrainerbezirken der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig eine hochkarätig besetzte Informationsveranstaltung über den umstrittenen Umbau des Müllofens von emotionalisierten Bürgern gestürmt wurde, sah sich Montag abend [sic!] belehrt: Trotz halbseitiger Einladungsinserate in KURIER und anderen Zeitungen verirrten sich knapp 70 Leute in den Ottakringer Albert-Sever-Saal. Der Bürger im klassischen Sinn war kaum vertreten. Die Mehrzahl der 70 Gäste rekrutierte sich aus Bediensteten der Heizbetriebe, Beamten, Journalisten und Grün-Aktivisten.³⁰¹

Für das Genehmigungsverfahren am 4. Februar 1992 musste ein Saal im Austria-Center angemietet werden, um genug Platz für die 11.000 Bürger, die Einspruch erhoben hatten, zu bieten. Auch hier war das Interesse sehr gering. Von den zu Beginn 1.500 Besuchern waren am Ende der Verhandlungen noch etwa 60 vorhanden. Der Umbau wurde beschlossen und durchgeführt.³⁰²

Die *Heizbetriebe Wien* hatten seit ihrer Gründung bis zu Umbenennung zu *Fernwärme Wien* drei Logos.



Abbildung 34: Das erste Logo mit stilisiertem Heizwerk samt Hochkamin

³⁰¹ Unbetitelter Zeitungsartikel. In: Jancik 1994. S. 158.

³⁰² Vgl. Jancik 1994. S. 158f.

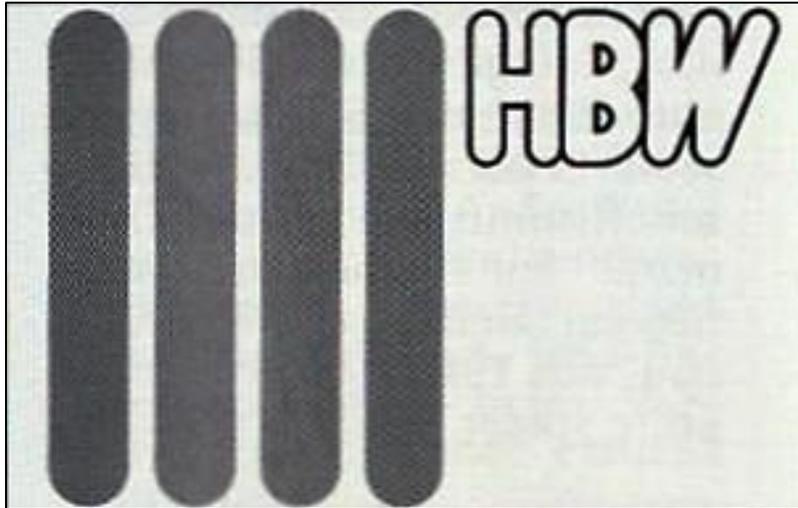


Abbildung 35: Um Assoziationen zu Emissionen mit dem Kamin zu vermeiden, kamen ab 1984 vier Radiatorrippen als Logo zum Einsatz

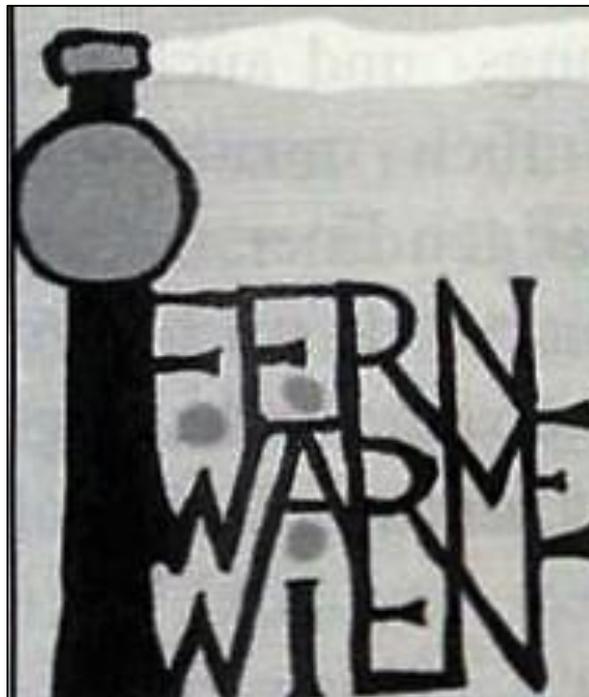


Abbildung 36: 1992 passte man das Logo dem neuen Design der MVA Spittelau an

Um Kunden besser informieren zu können, wurde im Jahr 1993 der Fernwärmebus ins Leben gerufen. Dieser wurde bei Informationstagen mobil eingesetzt. Der nachfolgende Bericht stellt diese Neuerung sowie das oben erwähnte Energiekonzept der Stadt Wien und die Inbetriebnahme des neuen Blockheizwerkes Simmering im Kundenmagazin der *Wiener Stadtwerke* vor.³⁰³

³⁰³ Fernwärme hat Vorrang. In: 24 Stunden für Wien. Nr. 102, 1993. S. 20.



Fernwärme hat Vorrang

Im Energiekonzept der Stadt Wien ist der Vorrang für Fernwärme festgeschrieben. Die Inbetriebnahme des neuen Blockheizkraftwerkes in Simmering ermöglicht ein herausforderndes Ausbauprogramm.



Der Fernwärmebus bringt Informationen direkt zu den Kunden

Hatten per Ende 1991 insgesamt 176 Wohnanlagen mit 40.908 Wohnungen, die vor 1967 errichtet wurden und keine Zentralheizung als Grundausstattung hatten, die Möglichkeit, mit Fernwärme zu heizen oder Warmwasser aufzubereiten, so soll dieses Angebot bis 1996 mehr als verdoppelt werden. Parallel dazu werden auch größte Anstrengungen unternommen, die Anschlussquote drastisch zu erhöhen.

Über die Möglichkeiten der Nachrüstung und den damit verbundenen Förderungen informieren die Heizbetriebe Wien in persönlichen Briefen, kommen mit dem Fernwärmebus direkt zu den Kunden, nehmen an zahlreichen Veranstaltungen teil (zuletzt am Donauinselfest) und informieren regelmäßig die Presse.

Wien hat durch die Forcierung umweltfreundlicher Technologien, wie zum Beispiel Fernwärme (gesamt werden

bereits über 110.000 Wohnungen mit Fernwärme beliefert), und durch die Zurückdrängung der Schadstoffverursacher Kohle, Heizöl und Koks eine Luftqualität erreicht, um die uns die ganze Welt beneidet. Langfristiges Ziel muß es jedoch sein, alle Schadstoffquellen soweit wie möglich auszuschalten, und das ohne Komfortverzicht für die Bürger.

Die Versorgung mit Fernwärme ist weitgehendst wartungsfrei, sauber und komfortabel und mittelfristig auch rentabler, als vergleichbare Heizungen und Warmwasseraufbereitungen. Für nähere Informationen steht Ihnen das Beratungszentrum der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H., Wien 20, Dresdner Straße 49, zur Verfügung. Unter der Info-Telefonnummer 313 26 DW 3501 erfahren Sie täglich von 8.00–16.30 Uhr alles Wissenswerte über Fernwärme und Förderungsmöglichkeiten.

ZU IHRER INFORMATION

BERATUNGSZENTRUM DER HEIZBETRIEBE

WIEN GES.M.B.H.

WIEN 20, DRESDNER STRASSE 49

INFO-TELEFONNUMMER: 313 26 DW 3501

TÄGLICH VON 8.00–16.30 UHR

9 Die Erdgasumstellung



Die ersten Erfahrungen mit Erdgas machte man in Wien bereits während des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1943, als man es benutzte, um das bisher verwendete Stadtgas aufzubessern.³⁰⁴ Damals lieferte die *Südostdeutsche Ferngas AG* das Gas nach Wien. Ab 1952 wurde neben dem bisher verwendeten Kohlengas auch Spaltgas eingesetzt und zugemischt. Das Problem daran war, dass das erzeugte Stadtgas einen Kohlenmonoxid-Gehalt von 10% hatte. Man musste also einen Weg finden, das Gas zu entgiften. Mit 24. April 1964 beschloss der Wiener Bürgermeister Franz Jonas, dass dies auch geschehen sollte. Damit kam man schnell von der klassischen Entgasung von Kohlen ab und suchte nach Alternativen, denn auch die Nebenprodukte der Kohlengaserzeugung waren nicht verwertbar. Somit produzierte man neben Stadtgas auch noch Müll. Es folgte, was kommen musste: Mit dem 11. Mai 1966 wurde das Werk Simmering, mit 28. April 1969 das Werk Leopoldau stillgelegt.³⁰⁵

In Wien veränderte sich in dieser Zeit auch die Benutzung des Gases: Wurde das Gas früher hauptsächlich zum Kochen und zur Warmwasseraufbereitung benutzt, so kam nun immer mehr die Gasheizung im Winter auf. Der gleichmäßige Verbrauch in der Stadt verlagerte sich also hin zu starken Heizperioden im Winter, die Spitzenwerte waren natürlich immer an Sonn- und Feiertagen gemessen worden. Einer dieser Tage verbrauchte die komplette Vorratsspeicherung eines Gasbehälters. Es war andererseits nur logisch, dass immer mehr Haushalte auf eine Gasheizung umstiegen, schließlich war diese leichter zu warten als ein Kamin oder Ofen, war sofort einsatzbereit, es wurden keine festen Brennstoffe, wie etwa Holz oder Kohle, benötigt und zu guter Letzt musste man auch keine Asche entsorgen. Dieser Umstand brachte mit sich, dass

³⁰⁴ Vgl. Ruck, Fell 2009. S. 494.

³⁰⁵ Vgl. Scholle 1978. S. 299f.

die *Wiener Stadtwerke – Gaswerke* für die immer wieder anfallenden Spitzen im Gasverbrauch neue und teure Erzeugungsanlagen errichten hätten müssen, was sich aber nicht rentiert hätte, da die Spitzenwerte nur ein- bis zweimal in der Woche auftraten. In einer Vorberechnung wurde klargestellt, dass ein Ausbau der Kohlenkraftwerke in keiner Form rentabel sein würde. Man würde bis in das Jahr 1986 brauchen, um die erforderlichen Ausbauten zu bewerkstelligen und dies bei einem Kostenfaktor von 4 Milliarden Schilling (1.896.560.000 Euro³⁰⁶).³⁰⁷ An allen anderen Tagen reichte die bisherige Produktion. Darüberhinaus ist aber noch ein anderes Faktum von großer Bedeutung, wenn es um die Frage geht, warum man denn nun Erdgas verwendete, nämlich der mehr als doppelt so hohe Brennwert des Erdgases im Vergleich zum Stadtgas. Dies bedeutet, dass bei der Verwendung von Erdgas nur mehr die Hälfte der Gasmenge transportiert werden musste, um denselben Wärmeeffekt zu erhalten. Oder anders ausgedrückt: Die Gasrohre waren nach der Umstellung doppelt so leistungsfähig wie vorher. Folglich musste bei einer Neuanschaffung eines Gasgerätes nicht auch die Gasleitung erneuert werden, um mehr Gas liefern zu können. Dies wurde dem Kunden als Kostenersparnis kommuniziert, viele konnten sich dadurch auch den Warmwasserbereiter leisten, da dieser nun keine Verstärkung der Leitung benötigte.³⁰⁸ Allein der geringere Gasverbrauch war natürlich auch für die Kunden von Vorteil, ein weiterer war jedoch, dass Kunden, die eine schwache Steigleitung hatten, nun mit der geringeren gelieferten Gasmenge mehr anfangen konnten.³⁰⁹ Hat man mit Stadtgas etwa bei Benützung einer Kocherflamme rund 0,5 m³ in der Stunde verbraucht, so konnte man diesen Wert mit Erdgas auf rund 0,24 m³ senken.³¹⁰ Als weiteren Vorteil sah man an, dass Erdgas nicht toxisch, wie Stadtgas, war. Zu Zeiten des Stadtgases war die Todesursache Gas keine Seltenheit, seitdem man ab 1965 auch das Spaltgas entgiften konnte, passierten Unfälle mit Gas immer seltener. Auch unter Mördern und Selbstmördern war dies eine oft genutzte „Mordwaffe“. „Das Gas aufdrehen“ wurde zu einem Synonym für einen Selbstmord. Freilich mussten die Stadtwerke auch mitteilen, dass das Erdgas zwar ungiftig, aber dennoch zum Erstickungstod führen konnte. Man gab von Anfang an bekannt, dass eine Wartung der Gasgeräte unbedingt regelmäßig erforderlich sei. Nach der Umstellung dachte man an, eine verpflichtende Überprüfung der Gasgeräte im Haushalt per Landesgesetz zu verfügen.³¹¹ Ein letzter, wahrscheinlich aber der interessanteste Vorteil für die Erdgasbezieher war der Tarif: Der Preis betrug 1,96 S

³⁰⁶ Die Eurobeträge wurden mit dem Inflationscockpit der Österreichischen Nationalbank berechnet.

<https://www.oenb.at/docroot/inflationscockpit/waehrungsrechner.html>

³⁰⁷ Vgl. Scholle 1978. S. 303.

³⁰⁸ Vgl. Erdgas für Wien 1970. S. 32.

³⁰⁹ Vgl. Scholle 1978. S. 300f.

³¹⁰ Vgl. Erdgas für Wien 1970. S. 32.

³¹¹ Vgl. Gerlich 1979. S. 8.

pro m³, was einer genauen Umrechnung des für Stadtgas festgesetzten Preises (4.600 kcal/m³ Heizwert des Stadtgases und 9.600 kcal/m³ Heizwert des Erdgases kosteten jeweils 0,94 S/m³) entsprach. Mit dem neu eingeführten Wert Mcal (1 Mcal = 1.000 kcal) kam man sowohl bei Stadtgas als auch bei Erdgas auf den gleichen Wert: 20,43 Groschen pro Mcal.³¹² Die *Wiener Stadtwerke – Gaswerke* warben damit, dass der Gaspreis seit 1951 unverändert geblieben war, was,

gemessen an der sonstigen Preisentwicklung in der Wirtschaft, sicherlich eine besondere Leistung³¹³

war.

9.1 Vorbereitungen auf die Umstellung

Die Umstellung wurde in drei Phasen gegliedert:

- A. Vorbereitung in wirtschaftlich-kaufmännischer, juristischer und organisatorischer Hinsicht durch die Gaswerke.
- B. Vorbereitung in technischer Hinsicht durch die Gaswerke und das Umstellunternehmen.
- C. Umbau der Gasgeräte und Nachpflege nach erfolgter Umstellung durch das UU [Umstellunternehmen] in enger Abstimmung mit den Gaswerken und den Kunden.³¹⁴

In einer Hochrechnung, in der man als Quelle die Kundenkartei der *Wiener Stadtwerke – Gaswerke* benutzte, konnte man sich einen ersten Überblick verschaffen, wie viele Geräte wahrscheinlich nicht bzw. umbauwürdig waren (in der Tabelle befindet sich auch schon der tatsächliche Stand vom Ende der Umstellung 1977):³¹⁵

	<i>Umbauwürdig</i>		<i>Nicht umbauwürdig</i>	
	<i>Hochrechnung</i>	<i>Tats. Stand Ende 1977</i>	<i>Hochrechnung</i>	<i>Tats. Stand Ende 1977</i>
<i>Gasherde</i>	66,5%	62,5%	33,5%	37,5%
<i>Kleinwasserherde</i>	67,5%	81,5%	32,5%	18,5%
<i>Großwasserherde</i>	77,4%	79,1%	22,6%	20,9%
<i>Heizöfen</i>	67,3%	81,2%	32,7%	18,8%

Hochrechnung und tatsächlicher Stand von Gasgeräten in Wien in Prozent

³¹² Vgl. Erdgas für Wien 1970. S. 32.

³¹³ Erdgas für Wien 1970. S. 32.

³¹⁴ ebenda. S. 44.

³¹⁵ Scholle 1978. S. 303.

Auf Basis dieser Hochrechnung stellte man ein Offert in zwei Fachzeitschriften mit Einreichungsschluss vom 15. Mai 1969 aus, welches nach einer Firma suchte, die diesen Auftrag übernehmen konnte. Insgesamt bewarben sich 16 Firmen, allerdings waren nur drei darunter, deren Einreichung auch Vollständigkeit und somit Gültigkeit besaß. Das Offert wurde von Franz Nekula, der seit 9. Juni 1969 Amtsführender Stadtrat der Geschäftsgruppe XIV „Städtische Unternehmungen“ war, neu ausgeschrieben.

Wiener Stadtwerke – Gaswerke

Öffentliche Ausschreibung

Öffentliche Ausschreibung der Erdgasumstellung in Wien. Die Wiener Stadtwerke – Gaswerke beabsichtigen, im Laufe der nächsten Jahre schrittweise die Gasversorgung Wiens von Stadtgas auf Erdgas umzustellen.

Umstellfirmen, oder auch andere Unternehmen mit einschlägiger Erfahrung und ausreichendem Betriebsumfang werden eingeladen, ihre Vorschläge und Angebote zu unterbreiten.

Leistungsverzeichnisse sind gegen eine Gebühr von 500 S in der Direktion der Wiener Stadtwerke – Gaswerke, 8, Josefstädter Straße 10-12, Abteilung II/E, Zimmer 313, zu beheben.

Termin: Die Angebote sind bis längstens 14. August 1969, 15 Uhr, in der Direktion der Wiener Stadtwerke – Gaswerke, 8, Josefstädter Straße 10-12, Abteilung II/E, Zimmer 313, einzureichen.³¹⁶

Als Begründung für die Neuausschreibung wurde die Beschwerde der Installateurinnung angegeben, die meinte, dass die Einreichfrist zu knapp gehalten wurde. Der neue Abgabetermin war nun der 14. August 1969. Von den diesmal 27 interessierten Firmen reichten schlussendlich vier ihr Angebot ein: *Intererdgas*, *Integral*, *Kurz* und *Puhrer*. Den Umstellungsauftrag erhielt als Bestbieter die Firma *Integral*. Neben dem besten Angebot sprach für *Integral*, dass die Firma sich bereits bei *NIOGAS*, dem niederösterreichischen Erdgasversorger, über Techniken zur Umstellung informiert hatte.³¹⁷ Es wurde nur eine Firma für die gesamte Umstellung beauftragt, weil es organisatorisch viel aufwändiger gewesen wäre, mehrere Firmen aufeinander abzustimmen. Man hatte dies bereits in Deutschland beobachtet, dort hatten von 50 Städten 39 ebenfalls nur eine einzige Firma beauftragt.³¹⁸

Um der Wiener Bevölkerung nun den Kauf neuer Gasgeräte möglichst zu ersparen, wurde schon im Vorfeld der Umstellung eine Studie der *Wiener Stadtwerke – Gaswerke* an *Integral* in Auftrag gegeben. Diese Studie sollte herausfinden, welche Gasgeräte, die in den Wiener Haushalten verwendet wurden, für einen Umbau geeignet wären. Es musste also von den rund

³¹⁶ Öffentliche Ausschreibung. In: Stadt Wien. Offizielles Organ der Bundeshauptstadt.

³¹⁷ Vgl. Schlauer 1970. S. 228.

³¹⁸ Vgl. ebenda. S. 229.

1.100 verwendeten Geräten in Wien je ein Testmodell beschafft und die Umbausätze versuchsweise eingebaut und getestet werden.³¹⁹ Kategorisiert wurde nach Fabrikat, Baujahr, Type, Verwendung, Belastung und schließlich Umbauwürdigkeit. Die Aufgabe war gewaltig, es gab in Österreich mit Wien und seinen umliegenden Gemeinden, die auch an das Gasnetz angeschlossen waren, keine vergleichbare Stadt, in der derart viele Geräte katalogisiert werden mussten.³²⁰ Die Vielzahl der Geräte wurde schließlich durch Typenähnlichkeit und Variierung auf 48 Gasherde, ein Gasbackrohr, 39 Gaswasserheizer, zwei Warmwasserspeicher und 36 Gasöfen reduziert. Von diesen 136 Geräten wurden 20 bei der Prüfung als nicht umbauwürdig klassifiziert, viele weitere schieden schon bei den theoretischen Überlegungen aus und wurden ebenso als nicht umbauwürdig klassifiziert. Die Kosten dieser Überprüfung beliefen sich auf 1 Million Schilling, da zusätzlich eine Halle in Simmering als Lokalität für die Überprüfung angemietet werden musste. Da man bei der Überprüfung eine 100-prozentige Chance auf Sicherheit haben wollte, wurde für jeden Umbausatz ein eigenes Prüfattest ausgestellt, was wiederum eine individuelle Typenprüfung für jeden einzelnen Umbausatz erforderte. Ebenso aufwändig war das Attest selbst: Es beinhaltete neben einer Beschreibung und Aufteilung des jeweiligen Umbausatzes auch Zeichnungen und eine Liste der jeweiligen Komponenten. Die getesteten Geräte wurden in einem Magazin verwahrt, man wollte sie für eventuelle Streitfälle als Vergleichsobjekt zur Verfügung haben.³²¹ Am Ende der Überprüfung hatte man ein Verzeichnis mit 2.800 verschiedenen Geräten in all ihren Varianten aufgestellt, in dem belegt war, ob besagte Geräte nun umbauwürdig waren oder nicht. Mit Hilfe dieses Geräteschlüssels konnte im späteren Verlauf der Umstellung effizient gearbeitet werden, der Ablauf mit der Kontaktaufnahme des Kunden bis hin zur tatsächlichen Umstellung erfolgte praktisch von selbst. Man überlegte, den Schlüssel weiter für Kundenbesuche zu verwenden und auszubauen.³²²

Der nächste Schritt der Vorbereitungsarbeiten war die Einteilung der Gebiete Wiens, um die Umstellung strategisch effektiv angehen zu können. Die Umstelldistrikte wurden in Rayons unterteilt. Man wollte sich im Zuge der Umstellung immer weiter steigern, so umfassten die ersten beiden Rayons noch jeweils 250 Kunden, die folgenden acht bereits jeweils 500 und die nächsten 19 beinhalteten schon 750 Kunden. Nach dieser Anlaufphase sollten wöchentlich 1.000 Umstellungen stattfinden. Man plante die Erdgasumstellung innerhalb von zwölf Jahren oder weniger durchgeführt zu haben, was ein sehr ehrgeiziges Ziel war.³²³ Beginnen wollte man

³¹⁹ Vgl. Schlauer 1970. S. 229.

³²⁰ Vgl. Scholle 1978. S. 301.

³²¹ Vgl. Schlauer 1970. S. 228f.

³²² Vgl. Scholle 1978. S. 301.

³²³ Vgl. Schlauer 1970. S. 229.



Abbildung 38: Plakat mit dem Slogan der Erdgasumstellung im Jahr 1970

mit den Gebieten im Norden der Stadt, um dann mit dem Süden weiterzumachen, gefolgt von der Inneren Stadt und zuletzt dem zweiten Bezirk mit dem Donaukanal.³²⁴

Geworben wurde mit dem Slogan $2 = \frac{1}{2}$. Gemeint war damit der doppelte Heizwert, den auch die Gaskunden durch diese Werbung kennen und schätzen lernen sollten.³²⁵

Am 24. April 1970 wurde von Amtsrat Franz Nekula der Gaswechsel von Stadt-

gas auf Erdgas beantragt. Mit 7. September 1970 wurde mit dem Gaswechsel begonnen.³²⁶

9.2 Die Durchführung der Erdgasumstellung

Die Firma *Integral* bekam ca. 31 Wochen vor der Umstellung von den *Wiener Stadtwerken – Gaswerke* die Adressen der Gaskunden. Diese wurden schriftlich mit der Erdgasinformation Nr. 1 benachrichtigt, damit eine zeitgerechte Aufnahme der Gasgeräte erfolgen konnte.³²⁷ Diese setzte die Kunden von der Umstellung in Kenntnis und befragte sie nach ihren Gasgeräten. Die Ergebnisse der Erhebung wurden in der Erdgasinformation Nr. 2 bekanntgegeben. Die Kunden erfuhren in dieser Aussendung, ob ihr Gerät umbauwürdig war oder nicht und wieviel ein neues Gerät kosten würde. Demnach wurden die Geräte in eine von sechs Kategorien unterteilt:

1. Umstellung von Allgasgeräten (nur Düsentausch)
2. Umbau von älteren Multi- bzw. Allgasgeräten (Düsentausch und neuer Brennerdeckel)
3. Umbau von Stadtgas auf Erdgas:
 Gasherd: Düsentausch, neue Brennerdeckel und Adaptieren des Brackrohrbrenners oder neuer Backrohrbrenner
 Warmwasserapparat: Neuer Brenner und Zündeinrichtung
 Heizofen oder Heizkessel: Neue Brenner bzw. Brennerdüsen sowie Zündeinrichtungen
4. Umbau von Stadtgas auf Erdgas wie 3., jedoch Abtransport in die Umbauwerkstätte, kein Umbau an Ort und Stelle
5. Spezialumbauten von Gaskessel, Waschmaschinen usw. an Ort und Stelle
6. Nicht umbauwürdige Geräte³²⁸

³²⁴ Vgl. Scholle 1978. S. 302.

³²⁵ Vgl. Gerlich 1979. S. 6.

³²⁶ Vgl. Schlauer 1970. S. 225.

³²⁷ Vgl. ebenda. S. 229.

³²⁸ Scholle 1978. S. 301f.

Nicht umbauwürdig waren jene Geräte, bei denen sich der Umbau wirtschaftlich nicht rechtfertigen ließ. Aufgenommen wurden die Daten in einem EDV-System. Dieses brachte neben dem praktischen Nutzen

der schnellen und wirtschaftlichen Erstellung alle[r] für die Umstellung wichtige[n] Unterlagen, wie Lieferscheine, Kundenverträge, Zustimmungserklärungen für Herdumbau, Bestellungen für Umbauarbeiten sowie der abschließenden Rechnungen [...] andererseits [das Problem], daß durch die in der EDV-Organisation notwendige große Arbeitsgeschwindigkeit, bei Fehlleistungen des Bedienungspersonals, bei Fehlinformationen oder Falscheingaben, die dadurch bedingten Fehler große Ausmaße annahmen.³²⁹

Beispielsweise konnte eine schadhafte Lochkarte bewirken, dass ordnungsgemäße Bestellungen von Kunden nicht rechtzeitig ausgeliefert wurden. Auch die Bearbeitung und Pflege der Kundendaten und die ihrer Geräte war sehr vernachlässigt worden bzw. steckte die Technik noch zu sehr in den Kinderschuhen, als dass sie immer reibungslos funktionierte. Entsprechend groß war dann auch immer der Aufwand, die Daten im Nachhinein (wieder)herzustellen.³³⁰

Zu diesem Zeitpunkt startete auch die Umtauschaktion „Erdgas für Wien“.³³¹ Innerhalb von sechs Wochen hatten die Kunden nun Zeit, sich zu entscheiden, ob sie ein neues Gerät (wenn das alte nicht umbauwürdig war) bestellen wollten oder nicht. Natürlich konnte man auch ein neues Gerät bestellen, wenn das alte umbauwürdig war, aber die Umstellkosten im Vergleich zum Gesamtwert des Gerätes standen in keinem günstigen Verhältnis. Wenn Kunden nun ein nicht umbauwürdiges Gerät besaßen, waren sie bei der Erdgasumstellung eigentlich gezwungen, ein neues zu kaufen – oder keine Gasheizung mehr zu haben. Um Kunden einen weiten Weg wegen einer erzwungenen Angelegenheit zu ersparen, stellten die *Wiener Stadtwerke – Gaswerke* einen Ausstellungsbus zur Verfügung, der die neuen Gasgeräte direkt in das Gebiet der momentanen Umstellung brachte. Dort konnte man sich beraten lassen und das neue Gerät bestellen.³³² Aus Sicht der Kunden war dies trotzdem ziemlich hart, da viele ihre nun nicht mehr brauchbaren Geräte gut gewartet hatten und eigentlich noch als neu ansahen. Hinzu kam noch, dass die Argumentation seitens der *Wiener Stadtwerke – Gaswerke*, Erdgas sei wirtschaftlicher, von einem Endverbraucher nur schwer überprüft werden konnte.³³³ Um den erzwungenen Umbau für Kunden attraktiver zu machen, gab es seitens der *Wiener Stadtwerke – Gaswerke* eine Kostenbeteiligung bei jedem Gerät von 450 Schilling.

³²⁹ Scholle 1978. S. 302.

³³⁰ Vgl. Scholle 1978. S. 302.

³³¹ Vgl. ebenda. S. 304.

³³² Vgl. Erdgas für Wien 1970. S. 43.

³³³ Vgl. Scholle 1978. S. 306.



Abbildung 39: Der mit Erdgas betriebene Herd wird beworben

bei einem 10 Liter-Durchlauferhitzer ca. S 700,-, und bei einem Heizofen ca. S 800,-.³³⁵

Benötigte der Kunde ein neues Kochgerät, so hatte er die Möglichkeit einen neuen Herd zum Aktionspreis von 1.650 Schilling zu erwerben.³³⁴ Die Preise orientierten sich an der Art des Gerätes:

Die Umstellung (Einregulierung) von Allgasgeräten kostet z.B. bei einem Gashernd, einem Durchlauferhitzer oder einem Gasofen über S 100,-. Der Umbau eines umbauwürdigen Gerätes kostet bei einem Gashernd ca. S 500,-, bei einem 5 Liter-Durchlauferhitzer ca. S 600,-,

Um möglichst niedrige Preise anzubieten, arbeitete man mit der gasgeräteerzeugenden Industrie zusammen, damit Modell- und auch Preisänderungen in der Aktion sofort adaptiert werden konnten.³³⁶ Für umgebaute Geräte gab es auch außertourliche Garantien: So wurde für Koch- und Warmwassergeräte eine Garantie von sechs Monaten gewährt, für Heizgeräte ein Jahr. Neuanschaffungen hatten normale Werksgarantie.³³⁷ Die Umtauschaktion wurde insgesamt sehr oft in Anspruch genommen, in manchen Rayons tauschten bis zu 80% der Kundinnen und Kunden ihr altes Gerät gegen eines der aktuellen Technik ein.³³⁸ Insgesamt wurden rund 441.000 Geräte in die Wiener Haushalte gebracht.³³⁹ Für Sozialfälle, also Mindestpensions- oder Ausgleichszulagenbezieher, wurden auch Kleinwasserheizer ohne zusätzliche Kosten für den Kunden umgebaut, denn diese trug dann die Fürsorge. Bei Kochgeräten, die nicht umbauwürdig waren, teilten sich die Fürsorge und das Gaswerk die Kosten. Alte Gasgeräte, die nicht umbauwürdig waren, wurden vom Gaswerk verschrottet.³⁴⁰ Insgesamt gab es bis zum Jahr 1977 28.165 Fälle, in denen die Fürsorge aushelfen musste. Die Rechnung für die Umstellungskosten erhielt jeder Haushalt vier Wochen nach dem Umbau. Wer diese lieber in Teilzahlungen be-

³³⁴ Vgl. Schlauer 1970. S. 229f

³³⁵ Erdgas für Wien 1970. S. 46.

³³⁶ Vgl. Scholle 1978. S. 304.

³³⁷ Vgl. Schlauer 1970. S. 229f.

³³⁸ Vgl. Scholle 1978. S. 305f.

³³⁹ Vgl. Gerlich 1979. S. 7.

³⁴⁰ Vgl. Schlauer 1970. S. 229f.

gleichen wollte, konnte zu einem Kreditinstitut, das eine Partnerschaft mit den *Wiener Stadtwerken – Gaswerke* abgeschlossen hatte, gehen und gegen Vorlage der zugeschickten Rechnung einen Kredit ohne gesonderte Formalitäten aufnehmen.³⁴¹ Beratung und Auswahl für das neue Gerät gab es in eigenen Beratungszentren bzw. in dem oben erwähnten Erdgas-Informationbus, der durch Wien tourte. Kurz vor der Umstellung erfolgte die Zulieferung der neuen Geräte.³⁴² Zwei bis drei Wochen vor der jeweiligen Umstellung erhielten die Kunden schließlich Erdgasinformation Nr. 3, bei der es sich um den genauen Termin der individuellen Umbauten im Haushalt handelte.³⁴³

Eine Umstellungswoche hatte immer dasselbe Schema: Am Montag wurde um 7:00 Uhr der Gaswechsel vorgenommen, am Abend desselben Tages sollte bereits Erdgas geliefert werden. Der jeweilige Rayon wurde vom Stadtgasnetz abgetrennt und an das Erdgasnetz angeschlossen, das nachströmende Erdgas verdrängte das Stadtgas. Kunden wurden während dieser Zeit gebeten, die Gashähne zu schließen, so dass kein Gas austreten konnte.³⁴⁴ Sollte die Umstellung während einer Heizperiode stattfinden, so musste auch abends zumindest ein Heizgerät wieder in Betrieb genommen werden können. Um die Umstellungsarbeiten kümmerte sich *Integral*, das Gaswerk schloss nur die Leitungen zu den jeweiligen Adressen, danach übernahm der Installateur. Musste man ein Gerät mit in die Werkstatt nehmen, so blieb ein Leihgerät an Ort und Stelle zurück. Man wollte dem Kunden möglichst wenig Umstände bereiten. Waren die Umstellarbeiten beendet, so wurde der Zähler erneut abgelesen und die Leitungen wieder geöffnet. Brauchte ein Gerät länger als einen Tag für die Umstellung, so wurde eine Warnetikette angebracht, die davon abhalten sollte, das Gerät momentan in Betrieb zu nehmen. Die Planung lief derart durchorganisiert ab, dass im ungünstigsten Fall am Ende der Umstellungswoche alle Geräte mit Erdgas in den Haushalten montiert und funktionstüchtig waren.³⁴⁵

Im Herbst 1987 konnte die Erdgasumstellung endgültig abgeschlossen werden. Mit dem Abschluss war

eine neue Epoche in der Geschichte der Wiener Energieversorgung angebrochen: Zum erstenmal [sic!] seit ihrem Bestehen betreiben die Wiener Gaswerke keine eigene Erzeugung mehr: Aus einem Produktionsbetrieb ist im Lauf der Zeit ein – fast – reines Handelsunternehmen geworden.³⁴⁶

Diese Tatsache ist eine der größten Zäsuren, die sich in der Geschichte des Unternehmens ereignet hat, da dies auch im Betriebsablauf Veränderungen mit sich brachte. Die Konzentration

³⁴¹ Vgl. Scholle 1978. S. 306.

³⁴² Vgl. Schlauer 1970. S. 229f.

³⁴³ Vgl. Scholle 1978. S. 304.

³⁴⁴ Vgl. ebenda. S. 304.

³⁴⁵ Vgl. Schlauer 1970. S. 229.

³⁴⁶ Gerlich 1979. S. 6.

lag nun darauf, Erdgas günstig zu beschaffen und den Preisvorteil an den Kunden weiterzugeben, während die Herstellung von eigenem Gas in den Hintergrund trat.

Geendet hat die Umstellung – wie es auch geplant war – am Höchststädtplatz in der Brigittenau. Dort wurde am 20. September 1978 der letzte Stadtgasanschluss gekappt und durch einen Erdgasanschluss ersetzt. Stadtrat Nekula war begeistert:

„Vor Beginn der Arbeiten im Herbst 1970 rechneten wir auf Grund ausländischer Erfahrungen mit einer Umstelldauer von etwa anderthalb Jahrzehnten. Da das Wiener Gasversorgungsnetz zu den größten der Welt gehört, fand diese Rekordleistung in internationalen Fachkreisen große Anerkennung.“³⁴⁷

In Zahlen sah das Ergebnis der Umstellung so aus: In acht Jahren wurden in 764.000 Haushalten, Industrie- und Gewerbebetrieben 1,5 Millionen Geräte ausgetauscht oder umgebaut. Während der Arbeiten steigerte man sich kontinuierlich, was die Zahl der Umbauten pro Woche anging: Zu Beginn waren es in Kaisermühlen 250 Haushalte mit 470 Geräten, fünf Jahre später betrug die Zahl der umgebauten Geräte das Zehnfache. Die Spitzenleistung der Umstellungen betrug 3.500 Haushalte mit 5.700 Geräten pro Woche. Der oben beschriebene Plan der *Wiener Stadtwerke – Gaswerke* mit der permanenten Steigerung und der Durchführung durch *Integral* ging also voll auf. Die Kosten trugen die *Wiener Stadtwerke – Gaswerke* selbst, sie betragen inklusive aller Aufwendungen, also auch der Umstellung der Gasgeräte, der Organisation und der Adaptierungen im Rohrnetz, 900 Millionen Schilling.³⁴⁸

Die Zahl der Gasheizungen explodierte mit der der Erdgasumstellung förmlich, 200.000 neue Gasheizungen wurden installiert, insgesamt gab es 1979 nun rund 300.000 Wohnungen, die nicht mehr mit Kohleöfen heizten.

³⁴⁷ Gerlich 1979. S. 6.

³⁴⁸ Vgl. Gerlich 1979. S. 7.

10 Von den 1980ern bis in die Gegenwart



Ab den 1980er Jahren formierte sich eine neue Bewegung in der Bevölkerung. Man lehnte die umweltschädliche Industrialisierung und die Wegwerfgesellschaft ab. Zukünftig wollte man sensibler mit der Umwelt und ihren Ressourcen umgehen. Eine Energiewende begann, sich abzuzeichnen. Dies zeigte sich beispielsweise bei der Ablehnung der Inbetriebnahme des bisher einzigen Atomkraftwerks Österreichs in Zwentendorf durch eine Volksbefragung. Das Ergebnis am 5. November 1978 lautete:

Ja: 1.576.839 Stimmen oder 49,53 Prozent, Nein: 1.606.308 Stimmen oder 50,47 Prozent. Das im Parlament zur Volksabstimmung vorgelegte Gesetz ist damit gefallen.³⁴⁹

Bürgerinitiativen formierten sich, um ihr Missfallen kundzutun, eine neue politische Partei entstand: die Grünen. Diese grüne Bewegung wurde erstmalig bei den Ereignissen um das eben erwähnte AKW wahrgenommen, viel mehr zeigte sie sich aber bei den Protestaktionen um das Donaukraftwerk Hainburg.

Nach Zwentendorf gab es also in Hainburg eine zweite Auseinandersetzung zwischen zwei politischen Fronten: Auf der einen Seite standen die Repräsentanten der Sozialpartnerschaft (sowohl Arbeitgeber als auch -nehmer), die der Ökonomie und dem Wirtschaftswachstum den Vorrang gaben. Sie wollten den Aufbau, der nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt hatte, fortführen. Diese Meinung vertraten die Regierung unter Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) und Vizekanzler Norbert Steger (FPÖ), aber eben auch die Wirtschaft, insbesondere die Bauindustrie, um Arbeitsplätze zu schaffen. Zusätzlich forderte die Vereinigung Österreichischer Industrieller,

³⁴⁹ <http://www.zwentendorf.com/dasjahr1978.asp>, 22.7.2016, 9:07 Uhr.

dass die Donau aus Energie-Kostengründen vollausgebaut werden sollte. Die damals in der Opposition befindliche ÖVP lehnte den Bau ab. Die andere Seite bildete eine neue soziale Bewegung, welche für mehr Lebensqualität anstatt Wirtschaftswachstum stand. Es gründete sich im Sommer 1983 aus rund zwei Dutzend Umweltgruppen die Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg. In dieser Gemeinschaft fand sich auch Nobelpreisträger Konrad Lorenz, der den Schutz der Auen zu seiner obersten Priorität erklärte.³⁵⁰ Diese Bewegung nutzte den populistische Methoden und bereitete ein Volksbegehren vor. Erwartungsgemäß waren auch die Medien, allen voran die *Neue Kronen Zeitung*, eher auf der Seite dieser neuen Bewegung.³⁵¹ Der Start der „Rettet die Auen“ Kampagne durch den *World Wildlife Fund* (WWF) begann mit einer Mobilisierung der Bürger, um sie für die Gegenbewegung zu gewinnen. Verglichen wurde in dieser Kampagne die Zerstörung der Auen mit jener des Regenwaldes. Das Ausmaß sei ein ähnliches, die Artenvielfalt werde bedroht.

Diese kurze Beschreibung lässt bereits vermuten, dass ein Konflikt vorprogrammiert war. Den Ablauf gliedert Pelinka in mehrere Stufen:

In der ersten Phase formierten sich die beiden Seiten. Einerseits wurde die Vorentscheidung für den Bau getroffen, auf der anderen Seite bereitete man das Volksbegehren gegen diesen vor. In der zweiten Phase, jener der Dramatisierung, wurden die ersten Bäume gefällt und die Au von protestierenden Gegnern des Kraftwerkes besetzt. Diese Besetzung wurde wiederum von der Exekutive aufgelöst. In der Phase der Aussetzung verschoben beide Seiten das Ergebnis des Konfliktes verschoben, man wollte Zeit und Erfahrung sammeln, wie man weiter vorgehen könnte, um das jeweilige Ziel zu erreichen.³⁵² Der Verwaltungsgerichtshof gab der Beschwerde des WWF und auch dreier Grundbesitzer am 2. Februar 1985 statt. Damit wurden Rodungsarbeiten bis auf weiteres aufgeschoben. Im März 1985 kam es zur Phase der Ernüchterung: Das durchgeführte Konrad-Lorenz-Volksbegehren, mit Hilfe der *Neuen Kronen Zeitung* an die breite Öffentlichkeit herangetragen, brachte ein überraschend schwaches Ergebnis mit 350.000 Unterschriften.³⁵³ Die letzte Phase, die Phase der Entscheidung, welche etwa zehn Monate nach der der Dramatisierung eintrat, wurde durch eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission eingeläutet. Diese Kommission empfahl zwar nicht, den Kraftwerksbau an der Donau generell zu beenden, sehr wohl aber jenen in Hainburg.³⁵⁴ Im Jahr 1996 schließlich wurden die

³⁵⁰ Vgl. http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/dossier.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001, 26.7.2016, 10:11 Uhr.

³⁵¹ Vgl. Pelinka 1986. S. 93f.

³⁵² Vgl. ebenda. S. 95.

³⁵³ Vgl. http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/dossier.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001, 26.7.2016. 10:51 Uhr.

³⁵⁴ Vgl. Pelinka 1986. S. 95.

Hainburger Auen Teil des Nationalpark Donau-Auen.³⁵⁵ Diese Veränderungen brachten auch neue Regelungen im Gesetz mit sich, die mehr Umweltbewusstsein in den Betrieben voraussetzten. Diese wurden in den E-Werken der Stadtwerke allerdings bereits erfüllt, bevor sie überhaupt in Kraft traten. Das für die Generatoren benötigte Heizöl war schwefelarm, man verwendete außerdem einen Erdgas-Heizölmischbetrieb in Kooperation mit den Heizbetrieben Wien. In den 1990er Jahren begann die österreichische Politik sich auf die Förderung von erneuerbarer Energie zu konzentrieren. Gemeint sind damit Windräder, Hackschnitzelverwertung, Wasserkraftwerke oder Erdwärme. Neben der Subventionierung der erneuerbaren Energie wurde die „normale“ Energie 1996 mit einer Abgabe belegt, um erneuerbare Energie attraktiver zu machen. Die Vorteile der erneuerbaren Energie waren der geringere Verbrauch fossiler Brennstoffe, die außerdem meist importiert werden mussten. Die Verarbeitung der fossilen Brennstoffe sorgte für erhöhten CO₂-Ausstoß, der bei erneuerbarer Energie nicht auftrat oder CO₂-neutral produziert wurde. Ein weiterer Vorteil war, dass das regionale Wirtschaftswachstum durch Ausbauten von Ökostromanlagen angekurbelt wurde.³⁵⁶ Problematisch an der erneuerbaren Energie waren aber folgende Punkte: 2007 deckte die Ökoenergie 11,7% des Verbrauchs in Österreich. Ein großer Anteil davon stammte aus Müllverbrennungen oder aus der Land- und Forstwirtschaft. Diese Anteile sind nicht immer beliebig vermehrbar, es bedeutete also, dass es immer wieder zu Nachschubproblemen kommen konnte. Alternative Energieformen wie Wind- oder Solarkraft hielten einen Anteil von 1,1% des Inlandsverbrauches. Problematisch an den Windrädern war zudem noch, dass Winde in Österreich nur unregelmäßig wehen.³⁵⁷ Mit dem Beitritt Österreichs zu Europäischen Union im Jahr 1995 eröffneten sich neue Möglichkeiten für die Wirtschaft. Dadurch, dass die westeuropäischen Industriestaaten ihre Märkte einander öffneten, erstarkte das Wirtschaftswachstum. Weiterhin prägend war die Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro. Die gemeinsame Währung ermöglichte den Wegfall des Währungsumtauschs, außerdem konnte der Wettbewerb im Handel intensiviert werden, ein Vergleich zwischen verschiedenen Anbietern war nun einfacher.³⁵⁸

10.1 *Wienstrom*

Das geänderte Umweltbewusstsein wirkte sich auch auf den Stromverbrauch aus. So sank die Zuwachsquote der Stromabgabe, die zwischen 1968 und 1977 noch bei 7,2% lag, zwischen

³⁵⁵ Vgl. http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/dossier.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001, 26.7.2016. 10:52 Uhr.

³⁵⁶ Vgl. <https://www.e-control.at/konsumenten/oeko-energie/basiswissen/vor-und-nachteile>, 28.10.2016. 14:28 Uhr.

³⁵⁷ Vgl. Butschek 2011. S. 482f.

³⁵⁸ Vgl. ebenda. S. 414.

1979 und 1990 auf 3,3%. Neben dem genannten Grund war auch eine beginnende Sättigung des Marktes erreicht worden, außerdem wurde vermehrt darauf geachtet, wie hoch der Stromverbrauch einzelner Geräte war. Man wollte keine Stromfresser mehr in der Wohnung haben.³⁵⁹ Mit dem Jahr 1982 wurde es für den Leiter der *Wiener Stadtwerke – Elektrizitätswerke*, Dipl.-Ing. Arnold Popper, Zeit, in Pension zu gehen. Sein Nachfolger wurde Dipl.-Ing. Helmut Kastl. Zur Zeit des Direktionswechsels begann man, sich auf die Suche nach alternativen Energieträgern zu machen. Fündig wurde man bei einem Projekt in Leobersdorf: Dort beteiligte man sich an einer Windenergie-Versuchsanlage³⁶⁰, die von der Österreichischen Tribologischen Gesellschaft geleitet wurde. Eine andere Quelle waren die Wasserkraftwerke des Verbundkonzerns. Diese lieferten im Sommer verstärkt Strom. Der Vertrag sah vor, dass dieser Strom im Winter wieder nach einem Wertigkeitsschlüssel zurückgeliefert wurde.³⁶¹

Neben den immer wieder laufenden Erneuerungen der Kraftwerke war auch der Kundendienst der E-Werke in dieser Zeit reorganisiert worden. Ein neues Zentrum wurde 1979 in der Spitalgasse 5-9 geplant. Die Bauarbeiten begannen 1981, die Eröffnung des Zentrums fand am 15. Juni 1984 statt. Man fand nun einen zentralen, behindertengerechten Kundendienstraum vor, welcher EDV-Terminals zur Verfügung stellte, um sämtliche kundenbezogenen Daten abrufen zu können. Außerdem wurde eine Energieberatung angeboten. Auch die Gas- und Stromverrechnung wurde in diesem Gebäude eingerichtet, sie befand sich ein Stockwerk über dem Kundendienst. Das neue Zentrum fand rasch großen Andrang, man konnte nach viereinhalb Monaten bereits den 50.000 Kunden begrüßen. Im Dezember 1984 konnte man außerdem in der Rummelhardtgasse 5-9 eine Parkanlage errichten, welche sowohl von Dienstwagen als auch Privat-PKW benutzt werden konnte.³⁶²

Nach dem Kundendienst wurde auch eine Tarifreform in Angriff genommen. Man wollte von der mittlerweile längst nicht mehr zeitgemäßen Basis der Grundpreisermittlung abkommen und neue Preismodelle einführen. Problematisch war allerdings, dass die Elektrizitätswirtschaft ohne einen fixen und einem variablen Teil des Preises nicht auskam. Es wurden also alternative Modelle eingeführt, vereinzelt wurde der Grundpreis völlig abgeschafft. Schließlich kam es zu einem Versuchstarif. Dieser Tarif war mit einer Leistungsmessung verbunden und wurde mit 1. Jänner 1985 eingeführt. Dieser Maximumtarif mit gemessener Leistung (M-Tarif) war für Privatpersonen als auch Gewerbe wählbar. Im ersten Versuchsjahr wurde der Tarif 170-mal gewählt, im Folgejahr waren es 165 Interessenten. Die allgemeine Tendenz war steigend, im

³⁵⁹ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 99.

³⁶⁰ Das allererste Windrad der *Wien Energie* wurde allerdings schon 1997 auf der Donauinsel installiert. Vgl. Jahrbuch Wien Energie 2014. S. 15.

³⁶¹ Vgl. Wiener Stadtwerke 1992. S. 101.

³⁶² Vgl. ebenda. S. 111.

Jahr 1990 hatte man 4.200 M-Tarife angemeldet. 1987 wurde mit einer Untersuchung bezüglich einer Änderungen der Tarifstruktur begonnen. Man wollte von der Grundpreisbemessung (unabhängig vom tatsächlichen Verbrauch) abkommen und ein System einführen, dass exakt den Wert berechnet, der auch tatsächlich vom Kunden verbraucht wurde. Mit der Jahreswende 1988/89 war man mit den Überprüfungen fertig, die neue Tarifstruktur wurde am 1. Oktober 1989 eingeführt. Um Schwachlastzeiten auszunutzen, wurden Tarife für Nachtstrom-Speicherheizungen, Warmwasserspeicher und Brauchwasserwärmepumpen attraktiver gemacht. Die Heißwasserspeicher und Nachtspeicheröfen waren allerdings durch die Erdgasumstellung im Rückgang, die Kunden für den neuen Tarif somit auch.



Abbildung 40: Das Logo von Wienstrom

10.1.1 Telekommunikation

Um zwischen einzelnen Niederlassungen, wie Kraftwerken, Umspannwerken effizient kommunizieren zu können, wurde es notwendig ein Glasfasernetz einzurichten. In den Anfangszeiten, also in den 1980er Jahren, begann man damit nur langsam, man wollte die Technik austesten und so an neues Wissen gelangen. Man wollte so interne Daten, aber auch Signale für Fernsteuerungen senden. Die erste Lichtwellenleiterverbindung, die erfolgreich in Betrieb genommen wurde, war 1984 die 400 kV-Schutzverbindung zwischen dem UW Kendlerstraße und dem UW Süd. Im Jahr 1996 wurde begonnen, das Citynetz einzurichten, welches sämtliche Magistratsdienststellen mit Glasfaserkabeln verband. 1998 wurde das Geschäftsfeld Wienstrom eingliedert, zeitgleich wurden auch Schulen mit Glasfaserkabeln vernetzt. Das Wiener Bildungsnetz wurde geschaffen. Im Jahr 2001 wurde der erste private Haushalt an das Glasfasernetz angeschlossen. Seit 2013 gehört das Glasfasernetz zur *Wiener Netze GmbH*.³⁶³

10.2 Wiengas

Nachdem mit der Erdgasumstellung das Problem der Gasqualität gelöst wurde, musste man nun beginnen, das Gasnetz zu sanieren und auszubauen. Es wurde bereits bei den Planungen zur Umstellung ein Plan entworfen, wie dies vonstatten gehen sollte. Vorgesehen war die teilweise noch aus der Jahrhundertwende stammenden Rohre an den Muffen zu dichten. Dies war dringend notwendig, denn durch das neue Erdgas und den damit erhöhten Druck in den Rohren

³⁶³ Informationen von *Wien Energie* zur Verfügung gestellt.

würde durch undichte Muffen erheblich mehr Gas verloren gehen als bei dem alten Gas.³⁶⁴ Aus dem Büro des Stadtrates Nekula hieß es:

Die Wiener Stadtwerke wenden derzeit alle technischen und chemischen Neuentwicklungen an, um das Gasrohrnetz zu sanieren. [...] Nach einem englischen Verfahren kann man nun dem Erdgas Spezialmittel hinzufügen, die den Hanf bei den Muffen zum Quellen bringen und somit die Muffen besser abdichten, ein weiteres englisches Spezialgerät ermöglicht es, Arbeiten an einem Gasrohr durchzuführen, ohne dass es zu Gasaustritten kommt. Schließlich wird noch ein besonderer Gummi aus England verwendet, um die Gasrohre von außen besser sanieren zu können.³⁶⁵

Die Instandsetzung dauerte vom Jahr 1977 bis 1982 an und kostete *die Wiener Stadtwerke – Gaswerke* rund zweieinhalb Milliarden Schilling. Von 10.169 undichten Muffen ging die Zahl auf 1.614 zurück.³⁶⁶ Die Modernisierung schritt in dieser Form im nächsten Jahrzehnt voran, erst in den 1990er Jahren begann das nächste größere Projekt: WIENGAS 2000. Im Zuge dieser Umstrukturierung wurde auch dem Unternehmen ein zu der neuen Herausforderung passender Name gegeben:

Im Auftrag der Gaswerke wurde durch ein Werbebüro ein zusätzlicher Begriff für unsere Unternehmung entwickelt.

Die Aufgabenstellung war, einen Begriff zu finden, der kurz und einprägsam ist und gleichzeitig unsere Verbundenheit zu unserem Produkt und unserem Versorgungsgebiet ausdrückt.

Es wurde daher zusätzlich zu unserem Unternehmungsnamen der Begriff „WIENGAS“ als weiterer, den obigen Anforderungen gerecht werdender Name gewählt.

Ab 1. August 1991 soll dieser neue, zusätzliche Name bei allen Kundenkontakten verwendet werden, z.B. bei der Entgegennahme von Telefonaten und bei der Anlieferung von Schriftstücken (bei Formularen bis zur Lieferung der neuen Drucksorten vorläufig nur als Briefunterschrift). In weiterer Folge sollen alle Autos und Gebäudeunterschriften mit dem neuen Schriftzug versehen werden.

Sämtliche Werbeaussagen werden mit WIENGAS firmiert werden (Plakatwerbung, Radio und Medien).

Allerdings muß beachtet werden, daß der Firmenwortlaut „Wiener Stadtwerke – Gaswerke“ als Unternehmungsname bestehen bleibt. Das neue Logo kann entweder in schwarz-weiß, mit Stadtwerke-Signet laut GD-Verfügung Nr. 15/91, oder färbig und ultramarinblau (K+R-Farbe HKS 45 N) mit Stadtwerke-Signet laut GD-Verfügung Nr. 14/77 angewendet werden.³⁶⁷

³⁶⁴ Vgl. Ruck, Fell 2009. S. 536.

³⁶⁵ Ruck, Fell 2009. S. 536.

³⁶⁶ Vgl. Ruck, Fell 2009. S. 636f.

³⁶⁷ *Direktionsverfügung Nr. 8/91*. In: Ruck, Fell 2009. S. 613.



Abbildung 41: Der neue Schriftzug in den beiden beschriebenen Ausführungen. Das rechte Logo erwähnt in der Untertitelung bereits den neuen Namen WIEN ENERGIE, es handelt sich also um eine neuere Version

In einem eigens dafür herausgegebenen Werk wurde das neue Projekt vorgestellt:

Bereits seit Mitte 1991 wird unter Hochdruck am Projekt „WIENGAS 2000“ gearbeitet. Ziel dieses ehrgeizigen Vorhabens ist es, mit weltweit modernster Technik für kommende Herausforderungen bestens gerüstet zu sein – zur Sicherheit und Zufriedenheit aller WIENGAS-Kunden.³⁶⁸

Die Stichworte dieses Projektes lauteten: Zentralisierung, Modernisierung und Automatisierung. Es wurde nun ein vollautomatisiertes, computergesteuertes Erdgasmanagement installiert. Man versprach sich davon mehr Sicherheit durch Videoüberwachung und moderne Gas- und Brandmelder.³⁶⁹ Errichtet wurden außerdem zwei neue Gas-Kernzonen in Simmering und der Leopoldau sowie eine neue Zentralwerkstätte, die ebenfalls auf dem Betriebsgelände in Simmering lag. Die zwei neuen Gas-Kernzonen konnten unabhängig voneinander betrieben werden und speisten jeweils Gas in das Netz, beide waren für das gesamte Wiener Gebiet zuständig. Die beiden Großregelanlagen waren nun in der Lage, die optimale Gasbezugsmenge festzustellen und die Verteilung für das gesamte Bezugsgebiet automatisch durchzuführen.³⁷⁰

Mit dem Bau der Kernzone Leopoldau wurde am 18. September 1996 begonnen, fertiggestellt wurde sie genau vier Jahre später, im September 2000. Die Kosten betragen 365 Millionen Schilling. Der Spatenstich der Gas-Kernzone Simmering wurde ein Jahr später vorgenommen, am 31. Oktober 1997. Der Bau dauerte wieder vier Jahre an, im September 2001 wurde er fertiggestellt und kostete 900 Millionen Schilling.³⁷¹

Auch der Sicherheitsaspekt für den Kunden wurde im Rahmen des Projektes WIENGAS 2000 verbessert: Um austretendes Gas von nun an besser wahrnehmen zu können, mischte man dem geruchslosen Erdgas das Odorierungsmittel Tetrahydrothiophen (THT) bei. Bei Vermutung einer Störung war ein Einsatzteam 24 Stunden täglich verfügbar.

10.3 Veränderungen in der Unternehmensstruktur

Um mit der Liberalisierung des Energiemarktes mithalten zu können, wurde es für die *Wiener Stadtwerke* Zeit, die eigene Unternehmensstruktur zu ändern. Ein kommunales Unternehmen für einen lokalen Monopolmarkt hatte neben anderen Mitbewerbern keine großen Chancen.

³⁶⁸ Sladek 1999. S. 30.

³⁶⁹ Vgl. Sladek 1999. S. 31.

³⁷⁰ Vgl. Ruck, Fell 2009. S. 560f.

³⁷¹ Vgl. ebenda. S. 561f.

Man musste sich also in einen wettbewerbsfähigen Player für den Gas- und Strommarkt verwandeln. Die Herausforderungen dabei waren dem Druck durch den Wettbewerb mit attraktiven Angeboten an die Kunden zu begegnen, also eine gute Vergleichbarkeit und Transparenz zu haben und andererseits die Kosten dafür möglichst niedrig zu halten.

Begonnen wurde im Jahr 1998 mit der Umstrukturierung. Zur Erinnerung: Der bisherige Aufbau beinhaltete die *Wiener Stadtwerke* als Dachkonzern, *Wienstrom* und *Wiengas*, die *Wiener Linien*, die *Heizbetriebe Wien* bzw. *Fernwärme Wien* und auch die *Bestattung Wien* waren als Subunternehmen diesen unterstellt.³⁷² Eigentümerin war die Stadt Wien, die Betriebe unterstanden also der Gemeindeverwaltung. Mit 2. September des Jahres kam es in einer Generalversammlung zu dem Beschluss, dass sämtliche Subunternehmen ausgegliedert werden sollten. Außerdem wurde eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vorgenommen. Der Name lautete *Wiener Stadtwerke Holding AG*. Offiziell wurde die AG am 15. September in das Firmenbuch eingetragen, der Gemeinderat segnete den Vorgang am 18. Dezember ab. Die nun neu gegründete *Wiener Stadtwerke Holding AG* verblieb zu 100% im Besitz der Stadt Wien und wurde im Sinne von §71 der Wiener Stadtverfassung³⁷³ geführt. Die Aufgaben der AG waren folgende: Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen sowie der Betrieb von Unternehmen und Ausübung von Tätigkeiten in folgenden Bereichen: Energie, Verkehr, Umwelt, Abfallwirtschaft, Telekommunikation, Bauwirtschaft und Bestattung. Seit Juni 1999 wird die *Wiener Stadtwerke Holding AG* rein privatwirtschaftlich betrieben und hatte mit dem Ende des angegebenen Jahres folgende eigenständige Tochterunternehmungen:³⁷⁴

³⁷² Siehe Organigramm Seite 86.

³⁷³ Siehe Seite 88.

³⁷⁴ Vgl. Ruck, Fell 2009. S. 596f.



Organigramm der Wiener Stadtwerke Holding AG nach der Umstrukturierung 1998

An Anteilen von Beteiligungsunternehmen wurden jene der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (10,02%), der e&t Energie Handelsgesellschaft mbH (50%) und der e&s Energievertriebs und -service GmbH (50%) gehalten.³⁷⁵

³⁷⁵ Ruck, Fell 2009. S. 597.

Für die Rechtsnachfolge wurde das „Bundesgesetz über Maßnahmen anlässlich der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke“³⁷⁶ erlassen.

Gesamtrechtsnachfolge

§ 3.

(1) Die Einbringung des Vermögens der Wiener Stadtwerke mit den Teilunternehmungen WIENSTROM, WIENGAS, WIENER LINIEN und BESTATTUNG WIEN als Sacheinlagen in Kapitalgesellschaften oder Personenhandelsgesellschaften, deren Anteile unmittelbar oder mittelbar ausschließlich im Eigentum der Gemeinde Wien stehen, bewirkt den Rechtsübergang im Wege der Gesamtrechtsnachfolge. Dies erfaßt die eingebrachten Betriebsteile einschließlich aller dazugehörigen Rechte, Rechtsverhältnisse, Forderungen und Schulden, wie sie im Einbringungsvertrag umschrieben werden, und tritt mit der Eintragung der Übertragung des Betriebes oder Teilbetriebes in das Firmenbuch bei der aufnehmenden Gesellschaft ein. In der Eintragung ist auf die Gesamtrechtsnachfolge hinzuweisen. Für den Gläubigerschutz gilt § 226 Aktiengesetz 1965, BGBl. Nr. 98, in der geltenden Fassung, sinngemäß. § 28a Abs. 2 Aktiengesetz 1965 ist nicht anzuwenden; dies gilt auch, soweit in anderen gesetzlichen Bestimmungen darauf verwiesen wird.

(2) Eine Einbringung im Sinn des Abs. 1 liegt auch vor, wenn Vermögen, das im Wege einer Einbringung nach Abs. 1 erworben wurde, durch eine Gesellschaft, deren Anteile unmittelbar oder mittelbar ausschließlich im Eigentum der Gemeinde Wien stehen, als Sacheinlage in Kapitalgesellschaften oder Personenhandelsgesellschaften eingebracht wird.

(3) Die Einbringungsvorgänge sind von allen bundesgesetzlich geregelten Steuern, Abgaben und Gebühren, die mit der Gründung sowie mit der Vermögensübertragung verbunden sind, befreit; die Einbringungsvorgänge gelten nicht als steuerbare Umsätze. Dies gilt auch für anlässlich der Einbringungen allfällig begründete Rechtsverhältnisse zwischen der Gemeinde Wien und den an den Einbringungen beteiligten Gesellschaften. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Umgründungssteuergesetzes, BGBl. Nr. 699/1991.

(4) Für das Kommunalsteuergesetz 1993 gelten Personen, die gemäß den §§ 1 und 2 des Wiener Zuweisungsgesetzes zur Dienstleistung zugewiesen werden, als Dienstnehmer der kostenersatzleistenden Gesellschaft. Bemessungsgrundlage ist der Ersatz der Aktivbezüge. Die Steuerschuld entsteht mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Aktivbezüge ersetzt worden sind.³⁷⁷

Mit dem Jahr 2001 kam es zur Entstehung der *Wien Energie GmbH*. Mit dieser Gründung sollte konzernweit eine oberste Instanz geschaffen werden, die in allen Energiefragen zentrale An-

³⁷⁶ Ausgliederung Wiener Stadtwerke BGBl 1999/68

³⁷⁷ Ebenda.

laufstelle sein sollte. Zusammengefasst wurden unter diesem Namen die Tochterfirmen *Wienstrom GmbH*, *Wien Energie Gasnetz GmbH* (ehemals *Wiengas GmbH*), *Fernwärme Wien GmbH* und *Energiecomfort GmbH*³⁷⁸. Im Jahr 2003 wurde durch diese Struktur, wegen

dem ausgewogenen Verhältnis zwischen zentraler Steuerung der Wien Energie-Tochtergesellschaften und ihrer Autonomie [ermöglicht], [so]dass der im Wettbewerbsumfeld verbleibende Raum für die weitere geschäftliche Entwicklung des gesamten Konzerns optimal nutzbar gemacht wurde.³⁷⁹

Der Konzern *Wien Energie GmbH* bestand im Jahr 2003 aus den folgenden Tochterfirmen bzw. hatte Anteile an diesen Unternehmen:



Abbildung 42: Der Wien Energie Konzern Anfang der 2000er Jahre

³⁷⁸ Energiecomfort versteht sich als lösungsorientiertes Dienstleistungsunternehmen, das ganzheitliche Beratung, Planung, Errichtung, Betriebsführung und Optimierung im Energie- und Facility Management anbietet. <http://www.energiecomfort.at/eportal3/ep/channelView.do/page-TypeId/81588/channelId/-55148>, 22.8.2016, 9:44 Uhr.

³⁷⁹ Wien Energie Geschäftsbericht 2002/2003, S. 4.

Das aktuelle Logo der *Wien Energie*, so wie jenes der *Wiener Stadtwerke* ist ähnlich jenem bereits vorgestellten aus den späten 1970er Jahren.³⁸⁰ Entfernt wurde das Wiener Wappen (womit wohl die nun als Holding gelockerte Beziehung zum Wiener Gemeinderat zum Ausdruck gebracht werden sollte). Die Farbe Orange, welche im alten Logo für Erdgas stand, dominiert das Logo.



Abbildung 43: Das aktuelle Wien Energie Logo

Das Logo der *Wiener Stadtwerke* ist im selben Design gehalten, allerdings in anderen Farbtönen:



Abbildung 44: Das aktuelle Wiener Stadtwerke Logo

Die heutige Form der *Wien Energie* entstand im Jahr 2013 in Zuge einer Umorganisation durch das Projekt Megawatt. Diese war notwendig, da sich die oben beschriebene Form des Konzerns durch den verschärften Wettbewerb als nicht mehr rentabel erwies. Betroffen von der Umgründung waren die bestehenden Firmen *Wien Energie*, *Wien Energie Stromnetz*, *Wien Energie Gasnetz* und *Wien Energie Fernwärme*. Bisher haben traditionelle Energieversorger ihr Angebot immer vertikal aufgebaut. Ein Unternehmen stellt Strom her, stellt das Netz dafür zur Verfügung und verkauft seine Ware. Gas und Fernwärme taten dies ebenso. Auf diese Art sind parallele Strukturen entstanden. Vorstandsmitglied Dipl.-Ing. Marc Hall gab die Gründe für die Umstrukturierung an:³⁸¹

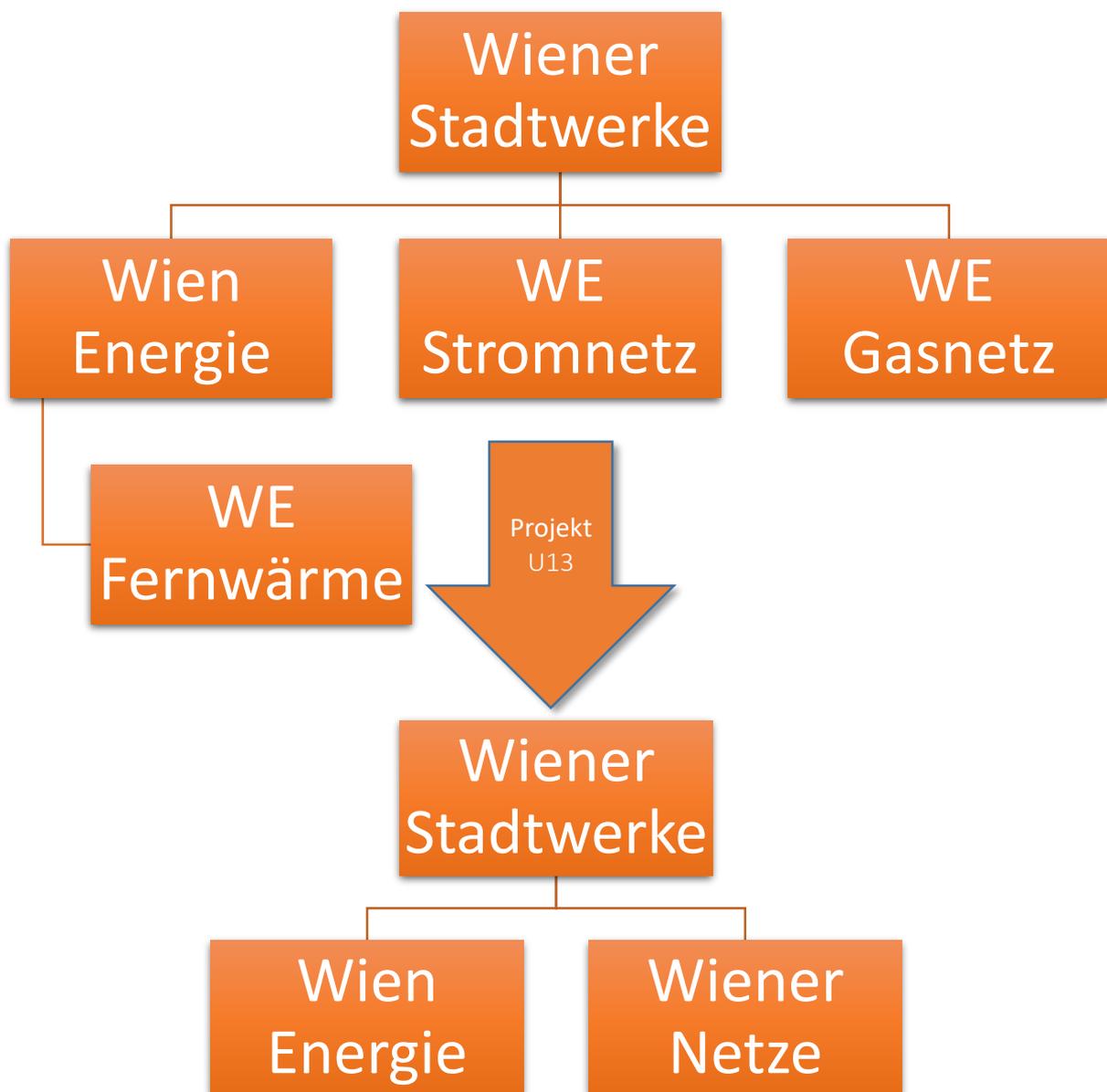
„In Zeiten von Marktliberalisierung und wachsendem Wettbewerb zeigen sich Mängel einer vertikal geführten Organisationsstruktur. Die Unternehmen sind für sich alleine schwächer, was sich zuletzt auch an Wirtschaftsdaten zeigte. Optimierungen sind schwierig und die Positionierung auf dem Markt ist unklar. Für den Energievorstand fehlt der gemeinsame Auftritt, sogar eine gewisse Konkurrenzsituation untereinander sei entstanden. Das führte zu schlechter werdenden Kennzahlen bei den einzelnen Unternehmen und Marktanteilsverlusten.“³⁸²

³⁸⁰ Siehe Seite 92.

³⁸¹ Vgl. *Neue Wege im Energiebereich*. In: EW News Juni 2013. S. 9f.

³⁸² *Neue Wege im Energiebereich*. In: EW News Juni 2013. S. 9.

Um von dieser vertikalen Organisation mit ihren Nachteilen abzukommen, entschloss man sich dazu, eine horizontale Struktur einzuführen. Der erste Schritt dazu war die rechtliche Umgründung im Jahre 2013. Das neue Unternehmen *Wiener Netze*, welches als Schwester der *Wien Energie* fungierte, wurde gegründet. Man wollte eine Bündelung aller bisherigen Unternehmen in diesen beiden Hauptunternehmen vornehmen. Für Energieressourcen aller Art (sei es nun Strom, Gas, Fernwärme etc.) war – und ist heute immer noch – *Wien Energie* verantwortlich, für die Zustellung jener Ressourcen, also für das Strom- und Gasnetz, wurden nun die *Wiener Netze* eingesetzt. Als diese Arbeit verfasst wurde (2016), war die Umstrukturierung noch nicht ganz abgeschlossen, man zielt auf das Jahr 2017 ab. In diesem Jahr soll bei beiden Unternehmen der organisatorische Zielzustand erreicht sein.³⁸³



Vor und nach der Umorganisation 2013

³⁸³ Vgl. Neue Wege im Energiebereich. In: EW News Juni 2013. S. 10f.



Abbildung 45: Der Wiener Stadtwerke-Konzern in seiner heutigen Form

Neben der Umstrukturierung gibt das Jahrbuch 2015 weitere strategische Beteiligungen an:³⁸⁴

- *Energie Allianz Austria (EAA)*: Die EAA ist ein Gemeinschaftsunternehmen der *Wien Energie*, der *EVN* (beide halten 45% Anteil) und der *Energie Burgenland* (10%). Das Unternehmen beschäftigt sich mit dem Strom und Gasvertrieb in Mitteleuropa.
- *EconGas*: Ein Gemeinschaftsunternehmen aus *OMV Gas & Power* (64,25% Anteil), *Wien Energie* (16,51%) und *Energie Burgenland* (2,73%). *EconGas* sorgt für den Direktvertrieb und die Weiterverteilung von Erdgas an seine Eigentümer.
- *Kraftwerk Nußdorf Errichtungs- und Betriebs GmbH & Co KG*: Die Beteiligung beträgt 33,33%.
- *EPZ Energieprojekt Zurndorf GmbH & Co KG*: Es liegt eine Beteiligung von 42,4% vor.

Um den gerade erwähnten Wettbewerb mit den anderen Anbietern möglichst für sich entscheiden zu können, braucht es aber nicht nur eine angepasste interne Struktur, sondern auch ein passendes Angebot für den Kunden. Um hierbei eine breite Masse treffen zu können, wurden möglichst viele unterschiedliche Tarife kreiert, die sich jeweils mit einem Alleinstellungsmerkmal voneinander unterscheiden. Unterschieden wird bei den Tarifen zwischen Privat und Business Tarifen. Im Jahr 2016 stehen bei *Wien Energie* sechs Tarife für Privatkunden zur Auswahl. Das Unternehmen möchte mit dieser jeden Geschmack der potentiellen Kunden treffen. Der Tarif OPTIMA Wasser.Plus etwa ist auf umweltbewusste Menschen zugeschnitten, mit diesem Tarif bezieht man Strom ausschließlich aus Wasser-, Wind- und Sonnenkraft.³⁸⁵ Einen anderen Schwerpunkt sieht der Tarif OPTIMA Garant vor: Unabhängig vom Strompreisindex bleibt der Tarif bei dem vereinbarten Fixpreis.³⁸⁶ Auch die restlichen Tarife haben ihr Alleinstellungs-

³⁸⁴ Alle Beteiligungen: Vgl. Jahrbuch Wien Energie 2015. S. 94.

³⁸⁵ <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-48624>, 11.8.2016. 8:44 Uhr.

³⁸⁶ <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-48625>, 11.8.2016. 8:44 Uhr.

merkmal. In einer von den anderen Tarifen abgedachten Kategorie finden sich noch drei weitere Tarife, die auf spezielle Gegebenheiten zugeschnitten sind.³⁸⁷ Heizt man etwa mit einer Wärmepumpe, so kann man einen speziellen Wärmepumpe-Stromtarif bekommen. Erzeugt man selbst Strom mit einer Photovoltaikanlage, so kann mit dem Tarif SonnenStrom überschüssiger Strom an *Wien Energie* verkauft werden. Auch beim Gas verhält es sich ähnlich, dort sind sieben Tarife verfügbar, die ebenfalls auf verschiedene Zielgruppen zugeschnitten sind.³⁸⁸

Der Business-Bereich umfasst drei Standardtarife, die ähnlich jenen der Privaten sind (so findet sich beispielsweise der erwähnte OPTIMA Garant hier unter dem Namen MEGA Garant). Interessant werden hier aber die Spezialtarife, denn, anders als bei den Privatkunden, gibt es hier eine größere Auswahl:³⁸⁹ Ein eigener Landwirtetarif für landwirtschaftliche Anlagen, sowie ein Naturstrom Tarif stehen zur Auswahl. Die oben erwähnten speziellen Tarife der Privatkunden sind ebenfalls im Business-Bereich vorhanden. Die Gastarife verhalten sich parallel dazu, allerdings stehen statt drei nun vier Tarife zur Auswahl.³⁹⁰ Wird Fernwärme sowohl für den Privat- als auch für den Businesskunden angeboten, so findet sich das Angebot für Fernkälte nur im Business-Bereich.

Neben Strom, Gas und Wärme wurde die Angebotspalette erweitert. So findet sich auf der Homepage der *Wien Energie* ein Angebot für eine Alarmanlage, der Service AllesSicher, welcher gegen Gebühr einen Notfalltechniker bei Stromausfall verspricht. Außerdem werden die BürgerInnen-Kraftwerke, welche aus Photovoltaiktechnik bestehen und in welche BürgerInnen investieren können, vorgestellt.³⁹¹ Dieses Angebot erlebt einen regelrechten Ansturm. Dabei können BürgerInnen ein oder auch mehrere Solarpaneele erwerben, welches von *Wien Energie* gemietet wird. Unter dem Stichwort Mobilität wird ein weiteres Angebot gemacht: Das Fahren mit Elektrizität bzw. mit Erdgas. Aufgeschlüsselt werden hier die jeweiligen Vorteile dieser Autos.³⁹² Das Unternehmen kümmert sich vollständig um die Paneele, von der Errichtung bis zur Wartung. Nach Ablauf von 25 Jahren wird das Paneel von *Wien Energie* zurückgekauft.³⁹³

³⁸⁷ <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-48689>, 11.8.2016. 8:51 Uhr.

³⁸⁸ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeld/67825/programId/71996/contentTypeld/1001/channelId/-50046/contentId/75122>, 11.8.2016. 8:44 Uhr.

³⁸⁹ <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67823/channelId/-48807>, 11.8.2016. 9:24 Uhr.

³⁹⁰ <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67823/channelId/-48814>, 11.8.2016. 9:25 Uhr.

³⁹¹ <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-49046>, 11.8.2016. 9:34 Uhr.

³⁹² <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-58113>, 11.8.2016. 9:39 Uhr.

³⁹³ <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-49047>, 15.8.2016. 9:58 Uhr.

Im Kundendienstbereich wurde in den letzten Jahren umstrukturiert: Das 1997 eröffnete *Wien Energie* Haus, in welchem die Energieberater für Fragen aller Art zum Thema Energie Rede und Antwort standen, wurde mit 30. November 2015 geschlossen. Die Beratung findet seit diesem Zeitpunkt in der *Wien Energie*-Welt Spittelau statt, wo sich auch das Kundendienstzentrum befindet.³⁹⁴

Aktuell befindet sich die Führungsetage der *Wien Energie GmbH* im Wechsel. Der bisherige Geschäftsführer, Mag. Thomas Irschik, trat mit Ende September in den Ruhestand, sein Nachfolger wurde Dipl.-Ing. Mag. Michael Strebl. Zusammen mit den beiden anderen Geschäftsführern, Mag. Peter Gönitzer und Dipl.-Ing. Karl Gruber, leitet er seit 1. Oktober 2016 die *Wien Energie GmbH*.³⁹⁵

³⁹⁴ <http://wien.orf.at/news/stories/2674469/>, 22.8.2016. 9:57 Uhr.

³⁹⁵ <http://www.wienerstadtwerke.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeld/71283/programId/72211/contentTypeld/1001/channelId/-49478/contentId/83845>, 14.8.2016. 13:37 Uhr.

11 Unternehmensprofil und -tätigkeit der Gegenwart

In diesem Kapitel soll dargestellt werden, welche Geschäftstätigkeiten die *Wien Energie GmbH* und auch die *Wiener Stadtwerke Holding AG* im vergangenen Jahr, 2015, unternommen haben. Dazu werden diverse Projekte, aber auch der Bau von neuen Kraftwerken gezählt. Für die Vielzahl der Projekte wurden Leitsätze erstellt, an die sich jedes Subunternehmen der Stadtwerke zu halten hat:

- Für unsere KundInnen sind wir lokaler und regionaler Dienstleister. Für sie stehen wir in allen Fragen rund um Mobilität, Energie und Bestattung mit kompetenter und effizienter Beratung zur Verfügung.
- Wir fördern unsere MitarbeiterInnen. Jede/r Mitarbeiter/in trägt zum Erfolg des Unternehmens bei.
- Wir übernehmen Verantwortung und leisten durch effiziente und qualifizierte Arbeit unseren Beitrag zur Wiener Lebensqualität.
- Wir stellen uns der Herausforderung "Zukunft", indem wir nachhaltig agieren. Das reicht von der Gewinnung umweltfreundlicher Energie über Maßnahmen zur Emissionsverringerung und den Ausbau des Wiener Linien-Streckennetzes bis hin zur sozialen Verantwortung gegenüber KundInnen, MitarbeiterInnen, GeschäftspartnerInnen und Behörden.³⁹⁶

Mit diesen Leitsätzen soll das Ziel,

die Lebensqualität in Wien vorausschauend [zu] erhalten, [zu] verbessern und für unsere KundInnen und MitarbeiterInnen dauerhafte Werte [zu] schaffen [erreicht werden. Man will] sich der Herausforderung "Zukunft" stellen und die Position als größter kommunaler Infrastrukturdienstleister Österreichs weiter ausbauen.³⁹⁷

Unterstützend dazu wird der Code of Conduct angegeben, welcher zehn Grundregeln für den Betrieb der *Wiener Stadtwerke* beinhaltet:

1. Nur ein gesetzeskonformes Geschäft ist langfristig ein exzellentes Geschäft.
2. Die Wiener Stadtwerke pflegen einen fairen Umgang mit Partnern und begegnen ihnen auf Augenhöhe.
3. Die Wiener Stadtwerke achten die Würde und die individuelle Persönlichkeit aller Menschen, weiters wird Diskriminierung aktiv verhindert.
4. Vermögenswerte und Geschäftsgeheimnisse der Konzernunternehmen werden geschützt.
5. Korruption und strafrechtliche Delikte haben keinen Platz.
6. Die Wiener Stadtwerke bekennen sich zu einem fairen Wettbewerb und lehnen Maßnahmen, die den Wettbewerb unrechtmäßig behindern, ab.
7. Die Wiener Stadtwerke sorgen für ein ausgezeichnetes Rechnungswesen. Sie beteiligen sich nicht an Insidergeschäften und Marktmanipulationen.

³⁹⁶ <http://www.wienerstadtwerke.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/71283/channelId/-51138>, 14.8.2015. 8:27 Uhr.

³⁹⁷ <http://www.wienerstadtwerke.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/71283/channelId/-51138>, 14.8.2015. 8:27 Uhr.

8. Vergabeverfahren und Beschaffungsvorgänge werden transparent und gesetzmäßig durchgeführt.
9. Bei Veräußerungsprozessen von wesentlichen Wirtschaftsgütern wird der für das Unternehmen bestmögliche Preis erzielt.
10. Die Wiener Stadtwerke melden jedes Fehlverhalten.³⁹⁸

Diese Grundsätze sollen dazu dienen, Außenstehenden den Eindruck eines modernen Unternehmens mit Verantwortung und Ethik bei seinem Schaffen zu vermitteln, sodass Vertrauen geweckt wird. Der Kodex soll außerdem allen MitarbeiterInnen der Stadtwerke ein Vorbild für ihr Verhalten während ihrer Arbeitszeit sein.³⁹⁹

Sucht man ein Leitbild, das für die *Wien Energie GmbH* steht, so findet man Folgendes:

- Kundenorientierung: Unsere Kunden sind der Mittelpunkt unseres Handelns.
- Verantwortungsbewusstsein: Wir tragen gemeinsam Verantwortung für unsere Umwelt und Ressourcen.
- Qualität: Wir erbringen wirtschaftlich herausragende und nachhaltige Leistungen und tragen aktiv zum Unternehmenserfolg bei.
- Engagement: Wir stehen für Begeisterung, Engagement und Selbstbewusstsein.
- Vertrauen: Unsere Zusammenarbeit basiert auf Vertrauen, Respekt und Wertschätzung.⁴⁰⁰

Erfüllt werden soll durch diese Leitsätze die Mission, Strom, Erdgas, Wärme und Kälte traditionsgemäß auf umweltfreundliche und innovative Art zu liefern. Die Nutzung erneuerbarer Energie und die Energieeffizienz soll dabei noch gesteigert werden. Unter dem Punkt „Vision“ wird zudem noch angegeben, Österreichs führendes Energieunternehmen zu sein und dies durch Kundenservice und umweltbewusstes Handeln zu unterstreichen.⁴⁰¹

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit soll nun auf das Jahr 2015 geblickt werden, welches zum Zeitpunkt der Verfassung dieser Arbeit den aktuellsten Geschäftsbericht der *Wiener Stadtwerke Holding AG* stellt. Das rechtliche Umfeld ist ein sehr großes. Speziell für die *Wien Energie GmbH* und deren Tochter *Wien Energie Vertrieb GmbH* ist zu beachten, dass ihre Absatzmärkte vollständig dem Wettbewerb unterliegen, während die Tarife für Strom und Gas von der staatlichen *Energie-Control Austria* festgelegt werden.⁴⁰² Bevor nun auf die einzelnen Projekte eingegangen wird, sei noch gesagt, dass es auf Grund der Fülle an Projekten nicht möglich war, in

³⁹⁸ <http://www.wienerstadtwerke.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/71283/channelId/-51785>, 14.8.2016. 8:39 Uhr.

³⁹⁹ Vgl. <http://www.wienerstadtwerke.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/71283/channelId/-51785>, 14.8.2016. 8:42.

⁴⁰⁰ <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67831/channelId/-48040>, 15.8.2016. 8:29 Uhr.

⁴⁰¹ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67831/channelId/-48040>, 15.8.2016. 8:34 Uhr.

⁴⁰² Vgl. Wiener Stadtwerke Geschäftsbericht 2015. S. 47.

diesem Kapitel alle zu erwähnen, es sollen aber die neuesten bzw. spannendsten nun vorgestellt werden.

Ein stark boomendes Geschäft, welches bereits seit 2009 einen Aufschwung erlebt, ist die Fernkälte. Auch im vergangenen Jahr wurde der Absatz von Fernkälte durch die Eröffnung des Wiener Hauptbahnhofes und die damit verbundene Inbetriebnahme der größten Fernkälteanlage der *Wien Energie GmbH* gesteigert. Da bei dieser Anlage die Nachfrage enorm hoch war, wurde die Leistung nachträglich auf 25 Megawatt aufgerüstet. Bis 2020 ist geplant, die Leistung aller Fernkälteanlagen der *Wien Energie GmbH* von momentan gemeinsamen 100 Megawatt auf 200 Megawatt zu verdoppeln. Durch das Wachstum dieses Energiebereichs ergibt sich für das Unternehmen die Chance, neue Kunden zu gewinnen und im Wettbewerb mit anderen Anbietern mithalten zu können.⁴⁰³

Dass immer mehr Menschen nach Wien ziehen, welche natürlich auch mit Energie versorgt werden müssen, ist ein Grund mehr, warum man weiter in Kraftwerke investiert. So wird aktuell ein neues Kleinwasserkraftwerk auf der Donauinsel, genauer gesagt, in die Wehranlage 1 integriert, errichtet. Der durch unterschiedliches Gefälle entstehende Grundwasserzstrom wird so zur Stromerzeugung genutzt. Das neue Kraftwerk soll für 130 Haushalte Strom erzeugen. Die neue Stromquelle ist, weil sie mittels Wasserkraft betrieben wird, klimaschonend, die Leistung beträgt 100 Kilowatt, im Jahr können 400.000 Kilowattstunden erzeugt werden. Nicht umsonst wird der Klimaschutz betont, ist dies doch für viele KundInnen unserer Zeit ein ausschlaggebendes Argument, da Worte wie „Klimaschutz“ und „Treibhauseffekt“ im täglichen Leben immer omnipräsenter werden.⁴⁰⁴

Steckertyp	Kosten
<i>Schuko 3,7kW</i>	€ 0,84/Stunde
<i>Typ 2 11kW</i>	€ 2,40/Stunde
<i>Typ 2 22kW</i>	€ 4,80/Stunde
<i>Typ 2 43kW</i>	€ 9,60/Stunde
<i>CCS 50kW</i>	€ 9,60/Stunde
<i>CHAdEMO 50kW</i>	€ 9,60/Stunde

Tarife der Tanke⁴⁰⁵

Ein weiteres Feld in der Geschäftstätigkeit der *Wien Energie GmbH* ist jenes der Elektroautos. Dieses Feld ist jetzt zwar stärker im Kommen, war allerdings schon im Jahr 1994 aktuell. Damals wurde am 4. Mai bereits die dritte, damals als WIENSTROM-Tankstelle bezeichnete, Ladestation für Elektroautos eröffnet.⁴⁰⁶ Bis zur Gegenwart hat sich die Anzahl der Ladestationen auf etwa 400 erhöht, bis Ende des Jahres sollen es 440 sein. Im Jahr 2015 wurden 60 Ladestationen neu errichtet.⁴⁰⁷ Zwar verkauft oder vermietet das Unternehmen

⁴⁰³ Vgl. Wiener Stadtwerke Geschäftsbericht 2015. S. 44.

⁴⁰⁴ Vgl. <http://www.wienerstadtwerke.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeld/71283/programId/72211/contentTypeld/1001/channelId/-49478/contentId/1000008>, 14.8.2016. 10:25 Uhr.

⁴⁰⁵ <http://www.tanke-wienenergie.at/tarifubersicht/>, 18.8.2016. 9:37 Uhr.

⁴⁰⁶ Vgl. *Stromtanknetz erweitert*. In: Wiener E-Werke Journal 2/1994. S. 10.

⁴⁰⁷ Vgl. Jahrbuch Wien Energie 2015. S. 43f.

an Privatleute keine Autos, stellt aber selbst als Energiedienstleister⁴⁰⁸ die Ladestationen, sie werden *Tanke* genannt, zur Verfügung. Für die Benutzung fällt je nach Stecker des Elektroautos ein eigener Tarif an (siehe Tabelle oben). Bisher nutzen rund 2.000 Kunden die Tanke-Karte, also die Elektrotechnologie.



Abbildung 46: Das Logo der Tanke

2016 startete das eTaxi-Projekt, welches von den *Wiener Stadtwerken*, der *Wien Energie* und dem *Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie* getragen wird. Wieder wird hierbei die Umweltverträglichkeit betont, da die Autos zu 100% CO₂-neutral sind, außerdem wird angepriesen, dass die Betriebskosten niedriger als bei einem Auto mit fossilen Brennstoffen oder einem Hybrid seien.⁴⁰⁹ Der Strom für die Taxis wird von *Wien Energie* bis Ende 2017 gratis an speziellen Schnellladestationen zu Verfügung gestellt, um weitere Taxiunternehmen (*Taxi 40100* und *Taxi 31300* haben ihren Fuhrpark bereits erweitert) für die Elektroautos zu gewinnen. Das Projekt endet 2018, man will bis dahin 250 Elektroautos in Betrieb haben.⁴¹⁰ Als Grund für das Projekt wird folgender angegeben:

Die Stadt Wien hat sich in der Smart City Rahmenstrategie zum Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2050 der gesamte motorisierte Individualverkehr innerhalb der Stadtgrenzen ohne konventionelle Antriebstechnologien erfolgen soll. Das Projekt eTaxi ist ein wichtiger Schritt dieses Ziel zu erreichen. Die Wiener Stadtwerke haben bereits ausgezeichnete Erfahrungen mit dem Einsatz von E-Fahrzeugen in Unternehmensflotten oder im Bereich der Logistik gesammelt. eTaxi Wien soll die Wiener Mobilitätsangebote nun noch smarter und umweltfreundlicher machen. Ziel ist es, dass die Wienerinnen und Wiener für Wege, die sie nicht mit den Öffis zurücklegen können, auf umweltfreundliche Alternativen wie eTaxis oder eBikes zurückgreifen.⁴¹¹

Mit dem Baustart des Windparks Andlersdorf/Orth im März 2016 wurde durch eine Kooperation zwischen der *Wien Energie GmbH* und der *ImWind Elements GmbH* ein weiteres Mal unterstrichen, dass der Umweltaspekt für das Unternehmen im Vordergrund steht.⁴¹²

⁴⁰⁸ Dieser Begriff wird vom Unternehmen zunehmend verwendet. Man will vom Energieversorger weg zum Energiedienstleister kommen.

⁴⁰⁹ <http://www.tanke-wienenergie.at/etaxi/was-ist-etaxi/>, 16.8.2016. 9:43 Uhr.

⁴¹⁰ <http://www.wienerstadtwerke.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeld/71283/programId/72211/contentTypeld/1001/channelId/-49478/contentId/83201>, 14.8.2016. 11:05 Uhr.

⁴¹¹ <http://www.tanke-wienenergie.at/etaxi/was-ist-etaxi/>, 16.8.2016. 9:52 Uhr.

⁴¹² Vgl. http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1108318, 15.8.2016. 8:42 Uhr.

Der Windpark Andlersdorf/Orth wird aus 13 Windrädern, sieben in Andlersdorf und sechs in Orth an der Donau, mit einer installierten Leistung von 39 Megawatt bestehen. Rund 70 Millionen Euro investieren ImWind und Wien Energie in das Projekt, die Fertigstellung des Windparks ist für Frühjahr 2017 geplant. Dann werden die Windräder in Andlersdorf und Orth jährlich ca. 95.000 Megawattstunden Strom produzieren, und somit 57.000 Tonnen an CO₂ pro Jahr einsparen.⁴¹³

Mit den jährlich erzeugten 95.000 Megawattstunden kann man einen Strombedarf von etwa 27.000 Haushalten decken.⁴¹⁴

Seit Sommer 2015 gibt es für BürgerInnen auch die Möglichkeit, sich an Windkraftwerken zu beteiligen. Das Interesse für den ersten Standort in Pottendorf/Tattendorf war enorm: Binnen sieben Minuten waren alle Anteile ausverkauft.⁴¹⁵ Zu einem ähnlichen Ereignis kam es am 20. Juni 2016: Der zweitgrößte (und auch der zweite an diesem Standort) Windpark Niederösterreichs wurde in Pottendorf/Tattendorf eröffnet.

Der Windpark Pottendorf/Tattendorf hat eine installierte Leistung von insgesamt 42,9 Megawatt und befindet sich an den Gemeindegrenzen von Pottendorf, Tattendorf und Ebreichsdorf. Die Gesamtinvestition betrug 66 Mio. Euro. Der Windpark Pottendorf wird jährlich 94.400 Megawattstunden Strom produzieren. Dadurch werden jährlich 52.800 Tonnen an CO₂ eingespart.⁴¹⁶

Wie beim ersten Windpark, war auch hier das Interesse enorm und die Anteile in Windeseile verkauft. Mittlerweile werden 80.000 Haushalt mit Strom aus Windenergie versorgt.⁴¹⁷

Ebenfalls vor kurzer Zeit, am 28. Juli 2016, wurde ein neues BürgerInnensolkraftwerk mit Standort Purkersdorf in Kooperation mit der ÖBB entlang der Wienerwaldstrecke eröffnet. Auf 1.000 Quadratmetern wurde eine Photovoltaikanlage errichtet, an der sich Bürger beteiligen konnten. Das starke Interesse dieser führte dazu, dass die 576 Paneele innerhalb kürzester Zeit vergriffen waren. Dies zeigt abermals das Engagement der Bevölkerung für umweltgerechte Energiewirtschaft. Mit diesem Projekt werden 60 Haushalte versorgt.⁴¹⁸

Das größte Bürgerkraftwerk befindet sich im 23. Wiener Gemeindebezirk, Liesing. Neben seiner Größe ist aber ein anderes Merkmal mit ein Grund, warum es hier erwähnt wird: Da zwi-

⁴¹³ <http://www.wienerstadtwerke.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeld/71954/programId/72864/contentTypeld/1001/channelId/-51313/contentId/1000015>, 15.8.2016. 8:43 Uhr.

⁴¹⁴ Vgl. http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1108318, 18.8.2016. 8:45 Uhr.

⁴¹⁵ <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-49047#81262>, 15.8.2016. 10:41 Uhr.

⁴¹⁶ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160620_OTS0061/zweitgroesster-windpark-in-noe-eroeffnet, 18.8.2016. 10:10 Uhr.

⁴¹⁷ Vgl. <https://www.buergerkraftwerke.at/eportal2/ep/contentView.do/pageTypeld/67349/programId/67547/contentTypeld/1001/channelId/-47454/contentId/81421>, 15.8.2016. 10:53 Uhr.

⁴¹⁸ Vgl. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160728_OTS0097/eroeffnung-buergersolkraftwerk-purkersdorf, 15.8.2016. 10:10 Uhr.

schen den einzelnen Paneelen viel Platz herrscht, entschloss man sich 2013 dazu, ein Bienen-schutzprojekt anzusiedeln. So werden von rund einer Million Bienen etwa 100 Kilogramm Honig pro Ernte erzeugt. Diese Zahl deckt sich auch mit den erzeugten Kilowattstunden, welche demzufolge ebenfalls 1 Million pro Jahr beträgt. Auf jede erzeugte Kilowattstunde kommt in etwa eine Biene.⁴¹⁹

Insgesamt gibt es elf BürgerInnensolarkraftwerke in Wien: HTL Wien 10, Wien Mitte, Donaustadt, Hietzing, Liesing, Liesing II, Leopoldau, Siebenhirten, Simmering, LGV Frischgemüse und LGV Frischgemüse II. In Niederösterreich kommt man auf neun Kraftwerke, die zum *Wien Energie* Konzern gehören: Abwasserverband Trumau-Schönau, Bisamberg, Oberwaltersdorf, Perchtoldsdorf, Trumau, Traiskirchen, Abfallverband Schwechat, Purkersdorf und Mödling. Eine Sonderstellung unter den BürgerInnen-Kraftwerken nehmen jene ein, die in Kooperation mit der Supermarktkette *SPAR* entstanden sind. Die Photovoltaikanlage wird hierbei auf dem Dach einer *SPAR*-Filiale errichtet, BürgerInnen können sich wie bei den anderen Anlagen beteiligen und erhalten dafür *SPAR*-Gutscheine für ihre Einkäufe. Momentan sind auf zwei *SPAR*-Filialen in Wien Photovoltaikanlagen errichtet: *SPAR* Siemensstraße und *SPAR* Wagramer Straße, beide in Wien Floridsdorf.⁴²⁰ Die Windbeteiligungen sind die erwähnten Windparks Pottendorf-Tattendorf und Pottendorf-Tattendorf II.⁴²¹ Des Weiteren wird Strom durch Windkraft bezogen aus dem Windpark Unterlaa, dem Windrad Donauinsel, dem Windpark Glinzendorf, dem Windpark Zurndorf und Pama Gols, dem Windpark Steinriegel und dem Windpark Lével.⁴²²

Für *Wien Energie* produzieren folgende Standorte Strom durch Wasserkraft: Donaukraftwerk Greifenstein (Man hat hier das Strombezugsrecht), Wasserkraftwerk Nußdorf; Wasserkraftwerk, Photovoltaik-Anlage, Biomassekraftwerk Trumau; Donaukraftwerk Freudenu (ebenfalls Strombezugsrecht); Wasserkraftwerk Gaming; Wasserkraftwerk Opponitz; Wasserkraftwerk Hausmening; Wasserkraftwerk Hoheneich; Wasserkraftwerk Fürstenfeld; 13 Kraftwerke entlang des Inns in Bayern; neun Wasserkraftwerke in Südosteuropa und 28 Wasserkraftwerke in Rumänien.⁴²³

⁴¹⁹ Vgl. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160523_OTS0108/solaranlage-als-lebensraum-fuer-1-million-bienen, 18.8.2016. 10:09 Uhr.

⁴²⁰ Vgl. <https://www.buergerkraftwerke.at/eportal2/ep/programView.do/pageTypeld/67349/programId/68068/channelId/-47875>, 15.8.2016. 10:47 Uhr.

⁴²¹ Vgl. <https://www.buergerkraftwerke.at/eportal2/ep/channelView.do/pageTypeld/67349/channelId/-47451>, 15.8.2016. 10:19 Uhr.

⁴²² Vgl. Jahrbuch Wien Energie 2015. S. 22.

⁴²³ Vgl. ebenda. S. 22.

Für die Abfallbehandlung gibt es folgende Standorte: Abfallbehandlungsanlage Spittelau mit Fernheizwerk, Abfallbehandlungsanlage Flötzersteig, Abfallbehandlungsanlage Simmeringer Haide, Abfallbehandlungsanlage Pfaffenu (inkl. Betriebsführung).⁴²⁴

Strom und Fernwärme werden an diesen Standorten produziert: Fernheizwerk Arsenal; Kraftwerkstandort Simmering mit KWK-Anlage⁴²⁵, Wärmespeicher, Wald-Biomassekraftwerk, Wasserkraftwerk und Photovoltaik-Anlage; Fernheizwerk Inzersdorf; KWK-Kraftwerk Donaustadt 3; Fernheizwerk Kagran und Fernheizwerk Leopoldau.⁴²⁶

Für das aktuelle Versorgungsgebiet ist nicht mehr die *Wien Energie*, sondern das Schwesterunternehmen *Wiener Netze* zuständig. Aus Gründen der Vollständigkeit soll es aber trotzdem hier angegeben sein. Das Versorgungsgebiet umspannt den Großraum Wien, einige Teile Niederösterreichs, insbesondere den Süden und einen Teil des Burgenlandes wie auf der Grafik der *Wiener Netze* zu sehen ist.

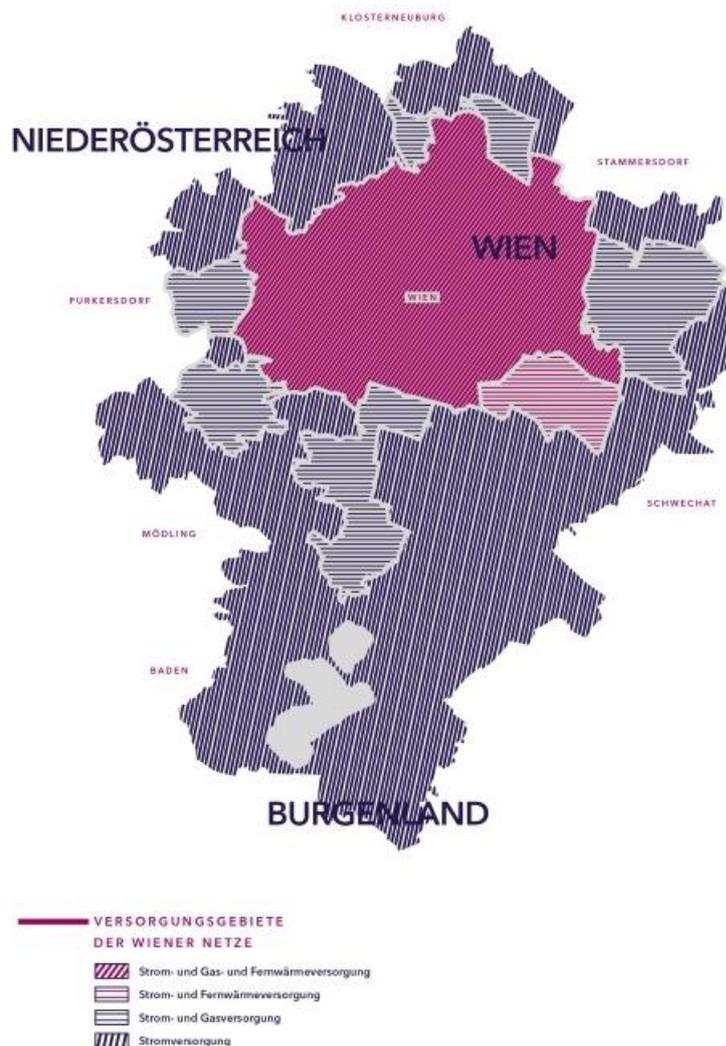


Abbildung 47: Versorgungsgebiet der Wiener Netze

⁴²⁴ Vgl. Jahrbuch Wien Energie 2015. S. 22.

⁴²⁵ KWK steht für Kraft-Wärme-Kopplung.

⁴²⁶ Vgl. Jahrbuch Wien Energie 2015. S. 22.

12 *Wien Energie* als Arbeitgeber und die Gewerkschaft

Durch die laufende Neustrukturierung, die bis 2017 anhalten soll, gibt es nicht nur für das Unternehmen selbst, sondern auch für dessen Arbeitnehmer Veränderungen. Man will die Arbeitsplätze flexibler, unkomplizierter machen. Um dieses Ziel zu erreichen wurden im Unternehmen 40 sogenannte Inno-Scouts verteilt, die ein offenes Ohr für Ideen zur Verbesserung der Arbeitsplätze haben. MitarbeiterInnen wurden aufgerufen, jeden Vorschlag bekanntzugeben.⁴²⁷ Diese Methode hat einerseits den Vorteil für die MitarbeiterInnen, dass sie selbst die Chance bekommen, ihren Arbeitsplatz zu verbessern, das Unternehmen hat so aber auch die Möglichkeit, eventuelle professionelle Beratung einzusparen, sollten die Ideen der MitarbeiterInnen von Nutzen sein.

In Zahlen sah der MitarbeiterInnenstand 2015 wie folgt aus: Von den im Jahr 2015 durchschnittlich 2.680 MitarbeiterInnen⁴²⁸ sind 25% weiblich, 70 MitarbeiterInnen haben besondere Bedürfnisse. 63 Lehrlinge sind in kaufmännischen und technischen Berufen tätig. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit beträgt 18 Jahre. Insgesamt wurden 25.787 Schulungsstunden absolviert.⁴²⁹ Arbeitet man bei *Wien Energie*, hat man als MitarbeiterIn folgende Vorteile:

- PatInnen-Programm und Newcomertag für neue MitarbeiterInnen
- Flexible Arbeitszeiten
- Elternteilzeit/Papamonat
- Betriebsrestaurant und frisches Obst am Arbeitsplatz
- MitarbeiterInnenrabatte
- Vorsorgeuntersuchungen im Haus
- E-Fahrzeuge für Dienstfahrten
- Eigenes Bildungszentrum⁴³⁰

Es sollen in diesem Kapitel noch zwei interne Faktoren des Unternehmens vorgestellt werden: Die Gewerkschaft und ihr politisches Nahverhältnis und der Umgang mit Kritik seitens der MitarbeiterInnen.

Die Gewerkschaft, die für die MitarbeiterInnen der *Wien Energie* zuständig ist, ist seit 20. November 2015 die *younion*:

younion ist eine überparteiliche Interessenvertretung. Die Mitgliedschaft ist freiwillig.

younion vertritt Mitglieder in über 200 verschiedenen Berufsgruppen, die in mehr als 2.100 österreichischen Städten und Gemeinden tätig sind. Die Gemeindebediensteten sind hauptsächlich im Gesundheitswesen, öffentlichem Verkehr, Ver-

⁴²⁷ Vgl. Jahrbuch Wien Energie 2015. S. 61.

⁴²⁸ Energie ist unsere Verantwortung. Umwelterklärung 2016. S. 5.

⁴²⁹ Vgl. Jahrbuch Wien Energie 2015. S. 63.

⁴³⁰ Jahrbuch Wien Energie 2015. S. 63

und Entsorgungseinrichtungen (Elektrizität, Gas, Wasser, Abfall etc.), im Bildungssektor, im Rahmen von sozialen Dienstleistungen, Bestattung und in der öffentlichen Gemeindeverwaltung im Einsatz.

youunion ist die Interessenvertretung der künstlerisch, journalistisch, programmgestaltend, technisch, kaufmännisch, administrativ, pädagogisch unselbstständig oder freiberuflich Tätigen in den Bereichen Kunst, Medien, Erziehung, Bildung und Sport.⁴³¹

Speziell in Wien ist die *youunion* in acht Hauptgruppen unterteilt, jede Gruppe steht für eine berufliche Tätigkeit. Während die *Wiener Stadtwerke* (mitsamt Bestattung Wien und Wiener Linien) in der Hauptgruppe IV sind, wird die Bedienstetenvertretung der *Wien Energie*, welche unter den Namen *Energie Wien* fällt, alleinig in Hauptgruppe V geführt. Sorgen macht sich die Gruppe über die Liberalisierung des Strommarktes, man sieht sich durch Billiganbieter bedroht, ist aber gleichzeitig stolz, dass es trotz dieser Bedrohung in den letzten Jahren zu keiner Minderung der Sozialleistungen der Gewerkschaft gekommen ist.⁴³²

Für die Mitarbeiter kam es dank eines Personalübereinkommens mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten-Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) vorerst zu keinen Veränderungen in den bestehenden Sozialleistungen. In den letzten vier Jahren waren die Schaffung einer Funktionszulage, der Kollektivvertrag Neu und die Einführung von Gleitzeit- und Arbeitszeitmodellen, ein weiterer großer Erfolg.⁴³³

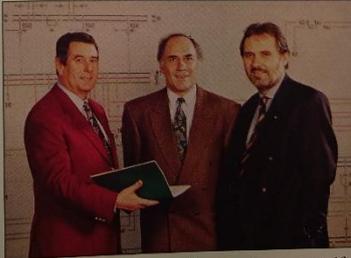
Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Am Sonntag, dem 9. Oktober 1994 finden in Österreich die Nationalratswahlen statt. Seit 24 Jahren wird unser Land durch die Sozialdemokraten gestaltet und regiert.

Das bedeutet, daß wir heute einen so hohen Lebensstandard haben wie nie zuvor. Die innovative und treibende Kraft in diesen Jahren war die Sozialdemokratische Partei Österreichs. Was sie besonders auszeichnet ist, daß sie immer ehrlich und aufrichtig zu den Menschen gesprochen hat, auch wenn es manchmal unangenehm und unattraktiv, aber notwendig war.

Das ist der Unterschied zu den anderen, die in demagogischer und polemischer Art den Menschen nur das Blaue vom Himmel versprechen und sich dabei auch mehrmals am eigenen Absatz umdrehen. Wir glauben, daß wir Bedienstete der Wiener E-Werke wenig Interesse an Schlagworten und demagogischen Aussagen haben, sondern eine ehrliche und aufrichtige Politik wollen und die Verantwortlichen in diesem Land auch an dieser Politik messen. Damit es so bleibt, brauchen wir Eure Unterstützung. Österreich muß auch in Zukunft ein Land der Geborgenheit sein, in dem es für alle, egal welchen Alters und welchen Geschlechts lebenswert und liebenswert ist, zu leben.

Österreich braucht für dieses Programm die Sozialdemokratische Partei Österreichs und Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky. Daß das gesichert ist, braucht unsere Partei am 9. Oktober 1994 die Unterstützung von uns allen!

Peter Juznic, Johann Wagner, Gustav Belfin

Abbildung 48: Beilage zum Wiener E-Werke Journal

⁴³¹ http://www.youunion.at/cms/C01/C01_5/das-sind-wir, 16.8.2016. 10:57 Uhr.

⁴³² Vgl. http://www.youunion.at/cms/C01/C01_5.2.5/das-sind-wir/wiener-hauptgruppen/hauptgruppe-v, 16.8.2016. 11:24. Uhr.

⁴³³ http://www.youunion.at/cms/C01/C01_5.2.5/das-sind-wir/wiener-hauptgruppen/hauptgruppe-v, 16.8.2016. 11:25 Uhr.

Wie oben erwähnt ist die *younion* überparteilich. Betrachtet man jedoch die Vergangenheit, so zeigt sich, dass die vorige Gewerkschaft ein sehr nahes Verhältnis zur SPÖ pflegte. So wurde nämlich obenstehender Brief zur Nationalratswahl vom 9. Oktober 1994 als Beilage zum *Wiener E-Werke Journal* verfasst. Zu lesen ist eine Wahlempfehlung zu Gunsten der SPÖ, welche im Jahr 1994 dem Wiener Gemeinderat vorstand. Zur damaligen Zeit waren die *Wiener Stadtwerke* noch keine AG, sondern unterstanden dem Gemeinderat direkt. Auf diese Nähe ist es zurückzuführen, warum die Wahlempfehlung auf die Sozialdemokraten gefallen ist.⁴³⁴ Vergleicht man diese beiden Gewerkschaften, so bemerkt man, dass in der Zwischenzeit eine Entpolitisierung stattgefunden hat. Als unabhängige Gewerkschaft spricht man jede/n MitarbeiterIn neutral an und schafft so eine größere Vertrauensbasis für alle Zugehörigen.

Es folgt nun das angekündigte Beispiel für Umgang mit Kritik seitens der MitarbeiterInnen. Im Jahr 2004 wurde ein Brief eines anonymen Mitarbeiters an den Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl im *Wiener E-Werke Journal* veröffentlicht. In diesem Brief wurde die damalige Systemumstellung des Rechnungssystems und des Customer Care Centers (CCC) kritisiert. Die Umstellung sei misslungen, Kunden erhielten die ihnen zustehenden Rechnungen entweder gar nicht oder mit falschem Inhalt. Die MitarbeiterInnen des CCC seien physisch und psychisch am Rande des Zusammenbruchs.⁴³⁵

Wenn man unseren Direktor darauf anspricht, ihn mit diesen Problematiken konfrontiert und eine Erhöhung der Personalressourcen fordert, um die wahrscheinlich massivsten Rückstände in der langjährigen Geschichte von Wienstrom bewältigen zu können und für unsere Kunden als kompetenter und zuverlässiger Partner zu erscheinen, wird man als „Jammerer“ abgestempelt und findet kein Gehör.⁴³⁶

Kritisiert wird weiterhin, dass immer mehr Fremdleistungen von Overflow-Partnern übernommen werden und die Eigenleistung in den Hintergrund gerückt wird. Auch die öffentliche Rechtfertigung des Unternehmens auf die Frage, warum denn die Kunden nun solange auf ihre Rechnungen warten müssten, wurde als nicht ausreichend eingestuft.

Auf die Frage [...] angesprochen auf lange Wartezeiten und angeblich unfreundlichen Auskünften unseres Customer Care Centers, war der Wien Energie-Presse-sprecher nur zu der folgenden, äußerst lapidaren Antwort bereit: „Unsere Mitarbeiter bekommen jährlich eine Woche Kommunikationsschulung, damit so etwas nicht passieren kann.“⁴³⁷

Für den Mitarbeiter war frustrierend zu sehen, dass sich das Management auf die MitarbeiterInnen ausredete, anstatt das nicht perfekt funktionierende System zu kritisieren. Ein letzter

⁴³⁴ Wiener E-Werke Journal. Nr. 2 (1994).

⁴³⁵ Vgl. *Brief an den Eigentümer*. In: *Wiener E-Werke Journal*. Nr. 3 (2004). S. 14.

⁴³⁶ *Brief an den Eigentümer*. In: *Wiener E-Werke Journal*. Nr. 3 (2004). S. 14f.

⁴³⁷ Ebenda. S. 15.

Kritikpunkt war die ungleiche Geschlechterbehandlung, man verstoße gegen das Gleichbehandlungsgesetz.

Ich finde es nicht als „Auszeichnung“ für den primären Repräsentanten von Wienstrom, wenn sich dieser die Probleme zwar anhört, Lösungsansätze weiter delegiert, gleichzeitig aber dazu ein sehr fragwürdiges „Späßchen“ macht, welches alleine schon nach dem Gleichbehandlungsgesetz geahndet werden müsste. Es kann ja nicht sein, dass eine große Abteilung, in welcher sich sehr viele junge Arbeitnehmerinnen befinden, abqualifiziert wird, weil man der Meinung ist, diese Kolleginnen sind in einem gebärfähigen Alter und die Kontinuität der Arbeitsleistung wird dadurch beeinträchtigt.⁴³⁸

In derselben Ausgabe des Wiener E-Werke Journals lag auch eine Stellungnahme des damaligen Geschäftsführers Dipl.-Ing. Friedrich Pink in Form eines zweiseitigen Briefes bei. In diesem wollte er die vorgebrachten Kritiken richtigstellen bzw. entkräften. Zunächst ging er allerdings auf den Hintergrund der Umstellung ein:

WIENSTROM befindet sich seit einigen Jahren im intensiven Wettbewerb mit anderen Stromanbietern. Der Druck auf unser Unternehmen ist groß. Durch verschiedene Maßnahmen, konnte das Unternehmen in den letzten Jahren wirtschaftlich stabilisiert werden. Wir haben eine Offensivstrategie gewählt und unsere Kosten gesenkt. Hätten wir das nicht getan, hätte WIENSTROM heute rote Zahlen. Der Druck vom Markt und vom Regulator wird immer größer. Dem Monopol nachzutruern hilft uns nicht. Wenn wir bestehen wollen, müssen wir offensiv und mit Selbstvertrauen in dieser „neuen Welt“ gewinnen wollen. Ganz entscheidend dabei ist, wie weit der wichtigste Faktor des Unternehmens, nämlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bereit sind, die für den Erfolg notwendige Entwicklung mitzumachen und mitzutragen.⁴³⁹

Hier klingt deutlich mit, dass das Unternehmen gezwungen war, sich im Zeitalter der fortschreitenden Globalisierung an neue Gegebenheiten anpassen zu müssen. Wie der Geschäftsführer schreibt, ist die Zeit des Monopols, wie es in dieser Arbeit sehr lange beschrieben wurde, vorbei. Um diese Veränderungen in der Wirtschaft bewältigen zu können, müsse sich auch das Unternehmen selbst – und damit auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – auf neue Gegebenheiten einstellen. Dazu gehöre auch ein neues Kassen- und Kundendienstsystem. Friedrich Pink begründet dies damit, dass das alte System mit seinen 30 Jahren nicht mehr den Anforderungen der aktuellen Wirtschaftslage standhalten würde und ein Austausch daher notwendig wäre. Zu den konkreten Vorwürfen, speziell gegen ihn, wird ebenfalls Stellung bezogen:

Auch das [sic!] MitarbeiterInnen als „Jammerer“ abgestempelt werden[,] ist unrichtig. Im Gegenteil! Bei Abteilungsbesuchen und verschiedenen internen Veranstaltungen werden Mitarbeiter gelobt, wird ihnen gedankt und wird ihnen Mut gemacht. Richtig ist, dass ich einmal zu einem Mitarbeiter, gesagt habe, dass jammern in

⁴³⁸ Brief an den Eigentümer. In: Wiener E-Werke Journal. Nr. 3 (2004). S. 15.

⁴³⁹ Stillstand ist nicht angesagt. Stillstand bedroht unsere Existenz. In: Wiener E-Werke Journal. Nr. 3 (2004).

unserer derzeit schwierigen Situation nicht hilft, sondern dass positives Denken und das Suchen nach Lösungen zielführender ist.⁴⁴⁰

Zu dem Vorwurf der Ungleichbehandlung der Geschlechter äußert sich Pink ebenfalls:

Es ist richtig, dass ich dem Leiter des CCC geraten habe, nicht nur junge[,] sondern auch ältere Frauen zu beschäftigen. Da es sich in beiden Fällen um Frauen handelt, kann das Gleichbehandlungsgesetz nicht verletzt worden sein. Ich meine, dass es gut ist, auch altersmäßig für Durchmischung zu sorgen. Erfahrung und Jugend zusammen ergeben mehr Stabilität. Darüber hinaus halte ich es für sozial, auch älteren Frauen eine Chance auf einen Job zu geben. Für den Fall, dass durch ein vielleicht unbedacht gewähltes, jedenfalls aus dem Zusammenhang gerissenes Wort, sich jemand gekränkt fühlt, bedaure ich das.⁴⁴¹

Warum sind diese beiden Briefe aus dem Jahr 2004 wichtig für das Verhältnis ArbeitnehmerInnen und auch die/den ArbeitgeberIn? Sie zeigen sehr gut, wie das Unternehmen funktioniert. Sie zeigen auch, dass es einen sozialen Austausch untereinander gibt und Kritik von der Führungsebene gehört und darauf reagiert wird. Es stellt sich die Frage, ob diese Sozialität Ausdruck des gemeinwirtschaftlichen Charakters des Unternehmens mit seiner traditionellen Nähe zur Sozialdemokratie, zur Arbeiterbewegung, ist oder einfach der Ausdruck eines partnerschaftlichen Umgangs miteinander in einem großen modernen Unternehmen?

⁴⁴⁰ *Stillstand ist nicht angesagt. Stillstand bedroht unsere Existenz.* In: Wiener E-Werke Journal. Nr. 3 (2004).

⁴⁴¹ Ebenda.

13 Die Ökonomie der *Wien Energie GmbH*

Die *Wiener Stadtwerke Holding AG* teilt in ihrem Geschäftsbericht 2015 die unterschiedlichen Subunternehmen in vier Segmente ein.

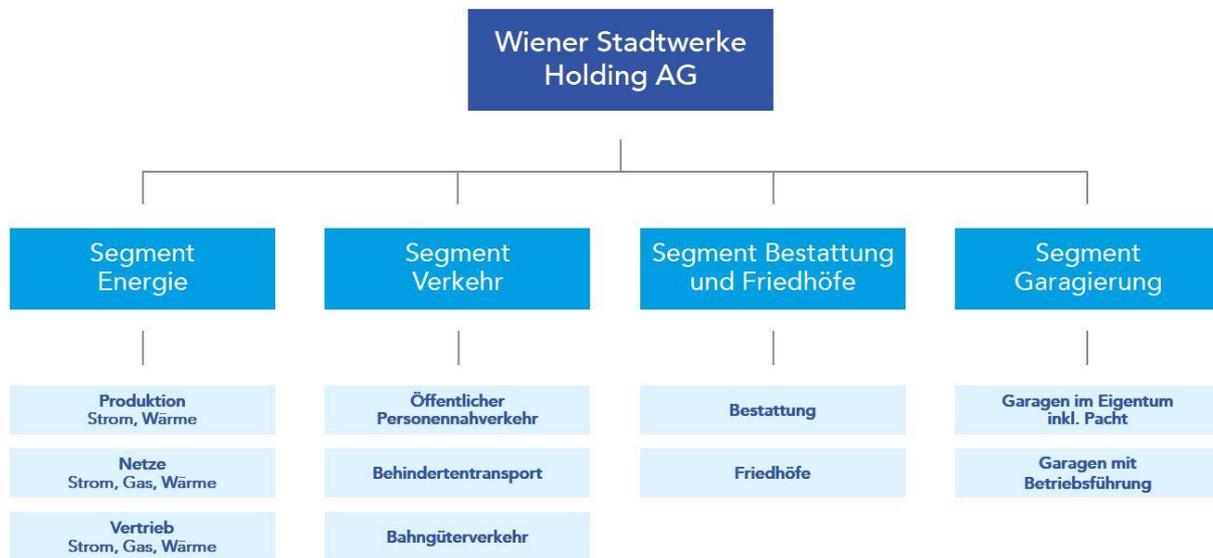


Abbildung 49: Segmenteinteilung der Wiener Stadtwerke Holding AG

Die *Wien Energie GmbH* fällt in das Segment Energie. Dieses wiederum wird in drei Bereiche unterteilt: Produktion, Netze und Vertrieb.⁴⁴²

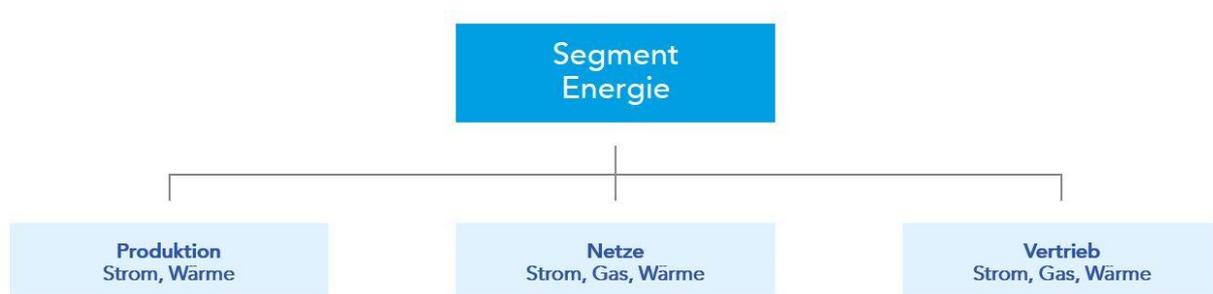


Abbildung 50: Aufteilung des Segments "Energie"

Sowohl die Strom- als auch die Wärmeproduktion konnten im letzten Jahr durch Neubauten von Wind- und Photovoltaikanlagen gesteigert werden. Die Stromerzeugung aus Biomasse konnte um 50,0% gesteigert werden, die aus Windkraft um 57,5%. Bei den Photovoltaik-Anlagen kam man auf ein Plus von 55,7% im Vergleich zum Jahr 2014. Die Wärmeproduktion ist auf Grund tieferer Temperaturen als im Vorjahr gestiegen. Die MVA Spittelau konnte sich trotzdem nur um 15,9% steigern, da es zu einem Umbau kam, der Stillstand erforderte. Biomassekraftwerke steigerten sich um 25,5%.⁴⁴³

Auch die Tarife für Strom und Gas veränderten sich im Vergleich zum Vorjahr: Durch Anwendung der Regulierungsformel ergibt sich, dass die Netznutzungstarife im Netzbereich Wien um

⁴⁴² Vgl. Wiener Stadtwerke Geschäftsbericht 2015. S. 57.

⁴⁴³ Vgl. ebenda. S. 60.

durchschnittlich 6% erhöht wurden. Die Netzverlusttarife wurden wegen des niedrigeren Einkaufspreises von 2014 um ca. 20% reduziert. Für HaushaltskundInnen bedeutet dies eine durchschnittliche Erhöhung der Stromkosten um 4,9 Euro bzw. um 3,5%.⁴⁴⁴

Die Gastarife blieben größtenteils konstant, nur die der Netzebene 3 wurden um 0,7 Euro bzw. 0,25% gesenkt.⁴⁴⁵

Die Umsatzerlöse sind die größten Anteile des Segments Energie. Gas und Wärmeerlöse sind angestiegen, die Stromerlöse im Vergleich zum Vorjahr hingegen gefallen.⁴⁴⁶

Das im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbesserte Ergebnis ist auf die Umgliederung der Zinskomponente der Dotierung zu Personalrückstellungen in das Finanzergebnis und einen höheren energiewirtschaftlichen Deckungsbeitrag zurückzuführen. Diesen Effekten wirken die Anpassung der Rückstellung in Verbindung mit Verträgen für Strombezugsrechte, die Auflösung von zwei Fünfundzwanzigstel des Unterschiedsbetrags zu Pensionsrückstellungen der WIEN ENERGIE GmbH und 2,75 Fünfundzwanzigstel des Unterschiedsbetrags zu Pensionsrückstellungen der WIENER NETZE GmbH sowie höhere Abschreibungen infolge der hohen Investitionstätigkeit entgegen.

Der Rückgang des Finanzergebnisses ist hauptsächlich auf die Umgliederung der Zinskomponente der Dotierung zu Personalrückstellungen, die Abschreibung von nicht konsolidierten Beteiligungen sowie die Bildung einer Rückstellung für den Ausstieg aus einer Beteiligung zurückzuführen.⁴⁴⁷

Die Investitionen betrafen hauptsächlich die MVA Spittelau, die energiewirtschaftlich Optimierungen erhalten hat, den neu errichteten Windpark Pottendorf, Ausbau von Fernwärmeanschlüssen, Kälte- und Heizzentralen, außerdem Photovoltaikanlagen und die neue Zentrale der *Wiener Netze*.⁴⁴⁸

13.1 Preisentwicklungen

Vergleicht man die Kosten pro 100 kWh bei Strom und Gas über einen längeren Zeitraum, so erhält man untenstehendes Diagramm. Zu sehen ist, dass der Strompreis seit dem Beginn der benutzten Quelle (1977) stetig im Steigen war bzw. gegen Ende etwas fällt. Zurückzuführen ist dies auf die Energiewende, welche bereits oben angesprochen wurde.⁴⁴⁹ Durch die steigenden Investitionen in alternative Energieträger wie Windparks oder Photovoltaikanlagen mussten die Ausgaben mit erhöhten Strompreisen der Energieunternehmen wieder eingeholt werden. Von 8,14€ 1977 ist der Strompreis auf 16,47€ 2015 gestiegen.

⁴⁴⁴ Vgl. Wiener Stadtwerke Geschäftsbericht 2015. S. 60.

⁴⁴⁵ Vgl. ebenda. S. 61.

⁴⁴⁶ Vgl. ebenda. S. 62.

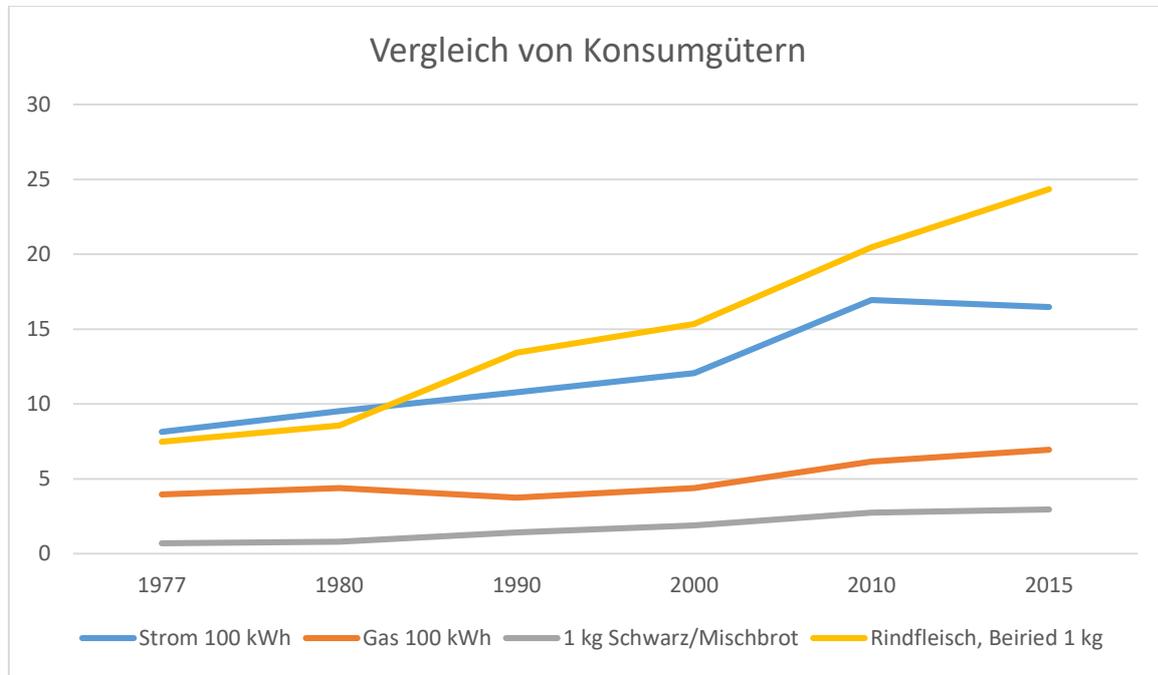
⁴⁴⁷ Wiener Stadtwerke Geschäftsbericht 2015. S. 62.

⁴⁴⁸ Vgl. Wiener Stadtwerke Geschäftsbericht 2015. S. 62.

⁴⁴⁹ Siehe S. 123.

Der Gaspreis ist im Vergleich zum Strom über die Jahrzehnte hinweg gering gestiegen, von 1977 bis 2015 ist er von 3,97€ auf 6,94€ gestiegen.

Um einen Vergleich mit anderen Konsumgütern zu schaffen, sind auf dem Diagramm auch die Preise von 1kg Schwarz-/Mischbrot und 1kg Rindfleisch, Beiried angeführt.



Preisangaben in Euro⁴⁵⁰

⁴⁵⁰ Berechnet mit dem Inflationscockpit der Österreichischen Nationalbank. <https://www.oenb.at/docroot/inflationscockpit/preisvergleichsrechner.html>, 6.10.2016. 10:41 Uhr.

14 Wahrnehmung der *Wien Energie* im Stadtbild und im Alltag

Wohlbekannt sind die vier Gasbehälter, genannt Gasometer im 11. Wiener Gemeindebezirk Simmering. Als sie 1975 stillgelegt wurden und ihre ursprüngliche Aufgabe als Gasbehälter nicht mehr wahrnahmen, begann man zu überlegen, ob man die Bauwerke anderweitig nutzen könnte. Von den Architektenteams Jean Nouvel (Paris), Coop Himmelb(l)au (Wien, Los Angeles) und Prof. Manfred Wehdorn (Wien) wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Das Ergebnis lautete, dass alle vier Gasbehälter als Gesamtensemble erhalten bleiben sollten, die Außenfassade blieb ebenfalls unberührt. Der Nutzen der Gebäude soll sich auf mehrere Nutzungssegmente aufteilen: Im Bereich Wohnen sollten 700 bis 750 Wohnungen und auch ein Studentenheim entstehen. Weiters wurden Geschäftszonen und eine Mehrzweckhalle für Veranstaltungen aller Art eingeplant.⁴⁵¹ Der Spatenstich zur Revitalisierung erfolgte am 5. Februar 1999, nach drei Jahren Bauzeit, am 31. August 2001 wurden die umgebauten Gasometer neu eröffnet. 600 Menschen haben heute hier ihren Arbeitsplatz, 1.600 Menschen wohnen in den Bauten.⁴⁵²

Steckbrief zur Revitalisierung⁴⁵³

- 602 geförderte Miet- und Eigentumswohnungen
- 247 Studentenheimplätze
- 11.000 m² Büros
- 20.000 m² Shoppingmall
- 7.000 m² Veranstaltungshalle
- PKW-Abstellplätze
- 1 Kindertagesheim mit 5 Gruppen
- 12 Kinosäle
- 35 Kilometer Regallänge für das Wiener Stadt- und Landesarchiv
- 15.800 m² Archivfläche für das Stadt- und Landesarchiv

Für geschichtskundige Menschen werden die Gasometer also immer mit dem größten Energieversorger Wiens verbunden sein. Um aber auch in der Gegenwart unter Menschen präsent zu sein, ist die *Wien Energie GmbH* Veranstalterin von Ausstellungen und Events. Die Ausstellungsreihe *Heiß und Kalt* etwa existiert seit 1997 und soll die Produkte Fernwärme und Fernkälte thematisieren. Künstler sind dazu aufgerufen, ihre eigenen Kreationen zu diesen Themenaspekten zu produzieren und in der *Wien Energie*-Welt Spittelau, wo die Ausstellung zu sehen ist, zu präsentieren.⁴⁵⁴

⁴⁵¹ Vgl. Klier, Lagler 1996. S. 48f.

⁴⁵² Vgl. <http://gasometer.at/de/architektur/geschichte/die-revitalisierung>, 22.8.2016. 11:05 Uhr.

⁴⁵³ <http://gasometer.at/de/architektur/geschichte/die-revitalisierung>, 22.08.2016. 11:05 Uhr.

⁴⁵⁴ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do?channelId=-47719>, 24.8.2016. 11:41 Uhr.

Die *Night of the Light* findet seit 2009 jährlich statt und ist ein Kurzfilmwettbewerb mit dem Themenschwerpunkt Energie. Filmschaffende können hier ihr persönliches Statement zu diesem Thema abgeben. Eine Fachjury entscheidet, welche Filme unterstützt werden.⁴⁵⁵

Am 2. Juli 2016 fand die jährliche Veranstaltung *Fernwärme Open Air* statt. Bei dieser wurden verschiedene Musikstile präsentiert. Das Festival fand in der *Wien Energie-Welt Spittelau* statt.⁴⁵⁶



Abbildung 51: Trikot SK Rapid Wien

Neben eigenen Veranstaltungen werden zahlreiche sportliche Events und Mannschaften von *Wien Energie* unterstützt. Die bekanntesten Beispiele finden sich im Sport: *Wien Energie* wird beim *SK Rapid Wien* als offizieller Hauptsponsor geführt.⁴⁵⁷ Das zweite sehr bekannte sportliche Event ist der *Vienna City Marathon*, wo *Wien Energie* neben *Coca-Cola* und der *Ersten Bank & Sparkasse* ebenfalls als Hauptsponsor geführt wird.⁴⁵⁸ Neben dem *SK Rapid Wien* und dem erwähnten Marathon ist *Wien Energie* auch bei anderen Sportevents und -vereinen als Sponsor vertreten⁴⁵⁹:

- *Fivers WAT Margareten*⁴⁶⁰ (Handball)
- *BC Vienna*⁴⁶¹ (Basketball)
- *Floridsdorfer AC*⁴⁶² (Fußball)
- *Wien Energie Business Run*⁴⁶³ (3er-Team Lauf)
- *Wiener Handballverband*⁴⁶⁴ (Handball)
- *Wiener Sportklub*⁴⁶⁵ (Fußball)

⁴⁵⁵ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeId/67825/channelId/-47720>, 24.8.2016. 11:44 Uhr.

⁴⁵⁶ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeId/67825/channelId/-54161>, 14.8.2016. 11:46 Uhr.

⁴⁵⁷ Vgl. <http://www.skrapid.at/>, 22.8.2016. 11:42 Uhr.

⁴⁵⁸ Vgl. <http://www.vienna-marathon.com/>, 22.8.2016. 11:49 Uhr.

⁴⁵⁹ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeId/67831/channelId/-47829>, 24.8.2016. 10:06 Uhr.

⁴⁶⁰ <http://www.fivers.at/sponsoring/unsere-partner/>, 24.8.2016. 10:05 Uhr.

⁴⁶¹ <http://www.basketballclubvienna.at/#sponsoren>, 24.8.2016. 10:07 Uhr.

⁴⁶² <http://fac.at/sponsoren/partner-des-fac>, 24.8.2016. 10:14 Uhr.

⁴⁶³ <http://www.businessrun.at/de/aktuell-wichtig/partner>, 24.8.2016. 10:16 Uhr.

⁴⁶⁴ <http://www.whv-info.at/partner.asp>, 22.8.2016. 12:17 Uhr.

⁴⁶⁵ <http://www.wienersportklub.at/>, 24.8.2016. 10:19 Uhr.



Abbildung 52: Startbereich des Wien Energie Businessrun 2015

Neben sportlichen Ereignissen werden auch kulturelle Institutionen von *Wien Energie* unterstützt. Zu diesen zählen folgende Einrichtungen und Events:

- *Alles Leinwand*⁴⁶⁶: Regelmäßige Live Reportagen und Diashows aus allen Ländern der Welt
- *Donauinsselfest*⁴⁶⁷: Das von der SPÖ Wien organisierte, größte Open-Air-Festival Wiens
- *Eine STADT. Ein BUCH*⁴⁶⁸: Mit der Aktion *Eine Stadt. Ein Buch* wird jährlich ein Buch gratis an Wienerinnen und Wiener ausgegeben.
- *erLesen*: In Heinz Sichrovskys Bücherwelt treffen einander Prominente, Star- und Nachwuchsautoren. Geplaudert und diskutiert wird über Lieblingsbücher, aktuelles Tagesgeschehen, Historisches und auch sehr Persönliches. Präsentiert werden Neuerscheinungen - zeitgenössische Literatur ebenso wie Krimis, Sachbücher und Ratgeber.⁴⁶⁹
- *Wir sind Wien – Festival der Bezirke*⁴⁷⁰: Im Zeitraum von 23 Tagen werden Kulturschaffende Wiens vor den Vorhang gebeten, wenn es heißt: WIR SIND WIEN. WIR

⁴⁶⁶ <http://allesleinwand.at/partner-und-sponsoren/>, 24.8.2016. 10:37 Uhr.

⁴⁶⁷ <https://2016.donauinsselfest.at/>, 24.8.2016. 10:46 Uhr.

⁴⁶⁸ <http://einestadteinbuch.at/>, 24.8.2016. 10:48 Uhr.

⁴⁶⁹ <http://tv.orf.at/orf3/stories/2523087>, 24.8.2016. 10:55 Uhr.

⁴⁷⁰ <http://www.wirsindwien.com/partner20/>, 24.8.2016. 10:57 Uhr.

SIND WIEN wird als großes Miteinander gesehen – interkultureller Austausch ist erwünscht, denn Vielfalt, Miteinander und Partizipation sind die Grundpfeiler, auf denen das Festival aufbaut.⁴⁷¹

- *Morawa*⁴⁷²: Online und Filialhandel mit Büchern.
- Weitere Kulturvereine/Bühnen in Wien, wie etwa das *Kabarett Niedermair*, das *Orpheum*, die *Kulisse*, die *Gruam*, das *Jazz Fest Wien* oder das *Theater am Alsergrund*.
- *Viennale*⁴⁷³: Jedes Jahr Ende Oktober findet in der Wiener Innenstadt mit ihren schönen, komfortablen Kinos ein Festival mit urbanem Flair und internationaler Ausrichtung statt, mit zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland und unter Beteiligung von mehr als 94.000 Besucherinnen und Besuchern.⁴⁷⁴
- *Wiener Eistraum*⁴⁷⁵: *Wien Energie* unterstützt den jährlich stattfindenden *Wiener Eistraum* auf dem Rathausplatz.

Neben Sponsoring bietet *Wien Energie* auch Weiterbildung für Kinder und Jugendliche in Buchform an. Das kostenlose Magazin *Energie Express* erscheint mehrmals im Jahr und ist in der *Energie Welt Spittelau* erhältlich. Kindern soll so ein erster Einblick in die Welt der Energie gegeben werden.⁴⁷⁶ Neben diesem Magazin wurden auch sieben *Pixi-Bücher* publiziert, die sich mit derselben Thematik wie *Energie Express* beschäftigen. Sie sind kostenlos in der *Energie Welt Spittelau* erhältlich.⁴⁷⁷

Für Volksschulklassen wird die *Wien-Energie Schulbox* angeboten, die auf Bestellung geliefert wird. Diese zeigt den richtigen Umgang mit Rohstoffen, beinhaltet Hörspiele und Lesetexte zum Thema Energie.⁴⁷⁸

Für Jugendliche im Alter von 13-30 Jahre gibt es eine eigene Initiative: Die *Power-Generation*. Die Beschreibung dieser Generation findet sich auf der Homepage:

Die Power Generation ist die Jugendinitiative von Wien Energie. Unser Ziel ist es, die Zielgruppe der 13-30 jährigen auf spielerische und spaßige Art an die Themen Energiebewusstsein und Klimaschutz heranzuführen. Dazu bieten wir zielgruppenspezifische Events, Aktivitäten und Services im online Umfeld an. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Einbindung von Energiethemen in den Bereichen online

⁴⁷¹ <http://www.wirsindwien.com/festival-2013/>, 24.8.2016. 10:58 Uhr.

⁴⁷² <http://www.morawa-buch.at/home/about/partner>, 24.8.2016. 11:09 Uhr.

⁴⁷³ <http://www.viennale.at/de/partner/sponsoren-pre>, 24.8.2016. 11:18 Uhr.

⁴⁷⁴ <http://www.viennale.at/de/festival>, 24.8.2016. 11:19 Uhr.

⁴⁷⁵ <https://www.wienereistraum.com/>, 24.8.2016. 12:13 Uhr.

⁴⁷⁶ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-51086#72062>, 25.8.2016. 9:43 Uhr.

⁴⁷⁷ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-51086#68383>, 25.8.2016. 9:44 Uhr.

⁴⁷⁸ Vgl. <http://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeld/67825/channelId/-51087#68384>, 25.8.2016. 9:48 Uhr.

und neue Medien. Durch online und offline Aktivitäten möchten wir das Know-How liefern, um den Alltag so ressourcenschonend wie möglich zu gestalten und ein Umdenken im Umgang mit Energie voranzutreiben.⁴⁷⁹

Als Angebot für Benutzer im Allgemeinen gibt es die App *Extrawürstel* für iOS oder Android.

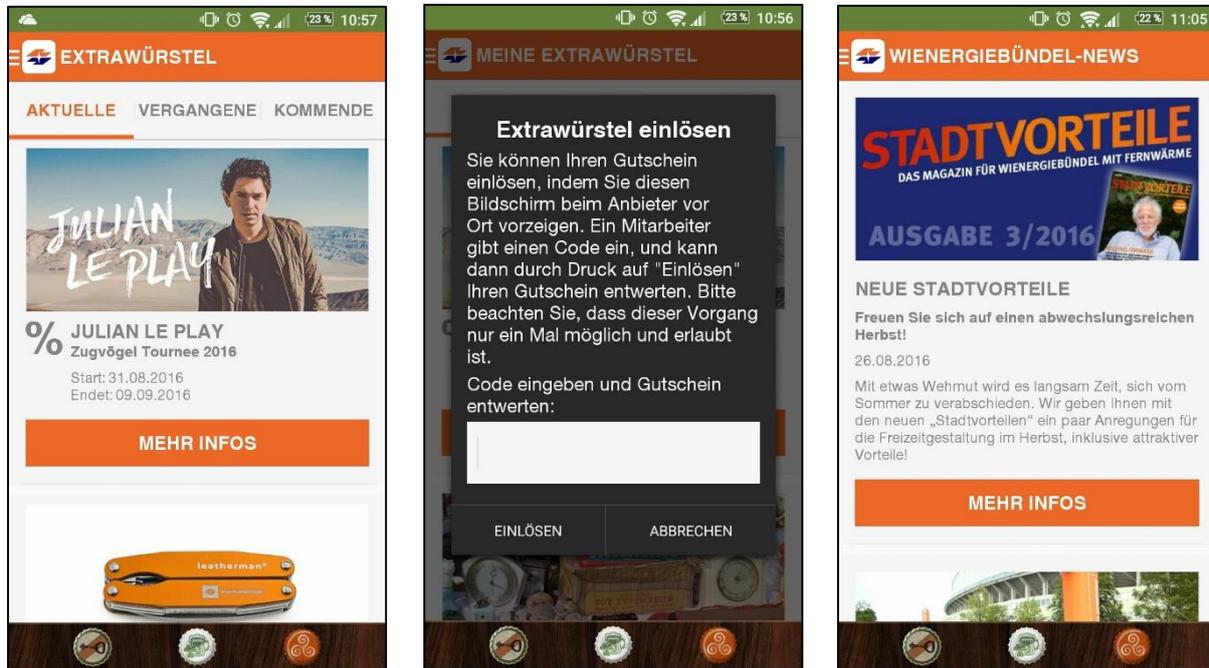


Abbildung 53: Startbildschirm, Eingabeaufforderung des Veranstaltungscodes und Wienergiebündel-News

Diese App vereinigt in sich fast alle der oben angegebenen unterstützten Sport- und Kulturvereine und stellt eine Art Kalender dar, der spezielle Angebote an die Nutzer dieser App richtet. Durch die Nutzung der App werden so etwa Events verbilligt angeboten oder man wird von neuen Events in Kenntnis gesetzt. Für jedes Event muss man sich über die App anmelden. Ist dies erledigt, so muss man diese Anmeldung vor Ort einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter zeigen, damit dieser die Anmeldung durch Herausgabe eines Codes, welcher in der App eingegeben wird, verifiziert. Unter der Kategorie *Wienergiebündel-News* werden Events, die von *Wien Energie* selbst organisiert werden, vorgestellt, aber auch Nachrichten, die den Konzern generell betreffen, veröffentlicht. Zu finden ist hier etwa der *Wien Energie Business Marathon* oder Neuigkeiten zur Eröffnung der BürgerInnen-Solarkraftwerke.

⁴⁷⁹ <http://www.powergeneration.at/wir-uber-uns/>, 25.8.2016. 9:51 Uhr.

15 Conclusio

Die Geschichte des Unternehmens *Wien Energie* zeigt, wie sich ein Unternehmen im Laufe der Geschichte verändern und anpassen muss, um auf Dauer bestehen zu können. Durch seine enge Verbundenheit mit der Stadt Wien hat es sich mit der Stadt mitentwickelt, ja durch manche Innovation oder durch bestimmte Bauten aktiv das Stadtbild bzw. die Lebensqualität der Stadt mitgeprägt. Diese Entwicklungen bedurften bestimmter Strategien, damit das gewünschte Ergebnis eintraf. Je nach Zeitabschnitt kamen verschiedene Strategien zum Vorschein:

Zur Zeit der Unternehmensgründung, also der Kommunalisierung um 1900, wollte man schnell ein Monopol in der Energieversorgung Wiens erreichen. Grund war damals, dass man die Verkehrsbetriebe Wien mit eigenem Strom versorgen wollte. Außerdem hatte man festgestellt, dass die Energieversorgung eine lukrative Einnahmequelle war. Dazu wurden die privaten Anbieter mit allen Mitteln der Rechtstaatlichkeit verdrängt. Neben den offiziellen Mitteln der Verdrängung (durch billigere Tarife den Kundenstock der Konkurrenz verkleinern, was geringere Einnahmen der privaten Anbieter bedeutete und zur Folge hatte, dass die Produktionsstätten verkauft werden mussten) gab es auch inoffizielle Taktiken: Wie auch im dazugehörigen Kapitel beschrieben, nutzte man unter anderem eine Verzögerungstaktik, indem man diverse Bewilligungen für private Anbieter hinauszögerte. Dies führte zu Gerichtsverhandlungen. Ob dies die beste Strategie war, mag bezweifelt werden, am Endergebnis änderte es nichts, das Monopol wurde schlussendlich erreicht.

In den Weltkriegen war die Strategie simpel, es ging um das bloße Bestehen der Kraftwerke und um die Aufrechterhaltung der Strom- und Gasversorgung. Nach dem Ersten Weltkrieg musste man Zerstörungen reparieren und mit der Kohlennot auskommen. Diese hatte Sparmaßnahmen durch Sperrzeiten mit sich gebracht. Im Zweiten Weltkrieg hatte man gegen Ende Sorge, dass die Kraftwerke von den nationalsozialistischen Soldaten zerstört würden, um sie nicht den Feinden in die Hände fallen zu lassen. Eine interne Gruppe von Arbeitern konnte dies zumindest bei einem Kraftwerk verhindern, indem der Werksleiter überredet wurde, dass es keinen Sinn mache, die Zerstörung weiter voran zu treiben. Aus der Sicht des Unternehmens war dies sicher eine gute Strategie, schließlich konnte Schaden abgewendet werden. Man muss aber auch bedenken, dass diejenigen, die den Werksleiter überzeugten, ihr eigenes Leben riskiert haben, denn wäre der Leiter nicht überzeugbar gewesen, wären diese Arbeiter durch das bereits ausgerufenen Kriegsrecht sofort erschossen worden. Insgesamt hatten die Weltkriege – abgesehen von den eben erwähnten Umständen – keinen großen Einfluss auf die Energieversorgung. Natürlich gab es im Zweiten Weltkrieg Bombardements und daraus folgende Schäden. Allerdings wurden Kraftwerke nie derart zerstört, dass ein Wiederaufbau komplett unmöglich

gewesen wäre. Die wirklichen Probleme traten eher nach 1945 auf, da die russische Besatzung nicht besonders viel Wert darauf legte, die Zerstörungen zu beseitigen. Man musste also zu einer anderen Strategie wechseln. Statt sich auf die Rechtsstaatlichkeit zu verlassen, wie man es zur Zeit der Kommunalisierung tat, musste man nun „undercover“ agieren. Während ein Trupp die Befehle der Besatzungsmacht ausführte, machte sich ein zweiter, unbekannter, Trupp daran, die wirklichen Fehler im Versorgungsnetz zu beseitigen. Ein weiterer Rückschlag, der durch die russische Besatzung geschah, war, dass ganze Dampfkessel konfisziert wurden und nach Russland gebracht werden sollten – im Endeffekt wurden die Kessel zwar abgebaut, erreichten Russland aber nie.

Nach dem Wiederaufbau und der wiedererlangten Freiheit Österreichs 1955 passte man die Strategie erneut an: Es begann nun eine Zeit, in der sich – frei von Besatzungen – eine Welt des Konsums, des Handels, der Wirtschaft entfaltete, die Rede ist vom „Goldenen Zeitalter“ Österreichs. Die Vollbeschäftigung wurde erreicht, das Wirtschaftswachstum stieg, die Inflationsraten waren niedrig. Man musste als Unternehmen beginnen, mehr auf seine Kunden einzugehen, ihre Interessen zu wahren. Kundenorientierung wurde zum neuen Leitbild. Also wurden Kundenzentren eingerichtet, man wollte durch erhöhtes Kundenservice eine engere, persönlichere Bindung schaffen. Zu so einer neuen Strategie gehörte auch eine Umstellung im Unternehmen selbst. Die Kraftwerke (sowohl Elektrizität als auch Gas) unterstanden dem Gemeinderat der Stadt Wien. Dies änderte man im Sinne der Wirtschaftlichkeit und gründete die *Wiener Stadtwerke* als Dachgesellschaft, um alle Unternehmen der Stadt Wien darunter als Tochtergesellschaften im Sinne der *multidivision form* zu vereinigen. Damit konnten Synergien geschmiedet und unnötige Unkosten verhindert werden. Die eingangs gestellte Frage nach der Veränderung der Haltung gegenüber dem Gemeinderat kann derart beantwortet werden, dass man eine Zwischeninstanz geschaffen hat, die zwar weiterhin der Stadt untersteht, allerdings in der Koordination und der Gestaltung der ihrerseits unterstehenden Unternehmen freie Hand hat. Mit dieser Lösung wurde es den Unternehmen ermöglicht, weiterhin wirtschaftlich zu agieren. Noch mehr Freiheiten erfuhren die *Wiener Stadtwerke*, als sie in eine Holding umgewandelt wurden, deren Eigentümerin zu 100% die Stadt Wien ist. Diese Umwandlung wurde durchgeführt, um mit dem nochmals verschärften Wettbewerb mithalten zu können. Dass dies allein nicht genug war, zeigte die neuerliche Umstrukturierung im Jahr 2013, die die *Wien Energie* zum alleinigen Energieversorger machte, während das neue Schwesternunternehmen *Wiener Netze* die Distribution übernahm.

Das Zeitalter, in dem die Stadt Wien das Monopol innehatte, ist mit der Öffnung des Marktes nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem mit dem Eintritt in die Europäische Union verlorengegangen. Seitdem muss der Kunde umworben und mit günstigen Angeboten gelockt werden. Die Strategie des „Kunden an sich binden“ wurde vor allem in der Gegenwart durch das Eindringen des Unternehmens in den Alltag verstärkt. Um immer wieder bei Veranstaltungen sportlicher oder kultureller Natur in die Wahrnehmung des Kunden zu gelangen, werden viele dieser Ereignisse von *Wien Energie* gesponsert. Man beschränkt sich dabei nicht nur auf das Sponsoring allein, man macht auch mit der eigenen App *Extrawürstel*, deren Name bereits impliziert, dass man etwa „extra für mich als geschätzten Kunden“ bekommt, Werbung für gesponserte, aber auch für eigene Veranstaltungen.

In der Einleitung wurde hinterfragt, wie das Unternehmen auf Proteste der Bürger reagierte. Aus der Perspektive des Kundenservices sind diese Proteste in einem bestimmten Rahmen ernst zu nehmen. Nun die größten Proteste gab es bei den Müllverbrennungsanlagen (MVA) Spittelau und Flötzersteig. Das Spittelauer Problem (der angebliche Gestank, der von der MVA ausging) wurde durch Versuchsreihen widerlegt, die nachträglich veröffentlicht wurden. Bei den Protesten am Flötzersteig, bei denen tatsächlich Demonstrationen stattfanden (Zur Erinnerung: Gegner der MVA waren der Ansicht, dass giftige Abgase in die Nachbarschaft ausgestoßen wurden) wurde auf Begegnung und Kommunikation gesetzt. Man lud zu Informationsveranstaltungen, auch als es hieß, die MVA würde wegen einer gesetzlich verordneten Restaurierung geschlossen werden, scheute man nicht, alle Beteiligten (ca. 11.000 Personen) einzuladen, um den Verhandlungen beizuwohnen. Die beiden Beispiele zeigen, dass man bemüht war, Anrainern und potentiellen Kunden entgegen zu kommen.

Die größte Entwicklung machte das Unternehmen vor allem in einer Sache: Wurde am Anfang Strom und Gas noch selbst produziert so wandelte dies sich – hauptsächlich beim Gas durch die Umstellung auf Erdgas – dahingehend, dass man immer mehr zum Zwischenhändler wurde, der das Produkt an den Endverbraucher weiterleitete. Beim Strom ging man durch die BürgerInnenkraftwerke noch einen Schritt weiter und ließ die Kunden selbst in das Kraftwerk investieren, welche ebenfalls dadurch von geringeren Stromkosten profitieren.

Der weitere Ausblick auf die Entwicklungen des Marktes lässt vermuten, dass jeder einzelne Kunde weiterhin umkämpft sein wird. Ein breit gefächertes Angebot aus Tarifen, wie es momentan schon der Fall ist, ist ein richtiger Schritt, um diese Kämpfe für sich zu entscheiden. Die erweiterten Leistungen wie etwas Stromtankstellen, Sponsorings etc. unterstützen dies zusätzlich. Es ist wahrscheinlich nicht vermessen zu behaupten, dass gerade Innovationen, wie Stromtankstellen, bei dem immer weiter steigenden Umweltbewusstsein der Bevölkerung und

auch der Politik eine immer größere Rolle spielen werden. Immerhin denkt das Umweltbundesamt in einer Studie an, dass ab 2020 in Österreich nur noch Elektroautos verkauft werden sollen:

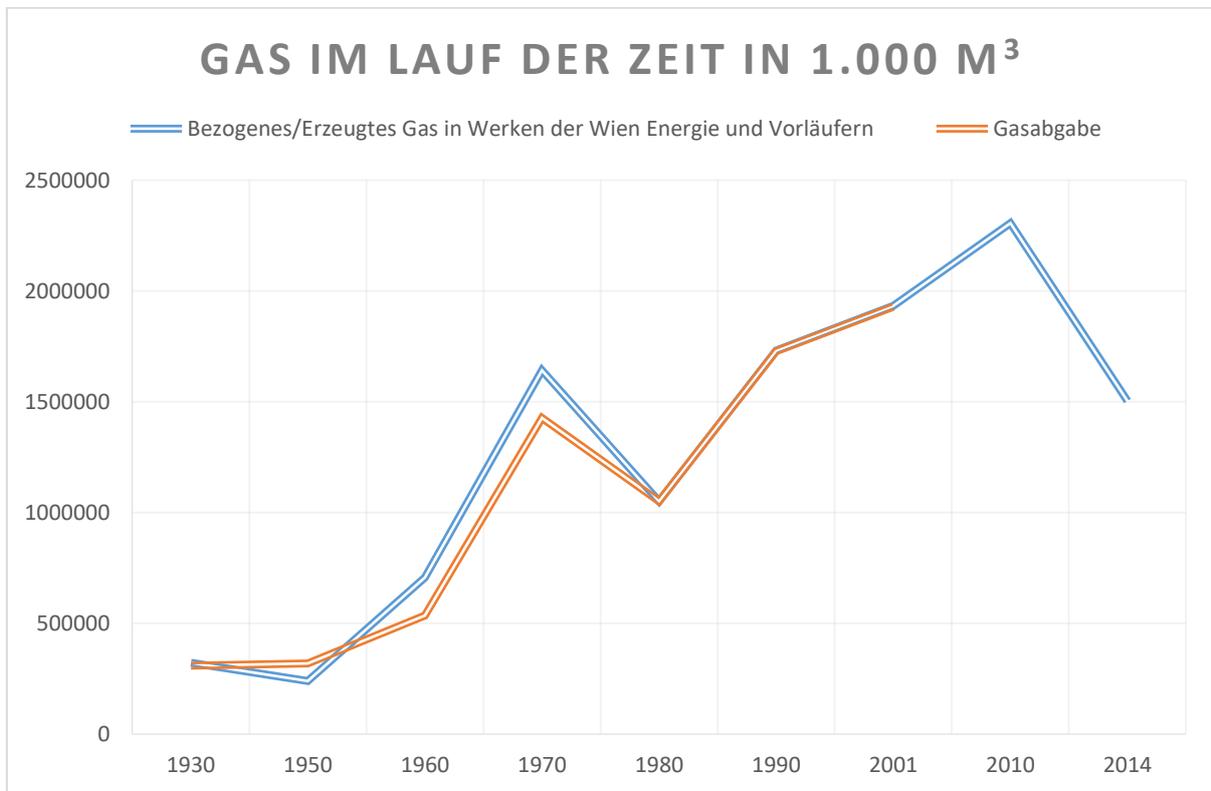
Unter anderem wird vorgeschlagen, den "Verkauf von konventionell betriebenen Pkw" stark einzuschränken, wie es in der Studie unter anderem mit Verweis auf Norwegen heißt. Die Regierung in Oslo will ja als erstes Land der Welt Benzin- und Dieselaautos verbieten, dies schon ab 2025. Für Österreich hat das Umweltbundesamt Ähnliches im Sinn. Ab 2020 sollen nur mehr elektrisch betriebene Fahrzeuge verkauft werden.⁴⁸⁰

Zu beobachten ist eine Entwicklung, die immer wieder von äußeren Einflüssen geprägt war und es wahrscheinlich auch in Zukunft weiterhin sein wird. Es ist anzunehmen, dass der Konkurrenzkampf in der nächsten Zeit weiterhin hart bleiben wird und Innovationen, wie sie auch hier vorgestellt wurden, der Schlüssel zu einem erfolgreichen Unternehmen sein werden.

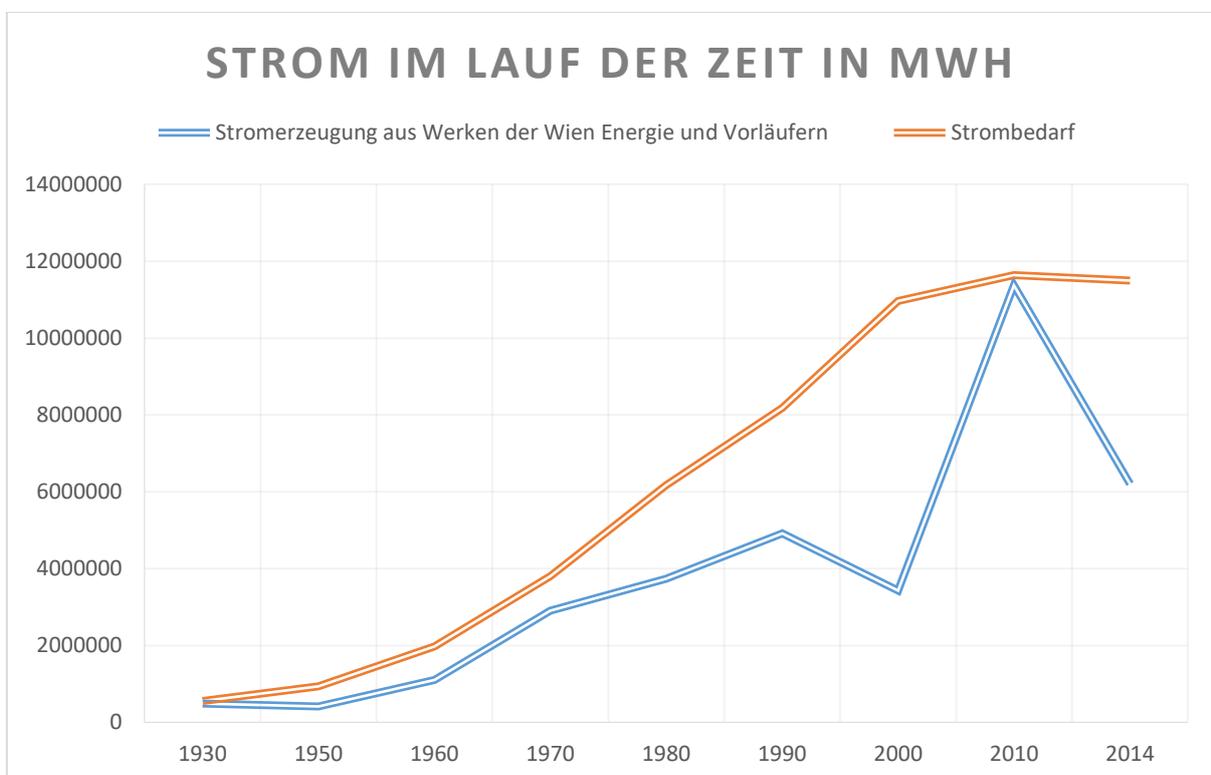
⁴⁸⁰ <https://kurier.at/wirtschaft/wirbel-um-idee-des-umweltbundesamts-ab-2020-nur-mehr-e-autos-zu-verkaufen/192.846.169>, 19.9.2016. 12:22 Uhr.

16 Diagramme

Die Diagramme zeigen das erzeugte und abgegebene Gas bzw. den Strom soweit die Daten dafür vorhanden sind.



Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Wien der angegebenen Jahreszahlen



Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Wien der angegebenen Jahreszahlen

Literaturverzeichnis

- Berghoff, Hartmund: *Moderne Unternehmensgeschichte: Eine themen- und theorieorientierte Einführung*. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenburg 2016.
- Butschek, Felix: *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2011.
- Butschek, Felix: *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart*. 2., durchges. Auflage. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2012.
- Csendes, Peter: *Die Wiener Stadtverwaltung im März 1938 und ihre Entwicklung unter der nationalsozialistischen Herrschaft*. In: *Wien 1938*. Hg. v. Felix Czeike. Wien: Verein für Geschichte der Stadt Wien 1978 (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Band 2).
- Czeike, Felix: *Historisches Lexikon Wien. De-Gy*. Band 2. Wien, München, Zürich: Kremayr & Scheriau 2004.
- Czeike, Felix: *Historisches Lexikon Wien. Ha-La*. Band 3. Wien: Kremayr & Scheriau 1994.
- Danneberg, Robert: *Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien*. Dritte umgearbeitete Auflage mit zwanzig Bildern. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1928.
- Danneberg Robert: *Das neue Wien*. Fünfte umgearbeitete Auflage mit 26 Bilder. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1930.
- Günter, Hans: *Die Wiener städt. Gaswerke – Ein Wirtschaftsbild. Vortrag gehalten vom Direktor Ing. Hans Günter am 22. Oktober im Niederösterreichischen Gewerbeverein*. Hauptverband der Gas- und Wasserwerke Österreichs 1937.
- Helfert, Veronika: *Gewalt und Geschlecht in unorganisierten Protestformen in Wien während des Ersten Weltkrieges*. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2014/II*. Hg. v. Redaktion der BzG und Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 13. Jahrgang. Berlin: BZG Verlag 2014.
- Hoffelner, Karlheinz: *40 Jahre Fernwärme Wien. Die Erfolgsgeschichte*. Hg. v. Fernwärme Wien GmbH – ein Unternehmen der Wien Energie GmbH im Konzern der Wiener Stadtwerke AG. Wien: echomedia Verlag 2009.
- Horny, Heinz: *Die Wiener Stadtwerke und die Heizbetriebe Wien*. In: *Zurück in die Zukunft. Die öffentliche Wirtschaft in Österreich*. Hg. v. Herbert Tieber. Wien, München: Jugend und Volk 1987. S. 205-214.
- Jancik, Bruno: *25 Jahre im Spiegel der Zeit. 1969-1994*. Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1994.
- Kapaun, Franz: *Die Erbauung des Wiener städtischen Gaswerkes*. Im Auftrage des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger bearbeitet. Wien: Im Selbstverlage des Wiener Gemeinderathes 1901.

- Klier, Helga; Lagler, Franz: *Gasometer Simmering. gestern-heute-morgen. Ein Revitalisierungsprojekt*. Hg. v. WWFF Wiener Wirtschaftsförderungsfond. Wien 1996.
- Kluger, Josef Hermann: *Festschrift zum fünfzigjährigen Bestand der stadteigenen Elektrizitätswerke Wiens, 8. April 1952*. Hg. v. Wiener Elektrizitätswerke. Wien: Eigenverlag 1952.
- Kluger, Josef Hermann: *Chronik der stadteigenen Elektrizitätswerke*. Ungedrucktes Manuskript. (Fachbücherei der Wiener Netze).
- Kurzer, Frederick: *William Hasledine Pepys FRS: A Life in Scientific Research, Learned Societies and Technical Enterprise (Annals of Science, 60:2, 137-183)*.
- Löffler, Helmut: *Messungen von Dioxin- und Dibenzofuranemissionen an der MVA-Flötzersteig. Emissionen und Bilanzen*. Wien: Presse und Informationsdienst der Stadt Wien 1986 (Beiträge zum Umweltschutz, Heft 8).
- Mayer, Wolfgang: *Die nationalsozialistische Gebietsreform*. In: *Wien 1938*. Hg. v. Felix Czeike. Wien: Verein für Geschichte der Stadt Wien 1978 (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Band 2).
- Pelinka, Anton: *Hainburg – mehr als nur ein Kraftwerk*. In: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985*. Hg. v. Andreas Khol, Günther Ofner und Alfred Stirnemann. Wien, München: R. Oldenburg Verlag, Verlag für Geschichte und Politik 1986. S. 93-107.
- Reisinger, Karl: *Die Wiener Stadtwerke*. In: *Die österreichische Gemeinwirtschaft*. Hg. v. der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft. München, Wien: Jugend und Volk 1982.
- Ruck, Helmut; Fell, Christian: *Gas. Energie für Wien im Wandel der Zeit*. Band 1. Hg. v. Wien Energie Gasnetz GmbH. Wien: Friedrich VDV 2009.
- Ruck, Helmut; Fell, Christian: *Gas. Energie für Wien im Wandel der Zeit*. Band 2. Hg. v. Wien Energie Gasnetz GmbH. Wien: Friedrich VDV 2009.
- Seliger, Maren: *Groß- oder Klein-Wien? Politische Auseinandersetzungen um die Nachkriegsgrenzen und Stadtentwicklungsziele*. In: *Studien zur Wiener Geschichte. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien*. Hg. v. Ferdinand Opll und Karl Fischer. Band 51. Wien: Selbstverlag des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 1995.
- Seliger, Maren; Ucakar, Karl: *Wien. Politische Geschichte. 1740-1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte grossstädtischer Politik. Teil 1: 1740-1895*. Wien, München: Jugend und Volk 1985 (Geschichte der Stadt Wien, Band 1).
- Seliger, Maren; Ucakar, Karl: *Wien. Politische Geschichte. 1740-1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte grossstädtischer Politik. Teil 2: 1896-1934*. Wien, München: Jugend und Volk 1985 (Geschichte der Stadt Wien, Band 2).
- Sladek, Alexander: *100 Jahre Wiengas. 1899-1999*. Wien: Wiengas 1999.
- Steinthal, Evelyn: *Wien 1945*. Wien: Milena Verlag 2015.

- Unfried, Berthold: *Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Österreich während des Ersten Weltkrieges*. Dissertation. Wien: 1990.
- Vocelka, Karl: *Trümmerjahre. Wien 1945-1949*. Wien, München: Jugend und Volk 1985.
- Vocelka, Karl: *Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik*. 5. Auflage. München: Wilhelm Heyne Verlag 2002.
- 50 Jahre Städtisches Grosskraftwerk Wien – Simmering*. Bearbeitet von der Werksleitung und den Beamten des Gaswerkes. Wien: 1949.
- 90 Jahre Wiener Elektrizitätswerke*. Hg. v. Wiener Elektrizitätswerke. Wien: Bohmann Druck und Verlag GesmbH 1992.
- Auf Wiener Energie ist Verlass. Wien Energie Jahrbuch 2014*. Hg. v. Wien Energie: Wien 2015.
- Bericht über die Kampfhandlungen und den Wiederaufbau im Kraftwerk Engerthstraße*. Ungedrucktes Manuskript (Fachbücherei der Wiener Netze).
- Bericht über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderathes der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. 1885*. Zweiter Band. Enthält die Berichte 54 bis inklusive 100. Wien: Verlag des Gemeinderathes-Präsidiums 1885.
- Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich*. Jahrgang 1947. 21. Stück.
- Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich*. Jahrgang 1976. 76. Stück.
- Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich*. Jahrgang 1988. 142. Stück.
- Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich*. Jahrgang 1999. 68. Stück.
- Die Gemeindeverwaltung der Bundeshauptstadt Wien in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1922 unter dem Bürgermeister Jakob Reumann*. Hg. v. Magistrat der Stadt Wien. Wien: Gerlach & Wiedling 1927.
- Die Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien. Vom 1. Jänner 1939 bis zum 31. März 1940*. Hg. im Auftrag des Bürgermeisters von der Statistischen Abteilung des Reichsgaues Wien. Wien: Vorwärts 1942.
- Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien im Jahre 1938*. Hg. v. im Auftrage des Bürgermeisters von der Statistischen Abteilung des Reichsgaues Wien. Wien: 1941.
- Die Gemeinde-Verwaltung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien im Jahre 1902. Bericht des Bürgermeisters Dr. Karl. Lueger*. Wien: Gerlach & Wiedling 1904.
- Die Gemeinde-Verwaltung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien im Jahre 1903. Bericht des Bürgermeisters Dr. Karl. Lueger*. Wien: Gerlach & Wiedling 1905.
- Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1914 bis 30. Juni 1919*. Hg. v. Wiener Magistrat. Wien: 1923.

- Die Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1923 bis zum 31. Dezember 1928 unter den Bürgermeistern Jakob Reumann und Karl Seitz.* Hg. v. Magistrat der Stadt Wien. 3. Band. Wien: 1933.
- Energie ist unsere Verantwortung. Umwelterklärung 2016 der Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen von Wien Energie (Aktualisierung).* Hg. v. Wien Energie GmbH. Wien 2016.
- Geschäftsbericht 2015. Innovation und Verantwortung.* Hg. v. Wiener Stadtwerke Holding AG. Wien 2016.
- Gesetzblatt für das Land Österreich. Jahrgang 1938 (Stück 1 bis 203, Nr. 1 bis 703).* Wien: Staatsdruckerei Wien 1938.
- Heizbetriebe Wien.* Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1980.
- Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. In: Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft in Österreich. Grundlagen – Entwicklungen – Dimensionen. Das Handbuch.* Hg. v. Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs. Wien: Manz 1992. S. 479-489.
- Informationen über das Fernwärmewerk Spittelau.* Wien: 1971.
- Jahrbuch der Stadt Wien. 1952.* Hg. v. Statistischen Amt der Stadt Wien. Wien: 1953.
- Jahrbuch der Stadt Wien. 1954.* Hg. v. Statistischen Amt der Stadt Wien. Wien: 1955.
- Jahrbuch der Stadt Wien. 1956.* Hg. v. Statistischen Amt der Stadt Wien. Wien: 1957.
- Jahrbuch der Stadt Wien. 1958.* Hg. v. Statistischen Amt der Stadt Wien. Wien: 1959.
- Jahrbuch der Stadt Wien. 1960.* Hg. v. Statistischen Amt der Stadt Wien. Wien: 1961.
- Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1900.* XXXV. Jahrgang. Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerei 1900. S. 260.
- Niederösterreichischer Amtskalender für das Jahr 1903.* XXXVIII. Jahrgang. Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerei 1903.
- Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Jahrgang 1917.* Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerei 1917.
- Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien. Gemeinderatsbeschluß vom 4. Februar 1966, Pr. Z. 48, auf Grund des § 73 der Verfassung der Stadt Wien.*
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien. 1943-1945.* Hg. v. Magistrat der Stadt Wien, Abteilung für Statistik. Neue Folge. 7. Band. Wien: Carl Ueberreutersche Buchdruckerei 1948.
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien. 1950.* Hg. v. Statistischen Amt der Stadt Wien. Neue Folge. 11. Band. Wien: 1952 (Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien).
- Wien wächst. Wien Energie wächst mit. Jahrbuch 2015.* Hg. v. Wien Energie GmbH. Wien: 2016.

Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1971. Wiener Stadtwerke: Wien: 1970.

Zeitschriften

Brunner, Franz: *Die Wiener städt. Gaswerke auf der Fachausstellung für Unfallverhütung.* In: *Der Brandschutz. Deutschösterreichische Zeitschrift für Feuerwehr- und Rettungswesen.* 50. Jahrgang, Nr. 12 (1930). S. 172.

Dollinger, Josef: *Fünfzig Jahre Wiener Gasversorgung.* In: *Gas/Wasser/Wärme. Zeitschrift des österr. Vereines von Gas- und Wasserfachmännern.* 3. Band. Heft 7 (1949). S. 133-144.

Dollinger, Josef: *Zerstörung und Wiederaufbau der Wiener Gasversorgung.* In: *Gas/Wasser/Wärme. Zeitschrift des Österr. Vereines von Gas- und Wasserfachmännern.* 1. Band. Heft 1 (1946). S. 3-11.

Eisnecker, Robert: *Die Gas- und Fernwärmeversorgung im Rahmen des Wiener Energiekonzeptes.* In: *Gas – Wasser – Wärme. Zeitschrift der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach und des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen.* 30. Jahrgang. Heft 7 (1976). S. 215-220.

Gerlich, Rudolf: *Eine neue Epoche.* In: *Wien Aktuell.* 84. (7.) Jahrgang, Heft 1/2 (1979). S. 6-8.

Hochenegg, Karl: *Die privaten Elektrizitätswerke.* In: *Wien. Am Anfang des XX. Jahrhunderts. Ein Führer in technischer und künstlerischer Richtung.* Hg.v. Österreichischen Ingenieur- u. Architekten-Verein. Erster Band. Wien: Verlag von Gerlach & Wiedling 1905.

Schlauer, Rudolf: *Vorbereitungsarbeiten für die Erdgasumstellung in Wien.* In: *Gas Wasser Wärme. Zeitschrift der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach und des Fachverbandes der Gaswerke Österreichs.* Band 24, Heft 11 (1970). S. 225-230.

Schmitz, Richard: *Achtsturentag und Betriebsräte. Zweites sozialpolitisches Sonderheft.* In: *Volkswohl.* 15. Jahrgang. Heft 8/9. Wien: Volksbund Verlag 1924. S. 142-188.

Scholle, Josef: *Erfahrungen aus der Erdgasumstellung in Wien.* In: *Gas Wasser Wärme. Offizielles Organ der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach und des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen.* 32. Jahrgang, Heft 9 (1978). S. 299-308.

Sprinzl, Karl: *Die Entstehung und Entwicklung der Gasindustrie in Österreich.* In: *Zeitschrift des österreichischen Vereines von Gas- und Wasserfachmännern.* LXXI. Band, Heft 5 (1931). S. 101-112.

Sprinzl, Karl: *Ein Jahrhundert Straßenbeleuchtung mit Gas in Wien.* In: *Zeitschrift des Vereines der Gas- und Wasserfachmänner in Österreich u. Ungarn.* LVIII. Band, Heft 13 (1918). S. 151-157.

24 Stunden für Wien: Das Kundenmagazin der Wiener Stadtwerke. Nr. 50 (1985).

24 Stunden für Wien: Das Kundenmagazin der Wiener Stadtwerke. Nr. 102 (1993).

- 24 Stunden für Wien: Das Kundenmagazin der Wiener Stadtwerke. Sonderheft. Wiener Stadtwerke 1946-1996.* Hg. v. Wiener Stadtwerke. Wien: Bohmann Druck und Verlag 1998.
- Brief an den Eigentümer.* In: *Wiener E-Werke Journal.* Nr. 3 (2004). S. 14f.
- Die Rathauswoche. Herabsetzung der Wiener Strompreise.* In: *Amtsblatt der Stadt Wien.* 64. Jahrgang. Nr. 19 (1938). S. 2.
- Gasgemeinschaft Wien.* In: *Gas/Wasser/Wärme. Zeitschrift des Österr. Vereines von Gas- und Wasserfachmännern.* 3. Band. Heft 2 (1949). S. 31.
- Gemeinderat. Sitzungsprotokoll der öffentlichen Sitzung vom 23. Dezember 1948.* In: *Amtsblatt der Stadt Wien.* Jahrgang 54. Heft 6 (1949). S. 7f.
- Gemeinderath. Stenographischer Bericht.* In: *Amtsblatt der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.* Jahrgang VII. Nr. 81 (1898). S. 2565-2601.
- Gemeinderath. Stenographischer Bericht.* In: *Amtsblatt der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.* Jahrgang VIII. Nr. 37 (1899). S. 1201-1252.
- Gemeinderath. Stenographischer Bericht.* In: *Amtsblatt der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.* Jahrgang IX. Nr. 39 (1900). S. 973-1012.
- Kriegsmäßiges Pfluschen / Reparaturen an elektrischen Leitungsanlagen in der Kriegszeit.* In: *Unser E-Werk.* 6. Jahrgang. 1.-3. Folge. Jänner-März. 1944. S. 12.
- Mitteilungen der Betriebsführung.* In: *Unser E-Werk.* 6. Jahrgang. 1.-3. Folge. Jänner-März. 1944. S. 6.
- Musikvorführung im Gaswerk Simmering.* In: *Zeitschrift des österr. Vereines von Gas- und Wasserfachmännern* (1938). Bd. 78. H. 4. S. 57f.
- Praktische Werbearbeit. Werbemarke.* In: *Zeitschrift des Vereines von Gas- und Wasserfachmännern. Fachblatt für die Gasindustrie und Wasserversorgung, Heizungs- und Lüftungstechnik.* LXIV. Band, Heft 7 (1924). S. 52.
- Rundschau.* In: *Der Gastechniker.* XXIII. Band, Heft 5 (1895). S. 97.
- Rundschau.* In: *Der Gastechniker.* XXVII. Band, Heft 10 (1897). S. 229.
- Stillstand ist nicht angesagt. Stillstand bedroht unsere Existenz.* In: *Wiener E-Werke Journal.* Nr. 3 (2004).
- Stromtanknetz erweitert.* In: *Wiener E-Werke Journal.* Nr. 2 (1994). S. 10.
- Werbetätigkeit. Wettbewerb für Hausfrauen.* In: *Zeitschrift des Vereines von Gas- und Wasserfachmännern. Fachblatt für die Gasindustrie und Wasserversorgung, Heizungs- und Lüftungstechnik.* LXIV. Band, Heft 1/2 (1924). S. 8.

Werbetätigkeit. Wettbewerb für Hausfrauen. In: *Zeitschrift des Vereines von Gas- und Wasserfachmännern. Fachblatt für die Gasindustrie und Wasserversorgung, Heizungs- und Lüftungstechnik.* LXIV. Band, Heft 3/4 (1924). S. 27.

Wiener Gasindustrie-Gesellschaft. In: *Der Gastechniker.* XXXII. Band, Heft 12 (1899).

Wiener Stadtwerke – Gaswerke. Öffentliche Ausschreibung. In: *Stadt Wien. Offizielles Organ der Bundeshauptstadt.* Jahrgang 74. Nummer 28. S. 27.

Zeitungen

25 Jahre Gaswerk Leopoldau. Rathaus Korrespondenz 21.1.1937. Arbeiterkammer für Wien – Dokumentation.

Andauernde große Kohlennot. In: *Neues 8 Uhr-Blatt* (1917). Nr. 780. S. 3.

Ankündigung. In: *Wiener Zeitung* (1828). Nr. 156. S. 5.

An meine Völker! In: *Wiener Zeitung* (1914). Nr. 175. S. 1.

Aus dem Gemeinderathe. In: *Wiener Zeitung* (1875). Nr. 118. S. 4.

Bankett. In: *Wiener Zeitung* (1899). Nr. 251. S. 4.

Besuchet die Ausstellung der Wiener städtischen Elektrizitätswerke. In: *Arbeiter-Zeitung.* (1927). Nr. 269. S. 14.

Die Budgetberatung im Gemeinderat. In: *Arbeiter-Zeitung.* (1921). Nr. 174. S. 3.

Die drohende Katastrophe. In: *Allgemeine Wiener Zeitung* (1918). Nr. 12189. S. 1f.

Die Kohlenkatastrophe. Nächsten Sonntag kein Straßenbahnverkehr. In: *Arbeiter Zeitung* (1920). Nr. 3. S. 6.

Die Legung der Gasrohre in der Inneren Stadt. In: *Neue Freie Presse* (1897). Nr. 11790. S. 7.

Die neuen Beheizungs- und Beleuchtungsvorschriften. Ein Erlass des Polizeipräsidenten. In: *Reichspost* (1917). Nr. 429. S. 7.

Die Schaffung von Groß-Wien. In: *Neues Wiener Tagblatt* (1938). Nr. 282. S. 3.

Die Wasserkraftabgabe. In: *Arbeiter-Zeitung* (1922). Nr. 257. S. 1f.

Oesterreichischer Ingenieur- und Architektentag. Die Donaurundfahrt. – Stadtbahnanlagen. – Hafengebauten. – Städtisches Electricitätswerk. In: *Neues Wiener Journal* (1900). Nr. 2499. S. 2.

Spare Gas! In: *Neues Wiener Tagblatt* (1944). Nr. 252. S. 4.

Veritas: Bier- und Champagner-Schwefel. In: *Wiener Sonn- und Montags-Zeitung* (1899). Nr. 44. S. 1.

Kastenquellen

Kasten 1:

Vgl. *Österreichisches Biografisches Lexikon 1815-1950*, Bd. 4 (Lfg. 18, 1968), S. 252.

Kasten 2:

Vgl. https://www.wien.gv.at/wiki/index.php?title=Georg_Pfendler_der_J%C3%BCngere, 7.10.2016. 13:03 Uhr.

Kasten 3:

Vgl. *Österreichisches Biografisches Lexikon 1815-1950*, Bd. 3 (Lfg. 13, 1963), S. 218f.

Kasten 4:

Vgl. <http://www.dasrotewien.at/koblicek-otto.html>, 7.10.2016. 12:56 Uhr.

Bildquellen

Abbildung 1:

Ankündigung. In: *Allgemeines Intelligenzblatt zur Oesterreichisch-kaiserlichen privil. Wiener-Zeitung*. 8. Juli 1828. Bildausschnitt bezogen von <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=wrz&datum=18280708&seite=5&zoom=33&query=%22allgemeines%22%2B%22intelligenzblatt%22&provider=ENP&ref=anno-search>

Abbildung 2:

Gemeinderaths-Sitzung vom 5. Mai 1899. S. 1212f. In: *Amtsblatt k.k. der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien*. Exemplar bezogen aus dem Wiener Stadt- und Landesarchiv

Abbildung 3:

90 Jahre Wiener Elektrizitätswerke. Hg. v. Wiener Elektrizitätswerke. Wien: Bohmann Druck und Verlag GesmbH 1992. S. 26.

Abbildung 4:

Neues Wiener Journal (1900). Nr. 2499. S. 2. Bezogen von: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/annoshow?call=nwj|19001008|2|100.0|0>, 30.9.2016 14:09 Uhr.

Abbildung 5:

Neues Wiener Tagblatt (1902). Nr. 96. S. 4. Bezogen von: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/annoshow?call=nwg|19020408|4|100.0|0>, 3.10.2016. 15:38 Uhr.

Abbildung 6:

90 Jahre Wiener Elektrizitätswerke. Hg. v. Wiener Elektrizitätswerke. Wien: Bohmann Druck und Verlag GesmbH 1992. S. 23.

Abbildung 7:

Kapaun, Franz: *Die Erbauung des Wiener städtischen Gaswerkes*. Im Auftrage des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger bearbeitet. Wien: Im Selbstverlage des Wiener Gemeinderathes 1901. Anhang.

Abbildung 8:

Kapaun, Franz: *Die Erbauung des Wiener städtischen Gaswerkes*. Im Auftrage des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger bearbeitet. Wien: Im Selbstverlage des Wiener Gemeinderathes 1901. Anhang.

Abbildung 9:

Spart mit Kohle, Gas und elektrischem Licht! In: *Illustrierte Kronen Zeitung*. 18 Jahrgang. Nr. 6352 (1917).

Abbildung 10:

90 Jahre Wiener Elektrizitätswerke. Hg. v. Wiener Elektrizitätswerke. Wien: Bohmann Druck und Verlag GesmbH 1992. S. 29.

Abbildung 11:

<http://www.dasrotewien.at/page.php?P=14275&bid=18400>, 7.10.2016. 10:44 Uhr. © SPÖ.

Abbildung 12:

90 Jahre Wiener Elektrizitätswerke. Hg. v. Wiener Elektrizitätswerke. Wien: Bohmann Druck und Verlag GesmbH 1992. S. 38.

Abbildung 13:

STEWE Werbeplakat. Wien Bibliothek im Rathaus. http://opac.obvsg.at/opac_help/WBR-bil-dobjekt.html?AC10531588-4201, 29.9.2016. 12:43 Uhr.

Abbildung 14:

STEWE Werbeplakat. Wien Bibliothek im Rathaus. http://opac.obvsg.at/opac_help/WBR-bil-dobjekt.html?AC10531585-4201, 30.9.2016. 10:37 Uhr.

Abbildung 15:

Österreichische Illustrierte Zeitung. 39. Jahrgang. Heft 33. S. 14. Bezogen von: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/annoshow?call=oiz|19290818|14|100.0|0>, 3.10.2016. 15:54 Uhr.

Abbildung 16:

Praktische Werbearbeit. Werbemarke. In: *Zeitschrift des Vereines von Gas- und Wasserfachmännern. Fachblatt für die Gasindustrie und Wasserversorgung, Heizungs- und Lüftungstechnik*. LXIV. Band, Heft 7 (1924). S. 52.

Abbildung 17:

Unser E-Werk. Werkszeitschrift der Betriebsgemeinschaft der Wiener Elektrizitätswerke. 4 Jahrgang. 3-5. Folge. März-Mai 1942. Bild zur Verfügung gestellt von Wien Energie.

Abbildung 18:

90 Jahre Wiener Elektrizitätswerke. Hg. v. Wiener Elektrizitätswerke. Wien: Bohmann Druck und Verlag GesmbH 1992. S. 64.

Abbildung 19:

Wiener Neueste Nachrichten. 50 Jahrgang. Folge 7. S. 9. Bezogen aus:

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/annoshow?call=wnm|19430215|10|100.0|0>, 3.10.2016. 16:22 Uhr.

Neuigkeits Welt Blatt. Nr. 100 (1943). S. 4. Bezogen aus: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/annoshow?call=nwb|19430429|4|100.0|0>, 3.10.2016. 16:24 Uhr.

Das kleine Blatt. 17. Jahrgang. Folge 20. S. 8. Bezogen aus: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/annoshow?call=dkb|19430120|8|100.0|0>, 3.10.2016. 16:26 Uhr.

Neuigkeits Welt Blatt. Nr. 35 (1943). S. 6. Bezogen aus: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/annoshow?call=nwb|19430211|6|100.0|0>, 3.10.2016. 16:28 Uhr.

Abbildung 20:
24 Stunden Energie für Wien. Nr. 50 (1985) S. 11.

Abbildung 21:
http://austria-forum.org/af/Bilder_und_Videos/Bilder_Wien/1110_Gedenktafeln/1188,
28.9.2016. ©Ewald Judt.

Abbildung 22:
Lessing, Erich: *Von der Befreiung zur Freiheit. Ein Photoalbum 1945-1960*. Wien: Verlag der Metamorphosen 2005. S. 7.

Abbildung 23:
Dollinger, Josef: *Zerstörung und Wiederaufbau der Wiener Gasversorgung*. In: *Gas/Wasser/Wärme. Zeitschrift des Österr. Vereines von Gas- und Wasserfachmännern*. 1. Band. Heft 1 (1946). S. 3.

Abbildung 24:
Dollinger, Josef: *Zerstörung und Wiederaufbau der Wiener Gasversorgung*. In: *Gas/Wasser/Wärme. Zeitschrift des Österr. Vereines von Gas- und Wasserfachmännern*. 1. Band. Heft 1 (1946). S. 5.

Abbildung 25:
24 Stunden für Wien: Das Kundenmagazin der Wiener Stadtwerke. Sonderheft. Wiener Stadtwerke 1946-1996. Hg. v. Wiener Stadtwerke. Wien: Bohmann Druck und Verlag 1998. S. 10.

Abbildung 26:
Wussten Sie schon... In: *24 Stunden für Wien*. Nr 2 (1977). S. 11

Abbildung 27:
24 Stunden für Wien: Das Kundenmagazin der Wiener Stadtwerke. Nr. 1 (1977).

Abbildung 28:
Jancik, Bruno: *25 Jahre im Spiegel der Zeit. 1969-1994*. Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1994. S. 11f.

Abbildung 29:
Jancik, Bruno: *25 Jahre im Spiegel der Zeit. 1969-1994*. Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1994. S. 29.

Abbildung 30:
Jancik, Bruno: *25 Jahre im Spiegel der Zeit. 1969-1994*. Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1994. S. 118.

Abbildung 31:
Jancik, Bruno: *25 Jahre im Spiegel der Zeit. 1969-1994*. Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1994. S. 140.

Abbildung 32:
24 Stunden für Wien: Das Kundenmagazin der Wiener Stadtwerke. Nr. 106 (1994). S. 4

Abbildung 33:

Jancik, Bruno: *25 Jahre im Spiegel der Zeit. 1969-1994*. Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1994. S. 133.

Abbildung 34:

Jancik, Bruno: *25 Jahre im Spiegel der Zeit. 1969-1994*. Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1994. S. 161.

Abbildung 35:

Jancik, Bruno: *25 Jahre im Spiegel der Zeit. 1969-1994*. Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1994. S. 161.

Abbildung 36:

Jancik, Bruno: *25 Jahre im Spiegel der Zeit. 1969-1994*. Wien: Selbstverlag der Heizbetriebe Wien 1994. S. 161.

Abbildung 37:

24 Stunden für Wien: Das Kundenmagazin der Wiener Stadtwerke. Nr. 102 (1993). S. 20.

Abbildung 38:

Wien Bibliothek im Rathaus. http://opac.obvsg.at/opac_help/WBR-bildobjekt.html?AC10614977-4201, 28.9.2016. 18:45 Uhr.

Abbildung 39:

Wien Bibliothek im Rathaus. http://opac.obvsg.at/opac_help/WBR-bildobjekt.html?AC10616620-4201, 28.9.2016. 18:50 Uhr.

Abbildung 40:

Wien Bibliothek im Rathaus. http://opac.obvsg.at/opac_help/WBR-bildobjekt.html?AC11744625-4201, 3.10.2016. 13:24 Uhr.

Abbildung 41:

Ruck, Helmut; Fell, Christian: *Gas. Energie für Wien im Wandel der Zeit*. Band 1. Hg. v. Wien Energie Gasnetz GmbH. Wien: Friedrich VDV 2009. S. 612f.

Abbildung 42:

Wien Energie Geschäftsbericht 2002/2003. (01.10.2002-20.09.2003). Hg. v. Wien Energie GmbH. 2004. S. 7.

Abbildung 43:

http://www.wienenergie.at/media/img/2014/image_31085.jpg, 3.10.2016. 17:17 Uhr.

Abbildung 44:

http://www.wienerstadtwerke.at/media/img/2014/image_124133.jpg, 3.10.2016. 17:19 Uhr.

Abbildung 45:

Von *Wien Energie* zur Verfügung gestellt.

Abbildung 46:

<http://www.tanke-wienenergie.at/wp-content/themes/kg-tanke-bootstrapwp/img/logo.png>, 3.10.2016. 13:37 Uhr.

Abbildung 47:

<http://www.wienernetze.at/eportal/ep/programView.do/pageTypeId/40374/programId/38397/channelId/-43554>, 18.8.2016. 9:09 Uhr.

Abbildung 48:

Wiener E-Werke Journal. Nr. 2 (1994). Beilage.

Abbildung 49:

Geschäftsbericht 2015. Innovation und Verantwortung. Hg. v. Wiener Stadtwerke Holding AG. Wien 2016. S. 56.

Abbildung 50:

Geschäftsbericht 2015. Innovation und Verantwortung. Hg. v. Wiener Stadtwerke Holding AG. Wien 2016. S. 57.

Abbildung 51:

<http://www.rapidshop.at/products/TEAMWEAR-TRIKOTS/adidas-DRESS/TRIKOT/adidas-Trikot-Home-15-17.html>, 3.10.2016. 17:31 Uhr.

Abbildung 52:

<http://www.businessrun.at/files/img/9552.jpg>, 24.8.2016. 10:23 Uhr.

Abbildung 53:

Screenshot.

Webseiten

Alles Leinwand

<http://allesleinwand.at/>

APA – Austria Presse Agentur / 55-85 apa historisch » zeitgeschichte online

<http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/>

BC Hallmann Vienna

<http://www.basketballclubvienna.at/>

BürgerInnen Kraftwerke

<https://www.buergerkraftwerke.at/eportal2/>

Donauinsselfest

<https://donauinsselfest.at/>

E-Control

<https://www.e-control.at/>

Eine Stadt ein Buch

<http://einestadteinbuch.at/>

erLesen - Büchermagazin

<http://tv.orf.at/orf3/stories/2523087>

FAC – Floridsdorfer AC

<http://fac.at/>

Fivers WAT Margareten Handballclub

<http://www.fivers.at/>

Gasometer – Home

<http://gasometer.at/de/>

Morawa

<http://www.morawa-buch.at/home>

oekonews.at - Erste Tageszeitung für ERNEUERBARE ENERGIE und Nachhaltigkeit

<http://www.oekonews.at/>

ots.at - aktuelle Inhalte in Text, Bild, Ton und Video

<http://www.ots.at/>

SK Rapid

<http://www.skrapid.at/>

Vienna City Marathon

<http://www.vienna-marathon.com/>

Viennale

<http://www.viennale.at/de>

WEB - Lexikon der Wiener Sozialdemokratie

<http://www.dasrotewien.at/weblexikon.html>

WHV – Wiener Handball Verband

<http://www.whv-info.at/>

wien.orf.at

<http://wien.orf.at/>

Wien Energie

<http://www.wienenergie.at/eportal3/>

Wien Energie Businessrun

<http://www.businessrun.at/de>

Wien Geschichte Wiki

https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Wien_Geschichte_Wiki

Wiener Eistraum

<https://www.wienereistraum.com/>

Wiener Netze

<http://www.wienernetze.at/eportal/>

Wiener Sportklub – Offizielle Webseite des WSK

<http://www.wienersportklub.at/>

Wiener Stadtwerke

<http://www.wienerstadtwerke.at/eportal3/>

Wir bieten Anschluss – Tanke

<http://www.tanke-wienenergie.at/>

Wir sind Wien

<http://www.wirsindwien.com/wirsindwien-festivalprogramm/>

yunion

http://www.yunion.at/cms/C01/C01_0/home

Anhang

Abstract

Die *Wien Energie GmbH* hat bereits eine Geschichte hinter sich, die bis kurz vor die Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert zurückreicht. Damals war man unter der Stadtregierung von Bürgermeister Dr. Karl Lueger nur auf der Suche nach neuen Einnahmequellen für die Stadt Wien. Daraus hat sich im Laufe der Zeit ein immer größer werdender Konzern entwickelt, der sich mehrfach verändert hat und manchmal auch verändern musste. Gründe dafür gibt es je nach Zeitabschnitt verschiedene. In der Diplomarbeit werden diese Gründe angeführt und begründet. Dabei wird immer der Kontext, der für das jeweilige Ereignis maßgeblich war, erörtert und als Hintergrundinformation mitangeführt.

Von der eben erwähnten Jahrhundertwende an, wird die Geschichte der *Wien Energie* chronologisch bis in die Gegenwart fortgeführt. Behandelt werden, unter anderem, das Entstehen der Elektrizitäts- und Gaswerke, deren Fortbestehen nach den Weltkriegen und auch ihre Wandlung, nachdem sie in den Verband der *Wiener Stadtwerke* einbezogen worden sind.

Ebenso werden die *Heizbetriebe Wien* und die wichtigsten Müllverbrennungsanlagen vorgestellt. Herauszuheben ist bei diesem Kapitel der Umgang des Unternehmens mit lokalen Krisenmanagement im Zusammenhang mit Anrainerprotesten.

Ein weiteres für sich alleinstehendes Kapitel ist die Erdgasumstellung der späten 1970er Jahre, in welchem beschrieben wird, welche Gründe für die Umstellung ausschlaggebend waren und wie die Umstellung abgelaufen ist.

In den letzten Kapiteln wird auf das Unternehmen *Wien Energie* in der Gegenwart eingegangen. Behandelt wird die Ökonomie des Unternehmens, das Sponsoring, die Prägung des Stadtbildes, aber auch wie sich das Unternehmen als Arbeitgeber präsentiert, wie es mit den MitarbeiterInnen umgeht und schlussendlich wird kurz auf die Wahrnehmung der *Wien Energie* im Stadtbild eingegangen.